

Die Mediationstätigkeit des
Basler Bürgermeisters
Johann Balthasar Burckhardt
1642–1722

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt

von

MARKUS FÜRSTENBERGER
von Basel



Basel und Stuttgart 1960
Verlag von Helbing & Lichtenhahn

1979
=



IOH. BALTHASAR BURCARDUS
REIPUBL. BASIL. CONSUL.
PATER PATRIÆ

Ætat. LXXV. A.º M. DCCXVIIJ.

Die Mediationstätigkeit des
Basler Bürgermeisters
Johann Balthasar Burckhardt
1642–1722

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt

von

MARKUS FÜRSTENBERGER

von Basel



Basel und Stuttgart 1960
Verlag von Helbing & Lichtenhahn

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren
Prof. Dr. E. Bonjour und Prof. Dr. W. Kaegi

Basel, den 28. April 1959

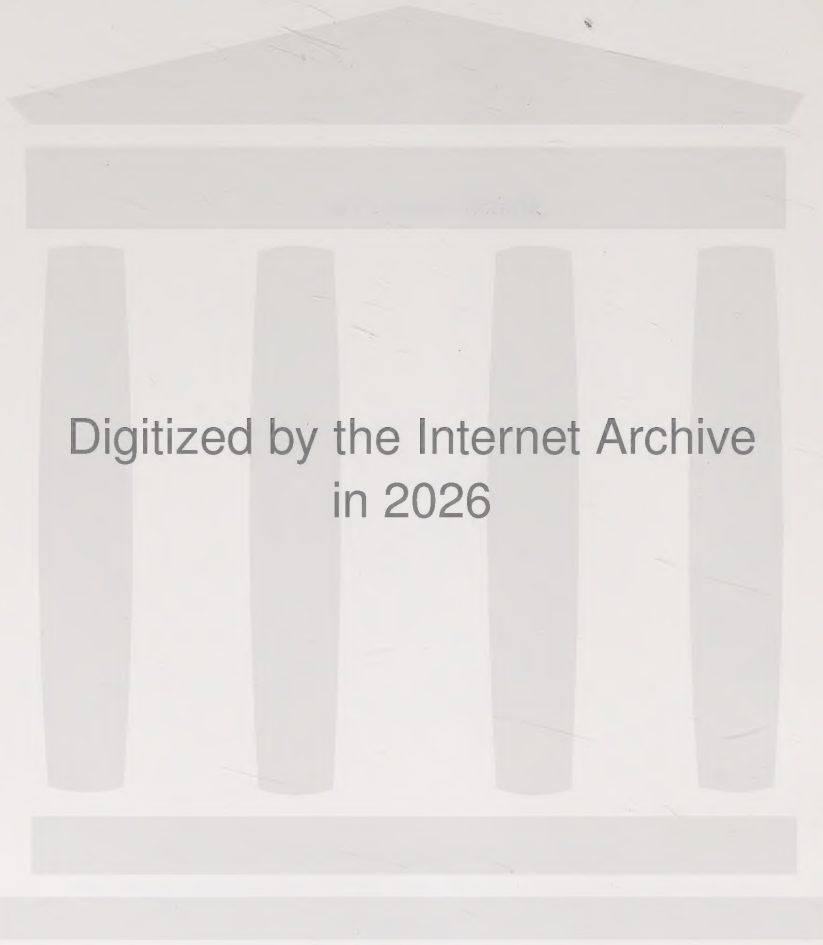
Prof. Dr. D. van Berchem
Dekan



Diese Arbeit erscheint gleichzeitig als Band 79 der
«BASLER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTSWISSENSCHAFT»
herausgegeben von
Edgar Bonjour und Werner Kaegi,
Professoren an der Universität Basel

© Copyright 1960 by Helbing & Lichtenhahn, Verlag, Basel
Printed in Switzerland
Buchdruckerei Cratander, Basel

Meiner lieben Frau



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546712_0023

INHALT

Vorwort	7
Einleitung: Basels Vermittlungspolitik	9
Stellung in Basel	15
1. Vom Kanzlisten zum Oberstzunftmeister	15
2. Die Wirren des Jahres 1691	19
3. Bürgermeister von Basel	23
Innereidgenössische Spannungen	27
Neutralität, Mediation und Grenzverletzung — Mercys Durchmarsch 1709	41
Burckhardt und Frankreich	65
Das Toggenburger-Geschäft	73
1. Ansätze zu Mediationsverhandlungen	74
2. Burckhardt als Mediator	86
Das Jahr der Entscheidung	99
1. Die baslerische Mediation vom Mai 1712	99
2. Langwierige Beratungen und kriegerische Lösung	112
3. Das Ringen um den Frieden	133
Burckhardts letzte eidgenössische Tätigkeit	141
Schlußbetrachtung: Burckhardts Beitrag zur Basler Vermittlungspolitik	149
Beilagen	153
Quellen und Literatur	167
Personenregister	175

VORWORT

Die vorliegende Abhandlung möchte, indem sie Basels Bemühungen um die innereidgenössische Mediation an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert untersucht, einen Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses zwischen der Stadt Basel und ihren eidgenössischen Bundesgenossen liefern. Basels dominierender Vertreter an den Tagsatzungen während des Zweiten Villmergerkrieges war Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt. Seine Tätigkeit beschränkte sich aber nicht nur auf das eine Jahr 1712; in der Vermittlung eidgenössischer Streitfragen ging sein ganzes politisches Wirken auf. Ihm galten darum meine Forschungen.

Die Arbeit entstand auf Anregung und unter Leitung von Herrn Professor Dr. E. Bonjour aus einem Seminarreferat über Basels Haltung während der eidgenössischen Religionskriege. Meinem verehrten Lehrer bin ich für seine Förderung und Unterstützung zu großem Dank verpflichtet. Von den Freunden haben vornehmlich Dr. Leo Neuhaus und Fredy Gröbli wertvolle Hinweise beigesteuert. Beim Aktenstudium habe ich das Entgegenkommen der Vorsteher und Beamten im Basler Staatsarchiv, in der Universitätsbibliothek Basel und im Bundesarchiv, ferner in den Archiven und Bibliotheken von Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Trogen und Zürich erfahren dürfen. Der Rektor der Knaben-Realschule, Herr P. Meyer, und die Behörden des Erziehungsdepartementes bewiesen großes Verständnis für meine Beanspruchung während der Niederschrift der Dissertation. Für das Porträt des Bürgermeisters überließ der Verlag Benno Schwabe & Co. in Basel das Cliché.

Den tiefsten Dank aber schulde ich meinen guten Eltern, die mir das Studium ermöglichten; leider war es meinem lieben Vater nicht mehr vergönnt, den Abschluß meiner Studien zu erleben. Der gleiche Dank richtet sich an meine Gattin, die das Werden der Arbeit eifrig verfolgte und mir manche wertvolle Hinweise gab.

EINLEITUNG

Basels Vermittlungspolitik in der Eidgenossenschaft

Jeder Abschluß eines Bundes und Vertrages bedeutet für die Kontrahenten einerseits eine Stärkung und ein gegenseitiges Schutzverhältnis, andererseits aber den freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Unabhängigkeit. So verhielt es sich auch beim Bund Basels mit den Eidgenossen vom Heinrichstag des Jahres 1501. Die freie Reichsstadt wurde Glied eines Staatenbundes, in dem sich schon zehn Stände, darunter solche mit viel Macht und Ansehen, zusammengeschlossen hatten; eidgenössisches und baslerisches Wirken wurden von nun an eng verbunden. Durch die Bestimmungen, welche Basel den Abschluß von Separatbündnissen und eine eigenmächtige Kriegsführung verboten, richteten sich die Anstrengungen der Bürger immer mehr auf die innere Entwicklung des städtischen Lebens und des neuen Bundes. Hier hatte Basel eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen, zu deren Lösung viel diplomatisches Geschick und Verantwortungsbewußtsein nötig waren.

Im Neutralitätsartikel, wie er später genannt wurde, verpflichtete sich Basel zum Stillesitzen im Falle eines Streites zwischen einzelnen Orten: «Wa es ouch durch eynich ungefell darzu keme, das under und zwischen uns, der Eydtnosschaft, es were eyns oder meer ortten, gegen unnd wider eynander uffrur wurden erwachsen, das gott ewiglich welle verhuetten, so mag eyn statt Basel durch ir bottschaft sich darinn arbeyten, sollich uffrur, zweyung und spenn hinzulegen. Und ob das ye nit sin mocht, so soll doch dieselb statt sust dheynem teyl hilfflich wider den andern teyl anhangen sonder still sitzen, doch ir früntlichen mittlung, wie vorstat, ob die erschiessen mocht, unverzigen»¹. — Der Passus enthält auch die Aufforderung, unverzüglich eine Vermittlung zu versuchen und so in gemeineidgenössischen Angelegenheiten ein kräftiges Wort mitzureden. Die Verpflichtung zur Mediation wurde später wiederholt, so daß sich die Stadt selbst und die andern Orte der besonderen eidgenössischen Vermittlungssendung Basels immer mehr bewußt wurden².

Die am Rande der Eidgenossenschaft gelegene Stadt der Handelsleute und Gelehrten schien zur Übernahme einer solchen Dauerverpflichtung geeignet. Bei ihren Bürgern durfte Verständnis für sich widersprechende Standpunkte

¹ Ewiger Bund der Stadt Basel mit den Eidgenossen. 9. Juni 1501. — *Nabholz, Kläui*, Quellenbuch zur Verfassungsgeschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone, S. 75—85.

² *Bonjour*, Basel im Schweizerbund in: Basel und die Eidgenossen, S. 149—232.

und deren Ausgleich vorausgesetzt werden. Durch den Handel und durch die humanistischen Studien erlernten die Basler eine feine Diplomatie, die still, rasch, klug und weltmännisch vorging. Die Zuweisung der innereidgenössischen Vermittlungsaufgabe an Basel drängte sich geradezu auf, war aber auch ein Zeichen der klugen Einsicht und der notwendigen Vorsicht der Orte. Die betreffende Bestimmung konnte sich warnend und während der Streitigkeiten mildernd auswirken und war zugleich dem Ansehen der Eidgenossenschaft förderlich, weil stets ein Vermittler aus den eigenen Reihen zur Verfügung stand. Zur Befolgung einer Neutralitätspolitik wurde Basel aber nicht nur durch den Bundesbriefartikel verpflichtet, auch wirtschaftliche Motive drängten ihm eine solche Haltung auf. Der Handel war es, der Basel in Mitteleuropa eine angesehene Stellung verschaffte und die Stadt in politischen Auseinandersetzungen oftmals zu einem neutralen Verhalten zwang. Die Furcht vor schweren wirtschaftlichen Folgen war beim Vorgehen Basels entscheidend, und deshalb hielt es sich von vornherein abseits der Parteien, was ihm eine einigermaßen objektive Beurteilung des jeweiligen Streitfalles ermöglichte. Seine neutrale Politik betrieb Basel daher ohne spezielle Aufforderung. Jede Teilnahme an einem kriegerischen Unternehmen in der Eidgenossenschaft hätte Basel vor Handelsschwierigkeiten gestellt; das «Stillesitzen» brachte Vorteile, und so lohnte sich der Einsatz für Ruhe und Frieden.

In den folgenden Jahrhunderten beschränkte Basel seine Neutralitätspolitik und seine Vermittlung aber nicht nur auf Angelegenheiten im Innern des Landes; Ereignisse an der Grenze, die eine militärische Bedrohung darstellten, ließen die Stadt aufhorchen. Sie verlangte bald die strenge Beobachtung einer Neutralität der Gesamtschweiz und eine gut organisierte und schlagkräftige Verteidigung der Grenzen. Basels Anstrengungen trugen viel zur Ausbildung der unbedingten immerwährenden Neutralität der Eidgenossenschaft bei.

Während der Glaubenspaltung, in der Zeit des ersten großen Bürgerkrieges in der Eidgenossenschaft, war es schwer, unbedingte Unparteilichkeit zu halten. In der raschen Entwicklung der innereidgenössischen Spannungen versuchte Basel stets, Extreme zu vermeiden und verzögerte dadurch eine Ausweitung des Konfliktes. In der Stadt selbst waren die Meinungen geteilt, der Rat bezog eine Zwischenstellung und ließ das Drucken und Verbreiten von reformatorischen Schriften zu. Das vermittelnde Eingreifen von Eidgenossen aller Orte verhinderte einen blutigen Austrag, förderte aber auch den Umschwung. — Die neugläubigen Orte suchten bald eine Sicherheit, die sie im Christlichen Burgrecht zu finden glaubten. Konfessionelle Verbindungen zum Schutze des Evangeliums stellten sie über frühere politische Verträge. Am 3. März 1529 trat Basel, unter Vorbehalt der eidgenössischen Bünde, dem Defensivbündnis von Zürich und Bern bei, wodurch die Bestimmungen des Bundes von 1501 erstmals seit dessen Abschluß verletzt wurden. Auch innerhalb der neuen evangelischen Vereinigung trat Basel durch seine Bemühungen zum Maßhalten hervor. Wirtschaftliche Sorgen wegen Vorder-

österreich spielten dabei eine große Rolle; die Basler Gefälle im Elsaß und im Breisgau wanderten bereits nach Freiburg.

Durch die Teilnahme an Religionsgesprächen und durch den Beitritt zum Hessischen Verstand, einem Schutzvertrag zwischen Zürich, Straßburg und dem Landgrafen von Hessen, suchte Basel Festigung und Schutz seines Glaubens. Zürich sah die Lösung der gespannten Situation nur noch in einem kriegerischen Austrag, wozu es von Basel, das ständig zum Frieden mahnte, Hilfe forderte, die schließlich auch gewährt wurde. Die Schlacht unterblieb, wodurch die Entscheidung lediglich hinausgeschoben wurde. Bald ergaben sich neue Gegensätze; Bern schlug eine Proviantssperre gegen die Innern Orte vor. Basel setzte sich gegen diesen verhängnisvollen Vorschlag ein. Die Stellungnahme der Basler wurde durch die Zürcher kritisiert und Berns Plan gutgeheißen. Basel schlug nun den seiner Vermittlungspolitik gemäßen Ausweg ein, indem es die Proviantssperre nie streng durchführte. Der Rat mißbilligte die auf einen Krieg hinführende Maßnahme der Burgrechtsstädte. Die kriegerische Auseinandersetzung blieb nicht aus, und Basel mußte als verbündete Stadt Hilfe senden. Da es aber die Bestimmungen des Bundesbriefes wahren wollte, betrachtete es den zweimaligen Auszug nicht als eigentlichen baslerischen Zuzug, sondern als bernisches Hilfskorps.

Nach den Kappelerkriegen ermahnte der Basler Rat seine Bürger, stets *allen* Eidgenossen in Treue, Freundschaft und Liebe zu begegnen, was auch in der Vermittlungstätigkeit des Bürgermeisters *Jakob Meyer* zum Ausdruck kam.

Die Stellung Basels im eidgenössischen Bund hatte sich durch den Ausgang des Glaubenskrieges verschlechtert, die Stadt blieb isoliert und hatte in ihrer Territorialpolitik wenig Hilfe von den übrigen Orten zu erwarten. — Die Glaubenspaltung hatte neue Verhältnisse geschaffen, denen sich nun Basel anpassen mußte. Die Vermittlungsaufgabe erhielt einen erweiterten Sinn: die Milderung des bestehenden konfessionellen Gegensatzes und die Förderung einer schweizerischen Gemeinschaft durch eine einheitliche Politik. Es galt, eine überparteiliche Stellung zu beziehen, um dem unparteiischen Standpunkt am nächsten zu kommen. Die Stadt pflog zu allen Orten gute Beziehungen, die durch keine alten Meinungsverschiedenheiten getrübt wurden. Der gegenseitige Verkehr verschaffte ihr Zutrauen und Ansehen und zudem wirtschaftliche Erfolge. Bei allen Streitigkeiten, die aus konfessionellen Gründen entstanden, wurden Basler als Mediatoren zugezogen; ihr Bestreben, trotz ihres evangelischen Glaubens einen Mittelkurs einzuhalten, wurde geachtet. Basel benützte jede Gelegenheit zur Eindämmung der konfessionellen Leidenschaften; es näherte sich den katholischen Orten, um sie vor Verbindungen mit dem Kaiser abzuhalten. Zu seinem eigenen Schutz erklärte es sich 1549 zur Erneuerung der Allianz mit Frankreich bereit; es hoffte, dadurch den Forderungen des Reiches besser entgegentreten zu können.

Die gegenreformatorischen Bewegungen, die Auseinandersetzungen zwischen Glaube und Reich, legten auch in der Schweiz den Keim zu neuen Reibe-

reien. An den Kämpfen des Dreißigjährigen Krieges nahmen Katholiken und Reformierte regen Anteil, und die Versuchung lag nahe, die Glaubensbrüder tatkräftig zu unterstützen. Basel, das durch seine Grenzlage die Auswirkungen des Krieges am besten beobachten konnte und der größten Gefährdung ausgesetzt war, wies konsequent jede Parteinahme von sich und unterließ nichts, die übrigen Orte vor einer Politik, die durch konfessionelle Motive bestimmt wurde, zu warnen. Gesamteidgenössische Neutralität und Eintracht waren auch jetzt Basels Ziele. Die Neutralität sollte aber nicht als Selbstzweck verstanden werden, sondern als Mittel zur Erhaltung der Eidgenossenschaft. Von jeder einseitigen Hinwendung zu einer Kriegspartei mahnte Basel an der Tagsatzung ab, was sich besonders in der eindeutigen Rückweisung des schwedischen Bündnisantrages erfolgreich auswirkte. Überall, wo sich innerhalb der Eidgenossenschaft Ansätze zu neuen Reibereien zeigten, verhandelte Basel, um so jeden Zwist im Keim zu ersticken. Der Oberstzunftmeister und spätere Bürgermeister *Johann Rudolf Faesch* zeichnete sich dabei in verschiedenen Händeln als erfolgreicher Mediator aus. Den Eidgenossen fiel es deshalb nicht schwer, sich bei den kriegerischen Mächten für Basel einzusetzen und eine Zurückziehung der die Stadt umziehenden fremden, zügellosen Soldaten zu verlangen. Auf einen Zuzug der eidgenössischen Orte konnte Basel aber nicht immer rechnen, denn eine Hilfsverpflichtung gingen die Orte nicht ein, so daß die Stadt fast ganz auf sich allein angewiesen war³.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts vertrat Bürgermeister *Johann Rudolf Wettstein* Basels Politik vor der Tagsatzung. Er lehnte jede Bindung ans Ausland ab, wünschte keinerlei Einmischung in fremde Händel und trug Bedenken gegen eine Erneuerung des französischen Bündnisses. Zur vermehrten Sicherheit der Eidgenossenschaft verlangte er die Einbeziehung des Landes in die europäischen Friedensschlüsse. Eigene Deputierte sollten in Westfalen die eidgenössischen Angelegenheiten vertreten, wobei auch die rechtliche Stellung Basels zum Reich erörtert werden mußte. — Wettsteins erfolgreiches diplomatisches Geschick entfaltete sich aber nicht nur in Münster; auch an der Tagsatzung übernahm er schiedsrichterliche Aufgaben und half so mit, Basels Ansehen noch mehr zu festigen. In die verschiedenen Gegenden der Schweiz unternahm er Gesandtenritte, um schwebende Streitigkeiten beizulegen und den bewaffneten Austrag zu vermeiden. Er suchte während des Bauernaufstandes nach einer friedlichen Lösung, und in den neuen Glaubenskämpfen verlangte er unermüdlich von beiden Parteien Mäßigung und Versöhnung. Am Abschluß und bei der Durchführung des Dritten Landfriedens war Wettstein als Haupt der neutralen Orte entscheidend beteiligt. Diese Vermittlerstellung entsprach der alten Basler Tradition; es ist aber Wettsteins Verdienst, sich dafür besonders tatkräftig eingesetzt zu haben.

Die Neutralität der Eidgenossenschaft erhielt nach dem Dreißigjährigen

³ *Sutter*, Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensioale, S. 463.

Krieg durch den Beschluß der Durchpaß-Verweigerung eine Klärung und Festigung. Die Bestrebungen der evangelischen Städte, ein Schirmwerk zu errichten, das als Verteidigung gegen die andersgläubigen Eidgenossen gedacht war, fanden in Basel keine Zustimmung. Ihm widerstrebte jede einseitige Verbindung der Evangelischen. Im Defensionale von Wil aus dem Jahre 1647 wurden endlich die Grundlagen für eine eidgenössische Verteidigung festgelegt. Alle 13 Orte fanden sich zur Aufstellung dieser gemeinsamen Wehrordnung zusammen; der machtpolitische Charakter des vergangenen Krieges hatte die Bestrebungen für eine solche Vereinbarung erleichtert.

Nach dem Ersten Villmergerkrieg gingen die beiden Parteien wieder ihre eigenen Wege. Basel lehnte auch jetzt jedes Separatbündnis einzelner Orte ab und verlangte ständig eine gesamteidgenössische Lösung⁴. 1668 kam das neue Wehrgesetz zustande, und Basel konnte bei drohender Gefahr eine wirkliche Hilfe erwarten. Das Wachsen der Übermacht der Reformierten veranlaßte die Innern Orte bald, vom Defensionale abzufallen, was später für Basel unliebsame Folgen hatte. — Der Gedanke der Errichtung von Vormauern, der Vorlagerung eines neutralen Gürtels zum Schutze gegen die Macht Ludwigs XIV., aber auch zur Sicherung des Handels mit den umliegenden fruchtbaren Gebieten, wurde durch Basel eifrig gefördert.

Die Spannungen zwischen den Glaubensparteien traten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in verschiedenen innereidgenössischen Zwistigkeiten erneut hervor. Wieder waren Auseinandersetzungen zu erwarten, die auf die Innen- und Außenpolitik der Eidgenossen von großem Einfluß sein konnten. Es entstand eine Situation, in der Basel der Tradition gemäß seinen Einfluß geltend machen mußte.

Zu Beginn des Jahrhunderts hatte Johann Rudolf Faesch erfolgreich als Mediator gewirkt und um 1650 löste Johann Rudolf Wettstein komplizierte Fragen. Immer hatte Basel den geeigneten Mann zur Verfügung gestellt, und dies geschah auch jetzt. In *Johann Balthasar Burckhardt* besaß die Stadt einen Ratsherrn und Gesandten, der ihre Politik an der Tagsatzung und dem Ausland gegenüber wirkungsvoll zu vertreten wußte. Jeder der erwähnten Basler handelte mit seinen Fähigkeiten aus der jeweiligen Zeit und den gegebenen Umständen heraus; jeder gewann durch sein Auftreten das Vertrauen der übrigen Orte, und jeder versuchte, der gesamten Eidgenossenschaft zu dienen, sich aber stets seiner baslerischen Herkunft bewußt zu sein.

⁴ *Sutter*, Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensionale.

STELLUNG IN BASEL

I. Vom Kanzlisten zum Oberstzunftmeister

In der Geschichte Basels spielt seit dem frühen 16. Jahrhundert die Familie Burckhardt eine bedeutende Rolle. Immer wieder begegnen wir in den leitenden Regierungsstellen Vertretern ihres Geschlechts. Zur Zeit des absolutistischen Regiments, d. h. von 1653 bis 1798, finden wir mehr als einen Fünftel der Regierenden unter den Nachkommen des Stoffel Burckhardt, der um 1521 aus Britznach bei St. Trudbert im Schwarzwald nach Basel zog¹.

Eines dieser Regierungshäupter, das Basel während vieler Jahre das Gepräge gab, ist *Johann Balthasar Burckhardt* (3. April 1642 bis 4. Mai 1722). Er war das fünfte und zweitjüngste Kind des Hieronymus Burckhardt und der Justina Ottendorf. Der Vater focht als Offizier im Dreißigjährigen Krieg mit; später wurde er Musterschreiber und Spitalaufseher in seiner Vaterstadt. Vier seiner Kinder starben in frühester Jugendzeit; nur Christoph und Johann Balthasar erreichten das Mannesalter. 1646 verloren die Kinder ihren Vater, und der erst vierjährige Johann Balthasar wurde von seinem Grossvater auferzogen, nach dessen Tod 1648 von seiner «lieben Mutter selig mit sonderbarer sorg und fleiss»².

Nachdem er das Gymnasium absolviert hatte, erwarb Johann Balthasar das Baccalaureat, zuletzt die Würde eines Magister Artium, um dann das Studium der Jurisprudenz zu ergreifen. Daneben erlernte er auch die französische Sprache, was ihm später als Tagsatzungsgesandter und vielverwendeter Abgeordneter beim französischen Ambassador zugute kommen sollte. — Johann Balthasar berichtet in seinen Aufzeichnungen von seiner fünfjährigen Arbeit auf der Gerichtsschreiberei. Hier begann er seine Laufbahn als Regierungsbeamter. In seiner Ausbildung als Substitut wurde er mit den Gepflogenheiten eines Diplomaten bekannt. Diese Kenntnisse wurden vertieft, als Johann Balthasar 1665 in den Dienst des damaligen Stadtschreibers und späteren Bürgermeisters Johann Rudolf Burckhardt trat, den er auch als seinen Kostgeber näher kennenlernte. J. R. Burckhardt war ein enger Mitarbeiter Wettsteins und begleitete ihn auf allen seinen Missionen. Auf diese Weise wurde er mit seiner großen Kunst des Verhandelns und Vermittelns vertraut. Nach Wettsteins Tod erledigte in

¹ *Burckhardt*, *Herkommen und Heimat der Familie Burckhardt in Basel*, S. 27.

² *Leichenrede und Autobiographie*, StA Basel (Beilagen V und VI).

Basel hauptsächlich Johann Rudolf Burckhardt die eidgenössischen Geschäfte. Da Johann Balthasar oft als sein Begleiter den Tagsatzungen beiwohnte, lernte er ein diplomatisches Vorgehen, das der Art Wettsteins entsprach: es war ein sicheres, kluges und vermittelndes Auftreten. Johann Balthasar schrieb selbst vor seinem Tode, er habe während der zehnjährigen Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister «eine gute Wissenschaft acquiriert, welche mir hernacher in denen anvertrauten wichtigen Geschäften und Verrichtungen durch Gottes Beystand wohl zustatten kommen»³.

Während seiner Tätigkeit auf der Kanzlei unternahm Johann Balthasar als 27jähriger im Jahre 1669 eine Reise nach Deutschland, Holland, Dänemark, England und Frankreich. Solche Reisen waren als Abschluss des Studiums oder der kaufmännischen Ausbildung üblich; sie führten aber nicht mehr wie früher nach Italien, sondern in die glaubensverwandten Länder im Norden der Schweiz, in denen meist Geschäftsfreunde aufgesucht wurden. Über seine Reise führte Burckhardt ein Diarium, das in der Basler Universitätsbibliothek aufbewahrt wird⁴.

Am 27. März 1669 begleiteten einige Verwandte den jungen Burckhardt und zwei seiner Freunde bis Eimeldingen, wo auf den Pferden Valet getrunken wurde⁵. In Schliengen schlossen sich der Gruppe noch zwei Vettern an⁶. Die Reise führte zuerst nach Strassburg, das Burckhardt schon 1667 besucht hatte, und dann nach Worms, Mainz und Frankfurt. In der letztgenannten Stadt interessierte er sich eingehend für die Goldene Bulle von 1356. In Mainz erlebte er am Karfreitag eine grosse Prozession «von allen geistlichen der Stadt, damit sie unsers I. Erlösers und Seligmachers leiden und sterben, alles haben fürbilden wollen, sonderlich gingen etwelche mit schweren kreutzen beladen, etwelche aber schlugen sich mit kleinen spörlehen uff den rukken, dass Ihnen das bluth häufig herunterfloss» — für ihn als Reformierten und Basler anscheinend ein befremdlicher Anblick.

Sein Interesse am Religiösen zeigte sich besonders in Köln, wohin die Reisenden per Schiff gelangten und wo sie das Osterfest feierten. Johann Balthasar berichtet von schöner Musik in der Jesuitenkirche und von der Besichtigung vieler Gotteshäuser. Der nur halb aufgebaute Dom sei so gross, dass zwei Pfarrherren darin predigen könnten, ohne dass der eine den andern stören würde. Die Kammer in der Ursulakirche mit den Reliquien der von den Hunnen getöteten Jungfrauen konnte er zu seiner Freude zufällig sehen. Dachte er dabei wohl auch an die in einem Gewölbe des Basler Münsters aufbewahrten Reliquien derselben Märtyrerinnen?

Die Reise führte ihn noch nach den Niederlanden; über Utrecht und Leyden erreichte er Rotterdam. Hier erinnerte sich der Basler des Erasmus; er besichtigte das Denkmal und das Geburtshaus des Humanisten. —

³ Leichenrede und Autobiographie, StA Basel.

⁴ Diarium einer Reise von J. B. Burckhardt, UB Basel.

⁵ Albert Beck, Hans Jakob Merian.

⁶ Ludwig Faesch, Johann Tonjola.

Delft, Haarlem und Amsterdam wurden ebenfalls besucht. Im Haag sah er den 18jährigen Prinzen von Oranien, den späteren englischen König Wilhelm III. Bald erreichte die kleine Reisegesellschaft in Begleitung eines dänischen Buchhändlers Kopenhagen, wo die Pfingstzeit verbracht wurde. Das königliche Schloss und der Lustgarten scheinen in Burckhardt den größten Eindruck hinterlassen zu haben. In London, das er anfangs August erreichte, erregten der Kronschatz, verschiedene Kriegsausrüstungen und die königlichen Tafelgewohnheiten in Westminster seine Aufmerksamkeit. Über Calais wurde die Heimreise durch einige Städte mit Tapisserie-Manufaktur nach Paris und Basel angetreten, wo Burckhardt Ende August 1669 wieder eintraf.

In vielen seiner Berichte erwähnt er die Religionsverhältnisse. Von der konfessionellen Eintracht in verschiedenen Städten empfang Burckhardt den tiefsten Eindruck. Das Zusammenleben beider Konfessionen beachtet er in Speyer, Düsseldorf und Hamburg. Ihr friedliches Nebeneinander fiel ihm als Gegensatz zu den Streitigkeiten im Vaterland besonders auf. Das Erleben einer solchen Verträglichkeit ohne gegenseitige Anfeindung gab ihm die Gewißheit, daß eine konfessionelle Harmonie überhaupt möglich war. Die vermittelnde Tätigkeit Burckhardts in der Eidgenossenschaft hat hier einen bedeutenden Ursprung.

Neben diesem großen Interesse ist seine Aufmerksamkeit immer den öffentlichen Einrichtungen einer Stadt zugewandt. So erfahren wir zum Beispiel manches über die Anzahl und über den Wahlmodus der Ratsmitglieder. Bei der Beschreibung des Rates der Stadt Kopenhagen wird das seltene Erscheinen des Königs im Rat besonders vermerkt. Interessant erscheinen Burckhardt auch die jeweilige politische Zugehörigkeit einer Stadt, die Größe der Befestigung und die Stärke der Garnisonen. Überall besichtigt er Schlösser und Kirchen, deren Inneneinrichtung er eingehend erwähnt.

Johann Balthasar Burckhardt ist jetzt nicht mehr bloß der Kaufmann oder Händler, wie die meisten seiner Standesgenossen, sondern der zukünftige Ratsherr und Beamte; dies geht deutlich aus seinen Aufzeichnungen hervor. Leider zieht er nirgends Vergleiche mit den politischen Einrichtungen seiner Vaterstadt. Es sind immer, wie in den meisten seiner Aufzeichnungen und Notizen, bloße Feststellungen.

Die Reise hat dem jungen Basler viele Eindrücke künstlerischer, historischer und politischer Art vermittelt; die letzteren sollten ihm zu besonderem Nutzen gereichen. Es ist sein einziger Auslandsaufenthalt, von dem wir etwas Genaueres wissen. 30 Jahre später wird sein Sohn Hieronymus eine ähnliche Reise unternehmen ⁷.

Im März 1674 heiratete Burckhardt seine Stiefcousine Salome, die Tochter des Apothekers Johann Gottfried. Die kirchliche Feier fand in St. Peter, die weltliche in den Räumen der Schlüsselzunft statt ⁸. Dieser Ehe wurden eine Tochter und vier Söhne geschenkt. Der Ehebund erfolgte in einer Zeit,

⁷ Gauss, Basilea Reformata, S. 56.

⁸ Koelner, Schlüsselzunft, S. 417.

in der Johann Balthasar bereits niedere Ämter in der Stadt verwaltete, die ihm ein Aufwärtstreben erlaubten. So wurde er 1672 Weinschreiber, 1673 Sechser einer verehrlichen Zunft zum Schlüssel, in die er ein Jahr zuvor aufgenommen worden war. 1675 wurde Burckhardt Ratsherr, Obrichter, Wein-, Holz- und Salzherr und Vorsteher des Fünfer-Gerichtes. 1679 war er erstmals Gesandter in eidgenössischen Angelegenheiten, er wurde «übers Gebirg» abgesandt. Anlässlich seines ersten Ritts in die ennetbirgischen Vogteien vergaß man, das traditionelle Mahl im «Schlüssel» durchzuführen. Nach einer Umfrage in der Zunft wurde im Juni 1680 beschlossen, daß die Mahlzeit nicht mehr abgehalten werde, daß aber dem Ratsherr «ein geschirrlin von 30 loth» als Geschenk überreicht werden solle⁹.

In den folgenden Jahren bekleidete Burckhardt die Würden eines Deputaten des Schul- und Kirchenwesens und eines Apellationsherrn, er war Mitglied des Dreizehner-Rates, Bau- und Zeugherr. Diese ehrenvolle Stellung in den städtischen Behörden bedingte einen Wohnungswechsel. Vom Haus «zum Tiergarten» an der Stiftsgasse 5 zog er in den «zur präsenz gehörenden» «Reinacherhof» auf dem Münsterplatz. 1699 nahm er Wohnsitz im «Andlauerhof», dem Nebenhaus des «Reinacherhofes», wo er bis zu seinem Tode 1722 logierte¹⁰.

Mit dem 26. November 1684 begann für Johann Balthasar die 31jährige Tätigkeit als Gesandter in Baden, Aarau und Frauenfeld. Er besuchte jede eidgenössische Tagsatzung und jede Konferenz der evangelischen Orte, an denen entscheidende Fragen erörtert wurden. In keinem andern Ort der Eidgenossenschaft herrschte in jener Zeit eine solche Kontinuität in der Amtszeit eines Gesandten.

Bereits auf der zweiten Tagsatzung, an der J. B. Burckhardt teilnahm, wurden Fragen der toggenburgischen Landrechtserneuerung behandelt, Angelegenheiten, welche während der kommenden Jahrzehnte ständig auf den eidgenössischen Traktandenlisten erscheinen werden. Die Gesandten hofften 1684 auf einen baldigen gütlichen Ausgleich. Während dieser Jahrrechnungstagsatzung verhandelte der Basler Gesandte auch zum erstenmal mit dem Ambassador; es wurden Pensionsfragen erörtert.

In Basel war Burckhardt in jenen Jahren Mitglied verschiedener Kommissionen: 1685 erstattete er Bericht über die Wahlen einer Regenzsitzung. In den Berichten der Deputaten über die Aufstellung der Ballotierordnung für Universität und Rat im Jahre 1688 ist Burckhardt unter den aufgezählten Ratsherren an erster Stelle erwähnt¹¹. Durch ein neues, kompliziertes Wahlverfahren sollten Bestechungen unmöglich gemacht werden. — Johann Balthasar hatte sich auch oft mit Erbangelegenheiten zu befassen.

Anfangs November 1690 wurde Burckhardt das ehrenvolle Amt eines Oberstzunftmeisters übertragen, eine Würde, die ihm bereits im folgenden Jahr große Unannehmlichkeiten bringen sollte.

⁹ Koelner, Schlüsselzunft, S. 417, 3. Juni 1680.

¹⁰ Historisches Grundbuch, StA Basel.

¹¹ Kleiner Rat, Juli — September 1688, StA Basel.

II. Die Wirren des Jahres 1691 ¹²

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts konzentrierte sich in Basel die obrigkeitliche Gewalt immer mehr auf einige Geschlechter. Eine beschränkte Zahl von Familien, zu denen auch die Burckhardt gehörten, besaßen einen überwiegenden Einfluß auf die Besetzung der Rats- und Beamtenstellen. Die Lebenslänglichkeit der Ämterzuteilung verschlimmerte diesen Zustand. Die Rücksichtnahme auf Familieninteressen beherrschte die Wahlen; Korruption kennzeichnete das Leben in den oberen Kreisen der Stadt. Nur durch Bestechungen wurde ein Wahlerfolg sichergestellt. Alle diese Faktoren, zu denen auch der Meineid und die «faule und gottlose» Verwaltung gehörten, verbitterten die Bürger. Die Ballottierordnung von 1688 hätte eine Änderung dieser Zustände bringen sollen. Bald aber hieß es, gegen diese Ordnung werde von den Amtsanwärtlern viel gesündigt. Predigten gegen die Verderbnis des «gemeinen Wesens», Bemerkungen über eine Weiberherrschaft und das Schwinden der Autorität des Großen Rates führten zu ernsthaften Bedenken in der Bevölkerung. Daniel Falkner wandte ein Wort des Isaias auf die Stadt an, von der Fußsohle bis zum Scheitel sei nichts Gesundes an ihr ¹³. Dazu erregten die allgemeine Teuerung und der die Stadt bedrohende Festungsbau von Hünningen die Gemüter; den leitenden Ratsherren wurde Gleichgültigkeit in dieser Sache vorgeworfen. Der Vorwurf war berechtigt, aber die zahlreichen Beziehungen zwischen Ratsmitgliedern und Frankreich und wirtschaftliche Gründe machten ein energisches Vorgehen unmöglich. Erst als sich die Erregung der Bürgerschaft steigerte, suchten die Räte eine Verständigung zwischen Regierung und Bürgern. Am Sonntag Pauli Bekehrung, am 25. Januar 1691, wurden der designierte Oberstzunftmeister Johann Balthasar Burckardt und drei weitere Herren auf alle Zünfte gesandt, um die Einstellung der Bürger genau zu erfahren und das Volk auf die gleichzeitige Bedrohung des Vaterlandes von außen aufmerksam zu machen ¹⁴. Die Ratsherren hatten rasch erkannt, welch tiefe Wurzeln die Empörung im Volk schon geschlagen hatte, so daß eine Beschwichtigung nichts mehr nützen konnte. Am folgenden Tag wurde Johann Balthasar als Deputierter aufgefordert, die Ratsakten nach Material, das die Stellung der Räte bekräftigen sollte, zu durchsuchen. Er war auch Gesandter bei Antistes Werenfels, um ihm zu erklären, daß seine Predigten der Wiederherstellung der Ruhe gar nicht förderlich seien, er verleite die Bürgerschaft mehr zu Unfrieden als zur Einigkeit ¹⁵. Solche Aufträge zeigen, daß man Burckhardt viel diplomatisches Geschick zutraute. Dies wird auch unterstrichen durch seine erneute Wahl zum Gesandten an die Tagsatzung. In dieser gespannten Lage brauchte

¹² *Burckhardt*, Geschichte der Stadt Basel, S. 73 — 78. — *Schweizer*, Eine Revolution im alten Basel. — *Heusler*, Geschichte der Stadt Basel, S. 152 — 155.

¹³ *Petri*, Basel — Babel, S. 23 f. — Isaias I. 6.

¹⁴ Beschreibung der Zustände 1691, S. 33, UB Basel, VB O 95,2. — *Schweizer*, Eine Revolution im alten Basel, S. 16.

¹⁵ *Meyer*, Beschreibung der Unruhen 1690 und 1691, 4. Februar 1691, UB Basel.

Basel in Baden einen klugen, von den Miteidgenossen geachteten Vertreter. Burckhardt bekräftigte mit einem Eid vor beiden Räten, daß er sich keines Vergehens gegen die Ratsordnungen bewußt sei ¹⁶. Kurz vor der Tagsatzung traf er in Basel noch einige ihm bekannte eidgenössische Gesandte, die in den städtischen Wirren vermitteln wollten. Es waren Repräsentanten von Zürich, Bern, Luzern und Solothurn, die am 10. Februar in Basel eintrafen und von Burckhardt und drei weiteren Ratsherren empfangen wurden.

Als Vertreter der Bürgerschaft wurden durch die Zünfte Ausschüsse ernannt und den Räten gegenübergestellt. Sie wurden geleitet vom gewandten Juristen Dr. Henric Petri und seinem Vetter, dem beliebten Arzt Dr. Johann Fatio. Sie hatten bei den Bürgern einen starken Rückhalt und stellten an die Räte weitgehende Forderungen zur Durchführung ihrer Reformen. Der Prozeß gegen Verdächtige hatte sofort zu beginnen; ohne Urteil und Recht sollten diese aus den Räten gestoßen und durch Vertrauensleute ersetzt werden.

Während Burckhardts Aufenthalt in Baden wurde auch über ihn Belastendes bekannt, und am 24. März wurde «auf der bürgern ungestümes Anhalten» seine Wahl zum Oberstzunftmeister widerrufen ¹⁷. Gleichzeitig wurden weitere 28 Ratsherren ihrer Ämter enthoben. Auf Grund von späteren Verhören und von Ermittlungen der Heimlicher erfolgte am 18. April eine in allgemeinen Ausdrücken gehaltene Anklage der Bürgerausschüsse gegen Johann Balthasar Burckhardt. Man warf ihm vor, verdächtigen Zusammenkünften und Practicier-Mählern nicht nur beigewohnt, sondern auch allerhand Anleitungen dazu gegeben zu haben. Er wurde der vorsätzlichen öfteren Mißachtung der von ihm mitausgearbeiteten Ballotierordnung beschuldigt und als verdächtig betrachtet ¹⁸. Die Entlassung durch den Großen Rat verlief nicht geräuschlos, zunächst schien es sogar, als werde dem Absetzungsbegehren der Bürgerschaft keine Folge geleistet. Die Drohung eines gewaltsamen Vorgehens brachte dann doch den Entscheid zur Annahme. «Obwohl die Klagen», so schrieb Burckhardt, «alle fingiert theils von keiner importantz, theils von ganz ohngleicher natur und keine derselben gestendig noch überwiesen, nimbt man die sach in eine umfrag zusammen, und lasst es bey der ergangenen Erkantnus bewenden» ¹⁹.

Burckhardt betrachtete das Vorgehen gegen ihn als ungerecht, indem er betonte, daß bei diesen Vorgängen die ehrlichen Leute beiseite geschoben worden seien, und zwar von solchen, die ein böses Gewissen hätten und sich dadurch decken wollten. Er zeigte, daß er mit der Sache nichts mehr zu tun haben wollte und zog sich aus der Stadt nach Riehen zurück in der Meinung, die städtische Revolution werde bald ihren Abschluß finden.

Aus den Akten ergibt sich kein Beweis für verwerfliche Handlungen. Mit Burckhardts Laufbahn zu den höheren Ämtern wird aber gewiß manche Intrige verquickt gewesen sein. Es scheint immerhin, daß Johann Balthasar

¹⁶ Wirren 1691, StA Basel, Politisches W 2,1, S. 52.

¹⁷ Begebenheiten der Unruhen zu Basel, S. 20, UB Basel, VB O 95,4.

¹⁸ Meyer, Beschreibung der Unruhen 1690 und 1691, 20. April 1691, UB Basel.

¹⁹ Notizen von J. B. Burckhardt, UB Basel, VB O 95,3.

nie die treibende Kraft war. Andere Angehörige der Burckhardt-Sippe werden eher die Schuldigen sein, so Lukas Burckhardt, der 1690 beim Tode des Bürgermeisters Johann Jakob Burckhardt Weisungen für die kommenden Wahlen an seine Freunde verteilen ließ und sich nachher rühmte, die Wahlen gemacht zu haben. Johann Balthasar wurde in der Folge Oberstzunftmeister ²⁰.

In seinem kurzen Verteidigungsschreiben, der Antwort an die Obern über drei Anklagepunkte, machte er weiterhin Anspruch auf die Oberstzunftmeisterstelle, die ihm von Gott und mit Recht während einer Zeit der unumschränkten Ausübung der Rechte des Großen Rates aufgetragen worden sei. Er war der Ansicht, die Widerrufung seiner Wahl sei erzwungen und widerrechtlich gewesen, und deshalb wollte er sich vor keinem Ausschuss mehr verantworten. Die Wahrheit der Aussagen über seine verschiedenen Handlungen als Ratsmitglied hatte er bereits eidlich bekräftigt. Burckhardt begnügte sich aber nicht mit allgemeinen Phrasen, denn er hatte nichts zu vertuschen. Zur Verdeutlichung seiner lautereren Handlungsweise legte er daher noch sein Verhalten am Abend der letzten Ämterbestellung dar. Er erklärte, nichts Verdächtiges oder Unerlaubtes begangen zu haben. Ähnliches könne er von den wöchentlichen, als Zeitvertreib dienenden Besuchen bei Sebastian Merian sagen. Es sei doch gewiß ohne Schaden, bei einem ehrlichen Mann Gast zu sein. Am Schluß betonte er, er habe sich «als ein bekannter ehrlicher Mann von allem ohnglichen und ohngegründten Verdacht, ob Gott will, genugsamb purgirt» und hoffe auf seine Wiedereinsetzung als Oberstzunftmeister ²¹. Aus all den Darlegungen geht seine Erbitterung über die unerwarteten Anmaßungen ihm gegenüber hervor.

Die Ausschüsse mochten auf Burckhardts Darlegungen nicht eintreten, denn mit den abgesetzten Räten wollte man nicht mehr verhandeln. Auf beiden Seiten herrschten Unzufriedenheit und Groll. Die Kleinbasler gingen einmal sogar so weit, die vertriebenen Regimentspersonen aufzustöbern. Als die erhitzte Bürgerschaft am 25. Juli in Riechen sich dem Haus näherte, in dem Burckhardt und seine Anhänger sich aufhielten, sprang der abgesetzte Oberstzunftmeister über die Mauer und flüchtete ²². Burckhardt wollte jegliche Auseinandersetzung vermeiden.

Im August änderte sich die Lage in der Stadt; die Ausschüsse erreichten das von den Bürgern Erhoffte nicht; die wirtschaftliche Notlage und die Teuerung hörten nicht auf. In dieser Situation hatten die eidgenössischen Vermittler endlich Erfolg, und damit tauchte das Verlangen auf, die abgesetzten Regimentspersonen wieder einzusetzen. Am 2. September wurde unter Mithilfe der Repräsentanten der Tagsatzung im Großen Rat beschlossen, Burckhardt wegen der seit vielen Jahren der Stadt geleisteten nützlichen Dienste und dank seiner besonderen Qualitäten, die der Stadt noch nützlich sein könnten, in seine Würden wieder einzusetzen. Er sollte sogar als nie-

²⁰ *Schweizer*, Eine Revolution im alten Basel, S. 37.

²¹ Wirren 1691, StA Basel, Politisches W 2,1, S. 52.

²² Wahrhaft und gründliche Beschreibung, S. 825, UB Basel, VB O 95,1.

mals entlassen erachtet werden²³. Die Wiedereinsetzung erfolgte ohne Erörterung der Schuldfrage und dadurch mit einem gewissen Mißton. Am Samstagmorgen, dem 26. September, wurden Johann Balthasar und Christoph Burckhardt im Großen Rat wieder aufgenommen. Die beiden Herren wurden durch sechs Deputierte des Großen und des Kleinen Rates in der Schlüsselzunft abgeholt und mit Trommlern und Pfeifern durch ein Ehrenspalier der Bürgerschaft und der bewaffneten Landmiliz in der Freienstraße zum Rathaus geleitet. Bei ihrer Ankunft im Ratssaal mußten alle Räte, die bei den Ausschüssen beteiligt waren, abtreten²⁴. Johann Balthasar Burckhardt blieb aber nach der Begrüßung «wegen zugestandener unpässlichkeit» nicht im Rat²⁵. Mit dem Verhalten des Rates ihm gegenüber war er unzufrieden, da die Einsetzung nicht einhellig und ohne ausdrückliche Feststellung seiner Unschuld geschehen war. Er war aber auch froh, mit den nun kommenden Verhandlungen gegen die Führer der Bürgerrevolution nicht belastet zu werden, denn damit wollte er nichts zu tun haben. Die erwähnte Krankheit kann nur als guter Vorwand zum Fernbleiben betrachtet werden. Dies entsprach zwar nicht der gewohnten Offenheit des Oberstzunftmeisters, wäre aber aus den gegebenen Verhältnissen und der immer noch vorhandenen Unzufriedenheit Burckhardts verständlich. Johann Balthasar Burckhardt hat mit dem blutigen Ende Johann Fatios und der beiden andern Führer, Johann Müller und Johann Konrad Mosis, also nichts zu tun²⁶.

Am 4. November, ein Jahr nach seiner Wahl zum Oberstzunftmeister, wurde Burckhardt wieder einhellig in diese Würde eingesetzt, nachdem er endlich als «ohnschuldig» erkannt worden war. Er dankte Gott, daß er ihn mit seiner Gnade von den Anschlägen und wider die schlechten Gedanken der Feinde gerettet habe²⁷. Da während der Unruhen ebenfalls zwei Oberstzunftmeister bestimmt wurden, waren nun nach Rehabilitierung der alten Meister vier Würdenträger im Amt. Es wurde beschlossen, daß alle bis zu ihrem Tode bei ihrer Würde bleiben sollten und daß jeweils am Johannestag und an Weihnachten der Regierungswechsel stattfinden müsse.

Mit der Zeit beruhigte sich die Stadt, der Erfolg der Bewegung war eher kläglich; der Große Rat erhielt mehr und klarer festgelegte Kompetenzen, die Mißbräuche bei der Ämterbesetzung dauerten jedoch fort²⁸. Burckhardt war aber noch nicht ganz befriedigt; als er an der Badener Konferenz im Juni 1692 dem Zürcher Gesandten einen Bericht über Dr. Petri geben sollte, lehnte er mit der Bemerkung ab, er sei von den Unruhen auch berührt worden, «habe aber dafür schlechten dank erhalten»²⁹. Auf der gleichen Tagsetzung trat er verschiedenen Gerüchten entgegen und gab den Bericht ab,

²³ Kleiner Rat, 2. September 1691, StA Basel.

²⁴ Wahrhaft und gründliche Beschreibung, 26. September 1691, S. 1171, UB Basel, VB O 95,1. Begebenheiten zu Basel anno 1690 und 1691, ZB Zürich G 62.

²⁵ UB Basel, VB O 95,3, S. 48.

²⁶ Dies steht im Gegensatz zu den Darlegungen von P. Ochs und E. Schweizer.

²⁷ UB Basel, VB O 95,3, S. 48.

²⁸ Heusler, Geschichte der Stadt Basel, S. 154.

²⁹ J. B. B., Mai — Juni 1692.

in Basel herrsche Ruhe. Als Antwort auf die Empörung wegen des Prozesses gegen Dr. Petri sagte Burckhardt, er sehe keine Hoffnung, diesem zu helfen. Petri selber verhielt sich Burckhardt gegenüber eher zuvorkommend. In seiner 1693 erschienenen Schrift gegen Basel werden die ihm feindlich gesinnten Magistraten erwähnt und angegriffen. Mit der Wiedereinsetzung Christoph und Johann Balthasar Burckhardt scheint er nicht einverstanden gewesen zu sein, schreibt er doch, diese sei «unter nichtig — und lächerlichem Vorwand ihrer sonderer Meriten, Qualiteten oder dem Stand geleister nützlicher Diensten» erfolgt³⁰. Allerdings bezieht sich dieser Einwand Petris hauptsächlich gegen die Art des Vorgehens der Räte, weniger gegen die Person Burckhardts. Dieser wird in der Schrift, die heftige Angriffe gegen namentlich aufgeführte Magistraten enthält, sonst nicht mehr erwähnt.

Bis zur plötzlichen Absetzung ist aus den Quellen keine Kritik an seiner Person festzustellen, und die späteren Vorwürfe sind oberflächlicher Art. Burckhardt war keine Amtsperson, die ihre Würde ausnützte; er war aber auch nicht der Mann, der sich einer unberechtigten Anschuldigung schroff widersetzen konnte; er wich aus und wartete ruhigere Zeiten ab. Sein Ehrgeiz verbot ihm aber doch, ganz untätig zu sein; nur wollte er die alten Würden und Lasten ohne klare Rehabilitation nicht wieder übernehmen.

In der Eidgenossenschaft haben die Basler Unruhen und ihre verschiedenen blutigen Folgen einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen; in Zürich empörte man sich darüber. Durch die Tätigkeit der Basler Gesandten, besonders aber Burckhardts, gewann die Stadt ihr Ansehen zurück, wie die verschiedenen eidgenössischen Aufgaben bestätigen, die dem Genannten aufgetragen wurden.

III. Bürgermeister von Basel

Im Jahre 1705 wurde Johann Balthasar Burckhardt die höchste Ehre zuteil, die Basel vergeben konnte — er wurde zum Bürgermeister erwählt. Diesem Amt galt sein ganzes Streben. Sein Verhältnis zu den Bürgern muß jetzt ausgezeichnet gewesen sein; er war gegen alle voll Liebe und Wohlwollen. Alle konnten ihn jederzeit um Rat bitten; keinen ließ er ohne Trost von sich gehen. Man schrieb über Burckhardt anlässlich der Wahl zum Bürgermeister, er sei ein Mann von großer Bedeutung und in der Eidgenossenschaft berühmt; sein Urteil und seine Beredsamkeit seien unvergleichlich³¹. Seine Hilfsbereitschaft kommt in der genauen «Buchhaltung» bei den Gesandtschaften zum Ausdruck. Oft beschenkte er Bettler und Handwerksburschen mit Geld.

In seinen Mußestunden, die ihm die Amtsgeschäfte übrigließen, beschäf-

³⁰ Petri, Basel — Babel, S. 29.

³¹ Chronik Samuel von Brunn, 27. Januar 1705 «vir magni momenti celeberrimū fertim in nostra Helvetia, Judicio et Eloquentia incomparabilis».

tigte sich Burckhardt mit Büchern. Er besorgte sich Merians Topographie der Schweiz und die Helvetische Kirchengeschichte von Hottinger, interessierte sich für Tacitus und Demosthenes und beschäftigte sich mit Machiavelli. Leider sind seine Notizen zu knapp, um eine bestimmte Nebenbeschäftigung Johann Balthasars erkennen zu lassen. Interessant ist aber, daß die Bücher sich mit dem Staat, mit der Kirche und dem Verhältnis dieser Mächte zum Individuum auseinandersetzen.

Eine bedeutende Rolle im Leben Burckhardts spielte das Christentum; seine Auffassungen waren orthodox. Er besuchte vor und während der Tagessatzungen die Kirche; die Durchführung und die Einhaltung des Bettages lag ihm am Herzen. Die stereotype Bemerkung «mit dem geleit Gottes nach Baden verreist» war anscheinend ein wirkliches inneres Erlebnis. Aus dem Christentum holte er die Leitsätze und die Kraft zu seiner politischen Tätigkeit; der Einsatz für Recht, Milde, gegenseitiges Verstehen und Achtung des Gegners kennzeichnen sie. Neben vaterländischen, baslerischen und rein evangelischen Motiven waren es allgemein die christlichen, die Burckhardt zu seinem Handeln, seinem Reden und Vermitteln getrieben haben. Burckhardt war ein kluger Ireniker, was ganz der Wesensart der Basler entsprach. Diese sind ja allgemein nüchterner, feinfühlicher, differenzierter und intellektueller als ihre Bundesgenossen. Dies zeigte sich auch in der religiösen Haltung Burckhardts; sie war tolerant.

Auffallend ist, daß sich, wie in andern Kreisen, auch in der Familie Burckhardt zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine vermehrte Hinwendung zum theologischen Beruf abzeichnete. Neben Ratsmitgliedern, Tuchherren finden wir nun öfters Pfarrherren. Der Bruder Johann Balthasars, Christoph, versah die Pfarrstelle in Rothenfluh und der Sohn des Bürgermeisters wurde Antistes. «Mit ihm eröffnete sich ein theologischer Strom»³². Vor Hieronymus war kein Burckhardt Pfarrer an einer Stadtkirche gewesen. Hieronymus war zuerst Prediger im Waisenhaus, dann zu St. Jakob, zu St. Elisabethen und zu St. Peter. 1709 erfolgte seine Wahl zum Antistes, mit dessen Amt auch eine Professur an der Universität verbunden war³³. Samuel von Brunn, der Pedell, schrieb zu dieser Wahl: «Ein exemplum sine exemplo nostrae urbis, dass ein Bürgermeister, der noch dazu newregierend damals gewesen, einen Sohn zum Oberpfarrer gehabt»³⁴. Von Brunn meinte dies ohne jede Kritik, was nach den Vorfällen von 1691 erstaunlich ist. Es scheint, daß auch die Bürgerschaft keinen Anstoß daran genommen hat, wenn nun die höchsten Ämter von Staat und Kirche in der gleichen Familie vereinigt waren. Damit ja von keiner Familienpolitik gesprochen werden konnte, hatte der Bürgermeister vor der Wahl jedermann ermahnt, er möge nach seinem guten Ge-

³² Kaegi, Jakob Burckhardt, Bd. I, S. 45.

³³ 1713, 1725 und 1730 bekleidete er die Würde des Rektors. — Hagenbach, Die theologische Schule Basels, S. 42 f. Hieronymus Burckhardt war der letzte unter denen, welche zugleich mit der obersten Pfarrstelle eine theologische Professur von Amtes wegen bekleideten.

³⁴ Chronik Samuel von Brunn, S. 140.

wissen wählen ³⁵. Der Ausgang der Wahl war neben der Wertschätzung, die man seinem Sohne entgegenbrachte, auch eine erneute Bestätigung der Achtung gegenüber der Person des Bürgermeisters ³⁶. — Hieronymus, der das Antistitium, den «Kleinen Rollerhof» bewohnte, war ein weitgereister und origineller Pfarrer. Viele Anekdoten waren über ihn im Umlauf ³⁷. Er war auch als guter Prediger bekannt; seine Predigten gegen verschiedene Zeit- und Stadtübel (Fluchen, Meineid) wirken sehr lebendig ³⁸. Die Weihepredigt der Kirche zu Kleinhüningen im Jahre 1710 widmete er seinem Vater und drei weiteren Häptern der Stadt ³⁹.

Eine Episode aus dem Leben des Antistes mag hier erwähnt werden: Ende des Jahres 1719 herrschte in der Stadt eine große Aufregung, denn es fehlte ein Band der Konzilsakten. Alle Professoren und Studenten wurden ausgefragt, doch konnte nichts Sicheres über den Verbleib des wertvollen Bandes festgestellt werden. Es ging nun in der Stadt die Rede um, der Antistes habe die Tat begangen und sein Vater wohl Mithilfe geliehen. «Ob Vater oder Sohn der wahre Dieb zu nennen? Schau sie von hinten an, so wirst du es erkennen» ⁴⁰. — Die Angelegenheit fand ihre Erledigung, aber nicht ihre Aufklärung, als der gesuchte Band am 25. Januar des folgenden Jahres vor dem Haus des Ratsherrn Gernler aufgefunden wurde ⁴¹.

Der älteste Sohn, Johann Balthasar, wurde Kaufmann, Direktor der Kaufmannschaft und Ratsherr. 1698 gründete er eine Seidenbandfabrik, die bald berühmt wurde und deren Exporte bis Leipzig reichten. Leider findet sich nirgends ein Hinweis, ob auch sein Vater, der Bürgermeister, am Geschäft beteiligt war. Eine solche Beteiligung würde nicht überraschen, konnte doch

³⁵ Chronik Samuel von Brunn, S. 140.

³⁶ Zacharia Hemminger verfaßte zur Promotion des Antistes im März 1709 folgendes Sonett: «Wer sich vermessen wolt nach Würde vorzustellen / Worinn, wie oft, und viel, wie hoch, und mit was Frucht / Herr Burgermeister sich ums Vatterland gesucht / Verdient zu machen; Wer all Umständ wolt erzehlen / Da er durch seinen Raht die ungestümmen Wellen / Des Kriegs hat abgelehnt, Frieden und Einigkeit / Herwider bracht; da schon Bellona war bereit / Das edle Schweitzerland durch ihren Grimm zu fällen / Wer seinen strengen Muht, sein wohlberedten Mund / Sein Klugheit und Verstand zu rühmen understund; / Der müsst die Musen selbst zu seinen Ghülfen haben. / Drumm ich nichts weiters meld als diss; dass er ein Sohn / Dem Kirchen-Stand erzihlt zu einer Zierd und Cron / An welchem leuchten all des Vatters hohe Gaben.» Das Gedicht wurde kurz vor Beginn der eigentlichen Toggenburger Mediationsverhandlungen geschrieben. Historischer Entwurf des Burckhardischen Stammbaumes, S. 31.

³⁷ Roth, Der Kleine Rollerhof, S. 12 f. — Burckhardt-Werthemann, Anekdoten von Antistes H. Burckhardt. — Stockmeyer, Ein Basler Antistes zu Anfang des vorigen Jahrhunderts.

³⁸ Ermahnungen in der Chronik des Provisors zu St. Peter, Heinrich Scherrer.

³⁹ Gehrig, Kleinhüningen, S. 33.

⁴⁰ Dieb von hinten gelesen = beid. — Burckhardt-Werthemann, Häuser und Gestalten aus Basels Vergangenheit, S. 42 f. — Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, III, S. 598 ff.

⁴¹ Chronik Samuel von Brunn, S. 47.

der Bürgermeister mit seinen vielfältigen Beziehungen dem Geschäft wertvolle Dienste leisten und zum Erfolg des Betriebes beitragen. Der Kaufmann Johann Balthasar starb 1740; er wurde in St. Peter begraben, in dessen Chor noch heute sein Epitaph zu sehen ist.

Der jüngste Sohn, Christoph, arbeitete ebenfalls im Dienste der Stadt; er war Gerichtsschreiber und Sechser. Ein weiterer Sohn, Johannes, starb 23jährig an einem Fieber in einem französischen Schweizerregiment in Flandern. Die Tochter Salome wurde die Gattin des Stadtschreibers J. R. Huber von Liestal.

1715 zog sich der Vater von den Geschäften zurück. 1721 starb die 67jährige Gattin, deren Tod ihm stark zusetzte. Bald darauf, am 4. Mai 1722, starb Johann Balthasar Burckhardt im Alter von 80 Jahren. Die Räte der Stadt ehrten ihren Bürgermeister am 7. Mai mit einer Leichenprozession vom Rathaus zum Sterbehaus auf dem Münsterplatz ⁴². Das Begräbnis fand im Münster statt.

Bereits eine Woche später verlangte der Große Rat wegen einiger Unklarheiten in Kompetenzfragen die hinterlassenen Schriften Burckhardts, da «der verstorbene bürgermeister allezeit die beste wissenschaft in allen sachen gehabt» ⁴³. Diese «Wissenschaft» hat der Stadt und der damaligen Eidgenossenschaft wertvolle Dienste geleistet. In der eidgenössischen Politik fand Burckhardt sein wichtigstes Betätigungsfeld. An den Beratungen der Tagsatzung konnte er durch sein Verhalten und durch seine vermittelnden Vorschläge manche stürmische Auseinandersetzung vermeiden oder mildern. In der eidgenössischen Tätigkeit Burckhardts wurden ihm Erfolge beschert, die er mit der in Basel gewonnenen und später erweiterten politischen und menschlichen Erfahrung erzielen konnte.

⁴² Kleiner Rat, 7. Mai 1722, StA Basel.

⁴³ Großer Rat, 11. Mai 1722, StA Basel.

INNEREIDGENÖSSISCHE SPANNUNGEN

Die innereidgenössische Situation in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch eine Krise auf der Grundlage der alten konfessionellen Gegensätze. Die evangelischen Orte erhielten durch den Handel, die Bevölkerungszunahme und den politischen Niedergang Frankreichs eine Übermacht, durch die sich die Katholiken bedroht fühlten. Das Gedeihen eines nationalen Bewußtseins war dadurch unmöglich; die Spannungen zwischen den Orten belasteten auch die wirtschaftlichen Beziehungen. Die alten Bünde galten nicht mehr viel; zufällige gemeinsame Interessen brachten eine Zusammenarbeit.

In der Haltung gegenüber den kriegerischen Auseinandersetzungen des Auslandes waren sich die Orte einig; hier mußte Neutralität beobachtet werden. Die Eidgenossen versuchten, eines jeden Freund und niemandes Feind zu sein. Nur so war es ihnen möglich, sich durch all ihre Bündnisse hindurchzuwinden. Nach allen Seiten hin waren sie verbündet, an keine Macht aber fest versprochen. Von einem Vertrag beriefen sie sich auf den andern und spielten so die Abmachungen gegenseitig aus. Starke Bindungen an eine ausländische Macht, besonders an Frankreich oder Oesterreich, hätten folgenschwere Rückwirkungen auf die Innenpolitik mit sich geführt. Sobald Separatallianzen, wie zum Beispiel diejenigen der katholischen Orte mit Spanien, abgeschlossen wurden, versteiften sich die Spannungen. Um keine Macht zu beleidigen, hielten die Orte im großen und ganzen allen die Werbungen nach dem Grundsatz der allgemeinen Begünstigung offen. So faßten sie die Neutralität auf ¹.

Die verschiedenen Sympathien einzelner Orte zu ausländischen Mächten zeigten sich besonders klar während des Spanischen Erbfolgekrieges (1701—1714). Die katholischen Orte betonten ihre Hinneigung zu Frankreich; Zürich und Bern unterstützten die Absichten der Koalition, besonders die der glaubensverwandten Seemächte. Bereits 1690 waren Bündnisverhandlungen zwischen England und den evangelischen Städten im Gange. Basel distanzierte sich jedoch, da es seine gefährliche Lage als Grenzort erkannte; es entschuldigte sich wegen seiner Zurückhaltung beim englischen Gesandten ². Das geplante Bündnis scheiterte aber an Fragen der Garantieleistung durch den englischen König.

Während der Kriegsjahre blieben die Orte bei ihrer bereits erwähnten

¹ *Feller*, Die Schweiz und das Ausland im Spanischen Erbfolgekrieg, S. 12.

² J. B. B., Februar 1690.

Neutralitätspolitik. Basel erstrebte schon lange, auch die ihm benachbarten Gebiete in die Neutralität einzubeziehen. Das Interesse der übrigen Orte an dieser Neutralisierung war jedoch nicht stark genug.

Als im Frühjahr 1700 ein neuer Bündnisantrag des Markgrafen von Baden-Durlach auf der Tagsatzung eintraf, trat Basel für dieses Gesuch entschieden ein. An der April-Tagsatzung 1701 wurde ein «unvorgreiflicher Entwurf» des markgräfischen Abgeordneten Dr. Johann Jakob Harder vorgelegt, der dann von Johann Balthasar Burckhardt durchgesehen und revidiert wurde³. Danach sollten sich die Protectionsgrenzen in einem Umkreis von zwei Stunden oder einer Meile um die Stadt erstrecken. Am 14. April verfaßte Burckhardt das Memoriale für den französischen und den kaiserlichen Botschafter. Es forderte die Neutralisierung der markgräfischen Nachbarschaft Basels. Der Kaiser schien, wie schon während der früheren Kriege, ein sehr schlechtes Gehör für die Neutralisationsforderungen der Tagsatzung zu haben und reagierte auf den eidgenössischen Vorschlag überhaupt nicht⁴.

Im folgenden Jahr drängte Basel auf den Abschluß eines eidgenössischen Schirmwerkes, wurde doch seine Lage immer gefährvoller. Der Basler Gesandte Burckhardt arbeitete mit Johann Viktor Besenval von Solothurn und Johann Ludwig Hirzel aus Zürich an diesem Schirmwerk. Nach langen Verhandlungen wurde 1702 der Tagsatzung durch Frankreich und den Kaiser die Respektierung ihres Territoriums versprochen. — Bei der Frage des Zuzuges nach Basel sagte von allen Orten Bern am ausdrücklichsten rasche Hilfe zu.

Zu der Neutralitätspolitik der Eidgenossen gehörten auch Bemühungen um den europäischen Frieden. In den Jahren 1705 und 1706 gelangte Luzern an die Tagsatzung mit dem Vorschlag, zwischen den Kriegsparteien die Friedensvermittlung zu versuchen. Es hoffte, Basel, Zürich und Bern zum Mitmachen bewegen zu können⁵. «Allein haben ob einem solch unvermuteten anbringen die Reformierten Ihne fast ins angesicht gelacht und darzu Einigen beyfahl nicht gegeben»⁶. In der Folge bemühten sich lediglich die katholischen Orte, Basel und die Stadt St. Gallen um einen Frieden. Die Rheinstadt war als Ort der Verhandlungen vorgesehen. Daß es gerade die genannten Orte waren, die zum Frieden mahnten, war durch ihre Neigung zu Frankreich bedingt. Bei den Innern Orten war der Zug nach Westen eindeutig; bei Basel waren es die franzosenfreundliche und friedensliebende Regierung und wirtschaftliche Momente, und bei St. Gallen hat der Streit mit dem Abt eine Rolle gespielt⁷. Basels Regierung sandte sogar Benedikt Socin nach den Niederlanden, um dort Verhandlungen über das Friedens-

³ J. B. B., April 1701. — EA VI² 1, S. 908 n.

⁴ *Niethammer*, Das Vormauernsystem an der eidgenössischen Nordgrenze, S. 79.

⁵ Runckel an Generalstaaten. 10. September 1705, BA. Holland 5973, Photos 1055—1057.

⁶ Trauttmansdorff an Joseph I. 21. Februar 1705, BA. Wien 126, f. 8.

⁷ Trauttmansdorff an Joseph I. 17. November 1706. BA. Wien 126, f. 10.

geschäft anzubahnen. Die Haltung der Stadt war aber keineswegs neutral; sie war in verschiedenen Fragen konfessionell gebunden. Basel vermied es zum Beispiel, das Friedensschreiben an den bourbonischen König von Spanien zu unterzeichnen, da dieser (Philipp von Anjou) von den evangelischen Orten nicht anerkannt wurde ⁸.

Wenn wir hier eine Rücksichtnahme Basels auf die evangelischen Glaubensgenossen feststellen, so fehlte diese jedoch im allgemeinen, was auf kaiserlicher Seite mit Mißbilligung aufgenommen wurde ⁹. Die Haltung der Stadt entsprach nicht durchwegs den Ansichten der evangelischen Städte, wohl aber den Neutralitätsbestrebungen einer bedrohten Grenzstadt. Bei den Friedenshandlungen waren Burckhardt und einige seiner Ratskollegen sofort zur Mitarbeit bereit: erstens leisteten sie dadurch dem bedrängten Frankreich einen großen Dienst und zweitens unterstützten sie die allgemeinen Friedensbemühungen ihrer Stadt. Frankreich schrieb sogar dem Bürgermeister Burckhardt das Hauptverdienst daran zu, daß die Basler Regierung ihm günstig gesinnt sei. Der Ambassador Puyzieulx glaubte, dieser Zustand habe sich verstärkt «depuis que j'ai mis le Bourgemestre Balth. Bourcard dans mes interest» ¹⁰. Zur Entstehung und Sicherung einer solchen Zusammenarbeit haben gewiß Geldgeschenke an den Basler beigetragen. Burckhardt war für den französischen Botschafter eine wertvolle Stütze in Basel und in der gesamten Eidgenossenschaft. Auch De la Chapelle, der mit dem Finanzministerium Wechselgeschäfte tätigte, berichtete mit Freuden in einem Schreiben an den französischen Hof, daß der Basler Bürgermeister die Friedensbemühungen sehr begrüße ¹¹.

Der kaiserliche Gesandte Trauttmansdorff war gegen eine Mediation der eidgenössischen Orte und für eine solche durch die nordischen Staaten eingestellt. Er glaubte nicht an eine besondere Vermittlungsgabe der Schweizer in einer derart wichtigen Sache. Die mündlich erklärte Unparteilichkeit werde die Schweiz immer dann brechen, wenn es ihren eigenen Interessen dienlich sei ¹². Solche Vertragsverletzungen warf der Gesandte der Tagsetzung vor; er scheint dabei an die Grenzverletzung des französischen Marschalls Villars von 1702 gedacht zu haben. Trotz der genannten Einwände hob Trauttmansdorff drei Herren hervor, von denen «unfehlbar» die ganze Mediation abhängen müßte: die beiden Basler Johann Balthasar und Lukas Burckhardt und den Schaffhauser Tobias Holländer. Aber auch diese Magistraten waren in den Augen des kaiserlichen Gesandten parteiisch, denn ihre Sympathien für Frankreich seien offenkundig; die Gesandten würden das von Frankreich anbotene Geld gewiß nicht abschlagen. Es darf aber nicht angenommen werden, daß finanzieller Gewinn Ursache der Friedens-

⁸ La Chapelle an Torcy. 10. September 1706. BA. AES 171, f. 129.

⁹ Runckel an Generalstaaten. 28. Oktober 1706. BA. Holland 5974, Photos 473—476.

¹⁰ Mémoire pour La Chapelle. 15. August 1706. BA. AES 171, f. 48.

¹¹ La Chapelle an Torcy. 20. Oktober 1706. BA. AES 171, f. 200.

¹² Trauttmansdorff an Joseph I. o. D. 1705. BA. Wien 132, f. 17.

bemühungen der verschiedenen Orte war. Solche Erwägungen waren nicht ausschlaggebend, bei einigen Gesandten aber mitbestimmend. Dies überrascht uns weniger, wenn wir uns der Bedeutung der Geschenke innerhalb des Finanzhaushaltes der Orte und vieler Magistratspersonen bewußt werden. Der Hauptgrund für die Ablehnung der Friedensvorstöße durch die Kaiserlichen war die Nähe Frankreichs. Trauttmansdorff war daher auch gegen die Wahl der Stadt Basel als Verhandlungsort eingenommen; die Festung Hünigen befände sich zu nahe an dieser Stadt; eine genügende Sicherheit für die Gesandten sei daher nicht vorhanden¹³. Hinter Trauttmansdorff stand der kaiserliche Hof, der sich derartigen Aktionen gegenüber ganz ablehnend verhielt¹⁴. Frankreich jedoch unterstützte diese Friedensbemühungen und war froh über die ihm günstig gesinnte Basler Regierung. Die Bestrebungen der eidgenössischen Orte blieben aber erfolglos, und der Krieg nahm seinen Fortgang.

In der politisch gespannten Zeit um die Wende des 17. zum 18. Jahrhundert verwies Basel auf der Tagsatzung oft auf die Notwendigkeit eines raschen Zuzuges der andern Orte an die Grenze¹⁵. Es wünschte die Aufrechterhaltung und genaue Durchführung des Defensionals von 1668¹⁶.

In der Frage des Durchmarsches ausländischer Truppen über sein Territorium war Basel der Auffassung, daß keiner Macht ein Durchziehen gestattet werden sollte¹⁷. Eine solche Meinung widersprach den Auffassungen des berühmtesten Völkerrechtslehrers der Zeit. Hugo Grotius verteidigte in seinem Werk «De jure belli ac pacis» (1625) das Recht des Durchzuges unter allen Umständen. Nicht einmal die Angst vor der Macht des den Durchzug Begehrenden sei ein Verweigerungsgrund. Hinter dem Begehren dürfe nur keine böse Absicht stehen¹⁸. — Grenzübergänge bei Basel hätten der durchziehenden Macht zum Schaden ihrer Feinde Vorteile gebracht. Basel, das sich seiner Pflichten und Aufgaben einer neutralen Grenzstadt bewußt war, mußte sich von solchen Unternehmungen distanzieren.

Noch bei zwei weiteren Ereignissen traten die Neutralitätsbestrebungen Basels deutlich zutage. Diesmal sind es Vorfälle, welche die Stadt direkt betrafen: Die Versuche, den Festungsbau von Hünigen und das Fortifikationswerk am Grenzacherhorn zu verhindern.

Seit 1679 arbeiteten die Franzosen trotz vielen baslerischen Einwänden an der Festung nördlich der Stadt, der sogenannten «Zwing-Basel»¹⁹. Ge-

¹³ Trauttmansdorff an Joseph I. 17. November 1706. BA. Wien 126, f. 10.

¹⁴ Joseph I. an Trauttmansdorff. 27. Oktober 1706. BA. Wien 76.

¹⁵ J. B. B. Instruktion 5. August 1690. StA Basel.

¹⁶ Sutter, Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensionale.

¹⁷ J. B. B., August 1690. — EA VI² 1, S. 261 y.

¹⁸ *Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 29. — Grotius, *De jure belli ac pacis*, Buch II, Kap. 2, XII—XV.

¹⁹ Huber, Geschichte Hünigen 1679—1698. — Tschamber, Geschichte der Stadt und ehemaligen Festung Hünigen.

sandtschaften aus Basel und weiteren eidgenössischen Orten sprachen bei Ludwig XIV. vor; doch erfolglos. Basel sah in der Festung Hünigen eine unmittelbare Bedrohung der Stadt und der gesamten Eidgenossenschaft. Der französische König jedoch bestritt dies und gewann die Innern Orte mit der Drohung einer Pensionensperre. Basels Bevölkerung aber war auf Frankreich nicht gut zu sprechen, obwohl der Stadt vom Ambassador versichert wurden, der König sei ihr freundlich gesinnt²⁰. Als in den 1690er Jahren Hünigen erweitert werden sollte, setzte sich Basel energisch für eine Schleifung der Festung ein und verlangte eine außerordentliche Tagsatzung. Die reformierten Orte waren damit einverstanden, die katholischen aber vereitelten unter dem Einfluß des französischen Ambassadors Amelot diese Versammlung²¹. Dieser erklärte ihnen, die reformierten Orte würden durch die Festung in Schach gehalten. Alle weiteren Bemühungen Basels waren erfolglos, so daß die Stadt daraus ihre Konsequenzen zog; sie verbot die französischen Werbungen²². Nach dem Frieden von Ryswijk im Jahre 1697 mußte dann der Brückenkopf der Festung demoliert werden, doch wurde die Festung selbst durch die Franzosen bald wieder völlig hergestellt²³.

Während der Arbeiten an Hünigen begannen die französischen Truppen im Januar 1689, auch am Grenzacherhorn ein Schanzwerk aufzurichten²⁴. Es sollte ermöglichen, die für Hünigen so notwendigen Steinbrüche auf der rechten Rheinseite ohne Störung durch die Kaiserlichen zu benützen. Die vielen Vorstellungen der von einer Einschließung bedrohten Basler an der Tagsatzung und beim Ambassador hatten Erfolg. Am 15. Februar 1689 berichtete Amelot an die Tagsatzung, daß die Arbeiten am Befestigungswerk bei Grenzach sofort nach Beendigung des Steintransportes nach Hünigen eingestellt würden²⁵. Diese Zusage wurde eingehalten.

Johann Balthasar Burckhardt schilderte an der Tagsatzung immer wieder die schlimme Lage Basels und die dadurch entstehende Bedrängnis für die Eidgenossenschaft. Seine Tagsatzungskollegen ermahnte er, sie möchten in ihren Orten für eine strikte Neutralität besorgt sein. — Burckhardt gehörte auch meistens zu den Deputierten, denen die Aufgabe zufiel, den ausländischen Gesandten die Wünsche und Beschwerden der eidgenössischen Orte darzulegen. Das brachte aber auch die Verpflichtung mit sich, an verschiedenen Einladungen teilzunehmen, wo die Fragen in einer unverbind-

²⁰ J. B. B., September 1690.

²¹ Huber, Geschichte Hünigens, S. 121.

²² Chronik Samuel von Brunn. 22. Oktober 1690. S. 509 f.

²³ 1815 wurde nach unaufhörlichen Bemühungen Basels und der Tagsatzung ihr gemeinsamer Wunsch erfüllt: Artikel III des Friedensvertrages bestimmte die Schleifung der Festung. Besonders Basel fühlte sich nun von einem Druck befreit. Oechslí, Quellen zur Schweizergeschichte, S. 502 (Aus dem Zweiten Pariser-Frieden, 20. November 1815).

²⁴ Kleiner Rat. 19. Januar 1689. StA Basel.

²⁵ Amelot an die Tagsatzung. 15. Februar 1689. Abschiede. StA Basel.

lichen Weise besprochen wurden. Im September 1690 wurde an der Tagsatzung allgemein über die vielen Einladungen geklagt, auch Burckhardt fand diese zu zahlreich.

In der Frage der Festung Hünigen setzte sich Burckhardt nachdrücklich für die Interessen Basels ein. Er verfaßte das Konzept für die Einladung zu einer außerordentlichen Tagsatzung²⁶. Nachdem diese nicht zustande kam, schilderte er an der Tagsatzung im Dezember 1697 die Lage der Stadt und verfaßte ein Memoriale zu Händen des französischen Königs. Burckhardt schloß seine Eingabe mit dem Hinweis darauf, die Eidgenossen hätten vor Jahrhunderten der Krone Frankreichs treue Dienste geleistet und dabei viel Blut vergossen. An diese Taten erinnerte er, um vom König nun auch ein Entgegenkommen zu verlangen, das darin bestehen sollte, den Eidgenossen die Festung «aus den Augen zu setzen»²⁷. Erfolg war ja dann allerdings keiner zu verzeichnen. Basels Klage wegen des Grenzacherhorns vertrat ebenfalls Burckhardt an der Tagsatzung.

Wir finden also Johann Balthasar Burckhardt bei wichtigen Verhandlungen zwischen Basel, den übrigen Orten und dem Ausland an vorderster Stelle. Burckhardt war sich klar, daß ein sicheres Auftreten gegenüber dem Ausland von Eintracht und Ruhe im Innern abhing, deshalb konzentrierte er seine Bemühungen hauptsächlich auf eine Verständigung zwischen den einzelnen Orten. Als unheilvoller Schatten stand aber hinter allen innerpolitischen Auseinandersetzungen die Frage der religiösen Verhältnisse in den Gemeinen Herrschaften und besonders die der Parität. Von daher kamen die Schwierigkeiten für ein starkes Auftreten gegen außen.

Der Landfriedensschluß von 1656 brachte in den konfessionellen Fragen keinen endgültigen Austrag, sondern nur einen Waffenstillstand. Die erstrebte Besserstellung der evangelischen Glaubensgenossen in den Gemeinen Herrschaften wurde nicht erreicht. Daher war man sich in den eidgenössischen Orten, besonders in den evangelischen, darüber klar, daß der entstandene rechtliche Zustand nicht lange dauern werde. Die Reformierten fühlten sich drangsaliert und waren seit langem bereit, sich zu rächen²⁸. Zürich, das aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen an den Gemeinen Herrschaften ein größeres Interesse als Bern hatte, trachtete danach, günstigere rechtliche Bestimmungen zu erhalten. Die Zeit von 1656 bis 1712 ist erfüllt von Vorstößen in dieser Richtung. Die beiden Konfessionsparteien versuchten oft, bestimmte Ziele mit Unterstützung ausländischer Mächte zu erreichen; diese benützten die Gelegenheit, um in der Eidgenossenschaft an Einfluß zu gewinnen. Es ist daher verständlich, daß die ausländischen Gesandten je nach Bedürfnis den Konflikt zwischen den Parteien zu vergrößern oder zu verringern suchten.

²⁶ J. B. B., 20. Oktober 1697.

²⁷ Memoriale wegen Hünigen. 30. November 1697. Abschiede. StA Basel.

²⁸ Nabholz, Toggenburgergeschäft, Einleitung. BB Bern.

Seit dem Zweiten Landfrieden von 1531 setzte sich Zürich für die Wahrung der Rechte der evangelischen Untertanen ein. Jede Sache einer reformierten Gemeinde oder sogar eines Untertans wurde ipso facto auch zur Sache Zürichs ²⁹. Bei jeder Gelegenheit betonte dieser Ort, daß es als die eine Partei des Landfriedens ebenso viel zu sagen habe wie die 5 Orte als die andere Partei. Jede Landfriedenssache sollte durch einen Vergleich unter den Orten oder durch ein Schiedsgericht geregelt werden. Zürich war gegen eine Vermittlung eingestellt; es forderte gleiche Sätze, das heißt einen Entscheid durch ein Schiedsgericht, bestehend aus gleich viel Richtern beider Konfessionsparteien. Die Limmatstadt machte den Katholiken keine Konzessionen, wenn diese nicht gleichzeitig bereit waren, die entsprechenden Begehren der Reformierten zu erfüllen. 1632 hatte Zürich im Frieden von Baden Erfolg gehabt. Damit wurde ein Zwist zwischen den Reformierten und den Katholiken infolge von Ansprüchen des Bischofs von Konstanz und des Fürstabtes von St. Gallen auf verlorene Herrschaftsrechte im Thurgau und im Rheintal beigelegt. Der Friede bestimmte, daß bei Religionsstreitigkeiten in den Gemeinen Herrschaften nicht die Mehrheit der Ortsstimmen entscheide, sondern ein aus unparteiischen Orten ernanntes Schiedsgericht beider Konfessionen ³⁰. Die 5 Orte widersetzten sich jedoch der ständigen Anwendung dieses Prinzips der Parität der Richter; sie befürworteten das Mehrheitsprinzip. Der Spruch von 1632 war für das eidgenössische Bundesrecht entscheidend vor dem Vierten Landfrieden. Er vertiefte den konfessionellen Gegensatz, der damit zum Staatsprinzip erhoben wurde ³¹.

Die vielen Streitigkeiten des späten 17. Jahrhunderts sind von dieser geschilderten Situation abhängig, es waren Zwiste um die Einführung der Parität. Die Innern Orte erkannten, daß sie dadurch ihre Vormacht in den gemeinsam regierten Gebieten verlieren würden; sie befürchteten aber auch eine Bedrohung ihrer Religion. Die katholischen Orte sahen daher in Zürichs Politik vieles, was sie gegen sich gerichtet glaubten, woraus es ein Geschrei «von bösen Lüthen» gab, was den gegenseitigen Unfrieden noch vermehrte ³².

Basel nahm in all diesen Streitigkeiten eine möglichst unparteiische Haltung ein und versuchte, Zwistigkeiten gütlich beizulegen. Dies zeigte sich schon eindrücklich im Ersten Villmergerkrieg ³³. Aber auch in den folgenden Jahrzehnten bemühte sich die Stadt um eine vermittelnde Tätigkeit im

²⁹ *Neuhaus*, Der Matrimonial- und Kollaturstreit im Thurgau und im Rheintal 1630—1637, I. S. 92.

³⁰ EA V², S. 1540—1543. — *Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, III, S. 513.

³¹ *Neuhaus*, Der Matrimonial- und Kollaturstreit im Thurgau und im Rheintal 1630—1637, V. S. 44.

³² J. B. B., 6. April 1693.

³³ *Gauss, Stoecklin*, Bürgermeister Wettstein, S. 415—424.

Innern. Johann Balthasar Burckhardt war es nun vorbehalten, diese Politik auf den Tagleistungen und an verschiedenen Sessionen in die Tat umzusetzen. Bereits an der dritten allgemeinen Tagsatzung, die Burckhardt am 17. Februar 1686 als Deputierter der Rheinstadt besuchte, war das Haupttraktandum das gegenseitige Verhältnis der Konfessionen. Die kritische Lage im Ausland bewirkte das Zustandekommen einer Erklärung, in der sich die Orte im Falle einer Bedrohung durch die fremden Mächte gegenseitige Hilfe ohne Unterschied der Religion versprachen. Der Entschluß der Orte bedeutete für Burckhardt gewiß einen schönen Anfang seiner eidgenössischen Tätigkeit. Seine Arbeit galt nun hauptsächlich der Schaffung einer wahren Harmonie im Innern, welche nur durch die Verständigung zwischen den Konfessionen erlangt werden konnte. Erst wenn dieses Ziel erreicht war, konnte angenommen werden, daß die Neutralität gegen außen gewahrt werde.

Als sich in den 1690er Jahren die drohende Gefahr vom Ausland her verringerte, hatten die Gegensätze zwischen den konfessionellen Parteien schärfere Umrisse angenommen. Die Aufhebung des Ediktes von Nantes und der damit verbundene Zustrom von Glaubensflüchtlingen in die evangelischen Orte verstärkten die Spannung noch.

Es war der *Wartauerhandel*, der die Gemüter erregte und in dem Johann Balthasar Burckhardt erstmals als eidgenössischer Mediator wirkte³⁴. Der Streitpunkt war die Wiedereinführung der Messe in der Kirche von Wartau-Gretschins in der Landvogtei Sargans. Landvogt Reding aus Schwyz führte mit Rücksicht auf vier Familien diese Neuerung ein. Der Protest von Seiten Zürichs blieb nicht aus, die Unterstützung des Schwyzers durch die katholischen Orte auch nicht. Das von Zürich vorgeschlagene Verfahren nach «gleichen Sätzen» lehnten die 5 Orte ab. Auf beiden Seiten wurden Vorbereitungen zu einem Feldzug getroffen, der Kriegausbruch schien bevorzustehen. Die reformierten Orte beklagten sich, die katholischen Stände seien planmäßig darauf bedacht, der evangelischen Religion Abbruch zu tun³⁵. Da bemühten sich die unbeteiligten Orte um eine Beilegung des Streites.

In jeder Basler Instruktion dieser Zeit stand, die Gesandten möchten alles beitragen, was zum Besten des evangelischen Wesens und zur Vermeidung größerer Unruhen ersprießlich sei³⁶. Interessant ist der Hinweis, daß die evangelische Religion geschützt werden solle. Basels Hilfeleistung galt also in erster Linie Glaubensgenossen, so daß die Haltung der Stadt nicht als neutral betrachtet werden kann. Immerhin wurde in der Instruktion hervorgehoben, daß ein Krieg vermieden werden müsse.

Nachdem nach vielen Verhandlungen eine Beilegung aussichtslos erschien,

³⁴ Beschreibung des Wartauerhandels. ZB Zürich, G 25, 10. — *Kuratli*, Geschichte der Kirche von Wartau. — *Grüter*, Geschichte des Kantons Luzern im 17. und 18. Jahrhundert, S. 378 f. — *Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, IV. S. 163.

³⁵ EA VI², S. 545. 14./15. Juni 1695.

³⁶ Instruktionen. 1695. StA Basel.

schrieb am 27. Juli 1695 Bern eine allgemeine Tagsatzung aus, in der Hoffnung, «mit der Hilfe Gottes» eine gütliche Beilegung des Streites zu erreichen³⁷. Die Basler Gesandten wurden wiederum aufgefordert, alles zum Abschluß dieses Streites beizutragen. Im Ratsprotokoll steht beim Traktandum einer Instruktionserteilung: «Gott soll unsere consilia segnen»³⁸. Eine solche Ergänzung ist sehr selten anzutreffen, was zeigt, welche Bedeutung diesem Geschäft beigemessen wurde. In Baden versuchte man, die Parteien zu einem gütlichen Vergleich zu bewegen — jedoch ohne Erfolg. Die beiden Lager hatten sich aber doch so weit genähert, daß sie die uninteressierten Orte baten, ihnen Mittel und Wege zum Vergleich zu zeigen³⁹. Darauf sind am 27. August 1695 «Sinner und ego (Burckhardt) von Evang., Heid und Fidel von Cathol. deputiert, die partyen fürzufordern und ihnen zu zu sprechen sich weisen zu lassen»⁴⁰. Nach einer Zusammenkunft am Nachmittag des gleichen Tages sprachen die Deputierten den Parteien zu; diese waren zufrieden, daß etwas projektiert werde. Am folgenden Tag setzten die vier Herren ein Projekt auf, das den übrigen uninteressierten Orten vorgelegt wurde. Am Freitag, den 30. August, versammelten sie sich erneut, um von den Parteien die Erklärung über das Vorgeschlagene zu vernehmen. Niemand aber wollte sich zuerst deklarieren, «also ist Evangelischerseits abgeredtermaßen durch Herrn Ratsherrn Merian von Basel, als dem vierten Gesandten, gleichwan es ihm unversehens eingefallen wäre» vorgeschlagen worden, beide Erklärungen gleichzeitig schriftlich abzugeben⁴¹. Ein Basler wurde bestimmt, weil der Mediationswille der Rheinstadt allgemein bekannt und geachtet war. — Dieses Vorgehen wurde von allen Orten akzeptiert. Ein Vergleich kam aber wegen der Paritätsfrage nicht zustande, Seckelmeister Sinner und Burckhardt bemühten sich daher weiter um eine Verständigung. Am 4. September wurde von ihnen ein neuer Vergleich vorgeschlagen. Nachdem dieser ebenfalls abgewiesen worden war, schrieb Burckhardt etwas entmutigt an die Obern in Basel, daß alle möglichen Mittel angewandt worden seien, doch sei all ihre Arbeit fruchtlos und vergeblich ausgefallen⁴². Als nun die Tagsatzung abubrechen drohte, nahmen Burckhardt und Sinner die Gesandten von Zürich und Glarus beiseite, um ihnen ins Gewissen zu reden.

Weitere Verhandlungen der unbeteiligten Orte und ein neues Vergleichsprojekt des Basler und des Berner Gesandten führten nun schließlich zum Erfolg. Dieser Vorschlag verlangte die Einstellung der katholischen Religionsausübung in Wartau und das Beharren bei den Verträgen und Landfrieden. Im Unterschied zu den ersten Projekten wurde hier die Paritätsfrage fallen gelassen oder besser gesagt hinausgeschoben und der Zustand

³⁷ Einladungsschreiben zur Tagsatzung. 27. Juli 1695. StA Zürich, B VIII, 300 c, Nr. 116.

³⁸ Kleiner Rat. 14. September 1695. StA Basel.

³⁹ J. B. B. aus Baden an die Obern. 20. August 1695. Abschiede. StA Basel.

⁴⁰ J. B. B., 27. August 1695.

⁴¹ Relation über den Wartauerhandel. StA Bern, Sargansbuch A, S. 17.

⁴² J. B. B. an die Obern. 6. September 1695. StA Basel, Eidg. Herrschaften F 2,2.

vor dem Ausbruch des Konfliktes beibehalten. Am 13. September wurde das Projekt von allen Parteien angenommen und die Tagsatzung nach einer Danksagung an Gott, «der das Schwert über den Eidgenossen ausgezogen und wieder eingesteckt hat» und mit dem Dank an die Unbeteiligten geschlossen. In seinem Schlußwort erinnerte der Zürcher Bürgermeister Escher aber auch an schwerwiegende ungerechte Ereignisse in den Gemeinen Herrschaften; die Zustände seien dort unerträglich und müßten abgestellt werden. «Es seyen alls sachen, die nach Himmel schreyen und gottes straf entlich nach sich ziehen werde» — eine Prophezeiung, die nur zu rasch wahr werden sollte⁴³.

Die vielen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Wartauerhandel zeigten, daß die Position der katholischen Orte stark erschüttert worden war und daß diese nun alles aufwenden mußten, damit sie ihre Macht behaupten konnten. Im Bewußtsein dieser Tatsache besprachen sie sich Ende 1695 über die Mittel zur Rettung der katholischen Religion vor der Gewalt der evangelischen Eidgenossen⁴⁴. In dieser Zeit wurde eine legendäre Prophezeiung des Bruder Klaus erzählt, die aussagte, daß die Katholiken so lange stark sein würden, bis Zürich ein neues Rathaus erhalte — der Neubau dieses Gebäudes wurde 1694 begonnen⁴⁵.

Johann Balthasar Burckhardt schloß seine Eintragungen über den Wartauerhandel mit den Worten: «So ist Gott Lob das Geschäft für diesmohl hingelegt. Deo sit laus.» — Auch er war sich klar darüber, daß der ganze Fragenkomplex zwischen den Konfessionsparteien noch ungelöst war, doch hoffte er immer noch auf eine gütliche Beilegung aller hängigen und zukünftigen Streitigkeiten.

Vor dem Handel im Sarganserland beunruhigte 1693 das sogenannte *Thurgauergeschäft* die Tagsatzung. Wegen der von den Prädikanten zu fordernden Abzugsgebühren war zwischen den beiden Konfessionsparteien ein Streit ausgebrochen. Durch die Gesandten der uninteressierten Orte, unter denen auch J. B. Burckhardt war, konnte die Sache beigelegt werden⁴⁶.

Vier Jahre später entstand zwischen dem Abt und der Stadt St. Gallen der «*Kreuzkrieg*», weil man sich darüber nicht einigen konnte, wie bei Prozessionen in der Stadt die Kreuze getragen werden sollten⁴⁷. So sehr waren die Gemüter erhitzt, daß auch dieser Streit eine allgemeine Kriegsgefahr heraufbeschwor. Die Basler Gesandten bemühten sich neben den Vertretern weiterer Stände um einen Vergleich, der im November des gleichen Jahres zustande kam, die Streitigkeiten aber nicht abschloß. Am 20. November

⁴³ J. B. B., August—September 1695.

⁴⁴ EA VI² 1, S. 592—598.

⁴⁵ Der Neubau des Rathauses war ein äußeres Zeichen der Machtentfaltung Zürichs. — Valkenier an Fagel. 19. August 1695. BA Holland, Secrete Brieven 7373, Photos 721—724, «elken man van de Catholyke Cantons so sterk sal zyn, als vier van Zurich ten tyde als Zurich sal komen een nieuw Raatshuys te bouwen, gelyk nu geschiet.»

⁴⁶ J. B. B., 15.—20. August 1693.

⁴⁷ *Bührer*, Der Kreuzkrieg in St. Gallen.

dankte St. Gallen den Basler Ehrengesandten für ihre Bemühungen. Der Basler Kleine Rat forderte diese dann noch auf, die Interessen der Stadt St. Gallen auch weiterhin zu unterstützen ⁴⁸. Der Hader im St. Galler-Geschäft fand erst im folgenden Jahr sein Ende. An mehreren Tagsatzungen wurde mit Hilfe verschiedener Vermittler aus der Eidgenossenschaft und dem Ausland — auch Burckhardt war wieder unter ihnen — ein abschließender Vergleich aufgestellt.

Ebenfalls vermittelnd war das Verhalten Basels und seiner Gesandten im Streit um die Pfandschaftsrechte Schaffhausens in Nellenburg 1698 und in demjenigen zwischen der Stadt Zug und den Äußern Gemeinden 1702. Jede Kleinigkeit wurde zu einem Streit. Die einzelnen Reibereien sind wohl geringfügig, als Ganzes jedoch sind sie ein Kampf um Prinzipien, der notwendig einmal einen Austrag finden mußte.

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts deckte ein neues Geschäft die Situation auf: der *Neukircherstreit*. Der katholische Landvogt im Thurgau entzog 1703 den Evangelischen einiger Gemeinden die Erlaubnis zur Abhaltung eines zweiten Gottesdienstes in Neukirch ⁴⁹. Zürich gab den Prädikanten den Befehl, ihn dennoch abzuhalten; die katholischen Orte jedoch unterstützten den Beschluß des Landvogtes. Bereits an der Tagsatzung im Mai 1704 wurde ein gütlicher Vergleich durch die uninteressierten Orte gesucht. Zürich drohte bei einem negativen Ausgang der Bemühungen mit dem eidgenössischen Recht oder mit Gewalt ⁵⁰. Daß ein Rechtsspruch wenn immer möglich vermieden wurde, war eine in hohen Ehren gehaltene Tradition der Eidgenossen, denn diese sahen im rechtlichen Austrag, gleich wie in demjenigen mit Waffengewalt, einen Bruch der eidgenössischen Einigkeit und Verbundenheit. Zürichs Drohung war also scharf, ob sie aber wirklich mehr als dies war, ist schwer zu entscheiden. An der Jahrrechnungstagsatzung vom Juli 1704 wurde Burckhardt und Willading aufgetragen, wegen einer Vermittlung mit dem Solothurner Schultheiß Besenval vertraulich zu reden. Die katholischen Orte beharrten jedoch auf ihren Forderungen, so daß Zürich die Angelegenheit vor die unbeteiligten Orte brachte. Basel dankte es für seine Erklärung, sich des Geschäftes zur friedlichen Beilegung annehmen zu wollen ⁵¹. An die außerordentliche Tagsatzung, die im September 1704 in Baden stattfand, wurde wegen seiner Kenntnisse des Geschäftes wieder Johann Balthasar Burckhardt abgeordnet. Laut Instruktion verlangte Basel nun bereits wie Zürich eine Lösung in Richtung der Parität; die Stadt wollte den Vertrag von 1632 gewahrt wissen. Auch das Friedenswerk von 1656 erwähnte Basel und forderte die Gesandten auf, bei jenem Rechtsstand zu verharren und beständig die Schriften der katholischen Orte zu widerlegen. Neue Streitigkeiten dürften rechtlich keinen Rückfall in den Zweiten

⁴⁸ Kleiner Rat. 20. November 1697. StA Basel.

⁴⁹ EA VI², S. 1148 o. 18. Mai 1704.

⁵⁰ J. B. B., 17. Mai 1704.

⁵¹ Kleiner Rat. 16. August 1704. StA Basel.

Landfrieden bedeuten ⁵². Eine Beilegung der Sache war nicht möglich, man nahm alle Vorschläge ad referendum, was einer Verzögerung, ja sogar einer Absage gleichkam. Erfolglos waren auch die Verhandlungen an den Tagsatzungen des Jahres 1705. Im April besprachen sich Burckhardt und Willading mit Zürich wegen eines weiteren Vorgehens mit Güte. Burckhardt setzte in der Folge ein Vergleichsprojekt auf und legte es den uninteressierten Orten vor, deren Erörterungen darüber aber so lange dauerten, daß die Gesandten einmal erst in später Nacht heimgingen ⁵³. In diesem Projekt wurde eine Erweiterung der Kirche vorgeschlagen, damit nur *ein* Gottesdienst abgehalten werden müßte. Zürich verwarf den Vergleich, so daß Willading, Zwicky und Burckhardt von evangelischer und von Diesbach, Sury und von Thurn von katholischer Seite erneut «nach mittlen trachten» sollten. Burckhardt schloß seine Aufzeichnungen dieser Zeit oft mit dem bedrückten Hinweis: «ward abermals nichts ausgerichtet». Gegen Schluß der Tagsatzung setzten die erwähnten Deputierten ein Schreiben an die Parteien auf, in dem diese zur Einigkeit und zum Frieden ermahnt wurden. Es enthielt auch die Bitte, an die nächste Tagsatzung mit friedlichen Gedanken und Absichten zu erscheinen. Nach den Verhandlungen wollte Burckhardt verreisen; die bernischen Gesandten hielten ihn aber zurück mit dem Wunsche, er möge mit der Reise noch einen Tag zuwarten. Bern befürchtete, die Hitze unter den Parteien könnte zu Zwistigkeiten führen. «Es kam aber nichts» ⁵⁴. Mit weiteren Verhandlungen in dieser Sache wurde nun zugewartet, denn Ernsteres, das Toggenburger-Streitgeschäft, nahm alle Kräfte in Anspruch.

Die nun folgenden zahlreichen Beratungen über das Toggenburg wurden durch verschiedene andere Geschäfte unterbrochen. In den Jahren 1707 und 1708 war es der *Neuenburger Erbfolgestreit* ⁵⁵. In diesen Besprechungen war Bern führend, wollte es doch jeden französischen Einfluß auf die Erbfolge verhindern. Schultheiß Willading vertrat diese Politik energisch an den Tagsatzungen ⁵⁶. Basel war wegen seiner französischen Nachbarschaft und seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit eher etwas behutsam, unterstützte aber im großen und ganzen Berns Absichten.

Bürgermeister Burckhardt setzte sich bei den Verhandlungen für eine Neutralisierung Neuenburgs ein. Mit dieser Politik wollte er Frankreich keinen großen Schaden zufügen, Bern aber auch nicht vor den Kopf stoßen. Im Januar 1708 kamen acht eidgenössische Deputierte zusammen, um ein Neutralitätsprojekt zu verfassen. Sie gaben Burckhardt den Auftrag, ein Konzept aufzusetzen. Da der Bürgermeister der Sache eine große Wichtigkeit beimaß, wollte er seine Gedanken allein in ungestörter Zurückgezogen-

⁵² Instruktionen. 10. September 1704. 25. März 1705. StA Basel.

⁵³ J. B. B., April 1705.

⁵⁴ J. B. B., Juli—August 1705.

⁵⁵ Ueber den Neuenburger Erbfolgestreit vgl. — *Feller*, Geschichte Berns III, S. 217—226. — *Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, IV, S. 143—150.

⁵⁶ von *Fischer*, Die Politik des Schultheissen J. F. Willading.

heit niederschreiben⁵⁷. Diese Vorschläge wurden in Verhandlungen mit Willading eingehend besprochen, in Bern gutgeheißen und dem französischen König gesandt, der die Neutralität Neuenburgs anerkannte⁵⁸. Das Schreiben an den Ambassador wurde ebenfalls von Burckhardt aufgesetzt. — Der Verlauf und die Lösung der Neuenburgerfrage trugen viel zur Verschärfung der allgemeinen konfessionellen Leidenschaften bei, ebenso die 1706 stattgefundene Erneuerung des Kapitulats von Mailand durch die katholischen Orte.

1709/10 machte die Stadt *Stein* von sich reden. Es entstanden Streitigkeiten in der Frage der Musterung⁵⁹. Verschiedene Uninteressierte mahnten nach längeren Verhandlungen zu gütlichem Vergleich. Johann Balthasar Burckhardt wurde aufgefordert, mit Bern zu reden; Bern sollte dann mit Zürich verhandeln. Eine engere Zusammenarbeit Basels mit Bern wird noch oft festgestellt werden. Zwischen diesen beiden Städten bestand seit Jahrhunderten ein gutes freundschaftliches Verhältnis⁶⁰. Das Steirergeschäft konnte nicht gelöst werden, alle Schlichtungsbemühungen zerschlugen sich, und der Handel wurde hinausgezogen.

Im folgenden Jahr 1711 war die Frage der Kollatur in der Pfarrei *Illnau* im Zürcher Oberland ein neues Streitobjekt. Auch hier waren es der Berner Schultheiß Willading und der Basler Bürgermeister Burckhardt, die vergleichen mußten und ein Ende der Mißhelligkeiten herbeiführen konnten. Der Entscheid fiel zu Gunsten Zürichs aus⁶¹.

⁵⁷ J. B. B., Januar 1708.

⁵⁸ *Bucher*, Abraham Stanyan. S. 80 f.

⁵⁹ EA VI², 1, S. 1540, S. 1592.

⁶⁰ *Bonjour*, Basel und Bern, In: Die Schweiz und Europa, S. 185—202.

⁶¹ EA VI², 1, S. 1616. — J. B. B., 22. Juli 1711. — StA Schaffhausen, Abteilung Korrespondenzen (Illnau), Jahrgang 1711. — HBLs. II, S. 333 f.

NEUTRALITÄT, MEDIATION UND GRENZVERLETZUNG — MERCYS DURCHMARSCH 1709

Zu den verschiedenen innereidgenössischen Fragen des frühen 18. Jahrhunderts traten 1709 noch Schwierigkeiten und Konflikte mit dem Ausland, die im folgenden beleuchtet werden sollen.

In den Plänen der Alliierten des Spanischen Erbfolgekrieges stand auch die Lostrennung der Freigrafschaft von Frankreich. Die Stimmung in der Eidgenossenschaft zu diesem Unternehmen war nicht einheitlich; die reformierten Orte, besonders Bern, erstrebten eine solche Trennung, wo immer sich ihnen dazu Gelegenheit bot.

Bereits 1706 versuchten verschiedene Orte, zwischen Frankreich und den Alliierten zu vermitteln, wobei es besonders um die Freigrafschaft ging ¹. Bei diesen Bemühungen machte auch Basel mit, hofften doch viele Ratsherren, so auch Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt, Frankreich dadurch einen Dienst zu erweisen. Der Erfolg blieb allerdings aus, denn die Koalition war gerade siegreich und deshalb für eine Vermittlung, aus der Frankreich den größeren Nutzen gezogen hätte, nicht zu haben. In der Folgezeit bemühte sich Bern um ein Programm zur Einbeziehung der Schweiz in einen allgemeinen Frieden. Die Aarestadt schätzte die Nachbarschaft verschiedener Staaten mehr als eine französische Umklammerung. Drei Forderungen sollten zum Ziele führen: Hüningen sollte geschleift, Savoyen dem Herzog zurückgegeben und die Freigrafschaft Frankreich weggenommen werden.

Um zu diesem Vorgehen Basels Einwilligung zu erhalten, verhandelte der Berner Schultheiß Willading mit Bürgermeister Burckhardt ². Dieser sprach sich gegen die Bildung einer eigenen Basler Friedenskommission aus, denn die Stadt war der französischen Beobachtung und Rache zu sehr ausgesetzt. Basel gestattete aber Bern, die Verhandlungen auch in seinem Namen zu führen. Diese Ermächtigung war für Bern wertvoll, denn so konnte es unabhängiger vorgehen. — Die Bedrohung Basels durch die Festung Hüningen hatte auch Burckhardt zur Überzeugung gebracht, daß etwas geschehen müsse. Trotz seiner Franzosenfreundlichkeit erkannte er, daß die Stadt nicht ausschließlich von Frankreich abhängig sein dürfe. Hier kam die eidgenössische Haltung und Gesinnung des Bürgermeisters zum Vorschein, die ihm als die wichtigste galt. Die konfessionelle Verbindung mit Bern und der

¹ vgl. Kap. II, S. 28 f.

² *Huch*, Die Neutralität der Eidgenossenschaft während des spanischen Erbfolgekrieges, S. 208.

Einfluß des diplomatisch geschickten Oberhauptes der Aarestadt werden noch mitgeholfen haben.

Bei jeder Gelegenheit wies Bern auf die Abhängigkeit der Schweiz von Frankreich hin, solange dieses die Freigrafschaft besitze. Aus diesem Grunde forderten die Alliierten die Reformierten sogar auf, an der Eroberung der Provinz teilzunehmen. Die Schweiz sollte von Frankreichs Druck befreit werden. Mercys Versuch, im Sommer 1709 in die Freigrafschaft einzudringen, hängt wesentlich mit diesen Überlegungen zusammen³. Durch den Neuenburger Erbfolgestreit verzögerte sich jedoch die ganze Angelegenheit⁴.

Im Jahre 1708 sollte der umfassende Angriff gegen Frankreich erfolgen. In die Freigrafschaft wollte man von Savoyen und vom Oberrhein her eindringen. Der Oberbefehl für den Angriff aus Nordosten wurde dem erfolgreichen General Mercy anvertraut. Dieser war dem Kurfürsten von Hannover unterstellt. Von Basel erwartete man auf kaiserlicher Seite keinen Widerstand⁵. Der kaiserliche Sieg bei Oudenaarde in den Niederlanden im Juli 1708 verursachte Truppenumstellungen, und der Plan wurde erneut verschoben.

Bereits am 4. August 1708 berichtete der französische Geschäftsträger in Solothurn Ste-Colombe an Basel, Luzern und an die Tagsatzung, kaiserliche Truppen hätten die Absicht, über Basler Gebiet ins Elsaß einzudringen⁶. Elf Tage später wurde der Basler Bürgermeister durch Frankreich vor einem Einfall Mercys gewarnt und aufgefordert, die Grenzen zu besetzen⁷. Es wurde ihm auch mitgeteilt, französische Truppen hätten den Befehl, bei einem kaiserlichen Einmarsch ebenfalls in die Schweiz zu rücken. Darauf stellte Basel seine Leute zu stündlichem Abmarsch bereit und bat die reformierten Städte und Luzern um Hilfe. Gegenüber Frankreich wurde von den Orten Neutralität und Widerstand gegen einen allfälligen Durchmarsch versprochen⁸. Diese Versicherung stieß jedoch in der Ambassade auf Unglauben⁹.

An der Konferenz der 5 katholischen Orte vom 3. bis 5. September wurde aber bereits aus Basel berichtet, daß die Gefahr einer Grenzverletzung durch Mercy fast völlig geschwunden sei¹⁰. Daher beschloß Ende Oktober 1708 der Basler Kleine Rat, daß die Verstärkung der Wache zu Augst zurückgezogen

³ *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 227—235.

⁴ *Wohlfender*, Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten im spanischen Erbfolgekrieg, S. 38 f.

⁵ General Bürkli an Trauttmansdorff. 18. Januar 1708. BA. Wien 82.

⁶ Ste-Colombe an Luzern. 4. Aug. 1708. BA. Wien 83. — Reboulet an Fagel. 11. Aug. 1708. BA. Holland, Secret Brieven, Photos 185—186.

⁷ Ste-Colombe an J. B. Burckhardt. 15. Aug. 1708. StA Bern, Baselbuch Q f. 307. — BA. Wien 83.

⁸ Bern an Ste-Colombe. 6. Aug. 1708. BA. AES 192, f. 225. — Basel an Ste-Colombe. 8. Aug. 1708. BA. AES 192, f. 227. — Alle Orte an Ste-Colombe. 1. Sept. 1708. BA. AES 193, f. 9.

⁹ Ste-Colombe an Torcy. 6. Aug. 1708. BA. AES 189, f. 104.

¹⁰ EA VI², 1, S. 1467.

und das Kommando dem Lehenwirt Hans Georg Gessler übergeben werde ¹¹. Die Stadt nahm in der Folgezeit eine neutrale Stellung ein; Frankreich erklärte, nichts zum Schaden der Stadt unternehmen zu wollen, und Basel versprach, sich gegen die französische Nachbarschaft still zu verhalten. Im allgemeinen stützte man sich auf den 1702 abgeschlossenen Neutralitäts-Traktat, in dem die Respektierung des eidgenössischen Gebietes versprochen wurde.

Im Herbst 1708 begannen im Haag die Friedensverhandlungen mit Frankreich. Bern sandte St-Saphorin dorthin, um zu erreichen, daß die Abtretung der Freigrafschaft in die Bedingungen der Alliierten aufgenommen werde ¹². Die Friedensverhandlungen mißglückten, und der Plan zur Eroberung der Freigrafschaft lebte wieder auf.

Im Februar 1709 wurde für den kommenden Sommer ein Feldzugsplan entworfen, der den früheren Absichten entsprach: Gleichzeitiger Einfall in die Freigrafschaft vom Elsaß und von Savoyen her. General Mercy erhielt wieder die Hauptaufgabe zugeteilt. Er sollte mit seinen Reitern von Rheinfelden aus über die Basler Landschaft ins Oberelsaß einfallen, unterhalb Basel eine Rheinbrücke schlagen, das Fußvolk an sich ziehen und durch die Burgundische Pforte in die Freigrafschaft vorstoßen. Der Plan war geheim, nicht einmal der kaiserliche Gesandte Trauttmansdorff wurde eingeweiht, und die Franzosen hatten höchstens Vermutungen. Sie hatten bereits 1701 durch den Marquis d'Huxelles untersuchen lassen, wo ein Durchmarsch kaiserlicher Truppen über Schweizer Gebiet möglich wäre. Er nannte dabei Augst ¹³. Die Brücke bei Augst war daher für Frankreich ein wichtiges Beobachtungsobjekt und ebenso die getreue Bewachung derselben durch die Basler.

Zu Beginn des Sommers 1709 rückten Soldaten des Kaisers in die Nähe der Schweiz. Die katholischen Orte waren darüber erfreut, hofften sie doch auf eine kaiserliche Unterstützung im zur Zeit sehr gespannten Toggenburger-Geschäft. Der Berner Schultheiß betonte, er fürchte sich vor diesen Truppen nicht, auch wenn sie ins Toggenburg eindringen würden ¹⁴. Solche Äußerungen beider eidgenössischer Parteien zeigen, daß man in der Schweiz das Ziel dieser kaiserlichen Bewegungen mißverstand.

Der neue französische Botschafter Du Luc sorgte sich sehr um den Grenzschutz bei Basel und berichtete deswegen am 7. August an die Basler Regierung ¹⁵. Er hoffe, Basel werde jeden Durchpaß fremder Völker verhindern und sich jedem Einfall widersetzen. Vier Tage später meldete der Augster Lehenwirt, daß sich zwischen Laufenburg und Säckingen kaiser-

¹¹ Frey, Das Augster Lehen, S. 16 ff.

¹² über St-Saphorin vgl.: Wohlfender, Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten im spanischen Erbfolgekrieg, S. 20 ff. — Stelling, St-Saphorin et la politique de la Suisse pendant la guerre de la Succession d'Espagne.

¹³ Mémoires militaires relatifs à la succession d'Espagne sous Louis XIV. I, S. 392.

¹⁴ Trauttmansdorff an Joseph I. 22. Juni 1709. BA. Wien 137, f. 33.

¹⁵ Du Luc an Basel. 7. Aug. 1709. StA Basel, Politisches, X 2 3a 11.

liche Truppen aufhielten. Genauere Angaben über einen Durchmarsch und dessen Route machte er am 14. August: «Es seye gantz gewiss, dass sie willens wären in der Stille bei Lauffenburg und Frickthal durch zu passieren und wieder ihren wäg durch das baasler gebieth das ist gegen Liestall einzubrechen und durch zu passieren, von dar durch das Sollothurnische und bistumliche, damit sie wieder möchten ins Suntgauw kommen . . .»¹⁶.

Basel nahm die Meldung aus Augst zur Kenntnis, traf aber keine zusätzlichen Maßnahmen zum Schutze seiner Grenzen. Diese Haltung wurde vom französischen Botschafter als Nichtbeachtung des 1702 abgeschlossenen Neutralitätstraktates betrachtet¹⁷. Du Luc hatte inzwischen bereits von kaiserlicher Seite genauere Nachrichten über die Absichten Mercys erhalten¹⁸. General von Erlach hatte dem Botschafter eine Meldung zukommen lassen, die den ganzen Plan offenbarte und als Tag des Durchmarsches den 20. August, ferner Stärke und Verteilung der Truppen und ihre Marschroute (Rheinfelden—Münchenstein—Basel—Elsaß) angab¹⁹. Auch der Sekretär des Ambassadors, Martinière, weiß zu berichten, daß der genaue Plan und das Datum der Grenzverletzung Du Luc bekannt gewesen seien²⁰. Zu Beginn des Jahres 1710 stellte Trauttmansdorff fest, daß der Kurfürst von Hannover mit den Franzosen unter einer Decke stecke, es sei deshalb nicht zu verwundern, daß der Botschafter sogar den Tag des Mercyschen Durchmarsches gewußt habe²¹. Genaueres über die Informationsquelle Du Lucs wußte er jedoch nicht.

Am 17. August berichtete nun Du Luc vom Vorhaben der Kaiserlichen an Basel: «Mais je dois vous informer en particulier que les Ennemis du Roy veulent violer vostre territoire, et qu'ils font des mouvements pour cet effet; les avis que j'en ay viennent d'un bon endroit ainsy Magnifiques Seigneurs trouvés bon que je vous exhorte à faire garder avec soin vos passages vous y

¹⁶ Hans Georg Gessler an den Bürgermeister in Basel. 14. Aug. 1709. StA Basel, Politisches, X 2 3a 18. — Die Darstellung von *P. Schweizer* (Geschichte der Schweiz. Neutralität, S. 409 f, Anmerkung 3) ist in diesem Punkte falsch. Schweizer bringt die Quellen durch die Annahme in Uebereinstimmung, Gessler habe sich im Monat (August statt September) verschrieben. Eine solche Aenderung müßte sich aber auch auf den Brief vom 10. August beziehen. Da es sich um lauter Einzelstücke aus einer regen Korrespondenz handelt, sind Datumsverschreibungen unmöglich. Es ist auch ein Brief vom 11. August vorhanden, in dem Gessler schon von den Bewegungen Mercys berichtet. Diesen Brief übergeht Schweizer. Am 14. August erwähnte der Lehenwirt die Absicht der kaiserlichen Truppen mit den Worten: «wieder durchzupassieren». Das «wieder» bezieht sich hier auf kleinere, oft vorkommende Grenzverletzungen. Sicher zeigte dieser Brief an den Basler Oberrn aber deutlich, daß sich die kaiserlichen Truppen in Basels Nähe bereitstellten und ein Kampf gegen die Freigrafschaft bevorstand. Die Gewißheit eines Durchzuges wurde ebenfalls angeführt.

¹⁷ Du Luc an Desroseaux, 16. August 1709, BA. AES 208, f. 180.

¹⁸ *Mercier*, Un secret d'Etat sous Louis XIV et Louis XV, S. 138 ff.

¹⁹ *Wohlfender*, Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten im spanischen Erbfolgekrieg, S. 96 f.

²⁰ La Martinière an Le Guerchois, 18. August 1709, BA. AES 206, f. 101.

²¹ Trauttmansdorff an Joseph I., 9. Januar 1710, BA. Wien 138, f. 39.

estes engagés par les alliances, par la neutralité de 1702 et par vos propres interest»²². Der Stadt wurde wie im August 1708 im Falle eines kaiserlichen Durchmarsches mit französischem Einmarsch gedroht. In diesem Sinn orientierte Du Luc auch die Tagsatzung, ähnliche Berichte gelangten an den Befehlshaber von Hünigen und an Marschall d'Harcourt im Unterelsaß. Einem Schreiben des Botschafters an den König ist zu entnehmen, daß er auch an den Basler Bürgermeister Burckhardt eine persönliche Mitteilung sandte²³.

Über die Gesinnung der Basler Regierung und Bürgerschaft war man in Frankreich gut informiert, ebenso auch über das Verhältnis zwischen den Magistraten und den Bürgern der Stadt. Jene, so glaubte Torcy, der Minister für die äußeren Angelegenheiten, seien dem König ergeben und dienstbereit. Sie hätten erkannt, daß die eingeeengte geographische Lage der Stadt, ihr kleines Territorium, ihr geringes Einkommen und ihre große Abhängigkeit vom elsässischen Getreide diese Haltung erfordere. Die französische Regierung stellte auch fest, daß die Behörden der Stadt durch die Bürgerschaft nicht unterstützt werden. Diese war in der Tat mehrheitlich für den Kaiser und seine Alliierten eingenommen²⁴. Die kaiserlichen Erfolge lösten in der Basler Bevölkerung stets deutlich zur Schau getragene Freude aus²⁵. Torcy war sogar der Meinung, daß undankbare Bürger bereit seien, sich gegen die Regierung zu erheben. Mit diesen Voraussetzungen kam der neue Botschafter in die Schweiz; die kommenden Ereignisse sollten der französischen Auffassung recht geben. Die Basler Bevölkerung war wegen der Festung Hünigen und wegen Handelsschwierigkeiten im Elsaß gegen Frankreich eingestellt; die Regierung, darunter auch der Bürgermeister, wollte sich aber mit dem mächtigen und gefährlichen Nachbarn gut stellen, was ihr auch im Frühjahr 1709 gelang²⁶. Noch Mitte Juni hatte der Bürgermeister dem Ambassador gegenüber festgestellt, daß die Obern gegen einen Durchmarsch jeder Art eingestellt seien²⁷.

Auf Du Lucs Meldung über den geplanten Durchmarsch sandte der Basler Rat am 19. August auf Geheiß des Kriegsrates Späher aus. Als weitere Maßnahme wurde die Verdoppelung der Wache auf der Augster Brücke befohlen²⁸. Basel brachte am 19. August auch in Erfahrung, daß in Rheinfelden und in Laufenburg seit drei Tagen Commisbrot gebacken werde²⁹. Das mußte als sicheres Anzeichen dafür gedeutet werden, daß eine militärische Operation sich zum Teil im Gebiet von Basel abwickeln würde. Man konnte nun also damit rechnen, daß die vielen erhaltenen Meldungen und Vermutun-

²² Du Luc an Basel, 17. August 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a 21. Die Meldung erfolgte durch General von Erlach.

²³ Du Luc an Ludwig XIV., 21. August 1709, BA. AES 199, f. 186.

²⁴ Mémoire, Instruktion für Du Luc, 25. Nov. 1708, BA. AES 195, f. 3, S. 17.

²⁵ Reboulet an Generalstaaten, 25. Juli 1708, BA. Holland 5975, Photos 247—248.

²⁶ Ludwig XIV. an Du Luc, 16. Mai 1709, BA. AES 198, f. 130.

²⁷ Du Luc an Ludwig XIV., 12. Juni 1709, BA. AES 198, f. 196.

²⁸ Kleiner Rat, 21. August 1709, StA Basel.

²⁹ Missivenbuch, 19. August 1709, StA Basel.

gen doch nicht bloß Gerüchte waren³⁰. Die Stadt traf darum noch weitere Vorsichtsmaßnahmen. Nach Münchenstein wurde der Befehl zur Mannschaftsaufbietung gesandt, und die Obern Ämter mußten ihre Truppen bereithalten. Niemand glaubte jedoch ernsthaft an eine größere Gefahr, wie sie Du Luc gemeldet hatte. Allzu viele Berichte hatten sich schon als falsch erwiesen. Ähnlich wird es auch der Meldung ergangen sein, über die der Ambassador an Beretti berichtete: «Le Bailly de Munchenstein avertit Dimanche 18^e que les Allemands devoient passer le dit endroit le 20^e. On negligea par affectation cet avis»³¹.

Über die Bewachung der Hülftenbrücke finden sich nirgends Angaben. Es war Brauch, diesen Übergang, den man nicht als besonders gefährdet betrachtete, nur bei eidgenössischem Zuzug zu besetzen³².

Bürgermeister Burckhardt, der mit seinem Vetter, Deputat Christoph Burckhardt, seit dem 7. Juli an der Tagsatzung in Baden weilte, wurde über die getroffenen Anordnungen durch baslerische Boten genau orientiert. Die Stadt war sich über den nun einzuschlagenden Weg im Ungewissen und erwartete von der Tagsatzung Rat und zum Schutze der Grenzen eidgenössischen Zuzug.

Mit der Möglichkeit einer Grenzverletzung und der damit verbundenen Gefahren beschäftigte man sich in Basel nun allmählich doch ernsthafter. Man war sich aber klar, daß die eigenen Truppen einen Durchmarsch nicht verhindern könnten, da die Landschaft nach allen Seiten hin offen stand. Diese Einsicht war auch ein wichtiger Grund zur Nichtbesetzung der Hülftenbrücke.

Am späten Dienstagnachmittag des 20. August begann der kaiserliche Vorstoß. General Mercy passierte mit seinen Reitern Rheinfelden und stieß, ohne irgend einem Widerstand zu begegnen, über Pratteln, Muttenz und etwa einen Kilometer südlich der Basler Mauern in den Sundgau bei Hegenheim vor. Bauern leisteten Mercy sogar Führerdienste, und der General «hat den Schweizern, so an der Straße gestanden, einige Dublonen ausgeworfen, welches die Herren Schweizer, wie sie gezeugt haben, sehr erfreut»³³. Weder von Basel noch vom französischen Hüningen aus, das von Du Luc ebenfalls gewarnt worden war, hatte man etwas beobachtet. Die Angaben über die Zahl der Soldaten schwanken zwischen 1000 und 6000³⁴.

³⁰ Auch der holländische Gesandte war am 18. August über Truppenverschiebungen im Schwarzwald gegen den Rhein zu informiert. — Runckel an Fagel, 18. August 1709, BA. Holland 7375, Photos 337 — 339.

³¹ Du Luc an Beretti, 24. August 1709, BA. AES 208, f. 189.

³² Der Statt Basel gründlich und wahrhaffte erzählung so sich wegen jüngsten durchmarsch der theutschen volcker über den basel boden und dann einiger derselben dadurch genomener retirade zugetragen. (Factum genannt.) StA Basel, Politisches X 2 3a 1.

³³ *Wohlfender*, Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten im spanischen Erbfolgekrieg, S. 99.

³⁴ Du Luc berichtete von ungefähr 1000 Reitern, der gewesene Vice-Kommandant von Rheinfelden, Baron von Unruh, erwähnte 6000 Pferde. Es scheint, daß

Es ist fast unbegreiflich, daß von diesem Durchzug entlang der Stadt von Basel aus nichts gesehen wurde. Sehr wahrscheinlich wurden all die Leute, die angetroffen wurden, vom kaiserlichen General beschenkt und dadurch zum Schweigen gebracht. Die Bevölkerung der Stadt wollte sich auch gar nicht widersetzen, denn sie war, wie bereits erwähnt, mehrheitlich gegen Frankreich gesinnt. Einem in der Stadt weilenden französischen Offizier, der die Durchbruchsmeldung nach Hünningen bringen wollte, wurde von der Bevölkerung das Verlassen der Stadt verwehrt³⁵. Der Rat ließ das Volk handeln, er wollte die bestehenden inneren Spannungen nicht verstärken. Es ist auch zu erwähnen, daß der Durchmarsch sehr geschwind und still verlief. Der beim Passieren angerichtete Schaden war gering, so daß sich die Bauern nicht beklagen mußten. In dieser Hinsicht konnte dem General nichts vorgeworfen werden.

Was ging nun am Abend des 20. August in der Stadt vor? Beim Schließen der Stadttore um acht Uhr (also etwa drei Stunden nach Beginn des Durchmarsches) erschien bei Bürgermeister Socin Baron von Unruh. Er überbrachte ihm einen Bericht des Generals Mercy. Dieser sei vom Kurfürsten von Hannover beauftragt, mit seinen Truppen Basels Landschaft zu passieren. Die Soldaten hätten strengen Befehl, keinen Schaden anzurichten. In seiner Antwort wies Socin auf den Neutralitätstraktat von 1702 hin, ebenso auf die schädlichen Konsequenzen eines solchen Durchmarsches für Basel und die Eidgenossenschaft. Unruh meldete hierauf, daß der Durchzug schon vollzogen sei und die kaiserlichen Truppen bereits auf französischem Boden stünden³⁶. In der Stadt wurde nun sofort Lärm geschlagen und die Harzpfannen wurden angezündet³⁷. Die sogleich ausgeschickten Beobachter der Stadt fanden abends zehn Uhr keinen kaiserlichen Soldaten mehr auf Basler Territorium. Die Stadt konnte also gar nichts mehr unternehmen. Ihre kommenden Aufgaben waren durch die Tatsachen festgelegt: diplomatische Verhandlungen und starker Grenzschutz.

Es scheint, daß man in der Stadt vom Ereignis überrascht wurde, darüber aber nicht sehr bestürzt war. In den verschiedenen Schreiben dieser Tage ist nie ein Ton der Empörung oder Erbitterung zu finden. Der Rat erwähnte, daß er von seinen Kundschaftern keine Berichte über einen be-

das ganze Korps aus 6000 Mann bestand, wovon etwa 2400 Reiter. Die letztern wählten den Weg über Basler Gebiet, während die Infanteristen direkt an den Rhein bei Neuenburg marschierten.

Eine kurze Geschichte aus dem Jahre 1712, also drei Jahre nach dem Ereignis, berichtet von «etlich tausend Mann zu Pferd».

Kurzer Begriff der fürnehmsten Begebenheiten, die sich zu Basel zugetragen haben. UB Basel. — *Schweizer*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 408 f.

³⁵ Du Luc an Pecquet, 28. August 1709, BA. AES, Supp. XI. 265.

³⁶ *Wohlfender*, Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten im spanischen Erbfolgekrieg, S. 99.

³⁷ Chronik S. von Brunn, S. 429.

vorstehenden Einfall erhalten habe, die Leute seien teilweise bis zum Abschluß des Durchmarsches von kaiserlichen Truppen aufgehalten worden. Die offiziellen Berichte aus der Stadt an die Tagsatzung nach Baden betonten immer wieder, in Basel habe man vom Durchmarsch nichts gehört noch gesehen. Der Durchbruch bei der Hülftenschanze sei «unversehens und wider aller vernünftigen» gewesen³⁸. Der Ausspruch zeigt uns auch, wie man es in der Stadt nicht recht für möglich hielt, daß eine solche Neutralitätsverletzung durchgeführt würde.

In der Frage des Durchbruches selbst standen die Bevölkerung und viele Magistraten eher auf kaiserlicher Seite, von der keine Sanktionen zu befürchten waren. Immer wieder erklärte man, daß die Stadt so gehandelt habe, wie es ihr durch Bünde und Schirmwerke vorgeschrieben sei³⁹. In all den Verträgen wurde Basel Neutralität befohlen. Diese Verpflichtung hat die Stadt nicht gebrochen. Das Ereignis war ein Bruch der Neutralität *aller* eidgenössischen Orte durch die Kaiserlichen. Da der Durchmarsch bereits vollzogen war, konnte nur noch darnach getrachtet werden, neue Durchzüge zu verhindern. An alle Zünfte wurden Zettel gesandt, in denen die Bürger aufgefordert wurden, sich mit den Geschäften und Unternehmungen der kriegführenden Parteien nicht zu beladen und die Schranken der Neutralität getreu zu beobachten und einzuhalten⁴⁰. Basel konnte sich den Eidgenossen und den Verträgen gegenüber gar nicht anders verhalten. Die Stadt hob daher ständig hervor, daß eine Verteidigung unmöglich gewesen wäre: «hetten im übrigen das unsrige getan»⁴¹.

Verhandlungen mit den Parteien erfolgten nun im Rahmen der Tagsatzung. Die Gesandten Basels, Johann Balthasar und Christoph Burckhardt, wurden aufgefordert, Basel zu entschuldigen und das Geschäft in diesem Sinne zu beeinflussen und weiterzuleiten⁴². Von einem Ausdruck der Empörung gegen die Kaiserlichen ist auch da nirgends die Rede. Basels Haltung entsprach einem Wohlwollen beiden Parteien gegenüber. Es verband sich mit niemandem und versprach auch nichts. Die augenblickliche politische Situation schrieb ihm dies unbedingt vor.

Die Meldung vom Durchmarsch bei Basel platzte während einer gespannten Situation in die Tagsatzung. Wieder einmal drohten die Verhandlungen über das Toggenburger-Geschäft, das bereits konfessionellen Charakter angenommen hatte, zu scheitern. Eine Mediationssitzung, an der wie üblich auch J. B. Burckhardt teilgenommen hatte, war erfolglos verlaufen.

Wie oben erwähnt, erfolgte am 17. August durch Du Luc eine Warnung an die Tagsatzung «zu volge der versprochenen neutralität». An eine große Gefahr glaubte man jedoch auch in Baden nicht, da derartige Meldungen

³⁸ Missivenbuch, 30. August 1709, StA Basel.

³⁹ Basel an Zürich, 28. August 1709, StA Zürich, A 240,7.

⁴⁰ *Huch*, Die Neutralität der Eidgenossenschaft während des spanischen Erbfolgekrieges, S. 261.

⁴¹ Kleiner Rat, 21. August 1709, StA Basel.

⁴² Missivenbuch, 21. August 1709, StA Basel.

häufig eintrafen. Den Neutralitätstraktat von 1702 stellte man über alles. Man mahnte Basel höchstens zu «vigilanz». Von der Rheinstadt erwarteten die übrigen Orte sofortigen Bericht, «wan etwas gefahr verspürt worden»⁴³. Die Basler antworteten, die Wachen seien wirklich bestellt worden, denn es werde nicht ohne Grund verdächtigt, die «Herren teutschen» möchten etwas unternehmen⁴⁴. Diese Worte standen im Zusammenhang mit den im letzten Moment noch durchgeführten Verstärkungen der Wache in Augst, der Mannschaftsaufbietung und der Aussendung von Spähern. Noch am 21. August machten Deputierte der Tagsatzung den kaiserlichen Gesandten Trauttmansdorff auf den Neutralitätstraktat aufmerksam, worauf dieser versprach, zu dessen Einhaltung sein Möglichstes zu tun. Als sich die Tagsatzungsherren (unter ihnen auch J. B. Burckhardt) vom Gesandten verabschiedet hatten und «annoeh auf der gass under allerhand dicoursen by einandren stunden, langte ein Expresso von Basel an»⁴⁵. Dieser brachte den Bericht von den Ereignissen des vergangenen Abends. Dem Geschehen wurde so großes Gewicht beigemessen, daß alsbald eine allgemeine Session besammelt wurde. Sogleich suchte man den kaiserlichen Gesandten nochmals auf, dieser behauptete, von der ganzen Angelegenheit nichts zu wissen, erwähnte aber als Entschuldigung die Verletzung des Basler Territoriums durch den französischen Marschall de Villars vor der Schlacht bei Friedlingen im Herbst 1702. Der Basler Bürgermeister führte in seiner Antwort aus, daß die Verletzung von de Villars bei weitem nicht von solcher Wichtigkeit und solchem Ausmaß gewesen sei. Auch sei immer gebührende Satisfaktion erfolgt. Der Gesandte verhartete jedoch in seiner Meinung⁴⁶. Trauttmansdorff machte nun den Kurfürsten von Hannover für das ganze Unternehmen verantwortlich. Er hatte diesen am 18. August gebeten, von der Ausführung des Mercyschen Kriegsplanes abzusehen, von welchem «hier zu land und sonderlich in Basel ja von jedem kind allda geredet wird»⁴⁷. Er war also über den Plan einige Tage vor dessen Durchführung informiert worden; das Datum scheint er jedoch nicht gekannt zu haben. Im erwähnten Brief an den Kurfürsten berichtete er noch: «und hat mir erst heuth H. Schultheiss Besenwaldt von Solothurn mit claren worthen gesagt, frankreich seye schon avertiert, daß H. General Mercy in burgund zu gehen beordert, woher ihm aber solches zu kommen, oder wer es verrathen ist mir nicht bewußt». Von der franzosenfreundlichen Tätigkeit Erlachs war dem Gesandten ja nichts bekannt, selbst nicht nach fünf Monaten.

Das Schreiben Trauttmansdorffs blieb ohne Erfolg. Der Kurfürst und Mercy sahen in diesem Durchmarsch die einzige Möglichkeit eines erfolgreichen Angriffs. Bereits am 25. August, also fünf Tage nach dem Durch-

⁴³ J. B. B., August 1709.

⁴⁴ Gossweiler an Zürich, 20. August 1709, StA Zürich, A 227,4.

⁴⁵ Gossweiler an Zürich, 21. August 1709, StA Zürich, A 227,4.

⁴⁶ Gossweiler an Zürich, 21. August 1709, StA Zürich, A 227,4.

⁴⁷ Trauttmansdorff an den Kurfürsten von Hannover, 18. August 1709, Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Photokopie.

marsch, schrieb der Kurfürst an die Tagsatzung. Er stellte fest, daß ein anderes Vorgehen unmöglich gewesen wäre und erwähnte, wie schon Trauttmansdorff, die französischen Durchgänge: «Wir hoffen die Lobl. Eydgenossenschaft werde also den hohen Allyrten auch jetzo nicht verdanken, was sie vormahlen der Cron Frankreich nicht übel genomben, sondern gegen die hohe Allyrte mit einer solchen conduite sich betragen, so derer-selben hochachtung und gute willen für die Lobl. Eydgenossenschaft immer mehr und mehr vergrössern möge»⁴⁸. Die sich nun zeigende Empfindlichkeit der Eidgenossen erstaunte den kaiserlichen Gesandten; bei französischen Gebietsverletzungen war so etwas nie vorgekommen. Andere Begründungen finden sich nirgends. Der Kaiser hätte sein Vorgehen auch mit einem Hinweis auf Grotius belegen können, der ja das Recht des Durchzuges verteidigt. Gegen eine solche Argumentation hätten die Eidgenossen nichts einwenden können. Wir werden später sehen, welches die Gründe waren, die die Tagsatzung veranlaßten, nichts gegen den Kaiser zu unternehmen; es waren rein praktisch-politische, nicht theoretisch-völkerrechtliche Gedanken.

Der französische Botschafter war durch seine Beziehungen über die ganze Angelegenheit weit besser orientiert als der kaiserliche. Seine persönlichen diplomatischen Fähigkeiten spielten dabei auch eine große Rolle, denn sein Auftreten war energischer und sein Verhalten daher viel aktiver. Den Plan des vorgesehenen Durchzuges erfuhr er am 17. August. Sofort gab er Warnungen aus. Die Angabe des Durchmarschdatums wurde im Memorandum an Basel irrtümlicherweise unterlassen. Du Luc selbst verließ darauf die noch nicht abgeschlossene Tagsatzung und begab sich nach Solothurn zurück. Er hoffte, daß die Tagsatzung die Grenzverletzung verurteile, denn er maß ihrer Haltung eine große Konsequenz zu: «... de mon côté, J'attendray avec quelque impatience, d'apprendre vos résolutions sur une affaire qui intéresse si fort vostre réputation, et dont les suites vont estre décisives pour vostre tranquillité»⁴⁹. Von der Einstellung der Tagsatzung hing das zukünftige Verhalten Frankreichs eidgenössischen Problemen gegenüber ab. Durch die Tatsache des kaiserlichen Durchmarsches fühlte sich der König aber bereits berechtigt, auch seinerseits solche Gebietsverletzungen zu unternehmen⁵⁰. Daher war ein klarer Stimmungsbezug der Tagsatzung unerlässlich.

Du Luc war sich bewußt, daß einige Orte das Vorgehen des Feindes begrüßten. Darum freute ihn besonders, daß Bern mit den Kaiserlichen eine deutliche Sprache redete. Für Basel fand er keine guten Worte, die Stadt sollte gedemütigt werden. Er verweigerte sogar dem Läufer der Stadt, der einen Rechtfertigungsbericht brachte, den Empfangsschein, so sehr war er gegen Basel erbittert⁵¹. Bereits am Tage nach dem Durchmarsch bezichtigte

⁴⁸ Kurfürst von Hannover an die Eidgenossen, 25. August 1709, StA Zürich, A 163. — StA Luzern, 724.

⁴⁹ Du Luc an die Tagsatzung, 21. August 1709, BA. AES 199, f. 201.

⁵⁰ Mémoire du Marquis de Sourches sur le règne de Louis XIV, 30. August 1709, XII, S. 47.

⁵¹ Trogen, Zellwegersche Aktensammlung, V, S. 166.

er die Stadt der Verletzung eines feierlich abgeschlossenen Vertrages und der Mißachtung von Warnungen. Das Vorgehen Basels erachtete er als beispieldlos und als einen Schlag gegen die Ehre der Eidgenossenschaft⁵². Er erwartete von Basel ein besseres Verhalten dem König gegenüber und verlangte eine absolut verbindliche Neutralitäts- und Defensivgarantie. Zwei Tage nach dem Durchmarsch meldete Du Luc dem Abbé de Pomponne, in Basel freue man sich über die bevorstehende Eroberung Burgunds durch den Kaiser. Er versuchte so, seine Schritte gegen Basel zu rechtfertigen⁵³. Immer wieder wies er auch auf seine Warnung vom 17. August hin. Basel bestritt, daß er das Datum angegeben habe und ging so weit, dem Botschafter das Original des betreffenden Berichtes zu zeigen. Später gab er zu, daß diese genaue Mitteilung, die sehr wahrscheinlich beim Überbringen mündlich hätte gesagt werden müssen, vom Boten unterlassen worden sei⁵⁴.

Eine klare Stellungnahme der Tagsatzung zu dem Geschehen ist nirgends zu finden, da ihr der innere Zusammenhalt fehlte. Die Orte waren durch die bekannten innereidgenössischen Angelegenheiten und ihre verschiedene außenpolitische Einstellung zu zerrissen, was ja auch die Kaiserlichen noch ermutigt hatte, die Gebietsverletzung vorzunehmen. In Baden wünschte man allgemein kein schroffes Vorgehen gegen irgend eine Partei; was man bezweckte, war Satisfaktion und Sicherheit für die Zukunft. Die Katholiken standen auf der Seite Frankreichs, das schon vor dem Durchmarsch versucht hatte, diese Orte günstig zu stimmen. Nach einer Angabe von Trauttmansdorff hatte Du Luc die Gesandten aller Orte, außer denjenigen des Abtes von St. Gallen, zur Tafel und anschließend zum Besuch einer französischen Komödie eingeladen und sie dort mit Konfekt und allerlei Weinen bewirtet⁵⁵.

Die katholischen Orte hatten Frankreich besonders nötig, denn von dort her flossen ihnen die Pensionen zu und war Schutz und Hilfe in den konfessionellen Streitigkeiten zu erwarten. Dieselben Hoffnungen setzten sie auf den Kaiser, nur galt ihre Neigung aus materiellen Gründen mehr Frankreich, denn der Kaiser konnte ihnen nicht so viel bieten, bei ihm war alles unsicherer. Das Bündnis mit dem Kaiser, die Ewige Richtung, war den katholischen Orten wertvoll, darum zögerten sie, nach dem Durchmarsch etwas gegen ihn zu unternehmen; sie fürchteten den Zerfall des Bündnisses. Sie waren sehr erstaunt, über den kaiserlichen Plan nicht orientiert worden zu sein. Wohl unter dem Einfluß Frankreichs kritisierten die katholischen Orte Uri, Luzern und Solothurn das Verhalten Basels, indem sie ihm vorwarfen, die Stadt hätte besser auf der Hut sein können. Freiburg war ebenfalls bereit, der reformierten Rheinstadt «schlechte Anstalt» vorzuwerfen⁵⁶. Als

⁵² Du Luc an Basel, 21. August 1709, BA. AES 199, f. 203.

⁵³ Du Luc an Abbé de Pomponne, 23. August 1709, BA. AES 208, f. 188.

⁵⁴ Du Luc an Ludwig XIV., 9. Oktober 1709, BA. AES 200, f. 196.

⁵⁵ Trauttmansdorff an Joseph I., 17. August 1709, BA. Wien 138, f. 11. — Eine Briefstelle Du Lucs an Torcy bestätigt die Abhaltung solcher Feste: Du Luc an Torcy, 31. Juli 1709, BA. AES 199, f. 97.

⁵⁶ Gossweiler an Zürich, 29. August 1709, StA Zürich, A 227, 4.

einzigster Grund zur Entschuldigung wurde die Untätigkeit der ebenfalls gewarnten französischen Garnison zu Hünningen erwähnt. Es ist in der Tat erstaunlich, daß man dort dem Durchzug keinerlei Beachtung schenkte. Die Schuld für die Grenzverletzung wurde von katholischer Seite den Reformierten zugeschoben, was den innereidgenössischen konfessionellen Gegensatz nur noch schürte.

Die reformierten Städte standen auf der Seite Basels und lehnten ein Vorgehen gegen den Kaiser ab, hoffte man doch, am kommenden Friedenskongreß von ihm und den Seemächten begünstigt zu werden. Hätte man jedoch ausschließlich die kaiserliche Partei unterstützt, wäre eine gefährliche Lage entstanden, der die Eidgenossenschaft niemals gewachsen gewesen wäre. Zürich betonte bei der Hilfeleistung an Basel die gemeinsame Religion und überließ das Geschäft der «Prudenz und Dexterität» des Gesandten. Sein Verhalten möge sich nach den alten Ratschlägen und Abschieden richten⁵⁷. Bern, das von Basel aus sofort benachrichtigt worden war, gab seinen Gesandten in Baden Instruktion «alles beyzutragen, was zur entschuldigung und sicherheit der statt Basel dienlich sein möge»⁵⁸. — Ende August meldete Bürgermeister Burckhardt seiner Obrigkeit, daß er bei der Darlegung der Unschuld Basels von beiden Vororten «bestens sekundiert» worden sei⁵⁹. Die bestehenden konfessionellen Schwierigkeiten wegen des Toggenburgs erschwerten aber die Verhandlungen unter den Orten immer wieder. Das Neutralitätsgeschäft wurde so immer mehr ins Spannungsfeld der Konfessionen gezogen und dadurch viel komplizierter. Dies zeigte sich besonders bei der Frage des eidgenössischen Zuzuges nach Basel. Die Stadt gelangte zuerst an die Nachbarorte Solothurn und Bern. Sie versprach, bei gleichen und anderen Fällen die Bundespflicht in aufrichtiger Treue zu beobachten. Die Einhaltung der alten Pflicht beachtete Basel genau, denn für die Stadt war der Zuzug wichtig; diese Hilfe zu seinen Gunsten gab Basel eine gewisse Sicherheit vor weiteren Bedrohungen. Die Stadt mußte allerdings auch bereit sein, selbst Hilfe zu leisten, doch in der Frage der Grenzbesetzung war die Hilfe einseitig.

Bei der Tagsatzung hatte Basel durch seinen Bürgermeister sofort nach dem Durchmarsch militärische Hilfe angefordert. Gemäß dem Defensionale sollten Repräsentanten und Truppen geschickt werden. Dieses Verlangen geschah ebenso sehr aus Angst vor der Rache Frankreichs, als auch zur Verhinderung einer neuen Verletzung des eidgenössischen Gebietes durch kaiserliche Soldaten.

Dem Gesuch um Entsendung von Repräsentanten entsprach man ohne

⁵⁷ Zürich an die Gesandten in Baden, 22. August 1709, StA Zürich, Geheimes Missivenbuch, B IV 215.

⁵⁸ Gossweiler an Zürich, 5. September 1709, StA Zürich, A 227,4. — Bern an Basel, 24. August 1709, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 41, S. 63.

⁵⁹ J. B. Burckhardt an die Obern, 31. August 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a 102. — Eine Ablehnung des baslerischen Verhaltens durch Bern, wie sie der französische König erwähnt, ist nirgends festzustellen. — Ludwig XIV. an Du Luc, 4. September 1709, BA. AES 195, f. 116.

weiteres, nicht aber demjenigen um militärische Hilfe. Die katholischen Orte waren gegen eine solche eingenommen, obwohl sie noch im Herbst 1708 die gegenseitige bündnismässige Hilfe hervorgehoben hatten⁶⁰. Als Grund für ihre Weigerung gaben sie wiederholt die konfessionellen Schwierigkeiten innerhalb der Eidgenossenschaft an und bemerkten, der kaiserliche Neutritätsbruch möge nicht verwundern, im eigenen Lande würden die Bünde ja nicht besser beachtet. Einige Orte erwähnten als Grund der Ablehnung, «sie müßten ihr Volk im Lande behalten und wegen der innerlichen Streitigkeiten sich selbstn vorsehen»⁶¹. Luzern weigerte sich sogar, seine Truppen in Basel neben den toggenburgischen Grenzdienst leisten zu lassen⁶². Zudem war ihm die reformierte Stadt als Vermittlerin im Toggenburgerstreit nicht genehm. Trauttmansdorff schrieb darüber am 17. September an den Kaiser, Basel verlange zur Sicherheit mehr Volk, «warzue sich aber Luzern nicht verstanden, sehe auch nicht, dass von übrigen Cathol. annoch einige dahin abgehen dörfte, indeme selbe wegen der Toggenburger mediation wider dieses Orth sich befinden»⁶³. Die reformierten Orte hingegen wollten die Hilfe gewähren, auch wenn die katholischen sie verweigern sollten. Sie klagten über ihre katholischen Miteidgenossen und warfen ihnen «Kaltsinnigkeit» vor, alles werde bei ihnen «durch die hächel gezogen»⁶⁴.

Anfangs September trafen die ersten Zuzüger aus den reformierten Orten in Basel ein, sie und die Repräsentanten wurden in der Stadt bestens empfangen. Letztere wurden von den Defensional-Orten Schaffhausen und dem Abt von St. Gallen gestellt, welche gemäß der Rangordnung an der Reihe waren⁶⁵. Als am 10. September der Zuzug aus den katholischen Orten immer noch ausstand, beklagte sich Basel. Auch die übrigen reformierten Orte waren über die Verzögerung nicht erfreut. Aus dem Hinausschieben und aus den verschiedenen Reden zeige sich «der ohngute willen, denen die Cathol. einer Statt Basel tragen, daß wan sie auch schon äusserlich auch zu denen, so zu dero entschuldigung dienen möchte, obiter consentieren, sie dannach under der hand das gift verborgen behalten und mehr stroh und öhl als aber wasser zum feuwer tragen»⁶⁶. Am folgenden Tag schrieb der Basler Bürgermeister an seine Herren, der Unwille bei den katholischen Orten sei sehr groß, so daß von ihnen wenig zu erhoffen sei. Besonders Bern habe sich für eine Verbesserung der jetzigen Lage eingesetzt, jedoch ohne Erfolg. Es scheine, daß sich der Unwille der genannten Orte eher noch vermehre. Aus diesen Tatsachen ergab sich für Burckhardt eine wichtige, aber betrübliche Folgerung, den Toggenburgerhandel betreffend: die Vermutung liege nahe,

⁶⁰ Katholische Orte an Basel, 28. September 1708, StA Bern, Togg. DD, S. 195.

⁶¹ J. B. Burckhardt an die Obern, 31. August 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a 102.

⁶² J. B. Burckhardt an die Obern, 1. September 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a 108.

⁶³ Trauttmansdorff an Joseph I., 17. September 1709, BA. Wien, 138, f. 11.

⁶⁴ Gossweiler an Zürich, 5. September 1709, StA Zürich, A 227,4.

⁶⁵ EA VI², 1, S. 1532.

⁶⁶ Gossweiler an Zürich, 10. September 1709, StA Zürich, A 227,4.

dieser werde sich zerschlagen. Burckhardt befand sich daher in einer schwierigen Situation, so daß er das mächtige Bern ersuchte, seiner Stadt auch weiterhin gut gesinnt zu sein und getreu beizustehen. Der Bitte entsprach Bern und versicherte Basel seiner Hilfe ⁶⁷.

Mitbestimmend für die Verweigerung der militärischen Hilfe durch die Innern Orte waren aber auch, wie bei früheren Zuzügen, finanzielle Erwägungen. Die Weigerung, ihren Pflichten nachzukommen, diente ihnen außerdem als Druckmittel, Zürich und Bern zum Nachgeben im Toggenburg zu bestimmen. Die Stellung der beiden Orte war jedoch so stark, daß ein Nachgeben für sie nicht in Frage kam.

Mit der Zeit gab es doch noch einen Zuzug aus allen Orten. In Basel aber zeigte sich die Zwietracht unter den Orten sehr deutlich, sogar im Lazarett wurden auf Ersuchen der Hauptleute von Zürich und Bern die Reformierten von den Katholiken durch eine Scheidewand separiert ⁶⁸.

In der Folgezeit versuchten die Franzosen, in der Eidgenossenschaft eine für sie günstige Stimmung zu schaffen. Trauttmansdorff war um ein gleiches bemüht. Am 7. September erbat er sich vom Hof 1000 Dukaten, da er damit «viel Nützliches» machen könne ⁶⁹. Acht Tage später hatte er diese bereits erhalten, denn am kaiserlichen Hof erkannte man die Dringlichkeit der Aufgabe. Auch Basel wollte man besänftigen und belieferte es daher schon wenige Tage nach dem Durchmarsch mit Getreide aus den kaiserlichen Gebieten. Die Stadt hatte Frucht jetzt besonders nötig, da die Zufuhr aus Elsaß ganz unterbunden wurde.

Als Schadenersatzforderung meldete Basel 2000 Säcke Hafer, was Trauttmansdorff als übertrieben betrachtete; er vermutete, Basel möchte wegen der französischen Fruchtsperre möglichst viel profitieren. «Der Standt Basel beklaget sich, die Mercysche Cavallerie hette selbst im durchmarsche 2000 Säckh habern zu schanden geritten, so aber keines wegs wahrscheinlich, und glauben sie durch diese lehre vorwändt mehrer getreyd in dem Reich erkauffen zu khönnen» ⁷⁰.

Der französische Hof war gegenüber den reformierten Orten, mit Ausnahme Basels, milde gesinnt, Du Luc hoffte immer, das mächtige Bern in seine Macht zu bekommen. In einer Tagsatzungssitzung führte der französische Botschafter aus, er sei ein Mann des Friedens, er wolle die Eidgenossen nicht entzweien, er habe jetzt und immer Verständnis für ihre Lage ⁷¹. Solche Worte bezweckten eine Annäherung *aller* Orte an Frankreich, dem eine eidgenössische Entzweiung große Nachteile gebracht hätte, denn es bestand immer die Möglichkeit, daß die Eidgenossen ihre Truppen aus Frankreich zurückzögen.

⁶⁷ J. B. Burckhardt an die Obern, 11. September 1709, StA Basel, Politisches X 2 3b 35.

⁶⁸ Dreizehner Rat, 8. September 1709, StA Basel.

⁶⁹ Trauttmansdorff an Baron Seilern, 7. September 1709, BA. Wien 86.

⁷⁰ Trauttmansdorff an Joseph I., 30. November 1709, BA. Wien 138.

⁷¹ J. B. Burckhardt an die Obern, 9. September 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a 168.

Meyer von Schauensee faßt die damalige Situation in der Eidgenossenschaft treffend wie folgt zusammen: «Da man ausserem krieg Widerstand thoun wolte, zettelte sich der im eigenen land ie mehr und mehr an» ⁷². Bei den Lösungs- und Entspannungsversuchen schaute jede Partei auf die Reaktion der andern, was einer altbewährten und klugen Taktik entsprach und zuletzt doch noch zu einer Entscheidung führte. Diese eidgenössische Lage spornte Prinz Eugen an, den Durchmarsch auszuführen. Er war sicher, daß sich die Schweizer nicht entschließen könnten, etwas gegen den Kaiser zu unternehmen. Seine Rechtfertigung vor dem Hofkriegsrat gründete sich auf diese Einsicht ⁷³.

War die Tagsatzung aus konfessionellen Gründen gespalten und unsicher im Auftreten, so war es Basel aus wirtschaftlichen und strategischen, wobei der Bruch zwischen Regierung und Volk verlief. Die Begünstigung einer Partei hätte auch hier zu Schwierigkeiten geführt. So ergab sich für die Stadt, die im Zentrum der diplomatischen Auseinandersetzungen stand, eine neutrale Mittelstellung innerhalb der Eidgenossenschaft. Basel nahm diese Haltung aus Gründen seiner Politik gegenüber dem Auslande an, sie entsprach aber auch ihren innereidgenössischen Verpflichtungen und Absichten. Die Abmachungen des Bundesbriefes spielten 1709 keine Rolle, und trotzdem nahm nun Basel aus anderen dringenden Gründen die ihm gemäße Mittelstellung ein. An der Tagsatzung mußte sich Bürgermeister Burckhardt nach allen Seiten hin verwahren, denn es «ward dieser actus zu grossem schimpf der Eidgenossenschaft sonderlich zu grossem nachtheil der Statt Basel angesehen» ⁷⁴. Burckhardt gab sich dabei alle Mühe, die Tagsatzung von der Unschuld der Stadt zu überzeugen und zu «mehrerm nachdruckh und beförderung der sach» seine Einstellung und die seiner Obern zu vertreten ⁷⁵. Dies war gar nicht leicht, klagten doch, wie oben erwähnt, Uri und Luzern Basel an, zu wenig vorsichtig und aufmerksam gewesen zu sein. Luzern war besonders bestrebt, Basel genau auf die Hände zu sehen und ihm alles Neutralitätswidrige vorzuwerfen ⁷⁶. Es war an der Neutralität der Rheinstadt sehr interessiert, denn sie verhinderte eine Vergrößerung der Macht der konfessionellen Gegner Luzerns. Weitere Gründe werden sich aus wirtschaftlichen Erwägungen ergeben haben.

Ende August verstärkte sich die Gefahr neuer Grenzverletzungen, besonders nach der Niederlage und dem Wiederaufrüsten von Mercy. Beim Rückmarsch der kaiserlichen Truppen zeigte Basel vorerst mehr Wachsamkeit, sah dann aber erneut die Unmöglichkeit eines Widerstandes ein. Dieses Verhalten gab neuen Stoff, die Stadt der Franzosenfeindlichkeit zu bezichtigen.

⁷² Meyer von Schauensee, Beschreibung des Toggenburgerkrieges, S. 122.

⁷³ Prinz Eugen an den Hofkriegsrat, 30. September 1709. Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, XI, S. 267.

⁷⁴ J. B. B., Juli — August 1709.

⁷⁵ J. B. Burckhardt an die Obern, 1. September 1709, StA Basel, Politisches X 2 3a, S. 108.

⁷⁶ Sutter, Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensionale, S. 199.

Da Basel glaubte, nicht imstande zu sein, eine größere Macht von seinen Grenzen abzuhalten, drängte es auf einen Zuzug der Nachbarorte Solothurn und Bern. Der allgemeine eidgenössische Zuzug erfolgte dann, wie wir schon gesehen haben, in einem späteren Zeitpunkt.

Als Basel im Oktober 1709 eine Tagsatzung zum Schutze der Grenzen und zur Erneuerung des Traktates von 1702 ausschrieb, hoffte es auf eine Zusage aller Stände, obwohl es sich des Widerstandes der katholischen Orte bewußt war ⁷⁷. Die Stadt begehrte nur das, wozu die Bünde ihr das Recht gaben. Die katholischen Orte aber kamen nicht; sie konnten Basel seine antifranzösische Haltung nicht verzeihen. Sie fühlten für die Stadt, die unter einer empfindlichen Lebensmittelknappheit litt, kein Mitleid, sondern ließen sie ihre «Kalthertzigkeit» immer mehr verspüren ⁷⁸. Im Mahnschreiben an die Orte, welche der Tagsatzung fernblieben, steht: Man hätte wünschen mögen, daß die katholischen Orte dem angelegentlichen Ruf der Stadt Basel, als eines bedeutenden Gliedes der Eidgenossenschaft, geneigtes Gehör geschenkt und ihre Gesandten nach Baden abgeordnet hätten, um die Sicherstellung der Grenzen gemeinsam zu beraten ⁷⁹. Die reformierten Orte kannten die schwierige Stellung der Rheinstadt und betonten deshalb ihre Bedeutung für die gesamte Eidgenossenschaft. Sie waren sich bewußt, daß nur ein vereintes Vorgehen zum Erfolg führen werde. Die Innern Orte erstrebten jedoch zuerst eine Erledigung der Toggenburger-Sache, deren Verhandlungen durch die Neutralitätsverletzung unterbrochen und sogar verschärft worden waren. Durch die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Norden wurde die Gefahr für Basel geringer, so daß die Zuzüge zurückgezogen wurden. Zum Dank und zur Erinnerung wurden den Hauptleuten der eidgenössischen Truppen durch Basel Gedenkmünzen überreicht ⁸⁰. Auf den Münzen fehlt das Datum, das, so meinte Du Luc, bewußt weggelassen wurde, um so die Schande des Durchmarsches rascher vergessen zu lassen ⁸¹. Im Namen der gesamten Eidgenossenschaft, «zu deren Ehren es geschehen», dankten Ende Oktober die Repräsentanten der Rheinstadt ⁸². Die Initiative zu diesem Schreiben ging von Bern aus, die Aarestadt fand es für nötig, auch so Basel seine Sympathien auszusprechen.

Erst im Sommer des folgenden Jahres bestand erneut die Gefahr einer Grenzverletzung. Zur Vermeidung weiterer Durchbrüche wollte man bei St. Jakob eine feste Abwehrlinie bauen. Im August 1711 besichtigten In-

⁷⁷ Basel an Zürich, 14. Oktober 1709, StA Basel, Missivenbuch A 167. — Runckel an Generalstaaten, 20. Oktober 1709, BA. Holland 5975, Photos 736—737.

⁷⁸ Gossweiler an Zürich, 29. Oktober 1709, StA Zürich, A 227, 4.

⁷⁹ EA VI², 1, S. 1562.

⁸⁰ Eine solche Verteilung von Denkmünzen hatte Johann Balthasar Burckhardt schon 1674 in seiner Eigenschaft als Weinschreiber beim Abzug eidgenössischer Truppen erlebt. Vgl. *Sutter*, Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensionale, S. 162, Anmerkung 156.

⁸¹ Du Luc an Torcy, 8. November 1709, BA. AES 201, f. 42.

⁸² Bern an Zürich, 30. Oktober 1709, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 41.

genieure von Bern, Zürich und Solothurn das Gebiet; rieten aber von einem solchen Verteidigungswerk ab⁸³.

Die Angelegenheit der Neutralitätsverletzung vom 20. August fand nie einen offiziellen Abschluß. Wegen der Uneinigkeit in der Frage der Genugtuung wurde alles verschleppt. Dieses Hinausschieben war durch die Aufspaltung der eidgenössischen Orte unter die Parteien des Spanischen Erbfolgekrieges und durch das System der Bündnisse bedingt. In den Jahren 1710 und 1711 lenkte die wichtige und entscheidende Toggenburger-Frage von ihr ab.

Ereignisse im Zusammenhang mit der Neutralitätsverletzung durch Mercy waren die Erschießung des französischen Parteigängers Kempf in Augst und die Entführung des kaiserlichen Ingenieur-Hauptmanns Renaud aus Solothurn nach der Landskron im Jahre 1710⁸⁴. Renaud wurde von Du Luc als ein großer und aktiver Befürworter der Besitznahme der Freigrafschaft durch den Kaiser betrachtet. Nach dem Vorfall begehrte Basel an der Tagsetzung sogleich ein erneutes Vorgehen bei den ausländischen Mächten zur Respektierung des Neutralitätstraktates von 1702.

Welches war nun das Verhalten des Basler Magistraten Burckhardt in Bezug auf die Neutralitätsverletzung vom Sommer 1709? Johann Balthasar Burckhardt stand in einem dreifachen Verhältnis zu ihr. Er war Bürgermeister von Basel, bezog von Frankreich Pensionen und war eidgenössischer Mediator im Toggenburger-Geschäft. Als Bürgermeister mußte er zwischen der Stadt und den Gesandten beider Parteien vermitteln und Basels Standpunkt vertreten; als Pensionsherr sollte er die Interessen Frankreichs schützen und als Mediator durfte er keine der beiden eidgenössischen Parteien brüskieren.

Burckhardt sah das ganze Geschehen des Durchmarsches und seine Folgen klar im großen politischen Zusammenhang, im Kampf gegen Ludwig XIV. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch sein persönliches Verhalten zu verstehen. Er fürchtete, die Angelegenheit werde zu einer Ausweitung des europäischen Konfliktes führen und die Eidgenossenschaft in den Krieg hineinziehen. «Gott wende alles unheil von unserem geliebten Vatterland ab, und erhalte dasselbe noch fürbas bey dem edlen Frieden»⁸⁵. Die Erhaltung des Friedens für die Eidgenossenschaft war Burckhardts höchstes Ziel. Seine Tätigkeit richtete sich nun in erster Linie nach seinen Pflichten als Bürgermeister. Er vertrat energisch die Meinung der Basler Räte, daß die Stadt keine Schuld an Mercys Durchmarsch treffe. Überall mußte er sich bemühen, daß kein böser Schatten auf die Handlungen der Stadt fiel. Er erstrebte immer deutliche Wahrung aller Interessen seiner Vaterstadt unter Vermeidung

⁸³ Chronik S. von Brunn, S. 432. — Runckel an Generalstaaten, 20. August 1711, BA. Holland 5976, Photos 716 — 718.

⁸⁴ EA VI², 1, S. 1576, 1587, 1588, 1620 f. — *F. Gröbli*, Du Luc.

⁸⁵ J. B. Burckhardt an die Obern, 24. August 1709, StA Basel, Politisches X 2, 3a, S. 61.

dung eines Übergewichts Frankreichs. Darauf war sein Verhalten ausgerichtet.

Burckhardt hatte enge Verbindungen mit Frankreich und besonders mit dem französischen Ambassador, der die guten und wertvollen Dienste des Bürgermeisters oft lobte. Das Verhältnis Burckhardts zu Frankreich wird uns im folgenden Kapitel näher beschäftigen.

Burckhardt muß das einzige Mitglied der Basler Regierung gewesen sein, das vom Botschafter geschätzt wurde. Er verkörperte eine nützliche Verbindung zwischen Basel, als einem der evangelischen Orte, und Frankreich. Burckhardt war in Basel die Persönlichkeit, mit der die Ambassadoren verhandeln und reden konnten. Er war durch seine Stellung auch imstande, Frankreich Dienste zu erweisen. Mit der Hilfe Burckhardts konnte Frankreich auf Basel und damit indirekt auf die Eidgenossenschaft einwirken. Burckhardt versicherte dem Botschafter, sein Kanton werde alle Anstrengungen unternehmen, daß sich auch die andern Orte für Friede und Ruhe einsetzen würden. Damit hob er die eidgenössische Mittel- und Vermittlerstellung Basels hervor. Der Bürgermeister kannte die negative Einstellung der Stadt dem westlichen Nachbarn gegenüber und er benützte einmal die Gelegenheit, sie Du Luc darzulegen; in Basel überwiege eben die «Canaille», und damit meinte er die Anhängerschaft des Kaisers. Gegen diese könnten die Einsichtigen nichts unternehmen. Dem Gebaren und dem Benehmen des Volkes müsse vorläufig freier Lauf gelassen werden. Die Situation war dem Botschafter aber schon lange bekannt. Er stellt sie dem König mit folgenden Worten dar: «Il est vray que les gens d'honneur sont plus exposés dans cette ville qu'ils ne le seroient parmy les barbares⁸⁶. Durch die Betonung der schwierigen Stellung der Frankreich Wohlgesinnten wollte Burckhardt die Unmöglichkeit einer Bevorzugung Frankreichs erklären. Er selbst konnte ja aus den gleichen Gründen nicht viel unternehmen. Es scheint, daß Burckhardt die Zustände nicht ungelegen waren. Ihm war diese Lage recht, denn eine frankreichfreundliche Haltung wäre für Basel politisch gesehen unklug gewesen.

Den eidgenössischen Mitorten gegenüber verhielt sich Burckhardt als Schlichter. Er gab sich alle Mühe, jede weitere Zwietracht zwischen ihnen zu vermeiden. Hätte Basel für eine ausländische Kriegspartei eine offene und klare Stellung bezogen, so wäre der Graben zwischen den konfessionellen Lagern der Eidgenossen vertieft worden. Leicht war die Stellungnahme nicht immer, dies trat an einer Aussprache am 6. September zutage. Einige Gesandte, es werden katholische gewesen sein, erwarteten vom Vorort Auskunft über gewisse Fragen den Durchmarsch betreffend. Sie erhielten keine Antwort, so daß die Fragenden Burckhardt anschauten und von ihm eine Erklärung wünschten. Diese Fragen muß der Basler Bürgermeister als

⁸⁶ Du Luc an Ludwig XIV., 8. November 1709, BA. AES 201, f. 26. — Die kaiserliche Gesinnung der Basler Bevölkerung wurde auch in den späteren Jahren durch Du Luc hervorgehoben. — Du Luc an Torey, 19. August 1711. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung VI, S. 374.

eine Beleidigung seiner Stadt angesehen haben, denn er meinte, «es seye ja zu erbarmen, dass man einem ehrlichen Eydtgnossischen Stand in offenbare unschuld keinen glauben zustellen wolle, man soll dan sagen, wo die Statt Basel über ihre deducierte unschuld, die sie im werck begriffen nochmahlen durch ein factum vorzustellen, dannach gravirt befinde; ich bezeuge bei meiner Ehr und Eydt, dass ich von keinem widrigen nichts wüsse, und unsern stand so wohl des durchmarsches, als anderer sachen wegen, darauf man alludiere, ohnschuldig halte»⁸⁷. In solchen Stunden verlor Burckhardt ein wenig den Mut und das Vertrauen zu den Miteidgenossen. «Ist hiemit alles dem lieben Gott überlassen, der welle uns beschirmen», heisst es in einem seiner Tagebucheinträge.

Die katholischen Orte wollten die Stadt Basel aber doch nicht ohne Strafe lassen. Natürlich setzte sich auch Du Luc für eine strenge Bestrafung und Mißachtung der Rheinstadt und ihrer Bewohner ein, diese möchten spüren, was sie verschuldet hätten. Das gemeine Volk habe die Tat veranlaßt und solle empfindlich getroffen werden. Den obern Schichten war so etwas nicht zuzutrauen, denn sie waren durch Pensionen, Dienstleistungen oder Güterbesitz im Elsaß zu stark mit Frankreich verbunden. Den letzteren zuliebe hätte er Basel gerne reingewaschen. Die vorhandenen Beweise jedoch waren für ihn zu schwerwiegend und ein Übersehen derselben unmöglich⁸⁸. Der Ambassador war der Meinung, daß eine großzügige Verzeihung die Protestanten noch angriffiger machen würde. Deshalb wollte er auch aus Wohlwollen für die Katholiken auf Satisfaktion drängen⁸⁹.

Bereits am 23. August berichtete Du Luc an den Duc du Maine, daß die Basler Gesandten bei ihm gewesen seien, doch werde es lange dauern, bis diese von ihm wieder eine für sie günstige Antwort erhielten⁹⁰. Dem Entschuldigungsschreiben Basels schenkte er keinen Glauben. «Il (der Kanton Basel) m'escrit une lettre qui ne lui fait pas honneur quoy qu'il fasse de s'excuser sur la faiblesse. Je ne croy pas necessaire de vous l'envoyer, car vous scaves que le papier souffre tout»⁹¹. An die versammelte Tagsatzung schrieb er, es sei schwer, Basel als ein Glied der treuen eidgenössischen Nation zu erkennen⁹². Die katholischen Orte nahmen den Gedanken auf und gingen in ihren Forderungen so weit, daß sie als Bestrafung Basels seine vollständige Isolierung innerhalb der Eidgenossenschaft vorschlugen. Diesem Plan stimmte Du Luc nicht zu, so daß er fallengelassen wurde. Der Botschafter erkannte die Gefahr eines Bürgerkrieges und durfte deshalb derartige Bestrebungen nicht unterstützen. Am 13. September schrieb er an den König: «Laissant les choses en l'estat où elles sont, Berne et les autres can-

⁸⁷ J. B. Burckhardt an die Obern, 7. September 1709, StA Basel, Politisches X 2, 3a, S. 14.

⁸⁸ Du Luc an Du Bourg, 27. September 1709, BA. AES 208, f. 223.

⁸⁹ Du Luc an Ludwig XIV., 30. August 1709, BA. AES 200, f. 13.

⁹⁰ Du Luc an Duc du Maine, 23. August 1709, BA. AES 206, f. 109.

⁹¹ Du Luc an de Villars, 23. August 1709, BA. AES 208, f. 94.

⁹² Du Luc an die Tagsatzung, 28. August 1709, StA Zürich, 724.

tons protestants estudieront leurs démarches et ne feront pas tout ce que leur mauvaise volonté pourroit leur suggerer contre vostre service» ⁹³. Frankreich wollte mit einer endgültigen Entscheidung noch zuwarten. Ein energisches Vorgehen hätte den Zwiespalt unter den Orten verstärkt und im Kriegsfall eine Zurückziehung der Truppen aus den französischen Diensten mit sich gebracht. Als einzige Maßnahme, Basel mürbe zu machen, schlug Du Luc bereits Ende August die Fruchtsperre vor. Diese wurde dann auch durchgeführt; als der Botschafter sah, wie die gegen Frankreich gerichtete Verrätereï und die Wut des Basler Volkes über diesen Beschluß keine Grenzen kannten, meinte er, die Stadt werde schon noch Zeit haben, ihr jetziges Gebaren zu bereuen ⁹⁴.

Die Frage der freien Getreidezufuhr aus dem Elsaß nach Basel stand seit vielen Jahren auf der Traktandenliste fast jeder Tagsatzung. Basel beschwerte sich oft, denn diese Zufuhr war für die Stadt lebensnotwendig. Für die Schweiz war dieselbe Frage beim Ausbleiben von Getreide aus den kaiserlichen Gebieten ebenfalls sehr wichtig. In solchen Zeiten betrachtete Frankreich alles als eine politische Frage, ging es doch um eine Unterstützung der Eidgenossen. 1709 traf die Sperre die Stadt allein, die zudem schon unter den Auswirkungen des vergangenen Winters litt, in dem die Reben und die Obstbäume erfroren waren. — Frankreich begründete seine Sperre mit dem Mangel im eigenen Lande, was gewiß zutreffend, aber nicht entscheidend war. Hier war nämlich die beste Stelle, Basel zu schädigen und sein Vorgehen zu rächen. Es war schon so, daß die Krieguñternehmungen und die schlechten Wetterverhältnisse einen Mehrverbrauch und eine schlechte Ernte zur Folge hatten. Die Preise stiegen gewaltig und wurden erst 1715 wieder normal ⁹⁵.

Die Stadt versuchte durch verschiedene Missionen an die ausländischen Gesandten, an Mercy und an den Kurfürsten von Hannover, das Vorgefallene abzuklären und den betreffenden Personen das Verhalten und die jetzige Lage der Stadt begreiflich zu machen. Dem ehemaligen Botschafter Puyzieulx schrieb Basel, er möge doch am französischen Hof für die Stadt ein gutes Wort einlegen, was dieser laut eines Schreibens vom 14. Oktober auch tat ⁹⁶. Unter den Deputierten der Tagsatzung an die ausländischen Vertreter befand sich regelmäßig auch Johann Balthasar Burckhardt; er vertrat Basels Standpunkt und setzte sich tatkräftig für eine Aufhebung der Fruchtsperre ein. Das Verhältnis Frankreichs und seines Botschafters

⁹³ Du Luc an Ludwig XIV., 13. September 1709, BA. AES 200, f. 97.

⁹⁴ Du Luc an Abbé de Pomponne, 30. August 1709, BA. AES 208, f. 197.

⁹⁵ *Schwabe*, Schaffendes Basel, S. 143. — *Livet*, L'intendance d'Alsace sous Louis XIV, S. 871.

⁹⁶ J. B. B., 14. Oktober 1709. — Puyzieulx war Basel gegenüber günstig gesinnt. Als der Stadt vorgeworfen wurde, sie verkaufe elsässisches Getreide an die Kaiserlichen, lehnte er dies ab. «La ville de Basle est comme la fosse aux lions, tout y entre, mais il n'en sort rien.» Der Kauf von mehr als zwei Säcken sei verboten und der Verkauf erfolge nur in einem geschlossenen Gebäude. — *Livet*, L'Alsace et la Suisse à travers les siècles, S. 211 f.

zu Basel blieb in der Folge wegen der Durchführung der für die Stadt sehr nachteiligen Sperre gespannt. Basel selbst muß damals vor großen wirtschaftlichen Aufgaben gestanden haben, hatten sich doch viele Leute unter ihren Schutz geflüchtet, die Häuser aller Gassen besetzt, ja sogar im Freien übernachtet⁹⁷. Der Bürgermeister setzte sich gegen alle harten Worte Frankreichs zur Wehr. «Es sei so schlecht, da die eigenen untertanen zu wenig Frucht hätten, so würde man sagen. Wann aber diese fruchten als unser und der unsrigen Eigentumb bis anhero zu keinen Zeiten auch nicht in den Jahren, da die Ernd noch schlechter als dismohlen ausgefallen, anbey die völlige armee in dem land und in der nähe gestanden, und in unser stadt zuführen geweigert worden»⁹⁸. Du Luc aber zeigte noch immer seinen Unwillen, er ließ sich nicht besänftigen. Bei vielen Gelegenheiten wurde diese Haltung sichtbar, schrieb doch der Zürcher Gesandte an seine Herren: «Die Herren Franzosen müssen den gefassten ohnwillen gegen L. Stadt Basel bey allen anlässen von sich fühlen lassen und hautement selbiger die meiste schuld imputieren wollen»⁹⁹.

Die Klagen nützten aber nicht viel, fast auf allen Tagsatzungen stellte Basel den Antrag, bei Frankreich gemeinsame Schritte betreffs Aufhebung der Sperre zu unternehmen. Die Haltung der Basler Bevölkerung Frankreich gegenüber wurde immer gespannter. Der Stadt wurde durch die mehr und mehr zunehmende Teuerung alle Subsistenz abgeschnitten und alles in «äußerstes Unvermögen» gesetzt. Die Bürgerschaft war gezwungen, ihren Verbrauch an Haferbrot auf ein Drittel einzuschränken. Solche Maßnahmen, die natürlich der Regierung vorgeworfen wurden, brachten oft Aufregung und Uneinigkeit.

Ende September schien die Lage für die Regierung gefährlich zu werden. Du Luc rechnete mit einem Volksaufstand. Ein solches Vorgehen der Bevölkerung hätte zu größeren Streitigkeiten geführt und mit einer Niederlage der frankreichfreundlichen Magistraten geendet. Diese Folge sah auch der Botschafter voraus, denn er meinte, in Basel sei das Verhältnis zwischen den Anhängern Frankreichs und denen des Kaisers 1:10. was auch den Tatsachen entsprechen mochte¹⁰⁰. In diesen Tagen wurden der Stadt vorübergehend einige Zufuhren gestattet.

Im Sommer 1710 versprach Du Luc eine Lockerung, wenn sich Basel auf der Jahrrechnungstagsatzung in der Frage der Satisfaktion Frankreich gegenüber günstig verhalte. Die verlangte frankophile Gesinnung scheint vorhanden gewesen zu sein, die Lockerung trat jedoch nicht ein, so daß Burckhardt am 6. August erneut an den Botschafter gelangte. Er betonte, daß Basel sehr geschädigt sei. Du Luc wollte nun aus Rücksicht gegenüber Burckhardt etwas unternehmen, da dieser seinen Eifer bei verschiedenen Tagsatzungsgeschäften zeigte. Zudem pflog er auch Verhandlungen mit dem

⁹⁷ Gossweiler an Zürich, 23. August 1709, StA Zürich, A 227, 4.

⁹⁸ Basel an Voisin, 26. Oktober 1709, BA. AES 203, f. 206. — J. B. B., Okt. 1709.

⁹⁹ Gossweiler an Zürich, 30. August 1709, StA Zürich, 227, 4.

¹⁰⁰ Du Luc an Torcy, 25. September 1709, BA. AES 200, f. 171.

kaiserlichen Gesandten. Frankreich aber zählte auf ihn ¹⁰¹. Jetzt hatte ein neues Gesuch Burckhardts Erfolg. Nach Erhalt der Bitte schrieb nämlich der Botschafter an den König, es sei nötig, daß seine Majestät befehlen würde, das zurückgehaltene Getreide von Hünningen aus nach Basel zu senden. Du Luc wollte Burckhardt seine Stellung bei der Bevölkerung erleichtern, erwähnte er doch im gleichen Schreiben: «Le Bourgemestre Bourcart de Basle a besoin de faire sentir son credit à ses Bourgeois» ¹⁰².

Die Stadt beklagte sich noch oft über Belästigungen durch Frankreich. Auch vom Ereignis des Sommers 1709 und vom Verhalten der Stadt Basel war in der schweizerisch-französischen Diplomatie noch oft die Rede ¹⁰³. 1715 schrieb Du Luc erbost über die Rheinstadt: «... jamais une ville ennemie n'a tant donné de preuves d'animosité» ¹⁰⁴. Der Botschafter glaubte immer, daß besonders Bern mit seinem Schultheißen Willading die Verletzung des Neutralitätstraktates von 1702 begünstigt habe. Den Katholiken wollte er die Schuld der Reformierten möglichst klar darlegen und sie zu der ihnen fehlenden, aber so notwendigen Einigkeit aufrufen. Auch mit den Papieren aus der Kassette von Mercy wollte Du Luc die Reformierten beschämen. Der Botschafter zielte auf Bern; diese Stadt wollte er für Frankreich gewinnen, weshalb das exponiertere und wehrlose Basel geopfert werden sollte. Da ihm der Schachzug mißlang, wurde von ihm auch Bern bloßgestellt und dem Zorn des französischen Königs und der Katholiken preisgegeben, was zu einer Vergrößerung des konfessionellen Gegensatzes führte. Daneben wollte Du Luc Trauttmansdorff der Mitwisserschaft überführen und so die Katholiken ganz für sich einnehmen ¹⁰⁵.

Basel hatte natürlich eine Einigkeit aller Orte gewünscht, besonders dem Ausland gegenüber. Darum bemühte sich die Stadt immer wieder um die Sicherheit der eidgenössischen Grenzen. Es war Burckhardt, der im Juli 1711 beim Herannahen fremder Heere ein neues Projekt über die Bewahrung der Neutralität ausarbeitete; dieses ging aber in der allgemeinen Krisenstimmung unter ¹⁰⁶.

Es ist noch interessant zu untersuchen, ob die Mercy-Affäre auf das Verhältnis zwischen Basel, seinem Bürgermeister und den übrigen Orten einen großen Einfluß hatte. Gegenüber den katholischen Orten ist eine Erschwerung im gegenseitigen Verkehr festzustellen, warfen sie doch Basel noch lange eine große Schuld an der Neutralitätsverletzung vor. Hinter dieser Auffassung stand natürlich Frankreich.

Unter den reformierten Städten war seit August 1709 ein engerer Zu-

¹⁰¹ Du Luc an Ludwig XIV., 4. August 1710, BA. AES 216, f. 103.

¹⁰² Du Luc an Ludwig XIV., 8. August 1710, BA. AES 216, f. 117.

¹⁰³ Du Luc an Ludwig XIV., 16. November 1712, BA. AES 233, f. 47. — EA VII¹, S. 32.

¹⁰⁴ Finalrelation von Du Luc, 13. Juni 1715, BA. AES Mém. et Doc. 30, S. 25.

¹⁰⁵ Gröbli, Du Luc.

¹⁰⁶ J. B. B., Juli 1711.

sammenschluß bemerkbar. Basel wurde als gleichberechtigter Ort zu den Verhandlungen zwischen Zürich und Bern aufgenommen. Die gemeinsamen Religionsinteressen wurden dominierend und verstärkten sich in den nächsten Jahren, ohne daß sich aber Basel gebunden fühlte — die Stadt versuchte stets, neutral zu handeln.

Für Burckhardt war die Neutralitätsverletzung eine «Schule» für spätere schwierige Verhandlungsaufgaben. Er lernte manche Eigenheiten der verschiedenen Parteien kennen, ebenso auch ihre Vertreter. Auf diese Weise hatte er nützliche Einblicke und wertvolle Beziehungen gewonnen. In Basel scheint sich seine Stellung gefestigt zu haben, ebenso bei den übrigen reformierten Orten.

Die ganze Affäre überblickend, müssen wir uns nun noch fragen, aus welchen Gründen diese in der Schweiz keinen größeren Schaden anrichtete. Für die Eidgenossen war der Mercy-Durchmarsch ein Zeichen der Schwäche; er zeigte, wie wenig man sich auf Vereinbarungen verlassen konnte und daß es nicht anging, die Grenzsicherungen aus Sparsamkeitsgründen zu vernachlässigen¹⁰⁷. Es waren daher in erster Linie die Uneinigkeit der Orte untereinander und das vielfältige Bündnissystem mit dem Ausland, die einer gemeinsamen Stellungnahme entgegenstanden, aber auch verhindern, daß eine Partei bevorzugt worden wäre. — Weitere Gründe waren die sehr schwierige Lage Frankreichs und nicht zuletzt die Politik Basels, geleitet von seinem Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt. Die Haltung der Stadt gegenüber den Parteien, sowohl den innereidgenössischen als auch den ausländischen, war die bestmögliche, denn dadurch wurde die konfessionelle Spannung nicht vergrößert. Hätte sich Basel den Reformierten und der ausländischen Koalition zugewandt, so wären die bereits erhitzten Katholiken Basel gegenüber noch aktiver geworden, die ganze Situation hätte sich verschärft, und Basel selbst wäre sehr gefährdet worden. Burckhardt stützte sich nun auf die Reformierten, vertrat aber französische Interessen, was sich auf die katholische Partei günstig auswirkte. Durch die entschiedene Mittelstellung kam es zu diesem Zeitpunkt in der konfessionellen Frage noch zu keiner gewaltsamen Lösung, und die militärische Auseinandersetzung wurde hinausgeschoben, wobei sich die Fronten in der Eidgenossenschaft klärten. Die neutralen Orte und ihre Gesandten hofften, sie überhaupt verhindern zu können. Dieses Ziel wurde in den folgenden Jahren mit größtem Eifer angestrebt.

¹⁰⁷ *Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 32.

Welches war die Stellungnahme Burckhardts zu den ausländischen Mächten?

Beim Basler Bürgermeister zeigte sich eine deutliche Hinneigung zum benachbarten katholischen Frankreich. Seine Einstellung stand unverkennbar im Gegensatz zu derjenigen der Basler Bürgerschaft.

Die Bindungen der Eidgenossen mit Frankreich waren vielfältig; es bestanden verschiedene Soldbündnisse und Handelsverträge, die für die Eidgenossenschaft lebensnotwendig waren. Es entwickelte sich so eine gewisse Abhängigkeit, die Frankreich durch Pensionen zu unterstützen wußte. Die Verfolgung der Hugenotten, der Holländische Krieg und der Bau der Festung von Hünningen führten zu einem Stimmungswechsel; reformierte Kreise verlangten eine weniger friedliche Politik Frankreich gegenüber. Basels Bürgerschaft, die oft unter Handelsschwierigkeiten mit Frankreich zu leiden hatte, unterstützte solche Bestrebungen, ohne aber ihre exponierte Lage zu vergessen. Im europäischen Krieg bezog Basel eine vermittelnde Stellung, es setzte sich sogar für die Friedensverhandlungen zugunsten Frankreichs ein.

Burckhardt war sich bewußt, daß Basel nur ungestört leben konnte, wenn es Frankreich entgegenkam. Der private finanzielle Erfolg spielte dabei natürlich auch eine Rolle; die Macht Ludwigs XIV. wirkte bestechend, gleichzeitig aber auch abschreckend. Die notwendige wirtschaftliche Abhängigkeit der Rheinstadt von ihrem westlichen Nachbarn bestimmte die Einstellung Burckhardts und vieler seiner Ratskollegen. So verhielt es sich auch im Geschäftsverkehr der Burckhardt; Frankreich konnte zu Reichtum und Ansehen verhelfen.

Die Gesandtschaften an die Tagsatzung brachten Johann Balthasar Burckhardt in Beziehung zu den Ambassadoren; oft mußte er diesen Beschwerden seiner Stadt vorlegen; häufig handelte es sich dabei um den Fruchtkauf im Elsaß und um Solddienste. Frankreichs Vertreter müssen Burckhardts Fähigkeiten und seine Hinneigung zu ihrem Staat bald erkannt haben, denn schon in den ersten Jahren seiner eidgenössischen Tätigkeit finden wir ihn oft als Gast des Ambassadors. Einmal zog Burckhardt die französische Einladung einer englischen vor. Die Beeinflussung durch Frankreich zeigte sich deutlich unter Puyzieulx, der im Mai 1698 die Botschafterstelle in Solothurn antrat. Schon im Dezember des gleichen Jahres konnte der Ambassador an den Hof berichten, daß der Basler Gesandte, es war J. B. Burckhardt, Frankreich ganz ergeben sei¹. Puyzieulx zeigte sich

¹ Puyzieulx an Torcy, 11. Dezember 1698, BA. AES 11, f. 73.

auch Basel gutgesinnt, versprach er doch, die Stadt in ihren Bestrebungen für einen freien Fruchtkauf zu unterstützen.

Für Frankreich war der Basler Oberstzunftmeister und spätere Bürgermeister Burckhardt sehr wertvoll, erfuhr der König doch durch ihn alles, was an den protestantischen Konferenzen verhandelt wurde. Seine frankophile Tätigkeit durfte aber nicht auffallen; darum wurde von französischer Seite vermieden, daß Burckhardt seine Meldungen direkt einem Mitarbeiter der Botschaft übergab. Als Mittelsmann amtierte der Solothurner Schultheiß Besenval. Ste-Colombe riet dem Botschafter, daß, wenn er von den Baslern etwas wissen möchte, ohne Burckhardt zu sprechen, er Besenval auffordern solle, dem Bürgermeister zu schreiben. Dieser behandle einen solchen Brief gleich wie ein Schreiben des Ambassadors selbst. Ste-Colombe war sich jedoch klar, daß dieses Verhältnis nur durch Geldgeschenke aufrechterhalten werden konnte. Er schrieb darum im *Mémoire* an Puyzieulx: «Le moyen de les (die Basler Gesandten) engager à vouloir venir aux Diettes est de leur donner des gratifications raisonnables»². Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1704 erhielt Burckhardt L. 1000 und bis im Januar 1705 nochmals L. 350. Im Vergleich zu anderen Ratsherren in der Eidgenossenschaft erhielt Burckhardt große Beträge. Puyzieulx befolgte den Rat von Ste-Colombe; während seiner Abwesenheit 1706 forderte er auch seinen Stellvertreter auf, sich nur via Besenval an Burckhardt zu wenden: «Je ne m'adresse qu'à luy dans mes besoins que je puis avoir dans son canton, c'est un des hommes de la Suisse le plus à ménager»³. Die Ratsschläge von Burckhardt wurden gut befunden, sie wollte man befolgen. Über das Vorgehen bei Gesprächen mit den baslerischen Kollegen Burckhardts an der Tagsatzung wollte man sich zuerst mit dem Bürgermeister besprechen. Es scheint, daß dieser alle Verhandlungen mit Frankreich selbst leiten und bestimmen wollte, was besonders in Anwesenheit von kaiserlich gesinnten Mitgesandten wie Deputat Christoph Burckhardt wichtig war⁴. Selbst als Bürgermeister Burckhardt Bern gegenüber eine allzu große Ausweitung des französischen Einflusses ablehnte und für eine Schleifung Hüningens eintrat, blieb die gute Meinung des Botschafters über Burckhardt unverändert; er traute diesem Magistraten gar nicht zu, daß er gegen Frankreich wirke. Der Botschafter war mit der Arbeit des Bürgermeisters sehr zufrieden, er betrachtete ihn als einen der nützlichsten und ergebensten Diener des Königs in der Schweiz und sicher als den brauchbarsten Protestanten⁵. Für Frankreich waren Burckhardts Dienste besonders wichtig, da er in Basel als der einflußreichste und stärkste Ratsherr galt.

² *Mémoire* Ste-Colombe an Puyzieulx, 30. März 1705, BA. AES 161, f. 301.

³ *Mémoire* pour la Chapelle, 15. August 1706, BA. AES 171, f. 48.

⁴ Du Luc an Duc de Maine, 26. Dezember 1709. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung V, S. 467.

⁵ Ste-Colombe an Torcy, 11. Februar 1709, BA. AES 197, f. 61. — *Mémoire* sur la Suisse 1708. Bibl. Mazarine vol. 1902, f. 1. — *Mémoire* pour envoyer à M. le Marquis de Torcy, 28. September 1711, BA. AES 230, f. 189.

Unter diesen Voraussetzungen wurde im Frühjahr 1709 der neue Ambassador Du Luc in die Basler Verhältnisse eingeführt. Mit dem Bürgermeister der Stadt kam er schon bald wegen des Toggenburgs zusammen, und bereits nach vier Wochen beurteilte Du Luc Burckhardt als einen Menschen mit viel Liebe für sein Vaterland und den Frieden und voll Treue dem französischen König gegenüber⁶. An der Empfangsfeier der Tagsatzung war Burckhardt auch anwesend. Du Luc bemühte sich in der Folge um den Basler, denn er glaubte, von ihm Unterstützung für die französischen Pläne und Ideen zur Vermeidung eines kaiserlichen Durchmarsches und Einfalls ins Elsaß erhalten zu können. Im April 1709 wurde Burckhardt gebeten, mit allen Kräften gegen ein Durchmarsch-Vorhaben der Kaiserlichen zu arbeiten. Zu diesem Zwecke verpflichtete sich Frankreich den Basler Magistraten durch ein Geschenk von 1125 Louisdors. Burckhardt sollte Leute gewinnen, die Basel zur Aufstellung einer Miliz, die einen Durchmarsch feindlicher Heere verhindern mußte, bewegen konnten. Er sollte die Basler Regierung auch veranlassen, einen kleinen Arm des Rheins gegen Hüningen auszubaggern; für diese Mission wurden ihm 500 Louisdors gegeben⁷. Bald war auch Du Luc davon überzeugt, daß Burckhardt dem König ganz ergeben sei, er war bereits eine wichtige Person in den Händen des neuen Botschafters geworden. Dieser meldete an den Hof, Burckhardt sei überzeugt, daß seine Obern sich gegen Durchmärsche und Einbrüche in das französische Königreich wehren würden. Der Bürgermeister habe sich bei ihm aber auch darüber beklagt, daß die Detachements von Hüningen die schweizerische Neutralität auch nicht besser beachteten, als es die Kaiserlichen täten; dies gebe zu Klagen Anlaß. Du Luc versicherte darauf dem Bürgermeister, der König werde in solchen Fällen eine angemessene Satisfaction erteilen⁸. Noch oft erwähnte Du Luc in dieser Zeit, der Basler Bürgermeister sei für jegliche Hilfe an den König bereit, darum war der Botschafter in der Frage eines eventuellen Durchmarsches beruhigter. Als die Gefahr sich dennoch verstärkte und Du Luc Warnungen versandte, schrieb er auch an den Basler Bürgermeister persönlich. Er wußte, daß Burckhardt in Basel am ehesten gegen die Absichten der Alliierten und zu Gunsten Frankreichs arbeiten könnte. Mit dem persönlichen Schreiben an Burckhardt wollte Du Luc die Wichtigkeit der Sache herausstellen und dem Basler seine Sympathie bekunden. Als die gewünschte Wirkung auf die Mitteilung ausblieb, hat Du Luc dieses Schreiben Burckhardt gegenüber nie erwähnt und ihm auch nie einen diesbezüglichen Vorwurf gemacht. Der Bürgermeister, der im August 1709 in Baden weilte, war ja gar nicht in der Lage, etwas zu unternehmen. Die so rasche und stille Durchführung der Gebietsverletzung am 20. August überraschte auch Burckhardt, er erhielt Bericht von seinen Regierungskollegen und war in der Folge eifrig bemüht, die Unschuld der

⁶ Du Luc an Ludwig XIV., 25. März 1709, BA. AES 197, f. 148.

⁷ *Estat de la despense extraordinaire*, April 1709, BA. AES 202, f. 77.

⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 12. Juni 1709, BA. AES 198, f. 196.

Rheinstadt darzulegen⁹. Das Vertrauen Du Lucs in Burckhardt war durch den Mercyschen Zwischenfall nicht erschüttert worden. Drei Tage nach dem Durchmarsch lobte der Botschafter den Basler Bürgermeister als einen Menschen, den er während seines ganzen Lebens bewundern werde; er bedauerte nur, daß Burckhardt ein Basler sei, Bürger einer Stadt, auf die er nicht gut zu sprechen war¹⁰. Du Luc vollzog eine klare Trennung zwischen der Mehrheit der Bevölkerung, der er seine Rache zeigen wollte, und den frankophilen Ratsherren und Kaufleuten, zu denen auch der Bürgermeister gehörte. Der Botschafter hätte die letztgenannten Basler gerne geschützt, eine solche Bevorzugung war aber wegen der katholischen Orte nicht immer möglich. An den Hof meldete Du Luc, Burckhardt hätte die Gebietsverletzung verhindert, wenn er in Basel gewesen wäre, dies sei auch die Ansicht des Bürgermeisters¹¹. Da der Botschafter die Lage in Basel und in der Eidgenossenschaft kannte, ist es wenig glaubhaft, daß dies seine aufrichtige Meinung war. Seinen Vorgesetzten wollte er aber den für ihn so nötigen Burckhardt nicht in ein ungünstiges Licht setzen, und so verstieg er sich zu einer derartigen Darstellung. Die Vorgänge in der Stadt zeigen klar, daß bei Anwesenheit Burckhardts die Neutralitätsverletzung den gleichen Verlauf genommen hätte. Das Verhalten Burckhardts Du Luc gegenüber ist interessant; auf der Tagsatzung traten seine Beziehungen zu Frankreich nicht besonders hervor, er schloß sich nie der Meinung Du Lucs an, widersetzte sich ihr aber auch nicht. Burckhardt vermied klug und einsichtig, seine Zusammenarbeit mit dem Botschafter öffentlich zu zeigen, sie wäre ihm von den evangelischen Orten vorgeworfen worden. Der Botschafter sprach sich in dieser Zeit über Burckhardt lobend aus, denn er brauchte ihn, so wie Burckhardt auf seine Gunst angewiesen war. Für Du Luc war Burckhardt ein notwendiger «Kanal» nach Basel und in die Eidgenossenschaft, was bei den vielen Tagsatzungen und Toggenburger-Konferenzen wichtig war¹². Aus diesem Verhältnis ergab sich eine gegenseitige Unterstützung, die sich in vielen Bezeugungen der Freundschaft und des Zutrauens zeigte. Du Luc meinte einmal: «Nous nous accordames sans peine»¹³.

Einmal war Burckhardt Du Luc gegenüber zu nachgiebig, vertrat er doch die Ansicht, der französische König hätte 1702 dem Kaiser und den eidgenössischen Orten nicht so weit entgegenkommen sollen. Die wahre Gesinnung der Eidgenossenschaft sei ja bei der Grenzverletzung durch Mercy zum Vorschein gekommen¹⁴. Wenn Burckhardt wirklich so dachte, hätte er sich ganz in Gegensatz zur Meinung in Basel gestellt; er hätte damit auch das Verhalten der Stadt verurteilt. Wir kennen aber Burckhardts Eintreten für die Unschuld der Stadt und für das Schirmwerk von 1702 und betrachten

⁹ Vgl. Kap. III, S. 55, S. 57 ff.

¹⁰ Du Luc an Besenval, 23. August 1709, BA. AES 206, f. 113.

¹¹ Du Luc an Torcy, 26. August 1709, BA. AES 199, f. 228.

¹² Du Luc an Ludwig XIV., 4. Dezember 1709, BA. AES 201, f. 121.

¹³ Du Luc an Ludwig XIV., 8. November 1709, BA. AES 201, f. 26.

¹⁴ Vgl. Anmerkung 13.

diese seine Bemerkungen als eine notwendige diplomatische Geste Du Luc gegenüber, den er nicht verärgern wollte.

In den Herbstwochen 1709 brauchte Basel den Ambassador, versuchte Burckhardt doch, eine Lockerung der Fruchtsperre herbeizuführen, die dann nach vielen Bemühungen des Bürgermeisters 1710 auch eintrat. Burckhardt stand auch jetzt noch immer in großer Gunst bei Du Luc, der in dieser Sache dem König die gute Einstellung des Basler Bürgermeisters hervorhob: «J'avoue ingenuement que le Bourgemestre Bourcard qui faisoit les instances pour son canton, mérite par son attachement, à vostre service, que vous ayiez pour luy quelque consideration»¹⁵. Aus Anlaß des Streites wegen Kempf hob der Botschafter die Sympathien Burckhardts für Frankreich und seine eigene Wertschätzung für ihn erneut hervor, bemerkte aber auch, daß eine allgemeine Feindschaft gegen den König schädliche Folgen habe, Konsequenzen, die Basel bereits zu spüren bekam¹⁶.

Bei einer Verhandlung wegen der Getreidelieferungen im Herbst 1709 kam Du Luc auf das schlechte Verhalten der Stadt beim Durchbruch von Mercy zu sprechen und meinte, er wolle «zwar dis alles den unschuldigen zu Basel nit imputiert haben, sonderheitlich obrigkeitlichen personen, die daran kein theil haben, und gewaltige leuth seyend, wie dan Einer bei der gegenwertigen Deputation sich befinde, der auch mit der Einzige seye, dem er alles anvertrauen wolte und könnte»¹⁷. Dabei dachte er an den Basler Bürgermeister. Diesem wolle er wegen seiner Klugheit, Tugend und Aufrichtigkeit Leib und Seele anvertrauen, und die Eidgenossenschaft habe den Mann unbedingt nötig. In den Aufzeichnungen Burckhardts ist vermerkt, daß von diesen Ruhmesworten in der Relation nichts stehen möge, «diese elogii hab nicht vonnöthen, daher in der schriftlichen relation austun machen»¹⁸. Die Notiz zeigt deutlich, wie Burckhardt alles vermeiden wollte, daß solche Äußerungen bekannt wurden; er fürchtete sich vor bissigen Bemerkungen der Mitbürger über seine frankreichfreundliche Einstellung. Wie aus Akten im Luzerner Archiv zu ersehen ist, wurden die Worte Du Lucs dennoch in die Relation aufgenommen. Du Lucs Lobeshymne, so ehrlich sie scheinen mochte, war aber, wie das ganze Verhalten des Botschafters, aus den bereits erwähnten Gründen nicht frei von Berechnung. Von ihrer gegenseitigen Zuneigung sollten die übrigen Gesandten nicht viel merken. Der französische Deputierte, der die Oktobertagsatzung von 1709 besuchte, erhielt von Du Luc den Auftrag, Burckhardt ein Kompliment der Wertschätzung und des Vertrauens auszusprechen; diese Bemerkungen dürften aber nur Burckhardt persönlich gesagt werden; sollte er nicht anwesend sein, dann durfte über Du Luc nicht gesprochen werden¹⁹. Du Luc muß also die Schwierigkeiten, denen Burckhardt ausgesetzt war, gekannt haben; er ach-

¹⁵ Vgl. Anmerkung 13.

¹⁶ Du Luc an J. B. Burckhardt, 23. Dezember 1709, BA. AES 203, f. 309.

¹⁷ Relation — Antwort von Du Luc, 8. September 1709, StA Luzern, 724.

¹⁸ J. B. B., 9. September 1709.

¹⁹ Instruktion an Baron, 27. Oktober 1709, BA. AES 203, f. 208.

tete darauf, diese auf keinen Fall zu vermehren. Eine solche Rücksichtnahme bestand aber nur, solange Du Luc Burckhardt brauchte.

Es war aber nicht die Mercy-Affäre, die in jener Zeit die Eidgenossen am stärksten bewegte und die Tagsatzungsdeputierten mit einigen ausländischen Gesandten in näheren Kontakt brachte; das Toggenburger-Geschäft stand an vorderster Stelle. Die evangelischen Städte Zürich und Bern lehnten jede direkte ausländische Einmischung ab. So war Burckhardt für Frankreich auch in dieser Angelegenheit eine wertvolle Verbindungsstelle, und tatsächlich ist auch jetzt eine rege Zusammenarbeit zwischen dem französischen Botschafter und dem Basler Bürgermeister festzustellen. Einmal ging Burckhardt sogar so weit, Frankreich einen Brief St-Saphorins gegen Trauttmansdorff und die katholischen Orte zuzuhalten, durch dessen Veröffentlichung Bern Ungelegenheiten geschaffen wurden ²⁰.

Als sich 1709 die konfessionellen Spannungen verschärften, war Burckhardt als «eifriger Diener Frankreichs» froh, daß bald wieder ein Ambassador in die Schweiz kam; von ihm allein erwartete er eine Wendung im ganzen Streit ²¹. Bald nach der Ankunft des neuen Botschafters war Burckhardt in Solothurn und versuchte, Du Luc für die Aufnahme von Mediationsbesprechungen über das Toggenburg zu bewegen. Er hoffte, im französischen Botschafter eine Unterstützung für seine Verhandlungen mit den katholischen Orten zu haben. Durch ihn wollte er mit diesen in einen näheren Kontakt gelangen. Auch hier bestand also das Verhältnis in gegenseitiger Hilfe und Abhängigkeit.

In der Darstellung der Verhandlungen über das Toggenburg hob Du Luc seine Friedensabsichten hervor. Auch im Basler Bürgermeister sah er einen Vertreter der wahren eidgenössischen Friedenspolitik. Du Luc war froh, von Basel unterstützt zu werden, und er konnte durch Burckhardt die Stadt dazu bewegen, daß sie verschiedene uninteressierte Orte bat, die am Streit beteiligten Parteien aufzufordern, ihre Gesandten mit mehr Vollmachten an die Tagsatzungen zu senden. Durch ein solches Vorgehen konnte die Meinung der Orte Zürich und Bern besser erfahren werden ²². Es kam zu einer Tagsatzung, die aber wegen der Betonung des konfessionellen Charakters des Streites und der Vorgänge im Toggenburg ohne Erfolg verlief.

In den Augen Du Lucs war Burckhardt aber immer ein Instrument zur Gewinnung der protestantischen Orte für die Sache seines Königs. Für seine Tätigkeit erhielt der Basler Bürgermeister 1711 als einziger Basler L. 1000. Die Arbeit und das Können des Baslers hob der Botschafter einmal vor der Tagsatzung hervor; er forderte die Gesandten auf, jene Personen zu beach-

²⁰ Ste-Colombe an Torcy, 1. Februar 1709, BA. AES 197, f. 68. — *Mantel*, über die Veranlassung des Zwölfer- oder zweiten Vilmergerkrieges, S. 198 f.

²¹ Ste-Colombe an Torcy, 11. Februar 1709, BA. AES 197, f. 61.

²² Du Luc an Ludwig XIV., 25. März 1709, BA. AES 197, f. 148. — 12. April 1709, BA. AES 198, f. 33.

ten, deren Fähigkeiten und Aufrichtigkeiten bekannt seien, so könne das große Übel geheilt werden²³.

Im Kriegsjahr 1712 war Burckhardt als Haupt der uninteressierten Orte in reger Beziehung zu Du Luc. In vielem ergänzten sich die beiden; oft aber war auch hier Burckhardt für Du Luc ein Mittel zu seinem Zweck. Der Botschafter wollte als Vertreter der großen Macht Frankreich der Friedensbringer sein. Sein ganzes Vorgehen 1712 wäre ihm ohne die Zusammenarbeit mit den Uninteressierten noch mehr erschwert worden. Dieses Zusammenwirken brachte auch eine kleine Verbesserung oder mindestens keine Verschärfung des Verhältnisses zwischen Basel und Frankreich. Mit Zürich und Bern hatte Du Luc ein leichteres Verhandeln, da der Basler diese Orte ständig zum Frieden und zur Nachsicht mahnte. Die Arbeit des Ambassadors war daher rascher mit Erfolg gekrönt; er hatte dabei natürlich auch einen wichtigeren und mächtigeren Rückhalt — Frankreich.

Die Friedensbemühungen des Baslers vergaß Du Luc nicht; 1714 wies er den Basler Tagsatzungs-Gesandten Johann Rudolf Wettstein darauf hin und meinte, «car il (J. B. Burckhardt) a d'esprit et des merites.» Diese Bemerkung wurde dem Bürgermeister überbracht, aber auch jetzt lehnte er eine entsprechende Mitteilung an die übrigen Orte ab²⁴.

Beim Verlassen der Schweiz im Herbst 1715 war der Ton Du Lucs über Burckhardt nicht mehr so lobend. Er kam nochmals auf den Durchzug der Kaiserlichen von 1709 zu sprechen und bemerkte: «Le Bourgemestre Bourcard sur lequel je comptois pris le parti du silence»²⁵. Eine solche Darstellung tönt wie ein Vorwurf an den Bürgermeister. 1715 konnte der Botschafter so reden; denn für Burckhardt hatte dies nun keine schädlichen Folgen mehr, was aber sechs Jahre vorher möglich gewesen wäre: Herabsetzung seines Ansehens bei den katholischen Orten und am französischen Hof. Jetzt brauchten Du Luc und der König Burckhardt nicht mehr, und der Ambassador konnte seine wahre Auffassung zeigen.

Durch die einseitige Hinwendung Johann Balthasar Burckhardts zu Frankreich und seine Übermittlung von Material aus dem evangelischen Lager entstand für Basel und die Eidgenossenschaft kein Schaden. Er versuchte geschickt, aus der jeweiligen Situation das für die Stadt und das ganze Land Günstigste und überhaupt Erreichbare herauszuholen. Eine Politik des radikalen Gegensatzes zu Frankreich hätte 1709 und 1712 dem Basler Gemeinwesen geschadet und den innereidgenössischen Konflikt verstärkt.

²³ *Waldkirch*, Bundes- und Staatshistorie, S. 455.

²⁴ J. B. B., 9. April 1714.

²⁵ Finalrelation von Du Luc, 13. Juni 1715, BA. AES, Mém. et. Doc. 30, S. 25.

DAS TOGGENBURGER-GESCHÄFT

Neben den verschiedenen innereidgenössischen, meist konfessionell bedingten Streitigkeiten während des ausgehenden 17. Jahrhunderts sollte in der Ostschweiz eine andere Frage gelöst werden: die Landrechtserneuerung im Toggenburg¹. Bald glaubte auch da jede Glaubenspartei ihre Interessen verletzt. Im Dezember 1695 berieten die katholischen Orte über Mittel und Wege zur Rettung ihrer Religion, und im Juli 1696 beklagten sich die evangelischen Orte über die Religionsverhältnisse im Toggenburg². Wegen des äbtischen Planes einer Straße durch den Hummelwald bei Wattwil und der sich daraus ergebenden Hinwendung der Toggenburger zu den Orten Schwyz und Glarus, mit denen sie im Landrecht standen, und durch ein Bündnis zwischen dem Abt und dem Kaiser verschärfte sich die ganze Situation. Im Januar 1702 forderten die evangelischen Orte, daß die Sache «mit dem politischen Fuß vorgetrieben werden solle», denn sie erkannten die Gefahren eines konfessionellen Haders³.

Basel stellte sich gleich zu Beginn auf die Seite der bedrängten Glaubensbrüder im Toggenburg, ohne sich aber in den Streit einzumischen. Seine Gesandten wurden aufgefordert, sich für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe einzusetzen, die für Basel wichtiger als ein konfessioneller Erfolg war⁴.

Als sich der Abt von der Gewalt Zürichs bedroht sah, forderte er 1703 eidgenössisches Recht, das ihm jedoch von der Tagsatzung verweigert wurde. Basel und die übrigen unbeteiligten Orte baten um einen Vergleich, wobei sich auch Johann Balthasar Burckhardt tatkräftig einsetzte. Die interessierten Orte wollten aber zuerst die Erledigung des Neukircher-Geschäftes⁵. Den äbtischen Gesandten schenkte man auf der Tagsatzung kein Gehör; sie stießen auf Gleichgültigkeit und üble Laune⁶. Die evangelischen Toggenburger Landleute gelangten daher schon 1704 an ihre Religionsgenossen der andern Orte und baten um Schutz⁷.

¹ *Hässig*, Die Anfänge des Toggenburger- oder Zweiten Vilmergerkrieges.

² EA VI², 1, S. 626.

³ J. B. B., Januar 1702.

⁴ Instruktionen, 26. August 1699, 6. April 1700, StA Basel.

⁵ Kapitel III, S. 37 f.

⁶ *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 248.

⁷ EA VI², S. 2375, Nr. 102.

I. Ansätze zu Mediationsverhandlungen

Im Januar 1705 fand auf Drängen der unbeteiligten Orte eine außerordentliche Tagsatzung statt, an der auch Basel ein großes Interesse nahm. Burckhardt, der soeben zum Bürgermeister gewählt worden war, bemühte sich um die Abfassung verschiedener Schreiben an die beteiligten Parteien. Auf der Tagsatzung wurde erstmals ein Friedensprojekt für die Toggenburger ausgearbeitet und zwar vom Basler Bürgermeister Burckhardt und vom Berner Schultheißen Graffenried⁸. Dieser Entwurf «wie die Streitigkeit beyder Religionen im Toggenburg betreffend dem landraht in guter wahrer aufrichtigkeith durch fründliche unterred beizulegen» enthielt in der Frage des Landrechtes bereits die Paritätsklausel, für die Burckhardt auch später immer eintrat. Der Friedensplan verlangte Beibehaltung des bisherigen Landrechtes bis zur endgültigen Lösung der verschiedenen Streitigkeiten und die Bestellung einer Mediation nach gleichen Sätzen ohne Obmann, «und soll hiemit ein ordenliche glichheit seyn under beeden Religionen». In einem dritten Punkt gestattete der Vorschlag der Partei, die glaubte, benachteiligt und dadurch geschädigt zu werden, diese Ordnung aufzuheben, falls ihr nicht nach «aller billigkeit» geholfen werde.

Diese Gedanken entsprachen ganz den Absichten der evangelischen Orte. Burckhardts Bemühungen standen zunächst also durchaus unter dem Einfluß dieser Partei. Sein späteres Vorgehen stand mehr im Zeichen einer überparteilichen Haltung. — Jeder Teil sollte nun eine gleiche Anzahl «guter fründt», also bekannte angesehene Personen, als Mediatoren erkiesen, um so eine Beilegung herbeizuführen⁹. Die Innern Orte lehnten ein solches Vorgehen ab, und der Abt verlangte erneut das eidgenössische Recht, so daß das Geschäft hinausgeschoben wurde¹⁰.

In dieser Zeit der Spannung mußte sich jeder Ort über seine Stellung innerhalb der Streitigkeiten klar werden. Da auch auf außenpolitischem Gebiet eine Stellungnahme gegenüber den europäischen Kriegsparteien verlangt wurde, zeichneten sich die Lager immer deutlicher ab.

An der außerordentlichen Tagsatzung im März 1706 mahnten die unbeteiligten Orte erneut zur Güte in den innereidgenössischen Auseinandersetzungen; sollte ihr Appell erfolglos sein, so sahen sie den Ausweg nur in einer allgemeinen Mediation, über die man sich aber im Juni noch nicht klar wurde. Die katholischen Orte suchten eine Verständigung zwischen dem Abt und den Ländern Schwyz und Glarus, was aber die Furcht Zürichs erregte. Es bangte um seine Religionsinteressen. Auf einer Konferenz der evangelischen Orte wurden unparteiische Richter verlangt, «Leute, die handeln sollen»¹¹. Auf der folgenden Jahresrechnungstagsatzung stellte Zürich einen diesbezüglichen Antrag, der aber von den katholischen Orten abgelehnt

⁸ J. B. B., März 1705 (Beilage I).

⁹ 11 Orte an Schwyz und Glarus, 12. Februar 1705, StA Zürich, A 236, 1.

¹⁰ EA VI², 1, S. 1213.

¹¹ EA VI², 1, S. 1319.

wurde. Sie witterten dahinter die Absicht der Reformierten, ihre Hände ins Toggenburger-Geschäft zu stecken und «gleiche Sätze» zu verlangen ¹².

Ende Juli willigte auch der Abt in eine Mediation ein, sein Delegierter jedoch hätte lieber in die «toggenburgische Aysse» gestochen und die Gewalt vorgezogen ¹³. Der Abt wollte im Falle seines Einlenkens nicht, daß Gesandte aus den katholischen Orten beigezogen würden, er war nur mit einer Vermittlung der beiden Städte Zürich und Bern allein einverstanden. Von kaiserlicher Seite sollte als Unterhändler Baron von Grüth teilnehmen. Dieser hatte dem Kaiser sofort geschrieben, Zürich und Bern würden eine ausländische Einmischung ablehnen, da dadurch innerhalb der Eidgenossenschaft nur Streit entstände: «Es sey in Eydtnosschaft nicht herkhommen frembde Potenzen in ihre einheimische händel einmischen zu lassen, und da solches von Ihnen geschehete, thätten Sie all übriger Cantonen Hass, Widerwillen und Indignation auf sich laden» ¹⁴. Der Baron sah die Gefahr eines Bürgerkrieges und wollte ihn durch sein Dazwischentreten nicht noch schüren helfen. — Nach Schreiben zwischen Zürich und Bern meldete Zürich am 28. August an Grüth, die Schiedsrichter seien aus den eidgenössischen Orten zu holen ¹⁵. Eine Verständigung mit dem Abt kam nicht zustande, was diesen sehr enttäuschte und Zürich und Bern zu einer Konferenz der evangelischen Orte veranlaßte ¹⁶. Seinen Religionsgenossen stellte Zürich die Notwendigkeit vor, zur endlichen Beilegung des Handels eine eidgenössische Tagsatzung einzuberufen, damit die schon vor einem Jahr in Aussicht genommene Mediation durchgeführt werden könne, aber unter sorgfältiger Beobachtung der Religionsparität. La Chapelle, der Vertraute des Ambassadors, schlug zur gleichen Zeit eine Vermittlung durch den französischen König vor, der wie keiner die eidgenössischen Verhältnisse kenne ¹⁷. Von einem solchen Vorgehen wollten die verschiedenen Orte vorerst nichts wissen. Auch spätere Einmischungen des Kaisers versuchte Zürich zu vereiteln, indem es den kaiserlichen Gesandten ersuchte, seinem Herrn mitzuteilen, er möge sich mit diesem Geschäft nicht belasten ¹⁸.

Die außerordentliche Tagsatzung trat Mitte November in Baden zusammen und wurde von Zürich eröffnet. Der Vorort erinnerte daran, es sei alles versucht worden, um zu vergleichen, «damit dadurch die durch die gnad Gottes bis dahin zum wunder der welt genossene ruh und frieden noch für baas in löblicher Eydtnosschaft erhalten werden möge». Die Verhandlungen sind jedoch fruchtlos ausgefallen ¹⁹. Die unbeteiligten Orte stellten nun den Parteien nochmals die unbedingte Notwendigkeit einer Vermittlung vor

¹² *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 18.

¹³ Fidel von Thurn an den Abt von St. Gallen, 21. Juli 1706, BA. Wien, f. 30.

¹⁴ Grüth an Joseph I., 31. Juli 1706, BA. Wien 136, f. 21.

¹⁵ Bern an Zürich, 26. August 1706, StA Bern, Togg. BB, S. 639. — Zürich an Bern, 28. August 1706, StA Bern, Togg. BB, S. 651. — EA VI², S. 2390, Nr. 137.

¹⁶ EA VI², S. 1339 ff, 1432 ff.

¹⁷ La Chapelle an Torcy, 22. Oktober 1706, BA. AES 171, f. 205.

¹⁸ Zürich an Trauttmansdorff, 22. September 1708, StA Bern, Togg. DD, S. 59.

¹⁹ Abschiede, 14. November 1706, StA Basel.

und beantragten, eine Anzahl Mitglieder der Session, «einige Herren als gute Freunde», mit der Vermittlung zu betreuen. Lange wurde diskutiert, ob man wirklich nur einige Herren oder alle unparteiischen Orte handeln lassen wolle. Zuletzt wurde beschlossen, die ganze Session solle die Vermittlung vornehmen und dahin arbeiten, daß jeder erhalte, was ihm nach Recht und Billigkeit gebühre. Doch der Anfang einer Mediation kam wieder nicht zustande, und die Tagsatzung wurde am 4. Dezember abgebrochen. Mitte Dezember unternahmen die katholischen Orte einen eigenen Vorstoß; sie verhinderten dadurch ein gemeinsames Vorgehen, was die evangelischen Orte natürlich erbitterte.

Nun nahmen Zürich und Bern für die Toggenburger offen Partei, denn jetzt bot sich eine Gelegenheit, ihre Pläne in Bezug auf die Fesseln des Zweiten Landfriedens abzuwerfen und die Führung wieder zu ergreifen. Die Talleute des Toggenburgs wagten es sofort, des mächtigen Schutzes der beiden Städte gewiß, sich eine eigene Verfassung zu geben, volle Religionsfreiheit zu verkünden und dem Abte kaum mehr als eine äußerliche Schirmhoheit zu belassen. Die katholischen Orte hofften in dieser Situation auf eine Hilfe des Kaisers und seiner Alliierten, was jedoch vom Verlauf des europäischen Krieges abhängig war. Ein Eingreifen des Kaisers wäre legitimiert gewesen, wenn das Toggenburg als Reichslehen hätte betrachtet werden können. Über diese Frage stritten sich jedoch die Schirmorte und der Abt. So oder so wollte der Kaiser aber, daß den Toggenburgern die Teilnahme an den Tagsatzungen erlaubt werde. In der Begründung wurde die Tatsache erwähnt, auch Basel habe als Reichsstadt während 147 Jahren (1501 bis 1648) diesen Verhandlungen beigewohnt²⁰. Zürich betrachtete die Grafschaft Toggenburg als Glied der Eidgenossenschaft ohne jegliche Bindung an das Reich²¹.

Im Februar 1707 gingen die katholischen Orte auf ein Vergleichsprojekt der Unbeteiligten nicht ein, auch der Versuch eines neuen Vergleichs zwischen dem Abt und den beiden Städten blieb ohne Erfolg. Die Innern Orte erkannten nun immer deutlicher, daß der Streit gegen die katholische Religion gerichtet war; so wurde die ganze Angelegenheit auf das konfessionelle Gebiet gedrängt, wo die katholischen Orte keine Zugeständnisse machen wollten. In den folgenden Monaten zeigte sich daher eine festere Konzentrierung der Parteien; besonders die Reformierten suchten, ihre Einheit zu straffen.

Um die Jahreswende 1707/08 wurde die Behandlung des eigentlichen Geschäftes durch den Neuenburgerhandel verzögert. Bald begannen die Sticheleien von neuem. Vom Ausland und von eidgenössischen Orten her wurde zu Einigkeit und Ruhe gemahnt, denn nur so könnten schädliche Auswirkungen verhütet werden²². Die Rüstungen Zürichs und Berns wegen des Neuenburger-Geschäftes erregten auf katholischer Seite viel Aufsehen, denn

²⁰ Trauttmansdorff an Joseph I., 22. Juni 1707, BA. Wien 77.

²¹ EA VI², S. 1350, 1496, 1515, 1581 f, 1606, 1630.

²² EA VI², S. 1423. — J. B. B., 22. Februar 1708.

man sah dahinter eine andere Absicht. Die außerordentliche Tagsatzung vom Januar 1708 stand ganz im Zeichen des Neuenburgerhandels, der auch das Interesse Burckhardts weckte; die so dringende Erledigung des Toggenburger-Geschäftes wurde erneut verschoben. In den Kreisen der evangelischen Orte rechnete man bereits mit einem offenen Krieg. Sie waren es auch, die in ihrem Auftreten schärfer wurden, während sich die Katholiken eher in einer Abwehrstellung befanden.

Verschiedene Konferenzen der Parteien brachten keine Lösung. Am 18. April reisten zwei Berner Gesandte offiziell nach Zürich, um mit ihren Zürcher Kollegen zu verhandeln; am gleichen Tag wurden die Toggenburger durch Bern zur Einigkeit aufgerufen und davor gewarnt, Tätlichkeiten zu begehen²³. Die katholischen Orte betrachteten die Verwirrungen im Toggenburg einzig als eine Folge der Einmischung der beiden Städte Zürich und Bern. — Im April 1708 klärten sich die Fronten noch deutlicher. Die Katholiken sahen, daß die Bestrebungen Zürichs und Berns auf eine Verbesserung der Lage von Glaubensbrüdern hinauslief. Schwyz, dessen Stellung bis jetzt nicht eindeutig war, trat daher fest entschlossen für die Sache des Abtes ein. Der den Toggenburgern freundlich gesinnte Landvogt Joseph Anton Stadler wurde gestürzt und hingerichtet²⁴. Nun war die konfessionelle Einheit der Parteien geschaffen.

Im Toggenburg verschärfte sich der Glaubenshader ebenfalls und damit auch die Spannung. Unter solchen Voraussetzungen begann am 1. Juli 1708 in Baden die ordentliche Jahrrechnungstagsatzung. Hier ging es nun ernsthaft um die Frage der Vermittlung. Zürich und Bern verlangten als Grundlage der Mediation die Annahme ihrer sechs Vergleichspunkte, sowie die Parität der Religion²⁵. Die katholischen Orte forderten jedoch bedingungslose Mediation. — Zwischen den beiden reformierten Städten bestand nun in dieser Zeit keine Einigkeit über die Art ihres Vorgehens; man war sich auch in der Frage der Zulassung toggenburgischer Gesandter nicht klar. Zürich war für ein rasches, aktives militärisches Eingreifen, während Bern eher für ein gütliches Verhandeln eintrat²⁶. Die Berner stellten das eidgenössische Empfinden über das Konfessionelle, was von der Tagsatzung geachtet, von Zürich aber mißbilligt wurde. Eine Einigung über die Mediation kam daher trotz des energischen Eingreifens der unbeteiligten Orte und trotz der endlosen Bitten des Abtes und der katholischen Orte nicht zustande; die Forderungen der Parteien waren zu verschieden. Erneut wurde verschoben, und die Situation spitzte sich dadurch immer mehr zu. Die katholischen Orte ärgerten sich über die uneidgenössische Haltung der Reformierten und

²³ Bern an Zürich, 18. April 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 640. — Bern an die Toggenburger, 18. April 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 645.

²⁴ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 54 — 107. — *Dierauer*, Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft, IV, S. 187 ff. — *Nabholz*, Toggenburgergeschäft, BB Bern.

²⁵ StA Bern, Evangelische Abschiede, Q 708. — *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 48.

²⁶ Zürcher Gesandte an die Obern, 28. Juli 1708, StA Zürich, A 236,1. — EA VI², S. 2425, Nr. 271.

trafen verschiedene Sicherheitsmaßnahmen²⁷. Die beiden Städte wurden am 10. September durch Basel und Schaffhausen zu freundlicher Haltung aufgefordert, was aber besonders bei Zürich keinen großen Eindruck machte²⁸.

Die Bemühungen aller Orte konzentrierten sich nun auf eine Mediation, für deren Zustandekommen die unbeteiligten Orte auch den neuen französischen Botschafter Du Luc zu gewinnen hofften. An der Tagsatzung im April 1709, die an sich zur Bewillkommung des neuen Ambassadors abgehalten wurde, konnte nichts erreicht werden; es fehlten bei verschiedenen Orten die bezüglichen Instruktionen; das Geschäft erfuhr eher eine neue Verschärfung. Zur weiteren Behandlung der Streitigkeiten wurde eine außerordentliche Tagsatzung ausgeschrieben. Diese Zeit der vorbereitenden Mediation benützte Frankreich für die Erfüllung seiner Absichten. Du Luc, der die Pläne Trauttmansdorffs durchkreuzen wollte, forderte die eidgenössischen Orte im Namen seines Herrn zur Ruhe auf²⁹. Den Krieg betrachtete er allerdings seit seinem Amtsantritt als unvermeidlich; doch wegen des europäischen Kampfes und der sich daraus ergebenden Unmöglichkeit einer Hilfeleistung Frankreichs wollte er die Auseinandersetzung bis nach dem europäischen Friedensschluß hinausschieben. Auch in verschiedenen eidgenössischen Orten war schon von einer gewaltsamen Lösung die Rede gewesen, so daß es überaus dringlich erschien, an der Mai-Tagsatzung die Mediatoren endlich zu bestimmen. Zuvor aber mußten sich die Parteien entgegenkommen, was unter dem Druck der allgemeinen Lage im In- und Ausland auch geschah. Die katholischen Orte gaben die Vermittlung «zu gleichen Sätzen» zu und verzichteten so auf die Verhandlung vor der ganzen Versammlung; Zürich und Bern ließen andererseits ihre Forderungen nach der Religionsparität wenigstens vorläufig fallen. Die Basler erhielten strikte Instruktion, unbedingt neutral zu bleiben, dies sogar dann, wenn bei Zürich und Bern kein Einlenken spürbar sei³⁰. Am 1. Juni schien die Situation hoffnungslos zu sein, schrieb doch der Basler Bürgermeister Burekhardt an seine Obern aus Baden: «Im übrigen ist die animosität so wohl in dem landt gegen einander, als auch allhier so angewachsen, dass man nit ausser gefahr, den einsmaligen auflauf und daraus notwendig erfolgende allgemeine unruhe stündlich zu ersehen.» Die Mitteilung schloß mit dem noch einzig möglichen Wunsche der Uninteressierten: «Der höchste leite alles zum besseren»³¹.

Auch die Berner Gesandten berichteten von Mißerfolgen in Baden; von den katholischen Orten, denen sie List und Ränke vorwarfen, wollten sie sich nicht ins «garn jagen lassen»³². Die Katholiken fühlten sich in ihrer

²⁷ EA VI², S. 1467 ff.

²⁸ Basel und Schaffhausen an Zürich, 10. September 1708, StA Bern, Togg. DD, S. 261.

²⁹ Ludwig XIV. an Du Luc, 8. Mai 1709, BA. AES 195, f. 63. — Ludwig XIV. an Du Luc, 9. Mai 1709, BA. AES 195, f. 67.

³⁰ Instruktionen, 8. Mai 1709, StA Basel.

³¹ Abschiede, 1. Juni 1709, StA Basel.

³² Berner Gesandte an Bern, 15. Juni 1709, StA Bern, Togg. EE, S. 99.

Stellung durch die Nachbarschaft kaiserlicher Truppen gestärkt; Bern trug deswegen keine Bedenken, war ihm doch von den Seemächten Hilfe versprochen worden ³³.

Nach langen Diskussionen wurden am 18. Juni die Vermittler nun endlich doch bestimmt. Die Verhandlungen bis zu diesem Beschluß waren lang und kompliziert gewesen; seit 1705 hatte sich Basel besonders initiativ darum bemüht. Es wurde gestritten, immer verschoben und gezögert. Nun aber ließen die Zustände keine neue Verzögerung mehr zu, und Basels ständiges Mahnen konnte unmöglich mehr überhört werden. Der Abt ernannte zu seinen Vertretern: J. R. Dürler und F. L. Fleckenstein von Luzern, J. A. Püntiner und J. M. Schmid von Uri, und J. V. und F. J. Besenval von Solothurn. Die Städte Zürich, Bern und Basel, welchen die Toggenburger die Ernennung ihrer Mediatoren überlassen hatten, bestimmten dazu ihre anwesenden Gesandten auf der Tagsatzung: Zürich, J. H. Escher und J. L. Hirzel; Bern, J. F. Willading und A. Tschärner; Basel, J. B. und Chr. Burckhardt. Bei den evangelischen Mediatoren kamen die Basler dem unparteiischen Standpunkt am nächsten. Dies führte zu einer Sonderstellung Basels, welche durch die mildernde Art des Vorgehens Burckhardts unterstrichen und durch das Benehmen Basels seit dem Beginn der Auseinandersetzungen bestimmt wurde. Bei den Verhandlungen der Städte mit den Toggenburgern waren die evangelischen Orte geteilter Ansicht, es scheint sogar, daß sehr heftige Worte fielen, bis Bürgermeister Burckhardt erfolgreich zur Behutsamkeit mahnte ³⁴.

An allen Tagsatzungen und Konferenzen war Basel bemüht, seine neutrale Haltung und seine Neutralitätsbestrebungen zu betonen und zu begründen. Gleich zu Beginn des Toggenburger-Streites, im Juli 1705, bekannte sich Johann Balthasar Burckhardt zur innereidgenössischen Mediation und zur Unterstützung des Friedenswillens ³⁵. Als Beispiel einer solchen Friedentätigkeit zu Gunsten der eidgenössischen Orte führte der Basler Bürgermeister die Bemühungen der französischen Könige an.

Basel war fest entschlossen, die Bundes- und Religionspflichten treu und aufrichtig zu halten ³⁶. Die Stadt versuchte, die beiden Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Es entsprach daher den baslerischen Ansichten, daß man Religionsparität verlangte. In der Basler Instruktion für eine Tagsatzung des Jahres 1706, an der über die Toggenburger Mediation gesprochen werden sollte, wurde das Verlangen «zu gleichen Religionshenden» zu verhandeln, hervorgehoben ³⁷.

Im Jahre 1707, als das Streitgeschäft sich immer mehr zuspitzte und einen ausgesprochenen konfessionellen Charakter annahm, wurde Basel aktiver.

³³ Trauttmansdorff an Joseph I., 22. Juni 1709, BA. Wien 128, f. 15. — Du Luc an Duc de Noailles, 8. Juni 1709, BA. AES Supp. XI, f. 254.

³⁴ *Nabholz*, Toggenburgergeschäft, 20. Mai 1709, BB Bern.

³⁵ J. B. B., Juli 1705.

³⁶ Instruktionen, 3. Juli 1708, StA Basel.

³⁷ Instruktionen, 20. Oktober 1706, StA Basel.

Seit dem Friedensprojekt vom März 1705 war die Rheinstadt nie mehr besonders hervorgetreten. Zürich, Bern und die Unbeteiligten im gesamten versuchten eine Lösung zu finden. Eine klare Verständigung zwischen den evangelischen Städten war bis zum Frühjahr 1707 nicht festzustellen; Zürich war der handelnde Ort, Bern wurde nur ab und zu beigezogen, Basel jedoch nie. Bereits 1701 bat Bern Zürich um Bericht und Teilnahme «in religionsgenössischem Vertrauen» ³⁸.

1707 wurde die ganze Toggenburger-Angelegenheit ausgeweitet und zugleich verschärft, die beiden Parteien traten als Konfessionsgruppen hervor und auch Basel sollte nun klar Stellung beziehen. Durch Bern wurde die Rheinstadt langsam in das Geschäft eingeweiht und zu einigen Konferenzen beigezogen. Sie sollte alles erfahren und dann mithelfen, das evangelische Interesse zu beobachten ³⁹. Bern war es auch gewesen, das im Jahre 1706 den Vorschlag gemacht hatte, Basel und Schaffhausen über den Toggenburgerhandel wenigstens einen Bericht zuzustellen ⁴⁰. Nun wollten sich die beiden Städte Basels aus Religionsgründen versichern. Bezeichnend ist, daß zuerst Bern mit Basel in Verbindung trat und so zu einem Mittler zwischen der Limmat- und der Rheinstadt wurde. Die Beziehungen zu Bern waren eben in jener Zeit vielgestaltiger als die mit Zürich. Handelspolitische und geographische Gründe spielten dabei eine große Rolle.

Da Basel einen neuen Krieg immer mehr befürchtete, konzentrierte es seine Anstrengungen auf ein gütliches und mahnendes Eingreifen. Die Gesandten Johann Balthasar und Christoph Burckhardt, die Basel auch an der Jahrrechnungstagsatzung vom Juli 1707 vertraten, wurden instruiert, «nach Ihrer bekanten prudenz gewahrsamb» zu verfahren ⁴¹. Als Grund dafür, daß man nicht für eine bestimmte Partei klar Stellung bezog, wurde die Unkenntnis der wahren Ursachen erwähnt. Gütliches Vermitteln und Verhütung aller Tätlichkeiten war die Aufgabe der Gesandten. Sollte eine Mediation nicht möglich sein, so mußte sofort nach Hause berichtet werden, «Tag und Nacht, da kein Verzug ertragend». Die Basler Obrigkeit war sich ihrer zwiespältigen Lage bewußt, denn die Stadt entschuldigte sich bei den übrigen evangelischen Orten, sie könne sich gemäß dem Bund mit den löblichen Orten nicht anders als «per viam mediationis» verhalten. Basel wußte, daß es jetzt um das evangelische Wesen und die evangelische Religion ging, die keine Not leiden durften; die Stadt wollte sich nicht absondern, sondern in Treue das erfüllen, was Bundes- und Religionspflichten von ihr forderten ⁴². Es war den Basler Behörden aber klar, daß beide Bündnisse nicht gleichzeitig erfüllt werden konnten; der Religionsbund war aber inner-

³⁸ Bern an Zürich, 16. Dezember 1701, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 36, S. 163.

³⁹ Bern an Basel, 19. Februar 1707, StA Bern, Togg. BB, S. 1001. — Kleiner Rat, 21. Februar 1707, StA Basel.

⁴⁰ StA Bern, Teutsches Missivenbuch 39, S. 140.

⁴¹ Instruktionen, 2. Juli 1707, StA Basel.

⁴² Instruktionen, 2. Juli 1707, StA Basel.

halb der Eidgenossenschaft ein einseitiger Vertragsabschluß und stand im Gegensatz zum Bund von 1501. Basel mußte sich nun entscheiden, welchen Pflichten mehr Gewicht zukam. Wenn Basel der Tradition seiner Politik treu blieb, so war diese Entscheidung eindeutig: nur mit der *gesamten* Eidgenossenschaft durfte verhandelt werden. Die Instruktion hielt sich an diesen Weg und betrachtete im Bund von 1501 seine höchste Verpflichtung.

Auf der Tagsatzung verhielt sich die Stadt zuerst passiv, da sie über das Geschäft nicht genau unterrichtet war. «Wir hören und losen», notierte Johann Balthasar Burckhardt. Bevor die Basler Gesandten in das Geschäft eingriffen, wollten sie darüber genau informiert sein und die Standpunkte der Parteien erfahren.

Am 22. Juli brachten dann Basel und Schaffhausen an der evangelischen Konferenz einen Vorschlag zur Aufrechterhaltung des Landrechtes; entscheiden wollten sie selbst nicht, «decidieren ist bedenklich für uns». Auch an dieser Konferenz wurden die Beschlüsse verschoben. Am Ende der Konferenz hob Basel seine Bereitwilligkeit zum Handanlegen nochmals hervor, denn nur durch beständiges Mahnen verschafften sich seine Gesandten Gehör. Das war nun auch die Zeit, in der die eigentliche Vermittlungstätigkeit der Stadt, oder besser gesagt ihres Bürgermeisters Johann Balthasar Burckhardt begann.

Als sich 1708 durch den Umschwung in Schwyz das katholische Lager konsolidierte, versuchte auch das evangelische Zürich seine Position zu festigen; der evangelische Vorort schrieb deshalb um getreues Aufsehen nach Basel. Hier zeigte man Verständnis für die Lage der Religionsgenossen und unterstrich den «religionsgenössischen Eyfer», von einer tätigen Unterstützung jedoch war keine Rede ⁴³.

An der evangelischen Konferenz vom 9. Juni 1708 in Aarau kam durch Burckhardt plötzlich eine veränderte Einstellung Basels zum Ausdruck. Er verlangte eine energischere, ja drohende Stellungnahme, um so die Katholiken dahin zu bringen, «sich die sache auf nechster tagsatzung in die negotiation zu glicher religions händen zu verleiten» ⁴⁴. Die Vororte wären dann bei einer Nichtannahme dieses Verhandlungsmodus berechtigt, sich der Toggenburger anzunehmen. Basel war weit entfernt von Tätlichkeiten; es wollte aber durch eine derartige ultimative Herausforderung eine baldige Lösung und einen Abschluß der Angelegenheit herbeiführen. Man sollte sich «in postus stellen», was ja nicht gerade einen Krieg zur Folge haben werde ⁴⁵. Da Bern für ein derart ernsthaftes Vorgehen keine Instruktionen hatte, wurde Verschiebung beschlossen. Wieder war Bern der bremsende Ort, Zürich wäre wie immer zu Zwangsmitteln bereit gewesen. Die Berner warnten vor Schritten, welche die Evangelischen zu Angreifen stempeln mußten. Am 22. Juni schrieb Bern an Zürich, es möchte eine ernsthafte

⁴³ Kleiner Rat, 16. Mai 1708, StA Basel.

⁴⁴ J. B. B., Juni 1708.

⁴⁵ Berner Gesandte an Bern, Juni 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 1038.

Stellungnahme doch noch unterbleiben, damit nicht eine Gegenpostur veranlaßt und ein friedlicher Ausgleich erschwert werde⁴⁶.

Der baslerische Vorstoß hatte zur Folge, daß die Frage der Vermittlung an der Julitagung eingehend zur Sprache kam, wobei wieder Zürich ein aktives Vorgehen verlangte. Der Basler Bürgermeister sprach im Namen der jüngern Orte Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen und Appenzell und der Zugewandten. Er stützte sich auf die baslerische Instruktion, in der es hieß, die Gesandten möchten danach streben, die strittigen Geschäfte, besonders das toggenburgische, in eine gütliche Handlung zu bringen und seinen Austrag so fest als möglich zu befördern⁴⁷. Diese Art des Vorgehens sei eidgenössischer Brauch. Basel verlangte daher energisch die Erörterung des Geschäftes an der Session. Die Stadt trat hier deutlich als Vertreterin der unbeteiligten Orte auf, sie wurde nun immer mehr deren Sprecherin, und Johann Balthasar Burckhardt der eigentliche Vertrauensmann dieser dritten Partei. Als die katholischen Orte an Burckhardt gelangten, er möge ihnen helfen, lehnte er mit dem Hinweis ab, nichts «separatim und gegen Zürich und Bern» zu unternehmen. Seine Bestrebungen waren auf ein *gemeinsames* Vermitteln gerichtet. Ein solches Vorgehen war auch ganz im Sinne der Bundespflichten. Der Basler Bürgermeister erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die so notwendige Minne und Güte bei der Lösung aller Streitigkeiten. Burckhardt betrachtete das Fehlen der Güte als Ursache aller eidgenössischen Händel, von denen er ja so viele gekannt und in die er zuletzt helfend eingegriffen hatte. Das Toggenburger-Geschäft sei auch ein solcher Handel, und es sei nicht einzusehen, warum hier anders vorgegangen werden sollte⁴⁸. Gemeinsame Lösungen müßten angestrebt werden. Obwohl Basel nichts gegen die Vororte unternehmen wollte, meinte Burckhardt sogar, er wisse nicht, woher diese Orte das Recht hernähmen, die sechs Punkte aufzustellen. Das Verfahren der beiden Städte sei sehr bedenklich und wider Bünde, Verträge und Herkommen. Wenn es so weitergehe, werde niemand mehr sicher sein, und die Eidgenossenschaft gehe zugrunde⁴⁹.

Das Auftreten Burckhardts war zwar etwas schroff und unerwartet, da er, falls die Vermittlung abgelehnt werde, sogar mit dem Verlassen der Tagsetzung drohte; es war aber nicht gegen seine Instruktionen oder die baslerischen Verpflichtungen gerichtet. Seinen Worten kam für Zürich und Bern keine beleidigende oder aggressive Bedeutung zu; Burckhardts Haltung trat jedoch klar und eindeutig hervor. Basel wollte so wenig Bindungen mit den verschiedenen Orten eingehen wie nur möglich, denn nur dann

⁴⁶ Bern an Zürich, 22. Juni 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 807. — Bern an Toggenburg, 25. Juni 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 845.

⁴⁷ J. B. B., Juli 1708. — Instruktionen, 30. Juni 1708, StA Basel. — Gesandte an Bern, 11. Juli 1708, StA Bern, Togg. CC, S. 1042.

⁴⁸ J. B. B., Juli 1708.

⁴⁹ J. B. B., Juli 1708. — *Marbacher*, Schultheiß Karl Anton Am Rhyn von Luzern und seine Zeit, S. 177. — EA VI², S. 1453 ff. — Ste-Colombe an Torcy, 1. Oktober 1708, BA. AES 193, f. 83.

konnte es seiner Aufgabe gerecht werden. Erfolgreiche Verhandlungen mit allen Orten war Basels erster Wunsch, der zweite ein gutes Einvernehmen mit den evangelischen Bundesgenossen. Mit dem weniger aggressiven Bern pflog Burckhardt «vertrauliche Gespräche» und erhielt so einen guten Einblick in die Politik der beiden evangelischen Städte, ohne sich aber für deren Politik zu verpflichten. Burckhardts Auftreten und die Macht hinter ihm waren nun aber doch zu schwach, etwas Großes und Ernsthaftes durchsetzen zu können.

An die evangelische Konferenz vom 11. September 1708 wurde Basel nicht zugezogen, denn mit der Politik der Rheinstadt war man nicht vollauf einverstanden, was sich ja besonders an der vergangenen Jahrrechnungstagsatzung gezeigt hatte⁵⁰. Bern, das einer Mediation gegenüber anders eingestellt war als Zürich, versuchte in der Folge, Basel und Zürich einander näherzubringen. Es forderte Zürich auf, Basel und Schaffhausen über das Toggenburger-Geschäft vertraulich zu unterrichten, was dann auch geschah⁵¹. Zu einer Einladung für eine gemeinsame evangelische Konferenz über das Toggenburg kam es jedoch noch nicht. Besprechungen wurden nur zwischen Zürich und Bern geführt. In der Instruktion für Du Luc wurde dieser Umstand ebenfalls erwähnt⁵².

Eine Mahnung der unbeteiligten Orte Basel und Schaffhausen an Zürich wurde mit der nichtssagenden Versicherung beantwortet, man habe eine freundliche Handlung nie als ungelegen betrachtet⁵³. Die Antwort Basels hob die Beilegung von Streitigkeiten gemäß Bünden und Herkommen hervor. Das erneute Verweisen auf die alten Bünde sollte Zürich natürlich zeigen, wie wichtig in Basel diese Tradition hochgehalten wurde, und von der es annahm, Zürich verletze sie⁵⁴. Ende September gelangten erneut die katholischen Orte an Basel. Sie zeigten ihre Genugtuung über seine ständigen «wohlmeinenden Bemühungen» und zollten der Stadt ihr volles Vertrauen. Die Orte hofften auf ihre Unterstützung wie aus Bünden und Traktaten hervorgehe. Die Bitte wurde eindringlich unterstrichen durch die Bemerkung, die Innern Orte selbst hätten in den inneren und äußeren Angelegenheiten Basels immer Beistand geleistet. Auf diesen letzten Hinweis ging Basel nicht ein, bedauerte den bisherigen Mißerfolg der Vermittlungsbemühungen und versprach den katholischen Orten, auch weiterhin mit größter Anstrengung an der gütlichen Beilegung der Sache arbeiten zu wollen⁵⁵.

⁵⁰ Ste-Colombe an Duc de Noailles, 29. August 1708, BA. AES Supp. X, f. 391.

⁵¹ Bern an Zürich, 22. Oktober 1708, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 40, S. 466. — EA VI², S. 1486.

⁵² Mémoire, 25. November 1708, BA. AES 195, f. 3. — Quoy que l'intérêt de la Religion protestante semble avoir devoir unir les Cantons de Basle et de Schafouse, a ceux de Zurich et de Berne toute fois; il arrive souvent que leurs députés aux dyettes, sont de sentimens differens.

⁵³ Zürich an Basel, 23. September 1708, StA Bern, Togg. DD, S. 305.

⁵⁴ J. B. B., Oktober 1708.

⁵⁵ Katholische Orte an Basel, 28. September 1708, StA Bern, Togg. DD 195. —

Das Wohlwollen der Innern Orte mag in dieser Zeit noch seine Richtigkeit gehabt haben. Im August des folgenden Jahres fielen von der gleichen Seite her harte Worte gegen Basel. Der Stimmungswechsel war eine Folge der baslerischen Haltung im Toggenburgerkonflikt und beim Durchmarsch von Mercy; die Innern Orte fühlten sich dabei von Basel benachteiligt und verurteilten.

Im November 1708 gelangten die katholischen Orte wieder an Basel, diesmal jedoch ohne die vielsagende Anspielung. Das Gesuch hatte den Zweck, Basel zu bitten, die verschiedenen toggenburgischen Landrechte als gleichwertig gelten zu lassen⁵⁶. Im großen und ganzen war Basel nach Ansicht der katholischen Orte eine von Zürich und Bern abhängige Stadt, von der wenig Unterstützung zu erwarten war⁵⁷. Dies war wohl zutreffend; die Gegenpartei, die evangelischen Städte, konnten Basel aber den gleichen Mangel an Unterstützung vorwerfen. Auch Basels Unparteilichkeit trauten die Katholiken nicht ganz. Trotzdem aber hatten sie zur Stadt in der Frage einer Mediation Vertrauen, das zeigen die erwähnten Schreiben und ihr vertraulicher Briefwechsel über das Thema⁵⁸. Das Ansehen des Bürgermeisters bei den französischen Botschaftern, welche die Vertrauten der katholischen Orte waren, trug viel dazu bei.

Über die Stimmung in Basel selbst erfahren wir kaum etwas; einmal, anfangs Oktober 1708, schrieb der kaiserliche Gesandte Trauttmansdorff an seinen Hof, Basels Geistlichkeit rede skandalös gegen den Kaiser. Nach dieser Briefstelle zu schließen, lehnte ein Teil der Bevölkerung und der Behörden jegliche direkte Einmischung des Kaisers ab. Es kann sich aber nur um eine Ablehnung der kaiserlichen Politik zu Gunsten des Abtes und der Innern Orte gehandelt haben. Tatsächlich wollte und konnte sich der Kaiser nicht direkt in die Toggenburger Angelegenheit einmischen; er wollte nur die Rechte der Talleute gewahrt wissen und hoffte auf eine gütliche Art für deren Regelung. Auch Zürich und Bern wehrten sich immer gegen jede ausländische Einmischung. Die angebliche Hetze in Basel gegen den Kaiser war gewiß nur momentan und von kurzer Dauer, wirtschaftliche Gründe konnten dabei neben dem Toggenburg noch maßgebend mitgewirkt haben. Im Sommer 1709 stand nämlich die Bevölkerung deutlich auf der Seite des Kaisers und seiner gesamteuropäischen Politik; sie unterstützte jeden Versuch einer Schädigung Frankreichs, das durch Hüningen die Stadt ständig bedrohte.

Die Drei Bünde in Rätien gelangten ebenfalls an verschiedene Orte und offerierten ihre Vermittlung⁵⁹. Diese wurde zwar auch abgewiesen, doch gelangte man besonders wegen blutiger Gewalttätigkeiten im Toggenburg

Kleiner Rat, 6. Oktober 1708, StA Basel. — Basel und Schaffhausen an die katholischen Orte, 9. Oktober 1708, StA Bern, Togg. DD, S. 199.

⁵⁶ StA Basel, Politisches X 3, 4, S. 54, 24. November 1708.

⁵⁷ EA VI², S. 1491.

⁵⁸ EA VI², S. 2440, Nr. 323.

⁵⁹ EA VI², S. 2430, Nr. 291.

an Ostern 1709 immer mehr zur Einsicht, es müsse endlich doch etwas Ersprießliches geschehen.

Bürgermeister Burckhardt und Ste-Colombe hofften, der neue Ambassador Du Luc werde das Toggenburger-Geschäft zu einem guten Abschluß bringen⁶⁰. Bereits Ende März 1709 trafen sich der französische Botschafter und Bürgermeister Burckhardt in Solothurn, wo der Basler den Ambassador zur Mithilfe an der Mediation aufforderte, womit sich Du Luc auch sogleich einverstanden erklärte. Der französische König unterstützte solche Bestrebungen, weil ihm ein Krieg in der Schweiz höchst unangelegen gewesen wäre; sein Vertreter in Solothurn wurde ständig angehalten, alle Friedensbemühungen zu fördern. Weil die Eidgenossen aber eine direkte ausländische, fremde Einmischung ablehnten, versuchte der Ambassador über den Basler Bürgermeister seinen Einfluß geltend zu machen. Du Luc forderte Burckhardt auf, Freiburg, Solothurn und Schaffhausen zu einem gemeinsamen Schritt zu Gunsten der Vermittlung bei Zürich und Bern zu bewegen. Auf diese Art konnte die Meinung der Städte erfahren und bei einer Friedensgesinnung eine ausländische Intervention vermieden werden⁶¹. Einen Erfolg dieses Vorgehens, das von Bürgermeister Burckhardt angetrieben wurde, würde Du Luc aber als sein Werk betrachtet und dem König auch entsprechenden Bericht erstattet haben. Die Friedenstagigkeit der uninteressierten Orte und besonders diejenige Burckhardts wurden allerdings in Du Lucs Berichten oft erwähnt, da er so den Hof etwas beruhigen konnte⁶².

Im Frühling 1709 wurde die Zusammenarbeit zwischen Basel und den beiden evangelischen Vororten intensiver. Nachdem Zürich in Bern angefragt hatte, ob man Basel über den Verlauf des Geschäftes etwas mitteilen solle, und Bern sich damit einverstanden erklärt hatte, wurden Basel und Schaffhausen an der evangelischen Konferenz vom April 1709 über die neuen Vorgänge genauer informiert⁶³. Die Rheinstadt wurde zugleich aufgefordert, eine Vermittlung zu versuchen, was den Gesandten in der Instruktion auch aufgetragen wurde mit der Bedingung, daß die Toggenburger nicht geschädigt werden dürften⁶⁴.

Basel unterstrich seinen Einsatz für den friedlichen Ausgang mit dem Beispiel der Altvordern⁶⁵. Dies konnte es vor der Tagsatzung aber nur tun, wenn die baslerische Neutralitätspolitik der vergangenen Jahrzehnte in den Orten allgemein bekannt und geachtet war und größtenteils unterstützt wurde. Das Zustandekommen einer Mediation und die Bestimmung der Basler Gesandten zu eidgenössischen Mediatoren waren nun die notwendigen Folgen des ständigen Einsatzes und der allgemeinen Politik Basels.

⁶⁰ Ste-Colombe an Puyzieulx, 7. November 1708, BA. AES 193, f. 209.

⁶¹ Du Luc an Ludwig XIV., 25. März 1709, BA. AES 197, f. 148.

⁶² Du Luc an Ludwig XIV., 5. April 1709, BA. AES 198, f. 13. — Du Luc an Ludwig XIV., 12. April 1709, BA. AES 198, f. 33. — Ludwig XIV. an Du Luc, 24. April 1709, BA. AES 195, f. 57.

⁶³ Zürich an Bern, 3. April 1709, StA Bern, Togg. DD, S. 819.

⁶⁴ Instruktionen, 3. April 1709, StA Basel.

⁶⁵ J. B. B., April 1709.

Auf der Jahrrechnungstagsatzung im Juli 1709 sollte mit der eigentlichen Arbeit der Mediatoren begonnen werden. «Gott geb dass wirs wohl treffen», schließt Burckhardt seine Aufzeichnungen über das Toggenburger-Geschäft an der Juni-Tagsatzung.

II. Burckhardt als Mediator

Am 7. Juli 1709 versammelten sich die Gesandten aller Orte zur ordentlichen Jahrrechnungstagsatzung, von der man in der Frage der Mediation einen Fortschritt erwartete⁶⁶. Du Luc glaubte zwar nicht an einen Erfolg, denn er war überzeugt davon, daß die evangelischen Orte niemals vom Weißen ins Schwarze wechseln würden⁶⁷. Gleich zu Beginn der Session schien es schon, als ob die Verhandlungen über das Toggenburg verschoben würden. Der Basler Bürgermeister wehrte sich aber dagegen und brachte es zustande, daß am 13. Juli alle Mediatoren endgültig bestimmt waren⁶⁸. Zu einer Zusammenkunft dieser Herren kam es allerdings noch nicht. Verschiedene Sessionen brachten keinerlei Fortschritte: Trauttmansdorff und Du Luc berichteten von schlechten Aussichten des Geschäftes⁶⁹.

Am 26. Juli schrieb der Ambassador dem König, die Vermittler wüßten nicht, wo sie ihr Geschäft beginnen sollten, und die Katholiken seien so uneinig, daß die Reformierten darüber lachten und die Situation ausnützten. Er selbst trachte danach, die einen zu vereinigen, ohne aber die andern abzuschrecken; er zweifle jedoch an einem gütlichen Abschluß⁷⁰. Vom König hatte er die Weisung erhalten, sich an keine Partei zu binden und sich zu bemühen, den Abschluß der Verhandlungen bis nach dem allgemeinen europäischen Frieden hinauszuschieben⁷¹.

Bürgermeister Burckhardt beredete in verschiedenen Diskussionen mit den Gesandten beider Parteien die Angelegenheit. Er wollte keine Seite verteidigen, er wollte nur Mittel zur Ruhe und zum Frieden suchen. Er war sich darüber klar, daß jeder Teil nachgeben mußte, denn nur so konnte ein Erfolg möglich sein. Seine Pläne verlangten ein Eingehen der Katholiken auf die Frage der Parität und ein Nachgeben der evangelischen Orte und der Toggenburger in ihren Forderungen dem Abt von St. Gallen gegenüber.

Johann Ulrich Nabholz, der Bevollmächtigte des Zürcher Rates im Tog-

⁶⁶ Evangelische Jahrrechnung 1709, StA Bern, Togg. EE, S. 105 ff. — J. B. B., Juli 1709.

⁶⁷ Du Luc an Ludwig XIV., 24. Juni 1709, BA. AES 198, f. 271.

⁶⁸ Nabholz, Toggenburgergeschäft, 7. Juli 1709, BB Bern. — 13. Juli 1709, StA Basel, Politisches X 3,3.

⁶⁹ Du Luc an Le Guerchois, 15. Juli 1709, BA. AES 206, f. 45 vo. — Trauttmansdorff an Joseph I., 27. Juli 1709, BA. Wien 138, f. 6. — Du Luc an Duc du Maine, 29. Juli 1709, BA. AES 206, f. 61 vo.

⁷⁰ Du Luc an Ludwig XIV., 26. Juli 1709, BA. AES 199, f. 78.

⁷¹ Ludwig XIV. an Du Luc, 8. Mai 1709, BA. AES 195, f. 63. — Ludwig XIV. an Du Luc, 8. August 1709, BA. AES 195, f. 101.

genburg, berichtet von einem Spaziergang Burckhardts mit Willading von Bern, an dem auch er teilnahm. Der Vertreter der Toggenburger lobt Burckhardts gute und wohlbedachte Reden, in denen er zeigen wollte, wie wichtig es sei, im Toggenburg ein «vestes und begründtes Systema zu sezen, auf welches man die ganze Zeit bauwen könne»⁷². Eine Belästigung der Toggenburger durch den Fürstabt dürfe nicht mehr geschehen. Burckhardt ging es also nicht um eine rasche fragwürdige Lösung, er erstrebte etwas Dauerhaftes. Dem Bürgermeister fehlten aber wie immer die Macht und die Durchschlagskraft.

Die eigentlichen Mediationsverhandlungen der bevollmächtigten Gesandten begannen am 30. Juli. Bürgermeister Escher von Zürich eröffnete die Sitzung mit einer Anrufung Gottes, unter dessen Schutz er die so wichtige und erwartungsvolle Session stellte. Aber bereits die erste Zusammenkunft verlief so, daß man mit Unwillen auseinanderging. Der zweite Basler Gesandte verlangte mit der Unterstützung Eschers ein Nachgeben der Toggenburger, was aber vom Berner Willading energisch abgelehnt wurde⁷³. Das Auftreten Willadings entsprach seiner Haltung gegenüber dem Schwyzer Landammann Schorno, mit dem er an der Tagsatzung in heftige Auseinandersetzungen geriet⁷⁴. Bern war sonst eher zurückhaltend gewesen, eine Haltung, die sich besonders im Vorgehen des zweiten Berner Schultheißen Graffenried zeigte; Willading jedoch erstrebte draufgängerischer sichere Macht und Größe für seinen bernischen Staat. Es ging ihm in diesem Fall an der Tagsatzung um den maßgebenden Einfluß der Reformierten im Toggenburg und um die gute Verbindung mit den Evangelischen der Ostschweiz.

In der zweiten Sitzung vom 31. Juli billigte aber auch Willading den Vorschlag Bürgermeister Burckhardts, der einen Vertrag erstrebte, in welchem man nach Sicherstellung der freien Religionsausübung «eben nehmen müsse, was man erhalten könne»⁷⁵. Burckhardt wollte mit seinen Ausführungen zeigen, daß auch Basel die Toggenburger besonders in der Frage der Religion von ihren Drangsalen erlösen wolle. Dies durfte aber nicht mit Gewalt erzwungen werden, was zu neuen Bedenken und Gefahren geführt hätte. Der Bürgermeister vertrat aber auch offen die Meinung, den Toggenburgern gehe es nicht nur um die Religion, sie hätten andere, politische Absichten. Solche Reden entsprachen nicht den Anschauungen und der Politik Zürichs, so daß auf evangelischer Seite auch damals noch nicht von einer geschlossenen Einheit gesprochen werden kann. Basel stand mahnend abseits; Bern rückte deutlich von Zürich ab, indem es betonte, daß es nicht helfen werde, falls Zürich einen Krieg beginnen möchte, dies könne die Limmatstadt allein tun. Da die äbtischen Gesandten nicht nachgaben, traten keine großen Veränderungen ein, was einige Gesandte sogar dazu bewog, ohne Hoffnung

⁷² Nabholz, Toggenburgergeschäft, 22. Juli 1709, BB Bern.

⁷³ Nabholz, Toggenburgergeschäft, 30. Juli 1709, BB Bern.

⁷⁴ von Fischer, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 138.

⁷⁵ Nabholz, Toggenburgergeschäft, S. 111 f, BB Bern.

auf Beilegung des Streites nach Hause zu reisen ⁷⁶. Wie an der Tagsatzung, prallten auch im kleinen Kreise der Mediatoren die Meinungen hart aufeinander. — Man muß aber doch um einen Schritt vorwärts gekommen sein; denn nachdem Du Luc noch am 3. August über die Untätigkeit der Vermittler berichtet hatte, pries er zwei Tage später ihre seriöse Arbeit ⁷⁷. Den Katholiken warf er allgemein Sanftmütigkeit und Zurückhaltung vor, was von den Reformierten ausgenützt werde ⁷⁸. Obwohl er einen innereidgenössischen Krieg zu vermeiden suchte, war er doch der Ansicht, daß erst dann Friede herrschen werde, wenn die Evangelischen tüchtig durchgeprügelt worden seien ⁷⁹.

Die Mediationsverhandlungen schritten auch diesmal nur langsam vorwärts, da die Parteien ihre Entgegnungen in umfangreichen Memorialien vorbrachten, die dann in mündlichen Erörterungen erneut dargelegt und verfochten wurden. Katholische Gesandte begründeten ihr teilweises Nachgeben damit, daß sie bestrebt seien, die innere Ruhe herzustellen, bestritten aber jegliche Gedanken an Furcht. Von der Gegenseite erwarteten sie die gleiche Einstellung und das gleiche Vorgehen ⁸⁰. Trotz unermüdlicher Tätigkeit der Gesandten kam keine Einigung zustande ⁸¹.

In dieser Zeit, während die Verhandlungen derart stockend verliefen, wurde das Geschäft durch ein außenpolitisches Ereignis stark überschattet, durch die Neutralitätsverletzung bei Basel vom 20. August. Bürgermeister Burckhardt hatte die Aufgabe, Basels Verhalten vor den Tagsatzungsherren, die ja zum Teil der Stadt eine große Schuld in der Angelegenheit zuschrieben, zu begründen. Ihre Verteidigung wurde von den evangelischen Orten unterstützt, die katholischen jedoch gaben der Stadt die Schuld, was bis zur Verweigerung der Grenzschutzhilfe führte. Bindungen ans Ausland gaben den Orten gewisse Richtlinien für ihre Einstellung, bei denen aber konfessionelle Gesichtspunkte keine Rolle spielten. Basel stand auf kaiserlicher, antifranzösischer, aber zugleich auch evangelischer Seite. Diese Stellung der Stadt bezogen aber die katholischen Orte auf die Toggenburger-Mediation, und Basel wurde so in den Augen der Katholiken auch im Toggenburger-Streit der enge Verbündete Zürichs ⁸². Lediglich das gute Verhältnis zwischen dem Basler Bürgermeister und Du Luc, der auf die katholischen Orte einen großen Einfluß ausübte und der den Anlaß benützte, Basel und Bern zu isolieren, wirkte etwas abschwächend ⁸³. Burckhardt konnte deshalb noch

⁷⁶ Trauttmansdorff an Fidel von Thurn, 3. August 1709, StA St. Gallen, Theke 23, Rubr. XXXII, 1709.

⁷⁷ Du Luc an Berwick, 3. August 1709, BA. AES 208, f. 173. — Du Luc an Ludwig XIV., 5. August 1709, BA. AES 199, f. 107.

⁷⁸ Du Luc an Pomponne, 10. August 1709, BA. AES 208, f. 177.

⁷⁹ Du Luc an Pontchartrain, 16. August 1709, BA. AES 206, f. 96.

⁸⁰ Trauttmansdorff an Joseph I., 10. August 1709, BA. Wien 138, f. 9.

⁸¹ Bericht aus Baden, 21. August 1709, StA Basel, Politisches X 3,3.

⁸² Trauttmansdorff an Joseph I., 17. September 1709, BA. Wien 138, f. 17.

⁸³ Gröbli, Du Luc. — Du Luc an Torcy, 23. August 1709, BA. AES 199, f. 205. — Du Luc an Dürler, 23. August 1709, BA. AES 206, f. 112.

immer vermittelnd wirken und so führte der Mercy-Durchmarsch wohl zu einer Erstarrung der Lage, nicht aber zu einer gewaltsamen Lösung.

Unter den evangelischen Orten führte der Zwischenfall zu einer größeren Beachtung der Rheinstadt. Basel wurde in der Folgezeit häufiger zu den Verhandlungen zugezogen. Das Geschehene hatte also auf das gegenseitige Verhältnis innerhalb der evangelischen Orte klärend und festigend gewirkt. In Bern wurde die gute Aufnahme der eidgenössischen Repräsentanten durch Basel besonders geschätzt. Basel hatte sich ja alle Mühe gegeben, seinen Miteidgenossen entgegenzukommen, denn die Stadt brauchte Sympathien. Bern forderte daher Ende Oktober Zürich auf, der Basler Regierung in eidgenössischem Namen zu danken ⁸⁴.

Obwohl Burckhardt versuchte, den auf seine Vaterstadt gefallen Schimpf zu beseitigen, hatte er doch noch Zeit, sich weiterhin mit dem Toggenburger-Geschäft zu befassen, was auch in den Augen des französischen Königs wichtiger war als die Mercy-Affäre ⁸⁵. Am 26. August schlug Burckhardt den übrigen Mediatoren vor, den Abt als Souverän anzuerkennen, denn ohne dieses Zugeständnis sei nichts zu erreichen, erst dann könne weiter diskutiert werden. Die Parteien versteiften sich jedoch auf Sprüche und Verträge ⁸⁶. Nach heftigen Auseinandersetzungen trennte man sich. Die Einstellung des Basler Vertreters war während der ganzen Session eindeutig: Bemühungen um Ruhe und Frieden durch Gespräche mit allen Parteien. Der Druck, den die katholischen Orte wegen des Grenzschutzes auf Basel ausübten, um Zürich und Bern zum Nachgeben zu bewegen, zeigte die gewünschte Wirkung nicht. Basel wurde durch dieses Vorgehen nicht beeinflusst und vertraute auf die Unterstützung seines Grenzschutzes durch Bern. Die verschiedenen festgefahrenen Meinungen, der ausländische Einfluß auf die Orte und der Mercy-Durchmarsch verhinderten jetzt eine Annäherung der Ansichten im Toggenburgerhandel. «Es scheyne, dass Gott das gedeyliche ende auf eine andere Zeith verlegt habe» ⁸⁷. Auch Burckhardt sah keinen Ausweg mehr und berichtete über die Mißstimmung an der Tagsatzung nach Basel: «Misere nobis Domine». In dieser Situation war Burckhardt ganz verzweifelt; er sah jetzt sogar den Zweck all der Streitigkeiten nicht mehr ein und lehnte daher erneut die strengen, unnachgiebigen Ansichten Zürichs ab. Eidgenössische Ruhe, Sicherheit und Einigkeit zog er vor. Es sei ja bedenklich, unbegreiflich, so schrieb Burckhardt, daß wegen eines kleinen Volkes andere leiden müßten und sogar der Zerfall der Eidgenossenschaft drohe ⁸⁸.

Kurz vor Abschluß der Tagsatzung übergaben die katholischen Herren

⁸⁴ Bern an Zürich, 30. Oktober 1709, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 41, S. 63.

⁸⁵ Ludwig XIV. an Du Luc, 29. August 1709, BA. AES 195, f. 112.

⁸⁶ *Nabholz*, Toggenburgergeschäft, 26. August 1709, BB Bern.

⁸⁷ Berner Gesandte an Bern, September 1709, StA Bern, Togg. EE, S. 319. — Bericht der evangelischen Mediatoren, 14. September 1709, StA Bern, Abscheidenbuch Q 707.

⁸⁸ J. B. B., Juli 1709.

Mediatoren beiden Teilen ein Schlußgutachten, ihren «guetlichen vorschlag»⁸⁹. Das Gutachten gab in der wesentlichen Frage, der Gültigkeit des Landrechtes, der Sprüche etc. dem Fürsten Recht und legte den Toggenburgern nahe, sich ihrem Landesherrn wieder zu unterwerfen. Die evangelischen Mediatoren konnten diesem Spruch natürlich nicht beipflichten. Sie wollten sich jedoch noch nicht genau darüber äußern und entgegneten, daß nicht sie, sondern ihre Herren Obern entscheiden würden, weshalb sie zuerst nach Hause berichten müßten⁹⁰. So endete wieder einmal mehr eine Session erfolglos, nachdem sie elf Wochen gedauert hatte.

Basels Gesandte baten vor ihrer Abreise und vor ihrem Bericht an die Basler Räte die beiden evangelischen Städte, in ihrer bekannten Weitsichtigkeit und Vorsicht ihr Bestes zur Beruhigung des Geschäftes beizutragen⁹¹. Die Schuld am Mißerfolg der Mediationsverhandlungen wurde von den drei evangelischen Städten den katholischen Orten zugeschoben, die sich abge sondert und ein eigenes definitives Urteil abgefaßt hätten, wodurch der Mediation «der Faden» abgeschnitten worden sei⁹². In dieser Krise der Verhandlungen stand Basel auf evangelischer Seite. Die Stadt bezog Stellung gegen die Aktionen der Katholiken, ohne aber die Politik der beiden evangelischen Mitorte voll zu unterstützen. Ihre Gedanken zum Abbruch der Mediation legten die evangelischen Orte in einem Gegenbericht dar, der von den Basler Gesandten verfaßt wurde. Ein Beweis, daß er aus der Feder eines Baslers stammt, ist ein Klammerausdruck, in dem von «uns von Basel» gesprochen wird⁹³. Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir die Urheberschaft Johann Balthasar Burckhardt zuschreiben. Auch der Ton des Gutachtens entspricht demjenigen des Basler Bürgermeisters. Basel war ja auch von den evangelischen Orten am besten geeignet, solche Rechtfertigungsberichte und Gutachten, die für die ganze Bevölkerung bestimmt waren, abzufassen. Zürichs Absichten waren zu kriegerisch gestimmt, seine Worte wären zu hart ausgefallen; Berns Haltung war unklar und deshalb für eine solche Darlegung ungeeignet. Die ausländischen Gesandten verrichteten für eine Vermittlung im Toggenburgerhandel nach dem kaiserlichen Durchmarsch nichts Direktes. Trauttmansdorff überließ die Sache den einzelnen Orten, die den hergebrachten Gewohnheiten gemäß entscheiden und vorgehen sollten⁹⁴. Auch Du Luc wollte sich nicht einmischen; sein Einfluß sollte nur die Politik der katholischen Orte bestimmen⁹⁵. Für einen ersprießlichen Eingriff fehlte dem Ambassador auch das dafür nötige Geld; er verglich sich einmal mit den Aposteln Petrus und Paulus, die wegen ihres Geldmangels auch nicht mehr Erfolg gehabt hätten. Dem König legte er dar, daß nur Seine

⁸⁹ StA Bern, Togg. EE, S. 127. — *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 153.

⁹⁰ StA Bern, Togg. EE, S. 127, S. 335, 14. September 1709.

⁹¹ J. B. B., Juli 1709. — EA VI², S. 1548.

⁹² Evangelische Abschiede, 14. September 1709, StA Bern, Abscheidenbuch Q 707. — StA Bern, Togg. EE, S. 381.

⁹³ Evangelische Abschiede, StA Bern, Abscheidenbuch Q 707.

⁹⁴ StA Bern, Togg. EE, S. 125.

⁹⁵ Du Luc an Cambiagues, 9. Oktober 1709, BA. AES 207, f. 54.

Majestät noch helfen könnte, da unter den Orten niemand mehr unparteiisch handeln könne. Der König wollte laut einem Schreiben an den Ambassador einzig das Wohl aller Orte ohne Parteilichkeit für die Katholiken und ohne Schaden für die Reformierten ⁹⁶. Am 7. Dezember schrieb Du Luc mahndend an Zürich, in der Hoffnung, daß ein Brief mehr Erfolg als seine Reden habe. Zürichs Antwort hob die Arbeit der eidgenössischen Mediatoren hervor und ihre Hoffnung auf Gott, daß er allen Orten Gedanken des Friedens eingeben möge ⁹⁷.

Ende Oktober 1709 fühlte sich Basel erneut vom Ausland her bedroht; darum verlangte die Stadt eine Tagsatzung, die von Zürich auf den 28. Oktober ausgeschrieben wurde. Die katholischen Orte sagten ihre Teilnahme ab, und ihre Kriegsräte rieten zum Aufpassen und zur Erstellung der Kriegsbereitschaft. Sie rechneten mit einem Kampf um ihren Glauben. An der Tagsatzung mahnte Basel erneut zu gütlichen Mitteln im Toggenburgerstreit. Zur Sicherung ihrer Grenzen und ihres Territoriums verlangte die Stadt eine Erneuerung des Schirmwerkes vom Jahre 1702 ⁹⁸. Bern trat zunächst für Güte ein, da dies den alten Bünden entspreche, denn Gott dulde keinen Eidbruch. Dann aber fuhr der bernische Gesandte Tscharnier fort: «Wan aber alle güte nichts verfange und man den krieg abzwinge, seye es vor Gott und der Welt verantwortlich» ⁹⁹. Nun hatte auch Bern von diesen langen Verhandlungen genug, denn einmal mußte das Geschäft beendet werden, darum auch die Begründung eines eventuellen Krieges aus ihrer defensiven Lage heraus. Die größte diplomatische und kriegstreibende Tätigkeit entfaltete Zürich, allerdings ohne einen Erfolg. An den geheimen Konferenzen der katholischen Orte vom November 1709 wurden ähnliche Reden zur Vereinigung aller Kräfte gegen die Reformierten und zur eventuellen Gewaltsanwendung laut ¹⁰⁰. Daß es nun aber trotzdem noch nicht zu einem eidgenössischen Waffengang kam, ist der Tatsache und den Rückwirkungen des herrschenden europäischen Krieges zuzuschreiben.

Im folgenden Jahre 1710 war man noch immer von einer Mediation weit entfernt; das Geschäft nahm weiter seinen langsamen und unsicheren Verlauf. Alles wurde in die Länge gezogen, besonders die katholische Partei wollte eine günstigere Zeit abwarten, die Zeit nach Abschluß des europäischen Friedens; von kaiserlicher und französischer Seite war dann eher eine Unterstützung zu erwarten ¹⁰¹.

Die baslerischen Gesandten wie auch die Vertreter der ausländischen Mächte ermahnten die Parteien weiterhin zur Vermittlung. Die katholischen Orte erklärten sich zur Fortsetzung der Mediationsverhandlungen bereit;

⁹⁶ Du Luc an Pontchartrain, 20. November 1709, BA. AES 203, f. 93. — Ludwig XIV. an Du Luc, 11. Dezember 1709, BA. AES 195, f. 168.

⁹⁷ Du Luc an Zürich, 7. Dezember 1709, BA. AES 203, f. 328. — Zürich an Du Luc, 17. Dezember 1709, StA Bern, Togg. EE, S. 559.

⁹⁸ Instruktionen, 26. Oktober 1709, StA Basel.

⁹⁹ J. B. B., Oktober 1709. — StA Bern, Togg. EE, S. 625.

¹⁰⁰ EA VI², S. 1567, Nr. 702, 703.

¹⁰¹ EA VI², S. 2454, Nr. 374.

auch die evangelischen Städte betonten ihre friedlichen Absichten ¹⁰². Beide Parteien wollten aber in den strittigen Punkten nicht nachgeben, so daß jedes Lager dem andern schlechten Willen vorwarf. In dieser Zeit wurde die Frage der Besetzung der Schlösser Iberg, Lütisburg und Schwarzenbach durch die Toggenburger aufgeworfen. Am 4. April wurden diese strategisch wichtigen Plätze mit der Zustimmung der beiden evangelischen Städte dem Abte weggenommen und mit Kriegsbedarf und Mannschaft ausgerüstet. Zürich war auch hier der aktivere Ort gewesen, Bern hatte eher gezögert. Verschiedene Gesandtschaften zwischen Zürich und Bern hatten den Zweck, sich gegenseitig zu orientieren und das weitere Vorgehen zu bestimmen. — Die Besetzung der Schlösser zeitigte jedoch nicht die erwarteten Folgen; der Fürstabt wurde keineswegs zum Nachgeben gestimmt. Im Toggenburg selbst waren zwischen den Angehörigen beider Konfessionen bedenkliche Verhältnisse entstanden. Diese Zustände zu verbessern und in allem einen Mittelweg zu finden, war die Aufgabe des Zürcher Kommissärs Hans Ulrich Nabholz. Er verfaßte verschiedene neue Ordnungen und fand bei den Toggenburgern eine gute Aufnahme ¹⁰³. Für das Toggenburger-Geschäft als Ganzes wurde damit nichts erreicht; der Abt beharrte auf seinem Standpunkt und suchte immer deutlicheren Rückhalt beim Kaiser. Von Wien aus wurde gegen die Städte nichts Ernsthaftes unternommen; diese erkannten aber, daß der Abt im Ernstfalle mit kaiserlicher Unterstützung rechnen konnte. Auch dem Kaiser ging es in erster Linie um eine Wiederaufnahme der Mediationsverhandlungen und um die Lösung verschiedener Mißverständnisse. Ein Gerücht, wonach Zürich und Bern für den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen verantwortlich seien, befremdete den Kaiser sehr. Joseph I. drohte mit Maßnahmen, falls gegen ihn etwas unternommen werde ¹⁰⁴. Die kaiserliche Drohung dämpfte sogar den zürcherischen Eifer für die Toggenburger. Furcht vor wirtschaftlicher Schädigung wird mitgespielt haben, sowie auch die durch die Schrift eines Juristen aus Marburg hervorgetretenen Zweifel an der Richtigkeit der eigenen Politik. Dieser lehnte, wie auch einmal Johann Balthasar Burckhardt, die Forderungen der Toggenburger aus rechtlichen Gründen ab ¹⁰⁵.

Die Mediation war durch die Diskussion um die Rückgabe der besetzten Schlösser erschwert worden. Basels Anstrengungen blieben trotzdem stets auf eine Beschleunigung derselben ausgerichtet, unter besonderem Hinweis auf seine eidgenössischen Pflichten ¹⁰⁶. Basel konnte jetzt auch gar nichts anderes unternehmen, als mit Schaffhausen innerhalb der evangelischen Städte auf Milde achten und Ruhe bewahren ¹⁰⁷.

An die Mai-Konferenz der evangelischen Städte wurde Basel eingeladen,

¹⁰² EA VI², S. 1573, 1576.

¹⁰³ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 170 ff.

¹⁰⁴ Joseph I. an Bern, 24. März 1710, StA Bern, Togg. EE, S. 727.

¹⁰⁵ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 214.

¹⁰⁶ Instruktionen, 30. April 1710, StA Basel.

¹⁰⁷ Du Luc an Dürler, 11. Mai 1710. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung V, S. 45.

vorher hatte Zürich es Bern überlassen, eine solche Einladung vorzunehmen; Zürich allein hätte es vielleicht nicht getan ¹⁰⁸. An der Konferenz sollten Basels Vertreter erneut auf eine Mediation drängen. In der Instruktion für die Basler Gesandten Johann Balthasar und Christoph Burckhardt wurde ihr Verhalten genau festgelegt, nachdem die Richtlinien seit einem Jahr eher allgemein gehalten waren. Basel sah ein, daß nach Beruhigung der durch den Mercyschen Durchmarsch entstandenen Lage die Erledigung des Toggenburger-Geschäftes endlich gefördert werden müsse. Mittel sollten gefunden werden, die für beide Parteien erträglich wären, «damit neben möglichster conservation der Toggenburger privilegien, geist- und leiblichen Freyheiten gleichwohl auch die Zerrüttung des eidgenössischen ruestandts verhuetet werde» ¹⁰⁹. Die Sympathien Burckhardts neigten, wie wir schon früher feststellten, eher auf evangelische Seite, er bestätigte dies an der Konferenz, indem er versprach, sich im Notfalle für die glaubensgenössischen Interessen einzusetzen ¹¹⁰.

Da das Toggenburger-Geschäft aber nicht das Haupttraktandum der Konferenz war, stand in dieser Sache auch keine Änderung bevor. Wichtiger war jetzt die Frage der Beschickung des Friedenskongresses in Getrudenberg. Die Angelegenheit wurde lange erörtert; als aber Basel und Zürich ihre Zustimmung gaben und man zur Ausführung schreiten wollte, war die Sache gegenstandslos geworden; der Friedenskongreß hatte sich am 25. Juli aufgelöst ¹¹¹.

Die nächste Möglichkeit zur Lösung des hängigen Religionsgeschäftes war die Jahrrechnungstagsatzung vom Juli 1710. Basel verlangte zu Beginn der Verhandlungen die so dringend notwendigen Sicherungen gegen neue Grenzverletzungen und Aufrechterhaltung des Neutralitätstraktates von 1702 ¹¹². Der Schutz der eidgenössischen Grenzen durfte nicht vernachlässigt werden. Basel rechnete trotz des Mißerfolges vom Herbst 1709 auf eine gesamteidgenössische Lösung. Eine solche konnte in jeder Beziehung nur förderlich sein. Die katholischen Orte brachten aber auch jetzt, wie nach dem Zwischenfall mit Mercy, den Einwand vor, daß zuerst die inneren Angelegenheiten eriedigt werden sollten, denn die bestehenden Mißhelligkeiten seien eben der Ursprung der «sich täglich mehrers erzeigenden geringachtung der Nation». Nach Beilegung dieser Schwierigkeiten würden sich auch die äußern lösen ¹¹³. Die aus all dem hervorgerufene Beunruhigung und Mißgunst unter den Orten hatten dazu geführt, daß das Defensionale nicht mehr beachtet wurde ¹¹⁴.

¹⁰⁸ Zürich an Bern, 7. Mai 1710, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 41, S. 485.

¹⁰⁹ Instruktionen, 17. Mai 1710, StA Basel.

¹¹⁰ J. B. B., Mai 1710.

¹¹¹ *Noorden*, Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert, III, S. 655—681. — EA VI², S. 1579 ff. — *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 211.

¹¹² EA VI², S. 1589.

¹¹³ Abschiede, 30. Juli 1710, StA Basel.

¹¹⁴ Tschärner an J. B. Burckhardt, 11. September 1710, StA Basel, Politisches X 3,3.

Von der Session wurden einige Gesandte, unter ihnen auch J. B. Burckhardt, aufgefordert, die Frage der Grenzsicherheit zu besprechen und ein Projekt aufzustellen.

Auch in der Mediationssitzung war Burckhardt aktiv, er wies erneut auf Mittel zum Vergleich hin, denn je mehr sich der Zwist vertiefe, desto schwerer sei eine Lösung. Die katholischen Uninteressierten drängten ebenfalls, damit kein Fremder «die hand darin zuschlagen ursach oder anlass nembe»¹¹⁵. Die beiden Städte Zürich und Bern sprachen sich auch dahin aus, daß sie eine Lösung erstrebten, bei der jede Partei das erhalten solle, was ihr von Gott und nach Billigkeit gebühre¹¹⁶. All diese wohlmeinenden Ideen wurden aber vor den Tatsachen zur Unmöglichkeit. Die Erledigung oder ein Fortschritt hingen von der Rückgabe der Schlösser ab; der Abt wollte zuerst wieder seinen Besitz erlangen. In dieser ziemlich verworrenen Lage stellte Burckhardt den Antrag, die Frage der Evakuierung der Schlösser der Mediation zu überlassen. Die katholischen Orte stellten sich hinter das Begehren des Abtes: zuerst Rückgabe der Schlösser, dann Mediation. In der Beratung der drei evangelischen Städte im Haus der Berner zu Baden wurde über das weitere Vorgehen beratschlagt, ein Abbrechen der Verhandlungen wurde als zu gefährlich betrachtet. Während der Erörterungen konnte der Basler Bürgermeister Bern für seinen neuen zweiten Vorschlag gewinnen. Er schlug vor, die Schlösser zurückzugeben; dann aber sollte die Mediation bestimmen, daß die Toggenburger sie zu ihrer Sicherheit erneut besetzen müßten. Zürich, das natürlich gegen jedes Nachgeben eingestellt war, lehnte die Spitzfindigkeit ab und beharrte auf der sofortigen unbedingten Mediation. Bern mußte den Plan Basels seinen Herren berichten, die sich der Meinung Zürichs anschlossen. Jetzt wurde der erste Vorschlag Basels gutgeheißen, alles der Mediation zu überlassen und daher diese zu fördern. Die eigentliche Absicht Basels, die Schlösser vor der Mediation zu evakuieren, wurde nicht erfüllt, da es ein Zurückweichen zu Gunsten der katholischen Orte gewesen wäre. Trotz der Schwierigkeiten wollte Burckhardt an die katholischen Orte eine Antwort absenden, in der ihre Haltung genau dargelegt werden sollte, besonders der allgemeine Wunsch nach Vermittlung. Die Antwort wurde übergeben, in der Basel ausdrücklich bemerkte, daß es nicht der gleichen Meinung wie die Vororte sei¹¹⁷. Basel wollte, wo nur immer möglich, bei den katholischen Orten gut angeschrieben sein. Hätte Basel auch jetzt eine größere Macht hinter sich gehabt, die Aktionen seiner Gesandten wären erfolgreicher gewesen, und die Verhandlungen hätten vielleicht einmal ein positives Ergebnis gezeitigt. Sobald aber Bern sich der Meinung Zürichs anschloß, stand die Rheinstadt auf verlorenem Posten. Basel ließ sich aber nicht entmutigen; es bemühte sich vielmehr, nachdem an der Frage der drei Schlösser die Mediation gescheitert war, Zürich und Bern von weiteren

¹¹⁵ Jahrrechnung 1710, Abschiede, StA Basel.

¹¹⁶ Juli 1710, StA Bern, Togg. FF, S. 84. — EA VI², S. 1591.

¹¹⁷ J. B. B., Juli 1710. — Trauttmansdorff an Joseph I., 16. August 1710, BA. Wien 139, f. 21.

Maßnahmen abzuhalten, damit das Geschäft keine Verschlimmerung erfahre ¹¹⁸. Schaffhausen wollte ebenfalls alles dazu beitragen, was zur Herstellung des eidgenössischen Ruhestandes erforderlich war ¹¹⁹.

Während des Spätsommers 1710 herrschte keine große diplomatische Tätigkeit; die Angelegenheit ruhte. Die Aussicht auf einen baldigen allgemeinen Frieden und damit der Antrieb, den Fürstabt von St. Gallen zu einem Kompromiß zu nötigen, waren geschwunden.

Zu Beginn des Jahres 1711 war wieder eine lebhaftere Tätigkeit der ausländischen Gesandten festzustellen. Das Toggenburger-Geschäft nahm in ihren Berichten an die Herrscher einen breiteren Raum ein; besonders Du Luc wollte sich für eine Mediation einsetzen. Trauttmansdorff meldete an den Hof die Befürchtung, sein französischer Kollege möchte das Geschäft an sich ziehen ¹²⁰. Die evangelischen Orte betonten aber erneut, keine fremde Vermittlung dulden zu wollen ¹²¹.

Durch den plötzlichen Tod Kaiser Josephs I. am 17. April 1711 änderte sich die Lage insofern, als nun für Zürich und Bern der Druck vom Reich her aufhörte. Für den Abt war das ein schlimmer Schlag, denn man hatte sich in St. Gallen beim Gedanken beruhigt, nichts zu unternehmen, bis nach erfolgtem Friedensschluß der Kaiser imstande sein werde, mit Ernst gegen die beiden Städte vorzugehen ¹²². Die einer großen Gefahr entronnenen Stände Zürich und Bern benützten nun die Zeit bis zur nächsten Kaiserwahl, um für die Zukunft einer ähnlichen Situation vorzubeugen. Sie versuchten darum alles mögliche, um das Stift St. Gallen zu nötigen, sowohl das Bündnis mit Oesterreich, als auch den alten Lehensvertrag mit dem Kaiser aufzugeben ¹²³. Auch Basel sprach sich für die Vernichtung des Bündnisses zwischen dem Abt und dem Kaiser aus. Bern verlangte von Zürich, in das Toggenburger-Geschäft wieder mehr Bewegung zu bringen, jetzt war die Gelegenheit ja günstig ¹²⁴.

Dieses außenpolitische Ereignis und neue Reibereien im Toggenburg bestimmten den Charakter der Jahrrechnungstagsatzung vom Sommer 1711 ¹²⁵. Dazu kamen neue, durch das Herannahen fremder Heere entstandene Gefahren. Der französische Botschafter verlangte Sicherheit der Grenzen, und die katholischen Orte hoben erneut die inneren Schwierigkeiten als wichtigstes Geschäft hervor. Das am meisten gefährdete Basel drängte auf ein

¹¹⁸ Bericht an Zürich aus Baden, 30. Juli 1710, StA Zürich, 236,2.

¹¹⁹ StA Bern, Togg. FF, S. 97. — Jahrrechnung 1710, Evangelischer Abschied, StA Basel.

¹²⁰ Trauttmansdorff an Joseph I., 14. Februar 1711, BA. Wien 140, f. 9.

¹²¹ Instruktion für Martinière, von Du Luc aufgesetzt — für Reise nach Bern, 9. Juni 1711, BA. AES 229, f. 466. — Trauttmansdorff an Kaiserin Wilhelmine, 1. August 1711, BA. Wien 141, f. 15.

¹²² *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 219.

¹²³ *von Arx*, Geschichte des Kantons St. Gallen III, S. 430.

¹²⁴ Bern an Zürich, 26. Mai 1711, StA Bern, Togg. FF, S. 289.

¹²⁵ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 223 ff.

neues Sicherheitsprojekt, welches dann von Burckhardt mit einigen Gesandten anderer Orte erarbeitet wurde. Bauingenieure aus Zürich, Bern und Solothurn besichtigten sogar die Grenzsicherungen Basels. Du Luc benützte die Neutralitätserörterungen dieser Zeit, um zum Frieden im Innern zu mahnen. Seine Einmischung wurde aber wieder abgelehnt ¹²⁶. Die Toggenburgerfrage stockte von neuem. Da der Abt zuerst seine Einkünfte zurückerhalten wollte, fielen harte Worte, ja man wollte sogar den Abt von den künftigen Verhandlungen ausschließen ¹²⁷. Basel war dabei der etwas abseits stehende Mahner, den man gerne überhören wollte. — Erfolgos verlief die Session, und die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung schwanden immer mehr.

Bei der Beurteilung des Verhaltens der Rheinstadt während dieser Zeit ist ihre doppelte politische Belastung zu beachten. Neben der innenpolitischen Arbeit mußte Basel immer auf die Vorgänge im umliegenden Ausland ein wachsames Auge haben. Dadurch wurden die Regierung und ihre Ständesvertreter allzu oft abgelenkt und die Mediationsarbeit wurde weniger stark berücksichtigt; eine Gebietsverletzung wie diejenige von 1709 durfte auf keinen Fall mehr vorkommen.

Die Bemühungen Basels zum Schutze der Grenzen fanden die volle Zustimmung und Zufriedenheit der französischen Nachbarn. Drohende Gefahren einer neuen Grenzverletzung meldete Burckhardt sofort Du Luc, denn durch abwehrbereite französische Truppen konnten die Kaiserlichen zurückgehalten werden ¹²⁸. Die Bevölkerung der Stadt war jedoch wie seit Jahren gegen Frankreich eingestellt. In der Regierung waren die Meinungen geteilt; ihr Haupt, der Bürgermeister Burckhardt, sympathisierte aber mit Frankreich, wodurch ein gutes nachbarliches Verhältnis entstand. Für eine Mediation im laufenden Religionskrieg, an der Basel offiziell, Du Luc inoffiziell beteiligt waren, konnte sich ein solches Einvernehmen nur fördernd auswirken. Vorläufig traten ruhigere Verhältnisse ein. Eine Mediation und daher eine besondere Tätigkeit der Rheinstadt war jetzt ausgeschlossen; die Haltung auf beiden Seiten war versteift. Es mußte irgendwoher ein Anstoß kommen, der dann den weiteren Verlauf bestimmen sollte. Ein solcher war um die Jahreswende 1711/12 die Vorbereitung zum Friedenskongreß vom Januar 1712. Die kaiserlichen und französischen Einmischungsversuche bestärkten die Städte Zürich und Bern, den Toggenburgerstreit vor dem allgemeinen Friedensschluß zu beendigen. Jetzt war der letzte Augenblick für eine Lösung ohne fremde Einmischung gekommen ¹²⁹. Gemeinsame eidgenössische Bestrebungen an den Friedensverhandlungen hätten eine Gelegenheit zur Versöhnung geboten. In allen evangelischen Städten hoffte man auf eine Einbeziehung der Eidgenossenschaft in den allgemeinen Frieden. Allerdings

¹²⁶ Trauttmansdorff an Kaiserin Wilhelmine, 1. Aug. 1711, BA. Wien 141, f. 15.

¹²⁷ EA VI², S. 1618 ff.

¹²⁸ Du Luc an Voisin, 10. August 1711, BA. AES 227, f. 42. — J. B. Burckhardt an Du Luc, 30. August 1711, BA. AES 230, f. 105. — Du Luc an Basel, 23. Oktober 1711, BA. AES Supp. XII, f. 100.

¹²⁹ *Feller*, Geschichte Berns III, S. 260.

erwartete man auf der gleichen Seite die vertragliche Bestätigung der Er rungenschaften; die katholischen Orte wollten dies aber verhindern ¹³⁰. In einer außerordentlichen Tagsatzung sollte anfangs April über eine gemein- same Abordnung nach Utrecht gesprochen werden.

Auch im Toggenburg gab es in diesen Monaten Veränderungen. In der zweiten Hälfte des März begann die freiwillige Rückkehr der Gemeinden zum Abt. Dieser war bereit, bei Wiederherstellung der alten Regierung im Toggenburg das Vergangene zu vergessen ¹³¹. Es tauchten Gerüchte über zürcherische Kriegsvorbereitungen auf; vieles schien verworren und ge- spannt. Seit sieben Jahren lag nun eine drückende Stimmung über der Eid- genossenschaft; es war ein auf- und abwogender Kampf, eine Zeit stetiger Vermittlungsversuche der Unparteiischen, dann ein Suchen nach ausländ- ischer Hilfe und dazwischen immer wieder ein Hervorbrechen konfessionel- ler Leidenschaften. Einmal mußte alles entschieden werden. Jetzt bestand erstmals nach der haßerfüllten und gespannten Lage vom Herbst 1709 eine neue, für die evangelischen Orte günstige Gelegenheit zur Beendigung des hängigen Streites.

¹³⁰ Mémoire, Wünsche der katholischen Orte für den allgemeinen Frieden, 16. März 1712, BA. AES 239, f. 22. — EA VI², S. 1637 ff, 1640 ff.

¹³¹ EA VI², S. 1631 f.

DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNG

I. Die baslerische Mediation vom Mai 1712

Die Einbeziehung der Schweiz in den Frieden von Utrecht war der Gegenstand der Verhandlungen der einzelnen Orte und der Tagsatzung im März und zu Beginn des Aprils 1712. Die Toggenburgerfrage stand nicht auf der Liste der Geschäfte, darum blieb auch Bürgermeister Burckhardt diesen Erörterungen fern. Sein ganzes Arbeiten und Trachten galt der Lösung des hängigen Religionsstreites, der auf beiden Seiten immer schärfere Formen annahm. Meyer von Schauensee urteilt über diese Zeit hart, aber zutreffend: «In keinem orth noch parthei der welt, wo beide dise Religions nebend, und bey ein ander wohnen, wird solcher Eyfer, Haß, Mißgunst, Verachtung, Verfolgung wider ein ander gesähen»¹. Der Kampf, auf den sich nun Zürich und Bern gegen den Abt mit den Innern Orten vorbereiteten, galt ja nicht mehr dem Toggenburg; es ging um die Rache für 1531 und 1656 und um die Vorherrschaft in den Gemeinen Herrschaften. Jede Partei glaubte, daß in der herrschenden Auseinandersetzung der höchste Herr auf ihrer Seite stehe². Diese eidgenössischen Streitigkeiten wurden zu einer Zeit ausgetragen, in der in den andern europäischen Staaten die Religionskriege seit längerer Zeit beendet waren.

An der Tagsatzung vom 3. April 1712 kam die Toggenburger Angelegenheit doch zur Sprache; es war Du Luc, der am dritten Verhandlungstag die Abgeordneten aller Orte zum Frieden mahnte. Nur vollständige Eintracht habe bis anhin den Bestand der Eidgenossenschaft gewährleistet, darum müsse auch der jetzige Streit beigelegt werden. Nicht durch das Ausland dürfe der Zwist beendet, aus eigenen Kräften müsse er geschlichtet werden. Der Botschafter wies auf Eidgenossen mit Ansehen und großen Fähigkeiten hin, die nach Recht und Gewissen im Namen aller entscheiden sollten. Er dachte dabei nicht an die gewählten eidgenössischen Mediatoren im Gesamten, sondern an einige Herren davon, so gewiß in erster Linie an seinen Basler Vertrauten Johann Balthasar Burckhardt³. Die Teilnahme Du Lucs an der Tagsatzung und seine Empfehlungen wurden verdankt und das Versprechen abgelegt, mit der Hilfe Gottes die Einheit und Ruhe zu bewahren⁴. Das Geschäft wurde dann beiseite gelegt, da die Gesandten ohne Instruktionen erschienen waren. Ein Versuch Du Lucs, im geheimen den

¹ Meyer von Schauensee, Beschreibung des Toggenburgerkrieges, S. 139.

² Relation des Herrlichen Sieges, Bern 1712, StA St. Gallen, Bd. 1606, 779.

³ Discours prononcé à la Diette, BA. AES 239, f. 236.

⁴ Response de la Diette, 6. April 1712, BA. AES 239, f. 244.

katholischen Orten die Vermittlung anzutragen, scheiterte ebenfalls am Fehlen der betreffenden Instruktion.

In Utrecht gediehen die Friedensverhandlungen, so daß eine ausländische Intervention im eidgenössischen Handel immer drohender wurde. Um eine solche Einmischung zu verhüten, mußte endlich etwas geschehen.

Der Rückkehr der Gemeinden zum Abt wollte Nabholz durch Gewalt ein Ende bereiten. Die Toggenburger fühlten sich gezwungen, zwei Gotteshäuser zu besetzen, da deren Geistlichkeit bemüht sei, dem obern Amt einen «Kappenzaun» anzulegen⁵. Im Einverständnis der Städte Zürich und Bern besetzte Nabholz am 13. April die Klöster Magdenau und Neu St. Johann, erstürmte Bütschwil, den Mittelpunkt der Katholiken, und scheuchte die äbtischen Truppen aus dem Land. Die bernische Bewilligung zu diesem Unternehmen kam nicht sehr spontan; lediglich Schultheiß Willading war der stete Treiber zu einem derartigen Vorgehen⁶. In der Aarestadt hoffte man noch am 22. März auf ein friedliches Schlichten und auf ein Ende der Streitigkeiten im Toggenburg⁷. Beim Handeln Berns war die Machtpolitik nicht so ausschlaggebend wie in Zürich; Glaubensinteressen am Toggenburg spielten eine größere Rolle⁸. Als Willading noch am 11. April von der Regierung aufgefordert wurde, sich zuerst mit den übrigen evangelischen Orten, nicht nur mit Zürich allein, zu beraten, lehnte er es mit der Bemerkung ab, man habe diese immer erst nach erfolgtem Geschehen unterrichtet⁹. Eine solche Handlungsweise war zumindest in den vergangenen Monaten der Rheinstadt gegenüber nicht üblich gewesen. Willading aber wollte jede Verzögerung vermeiden, eine solche hätte Basels vermittelnde und abwartende Stellung aber gewiß verursacht.

In einem Manifest vom 13. April rechtfertigten sich die beiden Städte mit den üblichen Aussagen; sie beteuerten, daß sie nur aus Friedenswillen und Gerechtigkeitsinn den bedrängten Toggenburgern Hilfe brächten und die Ordnung wieder herstellen wollten, ohne den eigenen Vorteilen und Interessen nachzugehen. Ihre Aufgabe sei, die Unruhen zu stillen und die Toggenburgersache auf einen festen Fuß zu stellen. Die Mediation des Standes Basel und anderer Orte würde weiterhin unterstützt. Den Abbruch der Verhandlungen schob man den katholischen Orten zu¹⁰. Am gleichen Tag ermahnten Zürich und Bern kraft der Bünde und Verträge alle evangelischen Orte zur Hilfe. An eine Unterstützung dachte Basel aber nicht, sondern versuchte im Gegenteil, die Orte weiterhin zu beschwichtigen, um Wiederaufnahme der Mediation zu bitten und zur Vermeidung von Tätlichkeiten aufzurufen. Das Antwortschreiben an Bern stellte lediglich fest, daß die Stadt beflissen sei, die Pflichten, die sich aus der konfessionellen Bin-

⁵ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 250.

⁶ *von Fischer*, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 165 ff.

⁷ Bern an Zürich, 22. März 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 42, S. 277.

⁸ *Guggenbühl*, Zürichs Anteil am zweiten Villmergerkrieg, S. 50.

⁹ *von Fischer*, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 163.

¹⁰ StA Bern, Togg. A, S. 417.

ung ergaben, zu achten ¹¹. Die Bestrebungen Basels wurden von einigen Orten verdankt, so auch vom Fürstabt, der der Stadt mit dem Satz: «von dem fürsten des friedens haben ihr den lohn und dem lieben Vatterland lob und dankh zu erwarten» das Vertrauen aussprach ¹².

Das Manifest der evangelischen Städte wurde bereits zwei Tage nach seinem Erscheinen durch den Fürstabt von St. Gallen beantwortet. Er wehrte sich gegen den Vorwurf des Beiseitelegens der Mediation und verurteilte das gegen Treue und Wahrheit verstößende Vorgehen der beiden Städte. Der Abt erklärte sich jederzeit zu einer unparteiischen Mediation bereit. Er schloß sein Schreiben mit der Versicherung, all das freudig anzunehmen, was Gott ihm senden werde, jegliche menschliche Gewalt aber, die seine Rechte schmälern möchte, wolle er mit dem Vertrauen auf göttlichen Beistand bekämpfen ¹³.

Am 15. April brachen bereits 4000 Zürcher ohne Kriegsansage in das äbtische Gebiet ein, wichen aber tags darauf schlecht verpflegt und ratlos nach Elgg zurück ¹⁴. Die Unterstützung der Berner mußte abgewartet werden. In den katholischen Orten erfolgte am 15. April sofort ein Truppenaufgebot; das Vorgehen der beiden Städte hatte überall, namentlich in Schwyz, die Leidenschaften mächtig erregt, ein Religionskrieg war unvermeidlich geworden. Die fünf Orte fühlten sich durch den Hilferuf des Abtes aus St. Gallen in die Lage versetzt, die Unterstützung pflichtgemäß zu leisten und zwar «pro defensione regionis et religionis» ¹⁵. Die Katholiken hofften allerdings immer noch auf eine friedliche Lösung und auf ein Eingreifen des Auslandes. Die Mächte aber, auf welche die katholischen Orte ihre Hoffnungen setzten, Frankreich, Spanien und das Reich, standen sich trotz der Verhandlungen in Utrecht immer noch in einem Ringen um die spanische Erbfolge gegenüber. Sie waren dadurch aufs äußerste angespannt und zu einer wirksamen Intervention unfähig. Der Bischof von Basel war zu einem Zuzug bereit und erwartete nur noch nähere Angaben der katholischen Orte ¹⁶. Auch die neutralen Orte Solothurn und Freiburg erklärten dem katholischen Vorort Luzern ihre Bereitschaft, für das Vaterland und die Katholizität einzustehen. Solothurn rief die Mannschaft zusammen und stellte Wachen auf ¹⁷. Von der Neutralität, die diese Orte zu halten versprochen hatten, nahmen sie in jenen Tagen keine besondere Notiz, sie wußten auch noch nichts Genaues über das zukünftige Verhalten der Rheinstadt, an deren Friedensliebe sie allerdings ohne Grund zweifelten ¹⁸. Auf Basels

¹¹ Basel an Bern, 16. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 529.

¹² Fürstabt von St. Gallen an Basel, 24. April 1712, StA St. Gallen, Bd. 1609, 100.

¹³ StA St. Gallen, Bd. 1606, 332.

¹⁴ *Mantel*, Zwölferkrieg, S. 253.

¹⁵ Luzern an den Fürstabt von St. Gallen, 17. April 1712, StA St. Gallen, Bd. 1609, 97.

¹⁶ Bischof von Basel an Luzern, 22. April 1712, StA Luzern, 686.

¹⁷ Solothurn an Luzern, 16. April 1712, StA Luzern, 686. — Freiburg an Luzern, 20. April 1712, StA Luzern, 686.

¹⁸ *Meyer*, Solothurns Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., S. 201.

Einstellung war man gespannt, denn sie sollte diejenige der neutralen katholischen Orte bestimmen. Basel seinerseits wollte wissen, wie sich sein Nachbar verhalte; die Stadt erließ daher zu ihrer Sicherheit an die Ämter den Befehl zur stündlichen Bereitschaft ¹⁹.

Nachdem die Innern Orte dem Kloster St. Gallen zu Hilfe geeilt waren und sich so gegen den evangelischen Angriff zur Wehr gesetzt hatten, standen sich Katholiken und Evangelische in Waffen gegenüber, die einen als Verteidiger des Abtes, die andern als Verstärkung der Toggenburger — der Bürgerkrieg, der die katholische Vormacht vernichten sollte, war ausgebrochen!

All die verschiedenen Aufrufe Basels zur Vermittlung hatten wenig Erfolg. In den Tagen der Rüstungen und Aufmärsche versuchte die Stadt daher das letzte Mittel, sie verlangte die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung. Mit diesem Schritt kam Basel seinen eigentlichen Bundespflichten nach. — Ein Krieg innerhalb der Eidgenossenschaft mußte wegen der verschiedenen Bindungen an das Ausland zu einer Einmischung fremder Mächte führen. Solche Aktionen und Durchzüge, vor denen Basel nicht genug warnen konnte, sollten mit allen Mitteln verhindert werden.

Da die Stadt einen vollkommenen Zerfall der Ruhe und Ordnung in der Eidgenossenschaft befürchtete, wies sie in ihren Mahnschreiben immer auf die Vermittlung hin, als den einzigen Weg zur Lösung des herrschenden Zustandes. Sie erinnerte dabei an die von verschiedenen Orten erklärte Mediations-Bereitschaft. Bei den evangelischen Glaubensgenossen hob Basel den von ihnen geäußerten Willen zur Vermittlung besonders hervor ²⁰.

Ein wichtiger Grund zu Basels Bemühungen war die Furcht vor der Getreideblockade durch Frankreich und die Sorge um den bedeutenden Handel der Stadt. Ein Krieg zwischen den eidgenössischen Orten mit Beteiligung Basels hätte zu großen Schwierigkeiten mit dem katholisch gesinnten westlichen Nachbarn führen müssen, hauptsächlich wegen des Getreides aus dem Elsaß. Seit dem Durchmarsch von Mercy war die Stadt mit wirtschaftlichen Schikanen empfindlich belastet.

Die wirtschaftlichen Sorgen gaben in Basels Maßnahmen und Plänen oft den Ausschlag. In den Verhandlungen der Räte und in ihren Schreiben an die Gesandten auf der Tagsatzung wird die mangelhafte Getreidezufuhr aus den eigenen Gebieten im Elsaß oft an erster Stelle erwähnt, Gedanken, welche die Basler allen eidgenössischen Gesandten und dem Ambassador darlegen sollten, um so eine Befreiung der Stadt von diesem Druck herbeizuführen. Fragen wirtschaftlicher Art beschäftigten die Regierung in Basel also in erster Linie; das Toggenburger-Geschäft und die konfessionellen Belange traten vielfach zurück. Mit den östlichen Randgebieten der Eidgenossenschaft hatte die Handelsstadt am Oberrhein wenig zu tun. Ihr Gedeihen wurde zum großen Teil durch die Wirtschaft bestimmt, Religionsrücksichten und Eroberungspläne standen daher im Hintergrund. Dies kam auch zum

¹⁹ Missiven, 19. April 1712, StA Basel.

²⁰ Basel an Bern, 17. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 545.

Ausdruck in Basels Bemühungen um die Sicherheit der Güter und Personen, die im Frühjahr 1712, mitten in den Kriegsvorbereitungen, nach Zurzach an die Messe zogen ²¹. Die Eröffnung wurde jedoch hinausgeschoben und die Messe schließlich überhaupt nicht durchgeführt.

Für Basel und seinen Bürgermeister Burckhardt wurde so das Vermitteln zur höchsten Pflicht. Wenn jetzt sogar die Aufgaben von 1501 erwähnt wurden, hoffte man dabei auf eine bundesmäßige Reaktion der übrigen eidgenössischen Orte. Hätte Basel die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Vordergrund gerückt, so daß diese als Grund zur Vermittlung offenkundig geworden wären, hätten die Bemühungen Basels bei vielen Orten auf Ablehnung stoßen müssen.

Wichtig war nun, daß all das Streben Burckhardts und dasjenige Basels immer eine gesamteidgenössische Vermittlung und Lösung verfolgten.

Am 17. April, also vier Tage nach der Besetzung der Klöster und dem Rechtfertigungsversuch der beiden evangelischen Städte, gelangte Basel aus «religions- und freundeidgenössischem Eifer» mit dem Ersuchen an Bern und Zürich, zur Vermeidung von weiterem Unheil und zur Wohlfahrt des ganzen Vaterlandes eine allgemeine Zusammenkunft zu veranlassen ²². Basel hoffte damit auch, die Einstellung aller Tätlichkeiten zu erreichen. Die Begründung mit der Erwähnung des Religionsbandes war Zürich und Bern gegenüber unbedingt notwendig. Zu beachten ist, daß Basel aber keine besonderen religionsgenössischen Verhandlungen, sondern solche mit allen Orten verlangte.

Da Bern immer noch friedliebende Gedanken hegte und weiterhin zu einer Mediation bereit war, erklärte es sich mit dem Basler Vorschlag einverstanden, wobei es auch der Stadt für ihre Bemühungen den freundlichsten Dank aussprach. Bern ließ Basel auch wissen, daß es das Verhalten des Abtes im ganzen verurteile und die Toggenburger aus ihrer gefährlichen Situation retten wolle ²³. Basel setzte nun alles daran, daß eine Tagsatzung sofort stattfinden konnte. Am 21. April freute sich die Stadt über die Zusage Berns, denn damit hatte sie einen wichtigen Stand für ihren Vorschlag gewonnen. Unter dem Einfluß Zürichs und der kriegerischen Partei im Berner Rat sollte sich später allerdings eine andere Einstellung der Aarestadt abzeichnen. Zur offiziellen Ausschreibung einer Tagsatzung berichtete in der Folge Basel an Zürich und betonte, daß nur auf einer solchen Versammlung richtig verhandelt werden könne ²⁴. Zürich war aber als Partei nicht imstande, diese Session einzuberufen. Den eigentlichen Aufruf zur Ausführung seines Vorschlages erhielt Basel von Bern. Diese Stadt meinte, es sei Brauch, daß der «erst ohnparteiische löbliche orth» eine solche Zusammenkunft auszusprechen habe, im jetzigen Falle also Basel. Die erste Rangstellung unter

²¹ Missiven, 25. April 1712, StA Basel.

²² Basel an Bern, 17. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 545.

²³ Bern an Basel, 20. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 549.

²⁴ Basel an Zürich, 21. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 677.

den uninteressierten Orten hatte Basel schon lange inne²⁵. Jetzt hatte Basel freie Hand; bereits am folgenden Tag, dem 24. April, schrieb es durch eine Botschaft an alle Orte auf Montagabend, den 2. Mai, eine Tagsatzung nach Baden aus. Das Einladungsschreiben, bei dessen Abfassung J. B. Burckhardt sehr wahrscheinlich maßgebend beteiligt war, hob Basels innereidgenössische Stellung hervor. Nur mit derartigen Hinweisen konnte die Stadt bei vielen Orten mit einem Erfolg rechnen. Nach einer kurzen Beschreibung der gegenwärtigen gefährlichen Lage wurde Basels größter Trumpf ausgespielt: die Abmachungen von 1501 mit den sich jetzt gegenseitig schädigenden Orten. Die Stelle lautet, die Zusammenkunft werde ausgeschrieben «nach dem Exempel unserer lieben Altvordern, auch nach Anweysung unserer obhabenden Pündtspflichten»²⁶. Die Erwähnung der Bundespflichten beweist, daß wenn diese in einem Schreiben an alle Orte hervorgehoben wurden, sie in Basel und in der gesamten Eidgenossenschaft als bekannt und geachtet vorausgesetzt wurden, und das 211 Jahre nach dem Abschluß und in einer Zeit, in der eine Neubeschwörung der Bünde schon lange nicht mehr Sitte war²⁷.

Die neue Tagsatzung sollte nicht nur die Schlichtung beratschlagen, sondern auch alle gefährlichen Umstände und Bewegungen beheben. Die Einladung zeugt von hohem eidgenössischem Sinn, denn die Erhaltung des Vaterlandes und dessen Ruhe am Herzen liegt. Die erste Reaktion in den verschiedenen Orten war für Basel günstig und aufmunternd. Die beiden evangelischen Städte Zürich und Bern, die sich für eine unparteiische Mediation zu gleichen Sätzen bereit erklärt hatten, nahmen den Basler Vorschlag an²⁸. Die Zustimmung erfolgte allerdings nicht spontan, denn einflußreiche Kreise in Bern erstrebten jetzt eine rasche Lösung des Konfliktes, was durch die Fortführung der angefangenen Tötlichkeiten erreicht werden konnte. Der holländische Gesandte meinte, die Zustimmung erfolge unter dem Einfluß der Furcht vor den französischen Truppen bei Hünningen; diese hatten allerdings in jenen Tagen noch ihre normale Stärke²⁹. Auch Zürich kam die Tagsatzung etwas ungelegen, bedeutete sie doch eine unliebsame Störung seiner Kriegspolitik und eine Verzögerung seiner festgelegten Pläne. Die beiden Städte, die bereits viele Leute im Felde hatten, wollten diese erst nach erfolgreicher Beendigung des Geschäftes zurückziehen. Zürich suchte sogar einen Vorwand zur Meidung der Tagsatzung, es fand ihn in der Besetzung Badens durch die Fünfförtischen. Eine Verlegung des Tagungsortes außerhalb Badens hätte auch Bern gerne gesehen. Die Aarestadt meldete ihr Erscheinen unter der Bedingung, daß die Trup-

²⁵ Bern an Basel, 23. April 1712, StA Zürich, A 236,3.

²⁶ Basel an die Eidgenossen, 24. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 787 (Beilage II).

²⁷ Die fünfte und letzte Bundesbeschwörung hatte am 30. September 1526 stattgefunden. Vorher fanden solche am 13. Juli 1501, 11. Juli 1507, 28. Juni 1514, 4. Juli 1520 statt. *Wackernagel*, Geschichte der Stadt Basel, III, S. 4.

²⁸ Zürich und Bern an Luzern, 23. April 1712, StA Luzern, 686.

²⁹ Runckel an Generalstaaten, 24. April 1712, BA. Holland 5977, Photos 167—170.

pen der Innern Orte zurückgezogen würden. Bern wollte durch seine Zusage vermeiden, daß ihm etwas vorgeworfen werden könnte. Ende April schlug Zürich Basel als bequemsten Verhandlungsort vor, wofür die Katholiken aber wegen ihres schon lange gehegten Mißtrauen dem evangelischen Basel gegenüber nie gestimmt hätten. Es ist unwahrscheinlich, daß die bereits erwähnten Truppen in Hünigen auf Zürichs Verhalten einen Einfluß ausübten, denn sonst wäre der Vorschlag nicht gemacht worden und umgekehrt hätte mit der Zustimmung der katholischen Orte gerechnet werden dürfen ³⁰.

In der Frage des Verhandlungsortes beharrte Basel auf der Bäderstadt «als den orth welchen unsere in Gott ruhende liebe altfordern bey eben dergleichen Zeiten doch auch erwehlet». Basel wollte jegliche Besonderheit vermeiden, das hergebrachte Verfahren sollte in allen Dingen streng eingehalten werden ³¹.

Auch der katholische Vorort Luzern dankte Basel für seine Mahnung, erklärte seine Unterstützung und meldete die Bereitschaft zur Tagsatzung, falls Zürich und Bern kommen würden. Es verlangte aber von den beiden evangelischen Städten einen Waffenstillstand, denn diese hätten angegriffen ³². Luzern wäre mit der Niederlegung der Waffen, bis es sich zur Gegenwehr hätte rüsten können, zufrieden gewesen ³³. Solothurn und Freiburg waren mit dem Basler Vorschlag ebenfalls einverstanden. Desgleichen meldete Fürstabt Leodegar seine Gesandtschaft für die Session an. Schwieriger verhielt es sich mit den Länderorten. Zug lehnte ab und war dann auch der einzige katholische Ort, der sich fernhielt. Uri, Unterwalden und der Kriegsrat von Luzern hatten wenig Hoffnung auf Erfolg einer Aussprache; sie sahen diese nur als eine schädliche und kostspielige Verzögerung an. Schwyz erwartete nichts Gutes; es fürchtete, daß durch die Konferenz ein Tumult unter seinen Soldaten losbrechen könnte und lehnte den Besuch ab, auch wollte es «in Ewigkeit» nicht von der Gleichheit der Religion wissen, so wie Zürich sie anstrebte ³⁴.

Am 28. April erteilten die Innern Orte Basel einen unklaren, eher ablehnenden Bescheid, unterließen es jedoch nicht, ihre freundeidgenössische Gesinnung zu erwähnen ³⁵. Bei ihrem Entscheid spielten die Kosten eine wichtige Rolle, daneben aber auch das schon erwähnte Mißtrauen Basel gegenüber. Man fragte sich, ob Basel überhaupt offen rede und nicht mit Zürich und Bern ein Komplott schmiede; vielleicht war es, so meinte Oberst Am Rhyn, nur ein Manöver zum Mürbemachen der Katholiken. Die auf eine rasche Entscheidung angewiesenen katholischen Orte sollten hingehalten

³⁰ Bern an Basel, 29. April 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 42, S. 391. — Zürich an Basel, 27. April 1712, StA Zürich, Geheimes Missivenbuch B IV 227, S. 196 ff. — StA Luzern 686.

³¹ Basel an Zürich, 27. April 1712, StA Zürich, A 236,5.

³² Luzern an Basel, 24. April 1712, StA Luzern 686.

³³ Luzern an Basel, 23. April 1712, StA Luzern 686.

³⁴ Unterwalden an Luzern, 27. April 1712, StA Luzern 686. — Schwyz an Luzern, 27. April 1712, StA Luzern 685.

³⁵ Innere Orte an Basel, 28. April 1712, StA Luzern 686.

werden, damit dann später die ganze Übermacht der beiden Städte voll zur Geltung gebracht werden konnte ³⁶. Du Luc übernahm diese Gedanken und schob Basel schlechte Absichten zu; die Stadt möchte mit der Vermittlung eigentlich das gleiche erreichen wie Zürich und Bern mit der Gewalt ³⁷. Zur Widerlegung derartiger Anschauungen hob Basel seine Absicht klar hervor: Förderung der allgemeinen Ruhe und nicht Präjudizierung der Vorrechte einiger Orte ³⁸.

Ende des Monats gelangte Basel erneut an alle Orte. Es bat kraft der Bünde und in «freundeidgenössischer und friedgesinnter wohlmeinung», die kriegerischen Operationen einzustellen und an der Tagsatzung zu erscheinen ³⁹. Den ausländischen Botschaftern war eine Vermittlung genehm, doch wären sie gerne daran selbst beteiligt gewesen. Ihre Bemühungen scheiterten aber am Widerstand der Städte ⁴⁰. Du Luc glaubte nicht an einen Erfolg der Tagsatzung, ja nicht einmal an deren Zustandekommen. Die Lage der Katholiken betrachtete er als schlimm, was ja auch aus ihrem Auftreten zu schließen sei; man glaube eher, sie zögen zur Feldarbeit oder auf die Jagd als in den Krieg ⁴¹.

Der diplomatische Verkehr, der der Vermittlungstagsatzung vorausging, ließ wenig Gutes hoffen, ein Teil verlangte die Räumung Badens, der andere die Niederlegung der Waffen. Einige Tage vor Beginn der Session war noch keine dieser Forderungen erfüllt. Am Montag, dem 2. Mai 1712, trafen Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt und Deputat Christoph Burckhardt in Baden ein; erst unterwegs erfuhren sie von der Absage Berns und in Baden von derjenigen Zürichs. Die Gesandten der übrigen Orte, Zug ausgenommen, waren erschienen; die katholischen Orte hatten die Wichtigkeit der Session eingesehen und kamen trotz vorherigem Zögern. Alle Vertreter der Orte wurden auf den folgenden Tag um 10 Uhr bestellt. Eine allgemeine Tagsatzung kam nun zwar nicht zustande, wohl aber die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Das Präsidium der Eröffnungssitzung führte der Glarner Landammann Zwicki. Dieses Recht erhielt Glarus wohl aus Rücksicht auf seine eigene Parität. Einige Orte beider Konfessionen waren allerdings mit der glarnerischen Neutralität und dem Glarner Anspruch auf das Präsidium nicht einverstanden, Zwicki aber beharrte darauf ⁴².

An der ersten Sitzung legte Johann Balthasar Burckhardt «Gruss und Kompliment» ab und erörterte seinen Standpunkt. Der Bürgermeister konnte hier sehr selbständig reden; seine Instruktionen waren unbestimmt.

³⁶ Oberst Am Rhyn an Du Luc, 28. April 1712, BA. AES 239, f. 288.

³⁷ Du Luc an Ludwig XIV., 2. Mai 1712, BA. AES 235, f. 2.

³⁸ Basel an Glarus, 27. April 1712, StA Basel, Missivenbuch.

³⁹ Basel an Bern, 28. April 1712, StA Bern, Togg. A, S. 1001. — Basel an Zürich, 28. April 1712, EA VI², S. 2494, Nr. 529.

⁴⁰ Lüthi, Die Haltung des Auslandes im zweiten Vilmerger Krieg 1712, S. 51.

⁴¹ Du Luc an Ludwig XIV., 27. April 1712, BA. AES 234, f. 175. — Du Luc an Ludwig XIV., 22. April 1712, BA. AES 234, f. 166.

⁴² J. B. B., 3. Mai 1712.

Da er der Führer der Basler Neutralitätspolitik war, genoß er das volle Vertrauen der Regierung. Man verlangte von ihm nur die Beobachtung der Bünde und ließ ihm sonst freie Hand ⁴³. Burckhardt schilderte die bekannte gefährliche Situation im Toggenburg, sowie die Bemühungen seiner Stadt um eine Zusammenkunft, die dann, um eine allgemeine Unruhe zu vermeiden, von Basel selbst ausgeschrieben wurde. Die Stadt handle nicht so, um Vorrechte anderer Orte zu präjudizieren, sondern allein nach dem Beispiel der Vorfahren und gemäß den Bundespflichten. Seine vorgebrachten Hinweise bestanden teilweise in einer Wiederholung des Einladungsschreibens. Basel glaubte, daß es durch seine Neutralität allen Orten einen großen Gefallen erweisen werde; seine Aufgabe sei die Unterstützung friedlicher Absichten und Vermittlung. Nur so sei es möglich, die Streitigkeiten abzuschwächen und zu beheben und zum Nutzen aller die Einigkeit wieder herzustellen. Der Basler Gesandte stellte den Anwesenden seine aufrichtig gemeinten Dienste zur Verfügung und schloß mit der Bitte, «dass der Gott des Friedens die gedanken leiten, die ratschläge segnen und alles zu einer Ehr und restabilisierung des gemeinen ruh- und wohlstandes ausführen wolle» ⁴⁴. Die Worte Burckhardts waren von klarer Offenheit und zugleich ein Bekenntnis zur unparteiischen und vermittelnden Rolle Basels. Durch sein eindeutiges Auftreten gewann der Basler rasch das so notwendige Vertrauen der übrigen Gesandten.

In einem weiteren Votum berichtete Burckhardt über die neuesten Schreiben Zürichs und Berns, die in Zurzach zusammenkommen wollten. Auf eine Anregung der Rheinstadt hin wurden die Gesandten zu diesen beiden Städten abgeordnet, um eine weitere Einladung zum Treffen in Baden zu übergeben ⁴⁵. Die Bemühung blieb erfolglos, was bei den katholischen Orten große Verwunderung über die «Diktatur» der evangelischen Orte hervorrief; daher bedauerten sie, an die Tagsatzung gekommen zu sein ⁴⁶. In dieser Lage gingen die Vertreter der katholischen Orte zu den Basler Ehrengesandten und baten diese, Zürich und Bern mitzuteilen, Schwyz und St. Gallen wollten sich dem Recht unterwerfen, falls auch sie gesinnt seien, die Bünde und den Frieden von 1656 zu halten. Sollten die beiden Stände den Vorschlag ablehnen, so möchte Basel die übrigen Stände auffordern, denen zu helfen, die sich dem Recht unterwerfen wollten ⁴⁷. Einem solchen Vorgehen hätte Basel aber nie zugestimmt, denn dies hätte die Aufgabe seiner Neutralität bedingt und den Versuch einer gesamteidgenössischen Lösung zerschlagen. Die Katholiken hatten nun sogar die Absicht, die Badener Tagsatzung zu verlassen; nur die Ankündigung des Eintreffens Du Lucs hielt sie von ihrer sofortigen Abreise ab. Die Anwesenheit des französischen Botschafters gab zudem der Bevölkerung Badens eine gewisse Sicherheit, sie

⁴³ Instruktionen, 30. April 1712, StA Basel.

⁴⁴ Abschiede J. B. B., 2. Mai 1712, StA Basel (Beilage III).

⁴⁵ Abgesandte an Luzern, 3. Mai 1712, StA Luzern 687.

⁴⁶ Abschiede, 2. Mai 1712, StA Basel.

⁴⁷ Abgesandte an Luzern, 6. Mai 1712, StA Luzern 687.

glaubte sich so vor jedem Angriff geschützt⁴⁸. Am 6. Mai traf der Botschafter in Baden ein, wo er auch bald mit Zwicky, von Lanthen und Burckhardt eine Unterredung hatte. Sein Erscheinen erklärte er damit, daß er als unparteiischer Freund der Eidgenossenschaft ohne jegliche Absicht, nur aus «puror Nächstenliebe» hergekommen sei. Die Hoffnungen aber, welche die Katholiken in ihn gesetzt hatten und die Erfüllung der vom König gestellten Aufgabe, ihnen zu helfen, erforderten seine Reise nach Baden. Frankreich hätte es nun auch gerne gesehen, wenn eine Verlegung des Tagungsortes nach Basel oder Solothurn möglich gewesen wäre. An diesen Orten hätte natürlich von seiten des französischen Königs auf die Versammelten ein Druck ausgeübt werden können⁴⁹. In der Folge wurde De la Martinière nach Zurzach beordert, um die Städte durch die Erklärung der Hilfsvorbereitungen in Wien und Turin zugunsten der Fünf Orte zu erschrecken⁵⁰. Die katholischen Orte versicherte Du Luc der Unterstützung durch den König. Die evangelischen Städte wies er erneut auf den innigen Wunsch seines Königs hin, in der Schweiz Ruhe und Eintracht zu wissen, und er hoffe noch immer auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit⁵¹. Der König spornte seinen Vertreter in der Schweiz zu ständigem Ermahnen an; etwelche Mißerfolge sollte er übergehen und sich immer für die Vermeidung eines Krieges einsetzen. Der französische Hof befürchtete nämlich im Falle eines Kriegsausbruches die Rückberufung der eidgenössischen Soldtruppen⁵². Die Aufgabe des Botschafters war keine leichte. Für den Abt, den Verbündeten des Kaisers, hatte er nichts übrig. Dagegen standen ihm die Freunde des Abtes, die katholischen Orte, nahe. Von ihnen erwartete er zwar allerdings nicht viel und nannte sie Dummköpfe⁵³. Burckhardt traute in diesen Tagen Du Luc nicht recht: die Gründe seiner vermittelnden Einstellung muß der Bürgermeister klar erkannt haben, ebenso auch den Mißerfolg bei den evangelischen Vororten. Der Basler riet nämlich Glarus und Freiburg, sie möchten Du Luc nichts versprechen, da der Botschafter von ihnen nachher noch mehr erwarte⁵⁴.

In Zurzach konnte nichts ausgerichtet werden; Du Lucs Sekretär kehrte erfolglos zurück. Dem steten Drängen der Uninteressierten ist es zuzuschreiben, daß Zürich und Bern schließlich wenigstens nach Königsfelden zogen, um durch die Nähe der andern Gesandten in Baden den gegenseitigen Verkehrsverkehr zu erleichtern. Da aber die Evangelischen die Waffen nicht niederlegen wollten und weiterhin auf einer Räumung Badens beharrten, waren weitere Verhandlungen der Uninteressierten mit den Zürchern

⁴⁸ Du Luc an Torcy, 11. Mai 1712, BA. AES 235, f. 45.

⁴⁹ Du Luc an Torcy, 4. Mai 1712, BA. AES 235, f. 17.

⁵⁰ *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 55.

⁵¹ Du Luc an Zürich und Bern, 6. Mai 1712, BA. AES 239, f. 305.

⁵² Ludwig XIV. an Du Luc, 5. Mai 1712, BA. AES 231, f. 135.

⁵³ Du Luc an Torcy, 22. April 1712, BA. AES 234, f. 171. — Du Luc an Bern, 1. Mai 1712, BA. AES 239, f. 294.

⁵⁴ J. B. B., 8. Mai 1712.

und Bernern nutzlos. Man hatte immer noch mit einer zürcherischen Deputation gerechnet, jedoch nur «ad audiendum et videndum»⁵⁵. Ebenso erfolglos ging nun Du Luc auch nach Königsfelden, um die Vertreter der beiden Städte zu einer gemeinsamen Aussprache in der Bäderstadt zu bewegen. Den versammelten Gesandten stellte er sich nicht als Mediator oder Schiedsrichter vor, sondern als «porteur de parole», der im Namen des Königs zum Frieden helfen wolle⁵⁶. Die evangelischen Orte hätten Du Luc aber lieber nicht gesehen, denn man war sich über die Antworten, die man ihm zu seinem bekannten Begehren erteilen wollte, nicht im klaren⁵⁷. Die beiden Städte hatten in den Botschafter auch keinerlei Vertrauen und betrachteten seine Bemühungen als eine bloße Verzögerungstaktik zugunsten der katholischen Orte⁵⁸. Nach den Verhandlungen zweifelte Du Luc nicht mehr an der Absicht der evangelischen Städte, die Harmonie und das Gleichgewicht zwischen den Konfessionen gewaltsam verändern, ja zerstören zu wollen⁵⁹.

Die verschiedenen Verhandlungsorte und das Schwinden der Hoffnung auf Annahme der verschiedenen Bedingungen brachte die Vermittler auf den Gedanken, die Tagsatzung nach Aarberg, Olten oder Bern zu verlegen. Doch bevor eine Einigung zustandegekommen war, griffen die Zürcher erneut zu den Waffen, so daß eine Mediation jetzt vollkommen aussichtslos war. Zürich war durch den Aufschub der Streitigkeiten ungeduldig geworden. Die Kosten stiegen; die Soldaten murrten wegen ihrer Untätigkeit und darüber, daß sie daheim ihre Frühjahrsarbeiten nicht erledigen konnten. Mit der Arbeit der Uninteressierten zeigte sich Zürich gar nicht zufrieden, so war es auch nur Bern, das den vermittelnden Orten für ihre Bemühungen dankte⁶⁰.

Der Zürcher Rat mahnte erneut zum Aufsehen und beschloß, mit Hilfe des gerechten Gottes den Angriff gegen den Abt auszuführen. Zuerst sollte aber noch die Zustimmung Berns eintreffen. Oft vorgekommene Lästerungen sollten nicht mehr geduldet, Gewalt sollte mit Gewalt vergolten werden⁶¹. Am 11. Mai erteilte auch Bern die Zustimmung zum Angriff und damit begannen die Gewalttätigkeiten wieder. Die katholischen Gesandten hatten am 10. Mai die Tagsatzung in Baden mit großem Unwillen verlassen; sie standen ebenfalls unter dem Druck ihrer inneren Verhältnisse (Kostenfrage). In Baden blieben ein wenig ratlos die vermittelnden Orte zurück. Was sollte nun geschehen?

Die Bemühungen Basels und der übrigen unparteiischen Orte zeitigten also keinen greifbaren Erfolg; ihrem Einfluß war es aber zu verdanken, daß wenigstens bis zum 10. Mai die Waffen ruhten.

Für die Stellung Basels innerhalb der eidgenössischen Tagsatzung bedeu-

⁵⁵ Runckel an Generalstaaten, 5. Mai 1712, BA. Holland 5977, Photos 184 — 186.

⁵⁶ Bericht der bernischen Gesandten, 8. Mai 1712, StA Bern, Togg. A, S. 1445.

⁵⁷ Escher an die Obern, 7. Mai 1712, StA Zürich, A 236,6.

⁵⁸ Escher an die Obern, 11. Mai 1712, StA Zürich, A 236,3.

⁵⁹ Du Luc an Besenval, 20. Mai 1712, BA. AES 239, f. 318.

⁶⁰ EA VI², S. 2502, Nr. 565. — Suter, Kriegsdarium, 9. Mai 1712, ZB Zürich.

⁶¹ Zürich an die Kommandanten, 9. Mai 1712, 11. Mai 1712, StA Zürich, A 236,6.

teten die Verhandlungen aber doch einen Fortschritt; die Bedenken über die Parteilichkeit der Rheinstadt, wie sie von katholischer Seite oft aufgeworfen worden waren, wurden nicht mehr laut; das Verhalten der baslerischen Gesandten war eindeutig neutral und vermittelnd gewesen. Da Basel seine Neutralität auch auf wirtschaftliche Fragen ausgedehnt hatte, entstanden Schwierigkeiten mit seinen Glaubensgenossen. Die Zofinger versperreten den Basler Fuhrleuten den Weg nach dem katholischen Luzern. Ein Transport von Markgräflerwein mußte 1712 in Zofingen billig verkauft oder wieder heimgeführt werden. Der Basler Händler entschloß sich zum ersteren ⁶².

Trotz der schwierigen Lage in Baden und trotz der vergeblichen Bemühungen und der aufgewendeten Sorgfalt, eine gemeinsame Session zu erreichen, gaben sich die Uninteressierten nicht geschlagen. Im Interesse des Vaterlandes und zu dessen Rettung beschlossen sie, eine neue Tagsatzung außerhalb des alten Tagungsortes Baden sofort auszuschreiben. Eine nochmalige Konferenz in Baden wäre nur bei einem längeren Waffenstillstand in Frage gekommen. Als neue Treffpunkte schlug man Solothurn oder abwechselungsweise Aargau auf aargauischem und Olten auf solothurnischem Gebiet vor ⁶³. Es wäre unverantwortlich gewesen, dem Geschehen nun einfach seinen Lauf zu lassen, da sich Verbitterung und Uneinigkeit immer mehr vergrößerten.

Das Konzept zum Einladungsschreiben zu dieser neuen Tagsatzung wurde von einem der uninteressierten Orte verfaßt, vielleicht vom Präsidialort Glarus. Beim Verlesen dieses Briefes vor der Session wurde der Entwurf von den Vertretern der uninteressierten Orte nicht genehmigt; sie betrachteten das Konzept als «gar ungehoblet», das heißt zu unausgeglichen, zu holprig, vielleicht zu wenig den herkömmlichen Formen entsprechend. Damit keine wertvolle Zeit verloren gehe, setzte sich nun Bürgermeister Burckhardt an den Tisch und verfaßte eine neue Einladung, die am gleichen Tag an die verschiedenen Orte versandt wurde ⁶⁴.

In seinem Schreiben schilderte Burckhardt zu Beginn die Gefahren, die der gesamten Eidgenossenschaft wegen des Toggenburger-Geschäftes drohten. Diese zu verhindern und «ihnen den gefährlichen Schwung abzunehmen», sei nach dem Beispiel der Vorfahren die Aufgabe der Uninteressierten. Einen Grund des letzten Mißerfolges der Session, die Verschiedenheit der Versammlungsorte, wollte Burckhardt von Anfang an ausschalten. Er verlangte daher, daß die Vertreter aller Orte stündlich bereit sein sollten, miteinander zu reden. Des weiteren wurden die Mühen und die Arbeit der Unparteiischen während der vergangenen Tage dargestellt — vielleicht erweckten die großen Sorgen der Miteidgenossen bei einzelnen Orten wenigstens Anerkennung. Jeder Teil habe Vorschläge ausgearbeitet und der andern

⁶² Sutter, Kriegsdarium, 12. Mai, 13. Juli 1712, ZB Zürich.

⁶³ Runckel an Generalstaaten, 12. Mai 1712, BA. Holland 5977, Photos 191—197.

⁶⁴ J. B. B., 11. Mai 1712. — «Weil es (das Konzept) gar ungehoblet ausgefallen, hab ich mich zu gewinnung der Zeith an tisch setzen und anderes machen müssen, so Ihnen gefallen.»

Partei vorgetragen, wobei die Uninteressierten mit allen bestmöglich verhandelt und die Projekte den Orten zur Reflexion übergeben hätten, alles zum Zweck, den Frieden wiederherzustellen. Da jedoch die Verhandlungen fruchtlos abgebrochen wurden, sei es nun ihren Herren gegenüber unverantwortlich, die bekannte Situation der Mißhelligkeiten und des Mißtrauens stehen zu lassen und so die Verbitterung und die Uneinigkeit zu fördern, die ja doch nur gefährlich enden könne. Zur Erörterung des Geschäftes und zu dessen Hinlegung wurde auf den übernächsten Sonntagabend, den 22. Mai, eine neue Zusammenkunft in Aarburg und Olten verlangt, ein gemeinsamer Ort für die Verhandlungen könne dann dort bestimmt werden. Als Gegen dienst der immer gezeigten friedlichen Absicht hofften die Uninteressierten vertrauensvoll auf das Verständnis der einzelnen Orte und erbaten sich nach Baden die zustimmenden «ohnbeschwerten» Antworten. Zum Schluß wurde Gott angerufen, jede gefährliche Trennung im geliebten Vaterland verhüten und die so notwendige Einigkeit wiederherstellen zu helfen⁶⁵.

Aus der Zeit dieser allgemeinen Verhandlungen und der intensiven Basler Tätigkeit um ein Zustandekommen eidgenössischer Eintracht stammt das Konzept Burckhardts zu einem Schreiben oder einer Rede, das sich im Basler Archiv befindet. Eine Ausfertigung oder die Erwähnung einer solchen Ansprache ist nirgends zu finden; für uns ist aber wichtig, daß die Arbeit Burckhardts vorliegt. Sie bildet eine Art Rechtfertigung für das baslerische Eingreifen an vorderster Stelle. Die Gedanken sind für Burckhardt und seine Bemühungen typisch. Hier hat er seinen Überlegungen den wahren eidgenössischen Hintergrund verliehen und sie in den großen Zusammenhang hineingestellt. Sie zeigen deutlich Burckhardts überaus hohe Einschätzung des schiedsrichterlichen Vorgehens innerhalb der alten Eidgenossenschaft. Er stellte aber auch die Handlungen der Orte in einen größeren Zusammenhang, wobei die Neutralität nicht Selbstzweck ist, sondern das notwendige Mittel zur Erhaltung der Eidgenossenschaft und ein Vorbild für das Ausland. Die Neutralität hat also eine wichtige Funktion zu erfüllen. Burckhardt versuchte, diese Gedanken zum Allgemeingut werden zu lassen, dann erst glaubte er seine Pflicht und diejenige Basels erfüllt und dem Land einen großen Dienst geleistet zu haben.

In seinen Aufzeichnungen erwähnt Burckhardt zuerst das Verhalten der Altvordern, die zur Gewinnung und Erhaltung der völligen Freiheit fast während Jahrhunderten im Harnisch gestanden hätten. Das teure und wertvolle Privileg der Freiheit sollte auf die Nachkommen vererbt werden, was durch enge und genaue Bündnisse ermöglicht worden sei. Ein solches Zusammenleben sei bei keinem andern Volk zu finden. Die Ahnen hätten aber auch die Gefahr erkannt, daß Mißverständnisse und Streitigkeiten untereinander entstehen könnten, die durch den Lauf der Zeit und durch die Veränderungen des Menschen hervorgerufen werden. Zu diesem Zweck hätten sie die

⁶⁵ Die Uninteressierten an die verschiedenen Orte, 11. Mai 1712, StA Basel, K 11 (Beilage IV).

Verfahren festgelegt, die bei einheimischen Händeln angewendet werden sollten. In den vergangenen Jahrhunderten seien sie oft beachtet und erfolgreich durchgeführt worden. Die betreffenden neutralen Orte hätten diese ihre Arbeit als das heilsamste Mittel angesehen, «den Ruhstand des Vatterlandes zu conservieren, das vertrauen zu stiften, bluthvergiessen zu verhindern, die Reputation und ansehen bei ausländischen Potentaten zu vermehren, ja der helvetischen Nation von diesem modo procendi den höchsten Preiss und Lob von andern Völkern zuzuziehen und gleichsamb ohne Nachfolg zu überlassen.» Erst jetzt kam Burckhardt auf das aktuelle Toggenburger-Geschäft zu sprechen, wobei er die Tätigkeit seiner Herren in Basel hervorhob. Die Stadt wolle den Bund von 1501 erfüllen und gemäß dem hergebrachten Brauch vermitteln, damit dem geholfen werde, der es nach Recht verdiene. Der Schluß enthält die Bitte, den Wortlaut der alten Bünde zu befolgen und dadurch der Eidgenossenschaft Glück und Frieden zu verleihen. Auf diese Weise diene die Schweiz dem Ausland als Vorbild, den Feinden aber werde Furcht eingeflößt. Hervorzuheben ist, daß die religiösen Verhältnisse und die verschiedenen Bindungen einzelner Orte überhaupt nicht erwähnt werden. Nur die Bünde, die alle Orte zusammenhielten, sind angeführt ⁶⁶.

Die Zeit der Verhandlungen in Baden war eine «langweilige» Zeit, in der das Gewerbe still stand und die vielen Jahrmärkte nicht abgehalten wurden; die kommenden Tage waren bewegter, aber auf eine gefährliche Art. Sie waren erfüllt von verschiedenen Scharmützeln, die ein größeres Unheil erwarten ließen, so daß die Uninteressierten von Baden aus ständig mahnten, die Tötlichkeiten zu beendigen und die neu ausgeschriebene Tagsatzung zu besuchen ⁶⁷.

Langwierige Beratungen und kriegerische Lösung

Während der Zeit, da die Vertreter der uninteressierten Orte und Du Luc noch in Baden weilten, begannen überall Kriegsvorbereitungen. Am 17. Mai eröffneten die Städte die Beschießung Wils. Eine formelle Kriegserklärung wurde nicht abgegeben. Die neue Situation erschwerte die Arbeit der neutralen Orte; die Unparteiischen und Du Luc versuchten jetzt, nachdem eine gemeinsame Beratung nicht möglich war, die Gesandten der katholischen Orte in Olten und diejenigen der evangelischen Städte in Aarburg zusammenzubringen, wo dann die Mediatoren der einzelnen Parteien das Friedenswerk anbahnen sollten.

⁶⁶ StA Basel, Politisches X 3,2.

⁶⁷ Diarium des Toggenburgerkrieges, S. 22, UB Basel. — Uninteressierte an Zürich, 15. Mai 1712, StA Zürich, A 236,7. — Uninteressierte an Bern, 15. Mai 1712, StA Zürich, A 236,3. — Uninteressierte an Zürich, 19. Mai 1712, StA Zürich, A 236,7. — Uninteressierte an Zürich, 21. Mai 1712, StA Zürich, A 236,7.

Um über ihre Teilnahme an der neuen Tagsatzung zu beraten, trafen sich die sieben katholischen Orte am 18. Mai in Zug. Du Luc forderte sie auf, um des Toggenburgs willen nicht das Bestehen der gesamten Eidgenossenschaft aufs Spiel zu setzen und an den Verhandlungen zu erscheinen. Der Botschafter erkannte die gefährliche Lage der Katholiken, die einer evangelischen Übermacht entgegenstanden. Vermittelnde Worte an einer gemeinsamen Versammlung konnten vielleicht weitere kriegerische Tätlichkeiten verhindern. Doch in Zug bestand keine Einmütigkeit mehr; Luzern hielt sich lange zurück, während vor allem Schwyz zum Angriff drängte⁶⁸. Schließlich erklärten sich nur Luzern und Uri zu einem Besuch der Tagsatzung bereit; die anderen Orte sahen in der neuen Session keinen Nutzen, sondern nur ein Verzögerungsmanöver der beiden Städte und lehnten darum den Besuch ab. Die Konferenz ersuchte aber den französischen Botschafter, sich fernerhin beim König und den evangelischen Orten zu ihren Gunsten zu verwenden⁶⁹.

Einen Vorwand für Zeitgewinn argwöhnten auch Zürich und Bern in der Tagsatzung; beide Städte wollten erst nach einem Sieg zu den Verhandlungen erscheinen. Als Ausrede wurde erklärt, sie könnten erst zusagen, wenn alle beteiligten Orte in Olten vertreten seien. Die evangelischen Orte waren sich ihrer Überlegenheit vollkommen bewußt, was Bern, wo sich die Stimmung zu Gunsten von aktivem Vorgehen gewandelt hatte, bewog, sich zuerst mit Zürich zu beraten⁷⁰. Es verlangte zur Herstellung der eidgenössischen Einigkeit die Parität der beiden Glaubensbekenntnisse in den Gemeinen Herrschaften und eine Landverbindung zwischen den beiden Kantonen. Zur Erreichung der letzteren sollten die 5 Orte auf Baden und das Freiamt, die beiden Städte dafür auf ihren Anteil im Tessin verzichten. Daß Basel auch in dieser Zeit die Bestrebungen der andern evangelischen Städte nicht unterstützte und mit ihren kriegerischen Absichten nicht einverstanden war, zeigte der bernische Vorschlag, der Basels Verbleiben in den ennetbirgischen Vogteien vorsah.

Am 31. Mai einigten sich in Langenthal die Boten der beiden Städte auf eine gemeinsame Grundlage der Friedensverhandlungen, in der Bern seine Forderungen noch verschärft hatte⁷¹. Nun nahm auch die Aarestadt an den Verhandlungen in Aarburg teil, wo die Zürcher trotz ihrer ersten Absage schon am 29. Mai erschienen waren⁷².

Um die ausländischen Mächte zu orientieren, wurden nun noch von den beiden Parteien verschiedene Noten erlassen — Zeichen der Vorbereitung eines größeren Feldzuges. Bern sandte Rechtfertigungsschreiben an die

⁶⁸ EA VI², S. 2489, Nr. 510, S. 2487, Nr. 502.

⁶⁹ EA VI², S. 2503, Nr. 570, S. 1668 ff.

⁷⁰ Escher an die Obern, 23. Mai 1712, StA Zürich, A 236,8.

⁷¹ Feller, Geschichte Berns, III, S. 293.

⁷² von Fischer, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 177. — Zürich an die Uninteressierten, 28. Mai 1712, StA Luzern 688.

Seemächte und die evangelischen Fürsten Deutschlands; die 5 Orte richteten ein Hilfesuch an den Papst ⁷³. Die evangelischen Orte erklärten in ihren Schreiben, die von Basel ausgeschriebene Tagsatzung besuchen zu wollen, die katholischen Stände würden diese aber vereiteln und damit verraten, daß sie die schiedlichen Mittel verneinten ⁷⁴.

In Baden war Mitte Mai keine große Tätigkeit der Uninteressierten festzustellen. Burckhardt berichtet, daß er mit den übrigen Gesandten Gast beim französischen Ambassador war. Die Bemühungen Du Lucs und Basels verfolgten das gleiche Ziel. Zweifelhaft war Du Luc einzig die Neutralität der Rheinstadt. Besprechungen mit dem Bürgermeister werden ihn darüber beruhigt haben. Burckhardt hatte auch noch eine Unterredung mit dem äbtischen Delegierten, der sich aber unnachgiebig zeigte ⁷⁵.

Die lange Belagerung und der Fall von Wil sowie der Kampf um Mellingen verzögerten den Beginn der Verhandlungen an den neuen Tagsatzungs-orten. Die Uninteressierten unterließen es nicht, ständig zum Frieden zu mahnen. Trotzdem nahmen die Feindseligkeiten zu; die siegreichen evangelischen Truppen sahen ihr großes Kriegsglück und wollten von weiteren Taten nicht mehr abstehen ⁷⁶. Am 22. Mai verließen die Vertreter der neutralen Orte und Du Luc Baden. Der Abgang der Gesandten aus der Bäderstadt vollzog sich in aller Stille, denn sie befürchteten einen kleinen Überfall, wie ihn einer ihrer Boten bei Mellingen erlebt hatte ⁷⁷. Sie reisten nach Aarburg und Olten, indem sie das Gebiet der siegreichen evangelischen Stände mieden; sie wollten von keiner Partei eine Sonderbehandlung erfahren, damit die Gegenpartei keine Vorwürfe erheben konnte. Diese Routenwahl erstaunte zwar Du Luc, denn er meinte, die Uninteressierten hätten ja, da die meisten von ihnen Protestanten seien und daher den beiden Städten ergeben, nichts zu befürchten. Der Botschafter bemerkte noch, daß bei diesen Gesandten wenig Unparteilichkeit vorhanden sei ⁷⁸. Da er auf der Seite der Katholiken stand und bis jetzt wenig Erfolg gehabt hatte, ist der letzte Hinweis verständlich. Eine zahlenmäßige Überlegenheit der evangelischen Vertreter ist aber nirgends festzustellen, höchstens ihr größerer Einsatz für ein Mediation.

Trauttmansdorff blieb in Baden, da er wegen des Fehlens eines Beglaubigungsschreibens ohnehin nur schwer an die evangelischen Orte herankam. Nach der ersten Belagerung der Stadt am 31. Mai zog er sich nach Waldshut zurück ⁷⁹. Bei den katholischen Orten war auch der kaiserliche Botschafter wenig einflußreich gewesen, denn sie rechneten nicht mehr ernsthaft auf eine Hilfe von seiner Seite; die Aussicht auf Hilfe benützten

⁷³ EA VI², S. 1670.

⁷⁴ EA VI², S. 2510, Nr. 606.

⁷⁵ Runckel an Generalstaaten, 15. Mai 1712, BA. Holland 5977, Photos 198—201.

⁷⁶ EA VI², S. 2508, Nr. 595.

⁷⁷ J. B. B., 22. Mai 1712.

⁷⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 25. Mai 1712, BA. AES 235, f. 80.

⁷⁹ *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 76 ff.

sie nur, um auf Du Luc einen gewissen Eindruck zu machen; sie hofften, von ihm mehr erlangen zu können⁸⁰.

In Olten trafen sich am 24. Mai die Vertreter von Luzern, Uri, Unterwalden, katholisch Glarus, Freiburg, Solothurn und Appenzell Innerrhoden; sie entsetzten sich über die Absonderung der Orte Basel, Schaffhausen und evangelisch Glarus. Diese warteten in Aarburg auf die Vertreter der beiden Städte; statt ihrer trafen Boten der neutralen katholischen Orte ein, um über die Erhaltung des Friedens zu beraten. Ihre Absicht war, eine Zusammenkunft der interessierten Orte zustande zu bringen. Da man in Aarburg über das Ausbleiben der Städte nichts wußte, wurde an alle kriegführenden Orte geschrieben, ihre Abgeordneten an die neuen Versammlungsorte zu senden und mit den Tätlichkeiten aufzuhören. Dem Schreiben wurde auch die Bitte angefügt, man möge die Boten in Sicherheit ziehen lassen⁸¹. Alle Briefe wurden von Johann Balthasar Burckhardt aufgesetzt, da er auch jetzt wieder die maßgebende Persönlichkeit unter den neutralen Orten war.

Nachdem Du Luc bereits am 24. Mai alle Gesandten der Uninteressierten in Olten treffen wollte, die evangelischen aber in Aarburg geblieben waren, gab es nun doch am 26. Mai eine gemeinsame Verhandlung im Oltener Kapuzinerkloster. Der Ambassador hielt dort eine Rede, in welcher er das große Interesse seines Königs an der Einigkeit der Eidgenossenschaft erneut darlegte und von Zürich und Bern Zusicherungen verlangte. Es wurde schließlich vereinbart, der Botschafter möge den beiden Städten selbst schreiben. Das Memoriale sei, wie Burckhardt meint, nicht so drohend wie seine Rede gewesen. — Nach einem Trunk auf dem Rathaus von Olten zogen die evangelischen neutralen Vertreter nach Aarburg zurück und erwarteten dort die Antworten Zürichs und Berns.

Am 28. Mai hatten die katholischen Orte wieder eine Zusammenkunft mit Du Luc, an der dieser ihnen die Macht der evangelischen Orte schilderte und darauf hinwies, daß sie von ihnen wenig Gutes zu erhoffen hätten. Die Lage verlange daher von ihnen Einhelligkeit und Zusammenschluß zur Gegenwehr. Er teilte ihnen auch mit, daß es dem französischen König unmöglich sei, Hilfe zu senden, die Inanspruchnahme an den andern Fronten sei zu stark. Zur gleichen Zeit erhielten die katholischen Orte auch eine Absage Savoyens⁸². Vom Papst war auch nicht viel zu erwarten. Die Worte des Nuntius waren, spottete Du Luc, mehr eine Moralpredigt als ein Hilfsversprechen⁸³. Die katholische Partei war also wie ihr Gegner auf sich allein angewiesen.

Nach längerem Zögern erschien als letzter katholischer Ort auch Schwyz in Olten, wo nun Du Luc seine Vermittlungsversuche wieder aufnehmen wollte. Schwyz forderte seine katholischen Mitorte auf, den Mut nicht sinken zu lassen und die Rettung an die Hand zu nehmen, da sonst jeder Ort

⁸⁰ *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 74.

⁸¹ Uninteressierte an Zürich, 24. Mai 1712, StA Zürich, A 236,8.

⁸² Savoyen an katholische Orte, 28. Mai 1712, StA Luzern 689.

⁸³ Du Luc an Ludwig XIV., 1. Juni 1712, BA. AES 235, f. 115.

durch die so verderbliche Langsamkeit zugrunde gehe⁸⁴. Bei den Kriegsräten im Toggenburg herrschte noch der feste Wille vor, nicht eher aus dem Feld zu weichen, bis ein ehrlicher Friede erfolgt sei und das Toggenburg alle seine Freiheiten erhalten habe⁸⁵.

Am 3. Juni wurde durch die Uninteressierten Aarau oder Solothurn als neuer gemeinsamer Tagungsort vorgeschlagen, der letztere aus Respekt vor Du Luc⁸⁶. Solothurn wurde aber angeblich als zu wenig geeignet und bequem für eine solche Tagung erachtet⁸⁷. Die beiden Städte erklärten ihre Bereitschaft, an einer Zusammenkunft teilzunehmen unter der Bedingung, daß ihnen Satisfaktion wegen der Kriegskosten gewährleistet werde. Du Luc versuchte nun, mit den Beteiligten zu reden. In Olten traf er am 5. Juni die Vertreter Zürichs und Berns, die sich zu einer Tagsatzung ohne vorherige Lösung der Kostenfrage entschlossen. Der Krieg hatte auch von ihnen schon viel Geld gefordert, daß sie seinen baldigen Abschluß herbeisehnten. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, weil die Vertreter der uninteressierten Orte die Unterhandlungen zwischen den beiden Ortschaften führen mußten. Zur gleichen Zeit erfolgte nun noch die Eroberung Badens, wodurch die Macht und das Selbstbewußtsein der Städte wuchs und sich ihr Auftreten versteifte. — Auch Trauttmansdorff beschwor die Städte, Frieden zu schließen, auf das Kriegsglück dürften sie sich nicht verlassen⁸⁸. Weitere Zugeständnisse als den Aufschub der Kostenfrage machten die Städte nicht; über ihre Bereitschaft zum Frieden hinaus hofften sie aber auf einigen Erfolg ihrer kriegerischen Bemühungen und Siege. Du Luc glaubte an einen guten Verlauf der Beratungen, versprach sich aber wegen der Doppelzüngigkeit der evangelischen Städte noch nichts dauerhaftes Gutes⁸⁹. Es war immerhin das große Verdienst des französischen Botschafters, auch die katholischen Orte für eine Zusammenkunft am 8. Juni in Aarau bewogen zu haben. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß Du Lucs Tätigkeit allein erfolgreich gewesen war; das ständige Mahnen der Uninteressierten unterstützte und beschleunigte sein Vorgehen. Bis am Dienstagabend, dem 7. Juni, waren alle Gesandten in Aarau eingetroffen, so daß am 8. Juni die Verhandlungen aufgenommen werden konnten. Die Stimmung im Felde verlangte eine rasche Lösung; besonders die evangelischen Soldaten waren trotz der Eroberung Badens mit der Kriegführung unzufrieden. Unter den katholischen Kriegsleuten glaubte man an keinen diplomatischen Erfolg; die verbreitetste Meinung war, nur der Degen in der Hand bringe die Entscheidung⁹⁰.

⁸⁴ Abschiede, 2. Juni 1712, StA Luzern.

⁸⁵ Kriegsräte im Toggenburg an Zürich, 31. Mai 1712, StA Zürich, A 236,3.

⁸⁶ Abschiede, 3. Juni 1712, StA Luzern.

⁸⁷ Runkel an Generalstaaten, 9. Juni 1712, BA. Holland 5977, Photos 243—246.

⁸⁸ Trauttmansdorff an Zürich und Bern, 29. Mai 1712. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung, VIII, S. 509.

⁸⁹ Du Luc an Ludwig XIV., 6. Juni 1712, BA. AES 235, f. 142.

⁹⁰ Balthasar an Luzern, 7. Juni 1712, StA Luzern 689.

In Aarau begannen am 8. Juni die neuen Beratungen. Jede Partei, auch die vermittelnde, beriet in besonderen Zimmern des Rathauses. Den Botenverkehr zwischen den einzelnen Gruppen besorgten je zwei Vertreter der Mediatoren. Zur Entgegennahme der Vorschläge von Zürich und Bern und Mitteilung der katholischen Gegenvorschläge an dieselben wurden Landammann Zwicky und Deputat Burckhardt bezeichnet. Einen eidgenössischen Zuspruch konnten aber die beiden Städte bei den Dingen, die sie vorhatten, eigentlich nicht brauchen. — Als Boten auf katholischer Seite wurden die Ratsherren Vonderweid und Glutz bestimmt.

Die Katholiken hoben in ihren Erklärungen an die Städte das hervor, was diese noch vor kurzem selbst gesagt hatten: es gehe ihnen nur ums Toggenburg. Zürich begründete seine Eroberungspläne mit einem Hinweis auf den Alten Zürichkrieg, in dem die Abtretung der Höfe an Schwyz verlangt worden war. Diese Rechtfertigung der beiden Städte fand nicht einmal bei ihren eigenen Räten vollen Glauben, noch weniger überzeugte sie die übrigen Orte und das Ausland. Die katholischen Stände beriefen sich aufs Schiedsgericht, die Städte aber aufs Kriegerrecht⁹¹. Das ganze Geschäft schien zu keinem Ende zu kommen und für die Eidgenossenschaft einen schlimmen Verlauf zu nehmen.

Bereits am ersten Tag der Aarauer Verhandlungen gelangten die Städte an den Basler Bürgermeister, er möge sich ihnen als Unterhändler in den Friedensberatungen zur Verfügung stellen und ihre speziellen Instruktionen entgegennehmen⁹². Statthalter Ulrich von Zürich und Ratsherr Tschanner aus Bern, die zweiten Gesandten der Städte, kamen am Abend zu Johann Balthasar Burckhardt und ersuchten ihn um die Teilnahme an einer geheimen Beratung. Es wurde ihm volles Vertrauen geschenkt und von ihm daselbe erwartet. Burckhardt sollte nach «seiner bekandten wisheit» das vorliegende Geschäft, das für das Vaterland von größter Wichtigkeit sei, zu einem guten Ende «dirigieren»⁹³. Der Basler versprach seinen guten Rat und seinen bestmöglichen Einsatz. Die beiden Orte erkannten seinen aufrichtigen Willen und zeigten sich über seine Bereitschaft und seine Bemühungen erfreut. Sie teilten ihm vertraulich mit, daß sie auf dem Besitz der Stadt und Grafschaft Baden und der Freien Ämter beharren würden. Als Begründung wurde dabei die strategische Verbindung zwischen den beiden Städten vorgebracht, und dies war in der Tat das eigentliche Ziel ihrer Eroberungspolitik. Jede Schwierigkeit in den Verhandlungen wollten die Städte Burckhardt unterbreiten, der sich dadurch sehr geehrt fühlte⁹⁴. Aus den Beratungen, denen der Basler Bürgermeister beiwohnte, wurden ihm die Instruktionen für die Gespräche mit den 5 Orten erteilt. Ein Teil der eroberten Gebiete sollte den beiden Vororten als territoriale Verbindung bleiben, den in diesen Gebieten ansässigen Katholiken sollte jedoch freie

⁹¹ *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 294 ff.

⁹² Bernische Gesandte an Bern, 8. Juni 1712, EA VI², S. 2528, Nr. 665.

⁹³ Ulrich an die Obern, 8. Juni 1712, StA Zürich, A 236,9.

⁹⁴ J. B. B., Juni 1712.

Religionsausübung erlaubt sein. Die zweite Forderung betraf die konfessionelle Parität im Thurgau, im Rheintal und in Sargans, ein Begehren, das seit 1656 und nachdrücklich auch in den vergangenen Jahren aufgestellt worden war. Die Freiheiten der Toggenburger mußten gesichert und bestätigt werden. Zuletzt wurde die Bezahlung der Kriegskosten verlangt ⁹⁵. Diese vier Punkte, die Grundlage der künftigen Diskussionen, wurden durch Zwicky und Burckhardt den katholischen unbeteiligten Orten eröffnet mit dem Begehren um baldige Antwort der am Streite beteiligten katholischen Orte. Das Verfahren nach eidgenössischem Recht lehnte Zürich zum vorneherein ab. Burckhardt sollte die Antwort der Katholiken den Städten überbringen; bei ungenügender Auskunft habe er die Katholiken aufzufordern, einen klaren und eindeutigen Bescheid zu erteilen. Ein Begehren um Bedenkzeit, welche die 5 Orte nach Bekanntgabe der evangelischen Forderungen erbaten, nahm der Bürgermeister an mit der ihm von den Städten instruierten Bemerkung, daß er versuchen wolle, die beiden Orte zu überreden, sich einige Stunden zu gedulden. Diese Frist wurde schließlich bis zum 15. Juni verlängert ⁹⁶. In der Zwischenzeit holten die katholischen Gesandten zu Hause neue Instruktionen. Der französische Botschafter sprach den Katholiken zu, die Ansprüche der Gegenpartei nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen und tröstete sie mit der Bemerkung, der französische König werde in dem europäischen Friedensschluß ihre Verluste wieder rückgängig machen. Du Luc wollte also, daß die Katholiken sich jetzt beugten, um sich später wieder aufzurichten. Zudem setzte er die katholischen Orte durch sein Hilfeversprechen an Bern unter Druck; eine solche Unterstützung sollte im Falle einer Ablehnung der evangelischen Forderungen erfolgen. Gleichzeitig schilderte Du Luc dem König seine erfolglosen Bemühungen und die hoffnungslose Lage der Innern Orte; ohne französische Hilfe sei die katholische Religion in der Schweiz verloren. Von Torcy verlangte er einen Eilboten, damit er die Katholiken bald mit neuen Hoffnungen erfüllen könne ⁹⁷. Während der Abwesenheit der katholischen Gesandten erstrebte Du Luc eine Milderung der evangelischen Forderungen, wodurch die helvetische Eintracht für eine längere Zeit hätte wiederhergestellt werden können. Sein Einsatz war aber trotz erneuten Drohungen erfolglos. Entmutigt schrieb er an den Hof, seine Bemühungen seien ebenso vergeblich wie der Versuch, einen Blindgeborenen sehend zu machen ⁹⁸. Der Botschafter sprach bei den Städten auch von einer französischen Hilfe, falls der Kaiser eine bewaffnete Intervention unternehmen sollte. Du Luc erkannte aber wohl die Unmöglichkeit einer Erfüllung beider Hilfsversprechen.

⁹⁵ EA VI², S. 2529, Nr. 672.

⁹⁶ *Zellweger*, Geschichte der diplomatischen Verhältnisse der Schweiz mit Frankreich, I, 2, S. 273.

⁹⁷ Du Luc an Ludwig XIV., 10. Juni 1712, BA. AES 235, f. 156. — Du Luc an Torcy, 10. Juni 1712, BA. AES 235, f. 166.

⁹⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 13. Juni 1712, BA. AES 235, f. 171. «Mais il me fut pas plus possible de les faire convenir des vérités que je leur allegnay, que d'éclairer un aveugle né.»

Am 15. Juni waren die Boten der katholischen Orte wieder in Aarau erschienen, wo man von ihnen eine zustimmende Antwort erwartete. Die Instruktionen gingen aber auseinander. Schwyz, Unterwalden und Zug verwarfen die evangelischen Bedingungen und sprachen sich für neue Waffengänge aus, nur Luzern und Uri stimmten für eine Annahme der Forderungen. Besonders der Vorort Luzern drängte auch jetzt wieder auf Frieden⁹⁹. Die Innern Orte gelangten sofort an J. B. Burckhardt, die Unbeteiligten möchten ihnen doch mit einem Kompromiß an die Hand gehen, damit sich aus der schwierigen Situation ein Ausweg finden lasse. Da aber die Antworten der katholischen beteiligten Orte unbestimmt waren, trugen die Unparteiischen Bedenken, sie den Städten vorzulegen, und drängten nochmals auf klareren Bescheid. Die Städte wurden inzwischen mit einer nichtssagenden Antwort auf den kommenden Tag vertröstet, an dem die Katholiken nach neuen Beratungen wieder berichten wollten. Du Luc, der die Gefahr einer Zersplitterung im katholischen Lager ahnte und fürchtete, versuchte mit Erfolg in verschiedenen Gesprächen mit den Führern der katholischen Orte, von allen Beteiligten die grundsätzliche Zustimmung zu den evangelischen Forderungen zu erhalten. Hinter der zerfahrenen Stimmung in Aarau stand aber immer als drohender Schatten das aufgebraachte katholische Landvolk, das zur Rettung seiner Religion den Krieg forderte und durch den Nuntius Caraccioli dazu ermuntert wurde¹⁰⁰. Darum schrieb Du Luc erneut mahnend und eindringlich an die Innern Orte, gleichen Geistes, Herzens und Willens zu sein. Nur die Einigkeit könne die Orte vor dem Untergang bewahren¹⁰¹.

Nachdem sich endlich die katholischen Orte zu einer Diskussion der vier Punkte bereit erklärt hatten, gaben am 17. Juni die beiden evangelischen Städte ihre genauen Forderungen bekannt, die zur Überraschung für alle in Aarau Anwesenden äußerst hart ausfielen: Überlassung der eroberten Gebiete, Bedingungen für die Restitution einiger von ihnen, Herstellung der konfessionellen Parität im Thurgau und im Rheintal, Erledigung des Toggenburger-Streites und Erstattung der Kriegskosten. Die 5 Orte waren niedergeschmettert, die Unbeteiligten fassungslos; selbst der abgehärtete Du Luc erschrack¹⁰². Ein Termin für die Beantwortung wurde nicht gesetzt. Die Städte warteten aber gespannt auf die Reaktion. Bern beharrte besonders auf dem ersten der vier Punkte; es wollte eher das Kriegsglück nochmals versuchen als nachgeben. Die siegreiche evangelische Partei hatte die Absicht, die 5 Orte derart empfindlich zu treffen, daß sie sich nicht mehr zur Gegenwehr erheben konnten.

Die Friedensbedingungen waren diktiert; die Aufgabe der Uninteressier-

⁹⁹ Trauttmansdorff an Fidel von Thurn, Waldshut, 21. Juni 1712, StA St. Gallen, Theke 23, Rubrik XXXII.

¹⁰⁰ Escher an Zürich, 18. Juni 1712, StA Zürich, A 236,10, Nr. 217. — Gesandte an die Oberrn, 16. Juni 1712, StA Luzern 690. — EA VI², S. 2533 ff., Nr. 689, 691, 700, 708.

¹⁰¹ Du Luc an die Innern Orte, 17. Juni 1712, BA. AES 235, f. 196.

¹⁰² Feller, Geschichte Berns, III, S. 295.

ten und des französischen Botschafters bestand jetzt darin, bei den Städten eine Milderung auszuhandeln. Dem König stellte Du Luc seine ihm von Gott aufgetragene Pflicht der Unterstützung der katholischen Religion vor Augen und verlangte erneut einen wirksamen Schutz der katholischen Orte. Sollte der König die Katholiken im Stiche lassen, so werde Gott dereinst von ihm Rechenschaft fordern ¹⁰³. Umsonst, Ludwig XIV. war nicht in der Lage, einzugreifen.

Die Innern Orte baten die Uninteressierten erneut um ihren Rat. Bei den nun folgenden Beratungen zwischen Zürich und der gegnerischen Partei war Bürgermeister Burckhardt immer der Mittelsmann; er verhandelte besonders mit dem Zürcher Bürgermeister Escher ¹⁰⁴.

Am 20. Juni verlangte Zürich für den übernächsten Tag eine eindeutige Antwort. Sollten die katholischen Orte die «billigen Friedensbedingungen» nicht annehmen, wollten Zürich und Bern mit Gewalt vorgehen. Die Pläne zum Vorstoß gegen Zug und Luzern wurden bereits eingehend besprochen ¹⁰⁵. Diese Drohungen schüchterten die Katholiken derart ein, daß sie Du Luc um Rat baten. Hinter ihm sahen sie doch noch die größere Macht als hinter den Neutralen, obwohl er in seinen Handlungen eingeschränkt war; sein Ansehen bei den Katholiken zehrte noch von früheren Erfolgen. — Der Botschafter sah in der Annahme der Bedingungen die einzige Möglichkeit einer vorläufigen Behebung der verzweifelten Situation, in der von keinem weltlichen Fürsten Hilfe erwartet werden konnte. Nur auf Gott und auf die Einigkeit sei noch Verlaß. Er versicherte ihnen aber, sein König werde sie nach Abschluß des europäischen Friedens in ihrer Religion und Freiheit unterstützen, was sie ermunterte ¹⁰⁶. Sie baten Du Luc, das Geschäft zu übernehmen und mit den Städten zu verhandeln. Du Luc hatte jedoch vom König keine andere Instruktion erhalten, als ständig zu mahnen, die Katholiken zu schützen und zum Frieden aufzufordern ¹⁰⁷.

Jetzt suchte der französische Botschafter noch ein anderes Mittel zum Frieden. Am 18. Juni ließ er die unbeteiligten Orte zu sich kommen und eröffnete ihnen seinen Plan betreffend der Teilung der Gemeinen Herrschaften, Gedanken, die schon früher geäußert worden waren ¹⁰⁸. Nachdem die beiden Städte am 19. Juni darauf nicht reagiert hatten, weil er von Du Luc stammte, wollte der französische Botschafter das modifizierte Projekt ein zweites Mal vorlegen. Die Unbeteiligten lehnten das Ansinnen zunächst ab, in dieser Sache als Mediatoren zu wirken und verlangten, der Ambassador möge den Plan selbst vorlegen. Du Luc aber bemerkte, er habe vernommen, daß der Vorschlag besser von den Unbeteiligten gemacht werden sollte; er

¹⁰³ Du Luc an Ludwig XIV., 17. Juni 1712, BA. AES 235, f. 189.

¹⁰⁴ Escher an Zürich, 20. Juni 1712, StA Zürich, A 236, 10.

¹⁰⁵ Bern an die Kriegsräte, 24. Juni 1712, StA Zürich, A 236, 11. — EA VI², S. 2540, Nr. 707.

¹⁰⁶ EA VI², S. 2540, Nr. 708. — S. 2542, Nr. 713.

¹⁰⁷ Gesandte an Luzern, 21. Juni 1712, StA Luzern 690. — Ludwig XIV. an Du Luc, 22. Juni 1712, BA. AES 235, f. 185.

¹⁰⁸ *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 104.

wußte, daß Zürich und Bern nur mit den Mediatoren verhandeln wollten ¹⁰⁹. Die Zürcher Gesandten hatten nämlich von ihren Herren den Befehl erhalten, soweit als möglich der Vermittlung durch das Ausland, also auch derjenigen des Ambassadors auszuweichen und nur durch die unparteiischen Ehrengesandten mit den katholischen Orten zu reden. Es sollten Verhandlungen mit Eidgenossen und nicht mit Ausländern gepflogen werden ¹¹⁰.

Die Friedensbemühungen Du Lucs bei den katholischen Orten wurden von Bern jedoch hoch geschätzt und mit der Bitte, auch weiterhin im Wohlwollen gegen Bern zu verharren, lebhaft verdankt ¹¹¹. Bern war es freilich auch, das seine Gesandten in Aarau vor Du Lucs Mediationstätigkeit warnte. Man solle gegen ihn höflich und voll Vertrauen sein, aber vermeiden, daß er vermittele. Durch eine solche Mediation könne für künftige Zeiten eine Abhängigkeit der evangelischen Städte von Frankreich entstehen ¹¹². Bern fürchtete, daß dann Frankreich den Traktat, den es vermittelt hatte, immer selbst erläutern wollte und zwar wohl nicht jederzeit zu Berns Vorteil. Bern achtete darum die Dienste Du Lucs, das heißt seine Bemühungen, die katholischen Orte zur Annahme der reformierten Bedingungen zu bewegen, betrachtete ihn selbst aber nicht als Vermittler und lehnte seine Einmischung ab ¹¹³.

Der Vorschlag des Botschafters über die Teilung der Vogteien wurde den Städten schließlich doch übermittelt. Zuerst fand er gute Aufnahme, die genauen Angaben erzürnten sie aber, und Zürich und Bern verlangten erneut einen klaren Bescheid über ihre vier Punkte ¹¹⁴. Sie beschwerten sich über die Verzögerung und fühlten sich bald nicht einmal mehr an ihre Bedingungen gebunden. Die Uninteressierten aber ersuchten sie, dies nicht zum Anlaß zu nehmen, ihre Hand von der Sache wegzuziehen, sondern sich weiterhin um einen guten Ausgang derselben zu bemühen ¹¹⁵. Die gereizte Stimmung bei den evangelischen Städten findet deutlichen Niederschlag im Schreiben des Berner Rates an die Gesandten in Aarau. Sie wurden instruiert, bei den Vertretern der uninteressierten Orte über die Verzögerung, die den Städten viel Verdruß und Unwillen bringe, vorstellig zu werden. Bern brachte nun noch einen überaus interessanten Hinweis, der zeigt, wie jahrhundertealte Schmach nicht vergessen wird. Die Berner erinnerten an die Zeit des Kappelerkrieges. Damals habe die unterlegene evangelische Partei von den Katholiken gar keine Bedenkzeit erhalten, der Friede sei unverzüglich im Feld nach dem Willen und Begehren der siegreichen katholischen Orte diktiert worden. Dieser Vorfall war bei den evangelischen Orten noch

¹⁰⁹ Abschied, 21. Juni 1712, StA Luzern.

¹¹⁰ Zürich an seine Gesandten, 22. Juni 1712, StA Zürich, Geheime Missiven B IV, S. 245. — EA VI², S. 2542, Nr. 711, S. 2544, Nr. 719.

¹¹¹ Bern an Du Luc, 21. Juni 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 42, S. 725.

¹¹² Bern an seine Gesandten, 28. Juni 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 43, S. 11.

¹¹³ Gröbli, Du Luc.

¹¹⁴ Guggenbühl, Zürichs Anteil am Zweiten Villmergerkrieg, S. 154.

¹¹⁵ EA VI², S. 1682.

in lebendiger Erinnerung, ein Zeichen dafür, wie er noch 1712 als hart und ungerecht beurteilt wurde. Den Berner Ehrengesandten wurde mitgeteilt, daß, falls die Sache nicht mit mehr Eifer betrieben werde, sie in acht Tagen zurückberufen würden und die Kriegsoperationen ihren Fortgang nähmen ¹¹⁶. Das Vorgehen der Städte erzürnte Du Luc; auf den oben erwähnten Brief Berns erteilte er gekränkte Antwort ¹¹⁷. An den Hof sandte er verschleierte Berichte; im Brief an Torcy ärgerte er sich über seinen Posten in der Schweiz, dem weit entlegenere vorzuziehen seien ¹¹⁸. In solchen Äußerungen ließ der Botschafter seinen Unmut über die Mißerfolge bei der Mediation aus. — Brotmangel, die Drohungen der evangelischen Gesandten, bald abzureisen, die Wiederaufnahme des Kampfes durch die Städte, die Mahnungen und Zusicherungen des Ambassadors brachten nun die katholischen Orte doch dazu, die vier Punkte der Städte zu beantworten. In ihrem Bescheid legten die Innern Orte Du Lucs abgeänderte Teilungsvorschläge nochmals vor, die nunmehr bei Zürich und Bern auf mehr Verständnis stießen. Daher konnten die Besprechungen wieder aufgenommen werden. Es gab lange und heftige Diskussionen, in denen sich Bern teilweise von Zürich distanzierte ¹¹⁹. Die Sitzungen der Parteien scheinen sehr bewegt gewesen zu sein; als am 24. Juni eine Session stürmisch zu werden drohte, verfügte Bürgermeister Burckhardt als Präsident der betreffenden Zusammenkunft deren Aufhebung ¹²⁰.

Die Verhandlungen gingen nur langsam vorwärts, neue Schwierigkeiten entstanden, als sich der Fürstabt von St. Gallen mit der Lösung im Toggenburg nicht einverstanden erklärte. Die Unbeteiligten wurden nun ersucht, dahin zu wirken, daß sich auch der Abt zustimmend ausspreche, besonders da sich auch Trauttmansdorff für eine Vermittlung einsetzte. Weil in der Toggenburger-Frage keine Einigung zustande kommen konnte, überließ ein Teil der katholischen Orte die Behandlung der Sache den Orten, die daran besonders interessiert waren. So distanzieren sich die Innerschweizer vom Abt und besprachen die übrigen evangelischen Forderungen ¹²¹.

In der nun immer noch schwierigen und aussichtslosen Lage gelangten die beiden Städte erneut an den Basler Bürgermeister, er möge durch seinen Rat einen Ausweg finden helfen. Ratsherr Tschärner ging am 25. Juni zu Burckhardt, um mit ihm die Angelegenheit zu besprechen. Der Bürgermeister bezeugte volle Bereitwilligkeit und stimmte einer erneuten besonderen Unter-

¹¹⁶ Bern an seine Gesandten, 21. Juni 1712, BB Bern, Mss. hist. helv., XIII, 121, S. 371 ff. — StA Bern, Teutsches Missivenbuch 42, S. 724. — StA Bern, Togg. C, S. 582.

¹¹⁷ EA VI², S. 2545, Nr. 720.

¹¹⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 22. Juni 1712, BA. AES 235, f. 198. — Du Luc an Torcy, 22. Juni 1712, BA. AES 235, f. 199. «Je vous avouerois ingenuement que l'ambassade de Maroc ou de Syam me paroistroit plus gracieuse, que celle que j'occupe.»

¹¹⁹ *Guggenbühl*, Zürichs Anteil am Zweiten Villmergerkrieg, S. 155 ff.

¹²⁰ *Vulliemin*, Geschichte der Eidgenossen, III. Teil, S. 557, Anmerkung.

¹²¹ EA VI², S. 1683.

redung mit den beiden Städten zu. J. B. Burckhardt war die Persönlichkeit, die ihr volles Vertrauen besaß, seine Ratschläge standen also unter keinem Druck. Da er Vertrauter der überlegenen Städte war und diese den Frieden bestimmten, kam seiner Mediationstätigkeit größte Bedeutung zu. Sie überragte, besonders in dieser Zeit, diejenige des Beraters der katholischen Orte, Du Luc.

Am Sonntagabend, den 26. Juni, trafen sich die Vertreter der Städte mit Bürgermeister Burckhardt in einem Landhaus außerhalb von Aarau. Hier wurden die Fragen erörtert, und versucht, in dem schweren Konflikt einen neuen Ausweg zu finden. Zürich und Bern eröffneten Burckhardt ihre Vorschläge. Diese Aufträge betrachteten die Städte als Ultimatum an die Innern Orte. Die Katholiken wurden dadurch vor die Wahl einer ganzen oder partiellen Teilung der Gemeinen Herrschaften gestellt ¹²². Die Kriegskostenfrage wurde fallengelassen, was eine Mäßigung der Bedingungen bedeutete. Bürgermeister Burckhardt hatte nun die Aufgabe, die Beschlüsse der beiden Städte so vorzubringen, als seien es seine eigenen Vorschläge, und dann die Ansichten der katholischen Orte zu ergründen. Die Städte wollten so erfahren, wie sie sich zu verhalten hätten ¹²³. Auffallend ist hier die Stellung Burckhardts; die Verhandlungen mit ihm erfolgten auswärts in einem Landhaus und seine Erkundigungen sollten nicht den Anschein erwecken, als steckten Zürich und Bern dahinter. Warum wohl die Geheimnistuerei?

Burckhardts Haltung in Aarau muß auch bei den katholischen Orten so überparteilich angesehen worden sein, daß diese eine allzu enge Verbindung des Leiters der Mediation mit der einen Partei ablehnten. Es ist ja auch selbstverständlich, daß die katholischen Orte eher etwas annahmen von einem Gesandten, der als Vermittler amtete, als einen Vorschlag, von dem sie wußten, daß er von der Gegenpartei stammte. Burckhardt selbst wollte und sollte unparteiischer Mittler zwischen beiden Lagern sein.

Die 5 Orte wurden durch das Ultimatum vor die Entscheidungsfrage gestellt: Krieg oder Frieden.

Sie gelangten erneut an die Uninteressierten und beklagten sich über die harten Bedingungen, die ihnen so stark zusetzen würden, daß die Freiheit innerhalb der Eidgenossenschaft nicht mehr bestehen könne. Die Deputaten der neutralen Orte sprachen den Katholiken zu und ersuchten sie um eine rasche Antwort. Nach Verhandlungen der Innern Orte mit Du Luc entschieden sie sich für eine andere Verteilung des gemeinsam regierten Gebietes. Dieser Entscheid bedeutete für das weitere Bestehen eines gemeinsamen Vaterlandes einen Sieg; die Gefahr der Trennung war vorüber, denn nun gab es auch weiterhin den gemeinsamen Besitz, der die beiden Konfessionen zusammenhielt.

¹²² EA VI², S. 1685 f.

¹²³ Escher aus Baden an Zürich, 26. Juni 1712, StA Zürich, A 236, 11. — EA VI², S. 2550, Nr. 733, 734.

Die ersten Tage des Monats Juli waren angefüllt mit Beratungen der beiden Parteien. Ein vierköpfiger Ausschuß erörterte die verschiedenen landfriedlichen Fragen, besonders die der Religionsfreiheit, der Gleichstellung der evangelischen Orte mit der katholischen Majorität in den Gemeinen Herrschaften und die Parität in der Ämterbesetzung ¹²⁴. Die Beratungen nahmen einen raschen Verlauf; lediglich in der Frage der Grenzziehung traten noch Differenzen zwischen Zürich und Bern auf, die dann zu Gunsten der Aarestadt entschieden wurden ¹²⁵. Bern wehrte sich gegen jede Verzögerung in Aarau; lieber sollte der Krieg neu beginnen ¹²⁶. Du Luc war über den Gang der Sitzungen zufrieden und sah bereits eine neue helvetische Einheit, wollte aber noch, allerdings erfolglos, eine Änderung der Demarkationslinie in den Freien Ämtern durchsetzen ¹²⁷. Der kaiserliche Botschafter bemühte sich zur gleichen Zeit, einen Friedensabschluß zu verhindern, indem er den 5 Orten Hilfe versprach, die aber von Du Luc mit Recht als Illusion bezeichnet wurde ¹²⁸. Am 5. Juli wurde den Innern Orten der endgültige Friedensvertrag übergeben, der wohl als Diktatfriede betrachtet werden kann, aber einen Mittelweg darstellt. Auf das Zustandekommen dieser Fassung hatte die friedliebende Art des Basler Bürgermeisters einen großen, im einzelnen jedoch nicht feststellbaren Einfluß. Sicher ist, daß er stets vom Stärkeren Mäßigung und vom Schwächeren Nachgeben forderte.

Am 8. Juli verreisten die katholischen Gesandten, um den Vertrag zu Hause ratifizieren zu lassen. Burckhardt schrieb: «Gott geb, dass die Ratifikation erfolge.» Seine Hoffnung zerschlug sich bald.

Am gleichen Tag schon traf allerdings die Ratifikation durch Zürich ein; Bern zögerte noch unter dem starken Einfluß Willadings, und es schien, es sei zu einem neuen Angriff fest entschlossen. In einer Konferenz der Unbeteiligten mit Zürich wurde die Absendung eines Bittschreibens an Bern beschlossen. Johann Balthasar Burckhardt besorgte die heikle Aufgabe. Solche Bemühungen und die beunruhigenden Meldungen aus den Lagern beschleunigten eine Annahme durch Bern, mit der Bedingung allerdings, daß Zürich und Bern den katholischen Ort, der den Frieden nicht ratifiziere, angreifen würden, wobei die übrigen katholischen Orte diesem nicht zu Hilfe eilen dürften.

In Aarau erwarteten die Gesandten der Uninteressierten die Antworten der katholischen Orte. Am 10. Juli besichtigten alle noch an der Tagsatzung weilenden Gesandten das Berner Lager und das Kloster Muri ¹²⁹.

¹²⁴ EA VI², S. 1687 ff.

¹²⁵ von Fischer, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 179.

¹²⁶ Bern an die Kriegsräte, 4. Juli 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 43, S. 45.

¹²⁷ Du Luc an Zürich und Bern, 5. Juli 1712, BA. AES Supp. XII, f. 134. — StA Zürich, A 236, 14.

¹²⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 4. Juli 1712, BA. AES 236, f. 24.

¹²⁹ J. B. B., 10. Juli 1712.

Als erste katholische Gesandtschaften erschienen am 14. Juli Uri und Luzern mit einer teilweisen Zustimmung und mit Dankesbezeugungen an die neutralen Gesandten und an Du Luc. Ob- und Nidwalden hingegen lehnten in einem Schreiben das Projekt ab. Man erwartete nun noch die Antworten von Schwyz und Zug. Mit einem erneuten Verzug der Angelegenheit waren aber die beiden Städte nicht einverstanden; sie verlangten einen sofortigen Abschluß. So konferierten Uri und Luzern allein mit Zürich und Bern. Die beiden katholischen Orte verlangten bei der Abfassung des Vertragsinstrumentes, daß den übrigen mitbeteiligten Orten ihrer Partei bis zur endgültigen Zusage eine Frist gewährt werde. Nach diesem Zeitpunkt, das heißt nach dem 20. Juli, hätten Zürich und Bern dann freie Hand, Uri und Luzern aber neutral zu bleiben ¹³⁰. Der Abschluß des Separatfriedens zwischen den vier Orten erfolgte am Nachmittag des 18. Juli.

Zwei Tage später unterschrieben Luzern und Uri die Neutralitätserklärung für den Fall des anhaltenden Krieges ¹³¹. In Aarau herrschte eine zufriedene Stimmung; man dankte den neutralen Gesandten und bat Gott, er möge das Vaterland bis an das Ende der Welt erhalten. Die Freude war aber nur von kurzer Dauer, verriet doch schon die fehlende Zustimmung einiger katholischer Orte die neuen Schwierigkeiten.

In den Länderkantonen der Innerschweiz herrschte seit dem Bekanntwerden der evangelischen Friedensbestimmungen Aufruhr. Die Bauern glaubten ihre Religion gefährdet und erhitzen sich, während der Nuntius noch weiter aufhetzte und aufwiegelte ¹³². Caraccioli forderte die Geistlichen auf, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der Friedensschluß verhindert werde. Gleichzeitig verlangte Du Luc, vom König unterstützt, eindringlich Annahme des Friedens durch die bedrängten und schlecht ausgerüsteten Katholiken ¹³³. Allein die Erregung des Volkes war schon so hoch gestiegen, daß die Untertanen den Obrigkeiten den Gehorsam auf sagten. Es kam zu heftigen Unruhen innerhalb einzelner Orte zwischen denjenigen, die in konfessioneller Starrheit das äußerste wagen wollten, und andern, die es aus politischer Klugheit vorzogen, einzulenken. Die Bewegung gipfelte im erfolgreichen Überfall der katholischen Truppen auf die Berner bei Sins am 20. Juli ¹³⁴. Am folgenden Tag beschloß Zürich, alle Verhandlungen abubrechen und defensiv oder offensiv zu handeln ¹³⁵. Die evangelischen Truppen waren durch die allgemeine Kampfmüdigkeit und die gereizte Stimmung

¹³⁰ EA VI², S. 1691 f.

¹³¹ Am Rhyn an die Obern, 20. Juli 1712. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung X, S. 68.

¹³² Luzern an seine Gesandten, 1. Juli 1712, StA Luzern 690. — *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 119 ff.

¹³³ Ludwig XIV. an Du Luc, 7. Juli 1712, BA. AES 231, f. 155. — Du Luc an die katholischen Orte, 7. Juli 1712, BA. AES Supp. XII, 134 vo — BA. AES 240, f. 142 — StA Luzern 690.

¹³⁴ *Löw*, Die Schlacht bei Villmergen im Jahre 1712, S. 22—34.

¹³⁵ Zürich an seine Gesandten in Aarau, 21. Juli 1712, EA VI², S. 2581, Nr. 845. — Bern an seine Gesandten, 22. Juli 1712, EA VI², S. 2582, Nr. 857.

zwischen Zürich und Bern geschwächt und demoralisiert ¹³⁶. In Aarau zeigte man sich über die Vorgänge im Felde überrascht; die Neutralen beschloßen, auch weiterhin in Aarau zu bleiben, und Du Luc unternahm bei Zürich und Bern neue Vermittlungsversuche. Daneben ließ der Botschafter auch diese Orte wissen, daß er ihren deutlichen Sieg auf dem Schlachtfeld wünsche, fürchtete er doch einen allgemeinen Aufruhr der Bauern in Zürich und Bern. Durch ein derartiges Ereignis wäre die Schweiz schlimmer bedroht gewesen; es zu verhindern war aber nur den evangelischen Siegern möglich ¹³⁷. Den katholischen Landleuten scheint Du Lucs Ränkespiel bekannt geworden zu sein, und er verlor deshalb stark an Ansehen und Zutrauen; wurde er doch an den katholischen Landsgemeinden verflucht ¹³⁸.

Zürich und Bern ließen ihre Gesandten in Aarau; diejenigen von Zürich sollten darum besorgt sein, daß die evangelischen unbeteiligten Vertreter in Aarau blieben, damit sie, wenn nötig, sofort das Wichtigste beratschlagen könnten. Sie sollten auch versuchen, die Gesandten von Luzern und Uri am Verlassen des Tagsatzungsortes zu hindern, was ihnen aber nicht gelang ¹³⁹. Bern allerdings verlangte am 25. Juli nun die Abreise seiner Gesandten. Die erboste Stimmung über das treulose Vorgehen Luzerns und über die Nichterfüllung ihrer Bedingungen sowie der unbedingte Wille der beiden Städte zum Kampf ist aus dem Schreiben der evangelischen Städte an die Uninteressierten klar ersichtlich. Sie wünschten eine Unterstützung ihrer Entschlossenheit zur Entscheidung durch die uninteressierten Orte. Bereitstellung von Mannschaft und Hilfe bei fernerer Mahnung sollten die äußeren Zeichen der Sympathie sein ¹⁴⁰. Die Uninteressierten jedoch fuhrten fort zu mahnen; sie gelangten wieder an die kriegerischen Parteien, beschriebenen die gefährliche Bedrohung des Landes und baten dringlich um Ruhe, «Gott möge die entstandene Kriegsflamme wieder löschen» ¹⁴¹.

Von den einzelnen Gesandten in Aarau erfahren wir in diesen Tagen wenig, ihre Tätigkeit wurde durch die kriegerischen Vorgänge eingeschränkt und übertönt. Nun überstürzten sich die Ereignisse im Felde. Am 25. Juli, dem St. Jakobstag, erfochten die Berner auf dem Langenenfeld bei Villmergen den blutigen Entscheid über die ungeordneten und auf ein Wunder wartenden katholischen Truppen ¹⁴². Mit dieser Niederlage brach der

¹³⁶ Bernische Gesandte an Bern, 19. Juli 1712, EA VI², S. 2576, Nr. 835. — Escher an die Obern, 22. Juli 1712, StA Zürich, A 236,3.

¹³⁷ Du Luc an Bern und Zürich, 23. Juli 1712, StA Zürich, A 236,4. — Du Luc an Ludwig XIV., 22. Juli 1712, BA. AES 236, f. 84.

¹³⁸ Bericht über die Ereignisse, 23. Juli 1712, StA St. Gallen, Bd. 1606, 607.

¹³⁹ EA VI², S. 2582, Nr. 855.

¹⁴⁰ Zürich und Bern an die Uninteressierten, 21. Juli 1712, StA Bern, Togg. A, S. 379.

¹⁴¹ Uninteressierte an die verschiedenen Orte, 22. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 170. — Zu diesem Schritte äußerte sich der spanische Gesandte sehr abfällig, er betrachtete das Schreiben und die ganze Arbeit der Uninteressierten als eitel und unnütz. EA VI², 24. Juli 1712, S. 2588, Nr. 869.

¹⁴² über die Schlacht: *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 305—311. — *Löw*, Die Schlacht bei Villmergen, S. 52—97.

Widerstand der 5 Orte endgültig zusammen. Der militärische Teil des Krieges war beendet; der Verhandlungsteil nahm seinen Fortgang.

Es ist nun noch notwendig und überaus aufschlußreich, neben dem sehr aktiven und einflußreichen Verhalten der Basler Gesandten zu Gunsten eines Friedens die Stellung der neutralen, aber konfessionell gebundenen Stadt Basel während der vergangenen Streitigkeiten zu verfolgen. Bereits mitten in der Zeit der Mediationsverhandlungen wurde Basel ernsthaft vor die Frage der Beteiligung am Kriege auf Seiten seiner Religionsgenossen gestellt.

Am 23. Mai gelangten die beiden Städte Zürich und Bern an Basel mit der Bitte, einerseits auf Solothurn, das bereit sei, im jetzigen Kampf Partei zu ergreifen, und anderseits auf den Bischof von Basel ein wachsames Auge zu haben. Die Stadt solle sich zu einem Zuzug bereithalten, damit zur Vollendung des bereits begonnenen erspriesslichen Werkes keine Zeit versäumt werde. Laut Bünden und Traktaten wurde von Basel die Aufstellung von 2000 Mann verlangt. In ihrem Gesuch unterstrichen die Städte ihre Hilfsbereitschaft der RheinStadt gegenüber; diese sei jederzeit und in allen Nöten erfolgt. An der Hilfe Basels in der gegenwärtigen Lage zweifelten sie nicht; ihre Unterstützung werde unvergeßlich bleiben und bei gleichen, aber auch bei freudigen Gelegenheiten erwidert ¹⁴³. Die Städte hofften, durch die Bereitschaft der uninteressierten evangelischen Orte Solothurn und Freiburg vom Zuzug abzuhalten.

Die Antwort Basels war ausweichend, meldete aber die Bereitstellung von 2000 Mann, die sogar schon exerzierten ¹⁴⁴. Die Grenzen gegen Solothurn und das Bistum wurden genau beobachtet, die Mannschaften mit Gewehren und Bajonetten ausgerüstet und überall Wachen aufgestellt. Auf der Schafmatt wurde zum Schutze der Hochwacht und eines Mörsers ein Graben aufgeworfen. Die Kompagnien in den Obern Ämtern, in denen Soldaten im Alter von 18 bis 55 Jahren dienten, erhielten eine Verstärkung auf 1400 Mann. Alle diese Maßnahmen ordnete Basel in «bestgesinnter Absicht» an und zur Vermeidung des Vorwurfes, es sei still gesessen. Das Gerücht von Manövern in der Basler Landschaft wurde von den städtischen Behörden dementiert ¹⁴⁵.

In Solothurn erkannte man, daß es den evangelischen Orten wirklich um eine Neuordnung der Eidgenossenschaft ging; die evangelische Partei erstrebe, so glaubte man, die Unterdrückung der katholischen Religion. Den Glauben ihrer Väter wollten sich die Solothurner aber nicht schmälern lassen und sie erließen einige Vorsichtsmaßnahmen ¹⁴⁶. Von den solothurnischen Verteidigungsvorbereitungen wurden in Basel die Verschanzungen

¹⁴³ Escher aus Bern an die Obern, 23. Mai 1712, StA Zürich, A 236,3. — Zürich und Bern an Basel, 23. Mai 1712, StA Zürich, A 236,3.

¹⁴⁴ Missiven, 25. Mai, StA Basel.

¹⁴⁵ Basel an die Gesandten, 4. Juni, StA Basel, Eidgenossenschaft K 11, Bd. 8.

¹⁴⁶ Meyer, Solothurns Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., S. 201.

in der Klus, die Grenzverbarrikadierung beim Schloß Bechburg und die Doppelwache auf der Schafmatt bekannt.

Basel überließ es nun der Klugheit seiner Gesandten in Aarau, mit den Vertretern Solothurns zu reden und die militärischen Maßnahmen der Rheinstadt zu rechtfertigen, damit das gegenseitige gute Verhältnis bewahrt bleibe. Der Basler Rat erkundigte sich auch bei seinen Ehrengesandten an der Tagsatzung über das Benehmen Solothurns und Freiburgs in Aarau. Jene antworteten, beide Orte verhielten sich neutral¹⁴⁷. Den katholischen Orten erklärte Solothurn am 31. Mai seinen Willen zur Hilfe; Bedenken vor Zusammenstößen mit dem mächtigeren Basel hielten diesen Ort aber dennoch zurück¹⁴⁸. Basel seinerseits wollte Solothurn und die übrige Nachbarschaft durch seine Vorkehrungen nicht reizen, was Bern nur Nachteile gebracht hätte. Die Stadt war aber jederzeit bereit, falls Solothurn mehr Vorbereitungen treffen würde, ihre Mannschaft einzusetzen. Basels Zurückhaltung dem evangelischen Hilfesuch gegenüber wurde aber hauptsächlich durch die drohenden Gefahren von Frankreich her bestimmt. Bei Hünningen wurden nämlich auf Ersuchen Du Lucs durch den französischen Befehlshaber an der Rheinfront, Harcourt, die Truppen verstärkt. Aus zwei Bataillonen und vier Schwadronen bestand diese Verstärkung. Ähnliche Maßnahmen wurden Ende Juni in der Freigrafschaft vorgenommen. Diese Demonstrationen sollten die Mediationsbestrebungen Du Lucs unterstützen, den Katholiken ein wenig Mut einflößen und ihnen die Hilfsbereitschaft des französischen Königs zeigen, Bern verhindern, weitere kriegerische Handlungen vorzunehmen und Basel an einen möglichen Durchmarsch glauben lassen. Die Rheinstadt sollte dadurch gehindert werden, sich von Truppen zu entblößen und Bern und Zürich Zuzug zu leisten¹⁴⁹.

Trauttmansdorff rechnete bei einem Mißerfolg der Mediation mit einer Teilnahme Basels und der übrigen unparteiischen Orte am Krieg, was eine allgemeine Ausbreitung des Streites zur Folge gehabt hätte. Auch er wollte deshalb diese Orte an einem aktiven Eingriff hindern. Er bat darum den Kaiser, er möge Basel von einem Zuzug zu Gunsten der evangelischen Städte abhalten¹⁵⁰.

Du Luc hatte Basel ein mögliches Eingreifen seines Königs gemeldet, mit der Absicht, die Stadt werde dann den kriegerischen Ereignissen fernbleiben. Natürlich war sich Du Luc klar bewußt, daß eine solche Aktion mit den wenigen vorhandenen Truppen nie stattfinden konnte. Die Konzentration von Truppen bei Hünningen stellte nur einen Kompromiß zwischen den Be-

¹⁴⁷ J. B. B., 24. Mai 1712.

¹⁴⁸ EA VI², S. 1674.

¹⁴⁹ Harcourt an Torcy, 30. Mai 1712, BA. AES 235, f. 113. — Voisin an Du Luc, 6. Juni 1712, BA. AES 210, f. 338. — Du Luc an Ludwig XIV., 1. Juni 1712, BA. AES 235, f. 115. — Sinner an die Herren in Lausanne, 24. Juni 1712, StA Bern, Wehrwesen bis 1798, 323, S. 59. — Abschiede, 22. Juli, StA Luzern.

¹⁵⁰ Trauttmansdorff an Karl VI., 11. Juni 1712, BA. Wien 142, f. 21. — Trauttmansdorff an Karl VI., 27. Juli 1712, BA. Wien 142, f. 45.

gehören der katholischen Orte und der Hilflosigkeit des französischen Königs dar. Die wahren Gedanken Du Lucs zeigten sich aber nie in den offiziellen Schreiben; sie enthüllten sich auch hier in einem Gespräch mit dem Basler Bürgermeister. Burckhardt gegenüber trat der Botschafter ja oft milder und gerechter auf, was als ein Zeichen der engen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens gedeutet werden muß. Der Ambassador erklärte Burckhardt, der wirklichen Lage entsprechend, die Stadt Basel habe nichts zu befürchten¹⁵¹. Zürich und Bern erkannten ebenfalls den wahren Sachverhalt, der durch die Erklärungen des Botschafters vor den Innern Orten dann noch bestätigt wurde. Sie betrachteten die Drohungen Du Lucs daher nicht als ernsthaft. Der Botschafter wollte seinem Herrn aber bald zeigen, daß die von ihm gewünschte Demonstration erfolgreich und sein Vorgehen also richtig sei. Er meldete an den Hof, Basel verdopple seine Anstrengungen und versuche alles, ein Einschreiten französischer Truppen zu verhindern, besonders dadurch, daß es die beiden Städte zur Beendigung des Krieges anhalte¹⁵².

An Bern meldeten die Basler Behörden ihre Absicht, sich bis zum äußersten einzusetzen, sie möchten aber die Gefahr bedenken, in der sich ihre Stadt wegen ihrer Lage befinde, Bedeckung und Sicherheit seien notwendig. Basel hoffe daher, wie in früheren Zeiten, auf bernischen Schutz, der die gemeineidgenössischen Religionsbände enger knüpfen und erhalten könne¹⁵³. Zürich und Bern wären aber niemals in der Lage gewesen, diese Bitte zu erfüllen.

In Aarau rechtfertigte Burckhardt seine Stadt, indem er den bernischen Gesandten die Ursachen darlegte, weshalb Basel die verlangten 2000 Mann noch nicht geschickt habe. Die Kostenfrage und die Angst vor Frankreich seien ausschlaggebend. Daneben erklärte er noch, daß ein Zuzug ihnen selbst viel Schaden, den evangelischen Städten aber keinen Nutzen bringe. Basel verneinte auch aus Gründen seiner vermittelnden Politik die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens. Burckhardt unterließ aber nicht die Versicherung, Basels Truppen würden, falls sich die Konferenz zerschlagen sollte, bereit sein, mit Bern zu kämpfen und ins solothurnische Gebiet einzudringen. Die dargelegten Motive wurden in Bern kurz erörtert und der weitere Verlauf der Ereignisse abgewartet¹⁵⁴.

Trotz ihrer unbestimmten Antwort wollte die Rheinstadt Bern doch noch ihre große Sympathie bekunden durch die Gratulation zu den siegreichen Unternehmungen, die zum erwünschten Frieden und zur gesegneten Harmonie im lieben Vaterland führen würden¹⁵⁵. Der Sieg bei Bremgarten am 25. Mai wurde von den evangelischen Städten als ein Erfolg «durch den

¹⁵¹ J. B. B., 26. Mai 1712.

¹⁵² Du Luc an Ludwig XIV., 27. Mai 1712, BA. AES 235, f. 90.

¹⁵³ Basel an Bern, J. B. B., 8. Juni 1712.

¹⁵⁴ Bernische Gesandte an Bern, 8. Juni 1712, StA Bern, Togg. C, S. 44 ff. — Escher Diarium, 9. Juni 1712, ZB Zürich.

¹⁵⁵ Basel an Bern, J. B. B., 8. Juni 1712.

himmlischen gnaden Beystand» betrachtet ¹⁵⁶. Die Annahme scheint nun durchaus berechtigt zu sein, daß hauptsächlich die französischen Vorkehrungen an der Grenze den Basler Behörden den gewünschten Vorwand einer Nichtbeteiligung am Kriege lieferten. Bern und Zürich konnte Basel auf diese Weise seine abwartende Haltung, den katholischen Orten seine kriegserischen Maßnahmen begründen. Für die Stadt selbst bedeuteten die Truppenaufgebote und die Übungen eine gewisse Sicherheit. Eine Neutralitätsverletzung hätte Basel vor neue große wirtschaftliche und handelspolitische Schwierigkeiten gestellt. Die Folgen eines derartigen Unternehmens waren ihm noch zu gut bekannt. Allen Vorwürfen und den damit verbundenen Gefahren war die Stadt klug und vorsichtig ausgewichen; weder Frankreich noch irgend ein Ort oder eine Partei konnten ihr etwas vorhalten.

Die weiteren Vorgänge im Landesinnern während der folgenden Monate wurden in Basel rege, aber ohne Spannung verfolgt, und im Verhalten der Stadt trat keine Änderung ein. Der eindeutige Wandel in der Eidgenossenschaft zu Gunsten des evangelischen Wesens hatte also in Basel keine Rückwirkungen, und die Stadt suchte daraus keine Vorteile zu schlagen. Festzustellen ist nur die erhöhte Wachsamkeit Basels, was im eifrigen Exerzieren der aufgebotenen zwei Kompagnien zum Ausdruck kam ¹⁵⁷.

Am 21. Juli, also am Tage nach dem Überfall bei Sins, erhielten auch die Basler Stadtobern wie die übrigen uninteressierten evangelischen Orte von Zürich und Bern eine sich auf Bünde und Religionsgemeinschaft stützende Mahnung. Zur Neutralität der beiden katholischen Orte Solothurn und Freiburg hatten die beiden Städte nach dem verräterischen Verhalten Luzerns kein Vertrauen mehr. Die Verletzung des Friedensvertrages wurde als schändlich betrachtet. Das Beispiel zeige, wie wenig man sich auf Verträge verlassen könne. Diese Mißachtung von Treue und Glauben erfordere ein hilfsberechtigtes Aufsehen. Bern hoffte auf die Gerechtigkeit Gottes, der solchen Mißbrauch seines hochheiligen Namens strafen und die gerechte Sache und ihre Waffen auch weiterhin mit seinem Segen begleiten werde zu seiner Ehre und zur Wohlfahrt des Vaterlandes. Berns Wunsch war, die Unbeteiligten möchten sich nicht mehr mit den treulosen Orten Uri und Luzern abgeben, was aber der Arbeit und dem Ziel der Mittelpartei zuwider gelaufen wäre ¹⁵⁸. Die Städte betrachteten ihre Handlungen als gerecht, weil es um die Lösung eines jahrhundertealten Unterdrückungsverhältnisses ging.

Basel sollte nach einer zweiten Bitte Berns vom 23. Juli 2000 oder 3000 Mann bereit und unter den Gewehren halten. Die Bereitstellung von Trup-

¹⁵⁶ StA Bern, Teutsches Missivenbuch 42.

¹⁵⁷ Scherrer, Chronik, S. 447.

¹⁵⁸ Bern an Unbeteiligte, 25. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 176. — Zürich und Bern an Uninteressierte, 21. Juli 1712, StA Bern, Togg. A, S. 379. — Bern an Uninteressierte, 23. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 126. — EA VI², 24. Juli 1712, S. 2585, Nr. 868.

pen stellte eine Drohung gegen die Bern benachbarten Orte Solothurn und Freiburg dar.

Bern hoffte auf die Erfüllung seiner Bitte und versprach, die Hilfe bei anderen Gelegenheiten zu vergelten¹⁵⁹. In Basel wurden seit Ende Mai 800 Mann bereit gehalten, in erster Linie aber nicht zum Zuzug, sondern zur eigenen Verteidigung, «für sicherheit von euch und unser»¹⁶⁰. Diese Maßnahme der Stadt wurde von Bern als besonders wirksam für das Verhalten der Nachbarschaft bezeichnet. Das bereits aufgebotene Kontingent an Soldaten wurde von Basel nun aber trotz der bernischen Bitte nicht verstärkt. Am 25. Juli gelangten die Basler Vertreter, die durch den Sondergesandten Deputat H. R. Wettstein von Basel aus benachrichtigt wurden, an die zwei Städte und legten ihnen die Lage der Stadt dar. Die Darlegungen entsprachen denjenigen vom Mai, waren aber etwas deutlicher und ausführlicher. Die Stadt sei bereit, bei völligem Bruch in der Eidgenossenschaft und bei Miteinbezug der Uninteressierten in den Streit, sich mit Gut und Blut zur Verteidigung des Leibes und der Freiheit gemäß der Bundes- und Religionspflichten einzusetzen. Basel begehre keine Dispensation, wohlwissend, daß seine Erhaltung von Gott und von derjenigen der beiden evangelischen Städte abhängе; es wolle daher im Notfall gern mit Zürich und Bern leben und sterben. Am liebsten aber wolle die Stadt wie 1632 und 1655 auch weiterhin in der Neutralität verharren, allerdings nur so lange, wie dies auch bei Solothurn, Freiburg und dem Bischof von Basel der Fall sei. Sollten diese die Unparteilichkeit brechen, so werde sich auch Basel am Krieg beteiligen. Die Darlegungen wollte Basel als geheim betrachtet wissen¹⁶¹. Solothurn gegenüber versicherte Basel seine gute Nachbarschaft und Neutralität¹⁶².

Neben der zustimmenden Antwort den Zuzug betreffend, brachte die Stadt aber auch einige Bedenken vor, worüber in Bern nicht lange diskutiert wurde; man kannte die Politik Basels und man vertraute auf ihre Hilfe in der höchsten Gefahr¹⁶³. Das Schreiben erwähnte die Bedrängnis, der Basel durch seine äußerst exponierte Lage inmitten von katholischen Orten und von Frankreich her ausgesetzt sei. Diese seien verdächtig, den katholischen am Kriege beteiligten Orten helfen zu wollen. Bei einem allgemeinen Religionskrieg stünden daher vor der Stadt nicht nur die solothurnische und bischöfliche Macht, sondern auch kaiserliche und französische Truppen. Basel war sich bewußt, daß es dann zur Verteidigung seines umfangreichen Gebietes gut gerüstet sein mußte. Die Stadt hatte also mehr als genug zu tun. Den Zürchern und Bernern erklärte sie daher noch, daß dem evangeli-

¹⁵⁹ Bern an Basel, 23. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 126. — StA Bern, Teutsches Missivenbuch 43, S. 125. — Bern an Basel, 2. August 1712, StA Bern, Teutsches Missivenbuch 43, S. 214.

¹⁶⁰ Basel an Zürich und Bern, 24. Juli 1712, StA Basel, Missivenbuch. — StA Bern, Togg. D, S. 136.

¹⁶¹ EA VI², Zürcher Gesandte an Zürich, 25. Juli 1712, S. 2588, Nr. 871. — J. B. B., 25. Juli 1712.

¹⁶² Bericht aus Aarau, 30. Juli 1712, StA Solothurn «Curiosa», Bd. 67.

¹⁶³ Escher Diarium, 27. Juli 1712, ZB Zürich.

schen Wesen an der Erhaltung der Stadt viel gelegen sein müsse. Bei einer Kriegsbeteiligung Basels wäre es von Bern und bald auch von seiner eigenen Landschaft abgeschnitten und den evangelischen Orten mehr Last als Trost. Der letztgenannte Grund hatte seine große Berechtigung; Basels Zuzug hätte die Lage der Evangelischen eher verschlechtert. Basel bat daher die Städte erneut, sie bei einem allfälligen Angriff ja zu unterstützen und zu trösten¹⁶⁴. Diese Bitte, die von Zürich und Bern in ihrer damaligen bedrängten Lage niemals hätte erfüllt werden können, zeigt, wie man in Basel über die kriegerischen Ereignisse in der Eidgenossenschaft schlecht unterrichtet oder aber an ihnen desinteressiert war. Wegen des regen Verkehrs mit Kaufleuten aller Orte kann man das erstere nicht annehmen. Das Ganze gibt uns weitere Hinweise dafür, daß Basels Interessen auf den Gebieten des Handels und der Wirtschaft lagen.

Trotz den eindeutigen Wandlungen in der Eidgenossenschaft zu Gunsten der evangelischen Orte änderte Basel auch jetzt seine Einstellung nicht. Die Stadt verwies erneut auf ihre Lage und hoffte dadurch, neutral bleiben zu können. Bundespflichten wurden nicht verletzt, und den andern evangelischen Städten erwuchs kein Nachteil.

Der evangelische Sieg bei Villmergen erlöste nun besonders auch Basel von einem Druck, und die Stadt sandte daher bald ein Gratulationsschreiben an die siegreichen Religionsgenossen¹⁶⁵.

Erneut aber ist es interessant, daß mitten in dieser gespannten Zeit Basel die beiden Städte bat, ihm bei den Bemühungen um die Zufuhr der Früchte aus dem Elsaß behilflich zu sein, denn der Bedarf war dringlich¹⁶⁶. Der handelspolitische Druck von Frankreich her lastete ständig auf Basel und bestimmte seine Haltung. Sehr wahrscheinlich war ein Teil der Frucht auch für zürcherische und bernische Truppen bestimmt, was Basel natürlich auch veranlaßte, auf eine rasche Zufuhr zu drängen¹⁶⁷.

Es scheint nun aber, daß Basels Bevölkerung zu einer militärischen Hilfe an Zürich und Bern bereit gewesen wäre, denn es wurden in der Stadt wahre Greuelmärchen über die Katholiken und ihr Vorgehen gegen die evangelischen Soldaten erzählt. Solche Gerüchte versetzten natürlich die Bevölkerung in eine Kampf Stimmung, die von den Pfarrherren sicher noch geschürt wurde. Hier einer der in der Stadt zirkulierenden Berichte: «Sie (die Katholiken) schnitten den leuthen die brust ab, stachen ihnen die augen aus, streyten ihnen pulver aufs angesicht, und verübten alle leichtfertigkeiten, wo sie meister waren, woraus anzunehmen, wan sie überall die oberhand gwnnen

¹⁶⁴ Bernische Gesandte an die Obern, 25. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 240.

¹⁶⁵ Basel an Zürich und Bern, 28. Juli 1712, StA Bern, Wehrwesen bis 1798, Nr. 324, S. 147.

¹⁶⁶ Beschreibung der toggenburgischen Streitigkeiten, 25. Juli 1712, ZB Zürich.

¹⁶⁷ Basel an Zürich, 24. Juli 1712, StA Zürich, A 236,13. — EA VI², S. 2588, Nr. 871. — Escher an die Obern, 25. Juli 1712, StA Zürich, A 236,14, Nr. 127. — J. B. B., 25. Juli 1712. — Bernische Gesandte an die Obern, 25. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 240. — Basel an Bern, 26. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 138. — Juli 1712, StA Basel, Missivenbuch.

hätten, wie sie mit uns reformierten wurden umgegangen sein, uns gänzlich zu grund gerichtet . . . » Der ganze Streit sei auf Anstiftung der «verfluchten Pfaffen und Jesuiten» erfolgt. Es ist nun nicht festzustellen, wer die Gerüchte in Umlauf gesetzt hat, kamen sie von den Behörden, die ihren Aufgeboten einen gewissen Hintergrund geben wollten, kamen sie von Zürich und Bern, die ihr Hilfesuch anschaulich untermalen wollten, oder streute sie ein besonders fanatischer Katholiken- und Jesuitenhasser aus. Wäre das Letztgenannte zutreffend, so hätten die beiden Chronisten, der Pedell und der Provisor zu Sankt Peter, Bemerkungen dazugefügt. Besonders der Pedell war ein Behördemitglied, das solche Worte eines fanatischen evangelischen Bürgers nicht ohne weiteres übernommen hätte ¹⁶⁸.

III. Das Ringen um den Frieden

Der Sieg von Villmergen löste in Zürich und Bern große Freude aus, er wurde als Fügung Gottes angesehen, der die Katholiken in die für die evangelischen Städte bereitete Grube habe fallen lassen. Die den Vätern vor 56 Jahren zugefügte Schlappe war nun gerächt und die Ehre der evangelischen Waffen wiederhergestellt ¹⁶⁹. Den Frieden vom 18. Juli betrachtete Bern nachträglich nur als ein Manöver zur Lahmlegung der evangelischen Armee, um diese dann besser überfallen zu können ¹⁷⁰. Aus dieser Stimmung heraus erklärt sich Berns Absicht, noch keinen Frieden zu schließen, sondern in den Kriegsoperationen fortzufahren. Der Treubruch und die Schmach von Sins sollten zuerst gerächt werden. Daher wurde die Forderung wiederholt, die bernischen Gesandten hätten aus Aarau abzureisen und die Aktionen gegen katholische Truppenverbände seien fortzusetzen ¹⁷¹. Von Solothurn und Freiburg forderte Bern kategorisch einen verbindlichen Bescheid über ihre Haltung, denn es vernahm gerüchtweise, daß sich bei Villmergen auch Leute aus diesen beiden Orten befunden hätten. Die solothurnischen und freiburgischen Gesandten berichteten über ihre Stellung mit dem Hinweis auf ihre Anwesenheit bei den Uninteressierten; ein Neutralitätsbruch hätte ihre Abberufung durch die Obern zur Folge gehabt, was allerdings nicht als schlagkräftiger Beweis zu bewerten ist, denn ihr Wunsch, sich am Krieg offensiv zu beteiligen, war groß ¹⁷². Solothurn und Freiburg befürchteten einen Überfall und versprachen sich gegenseitige Hilfe, wobei das weitere Vorgehen je nach der Lage und dem Bedürfnis zu bestimmen sei ¹⁷³.

¹⁶⁸ Chronik S. von Brunn, S. 384. — Scherrer, Chronik S. 449.

¹⁶⁹ Relation des Herrlichen Sieges, StA St. Gallen, Bd. 1606, 779.

¹⁷⁰ Bernische Relation, 30. Juli 1712, StA St. Gallen, Bd. 1606, 770.

¹⁷¹ Bern an Tschärner, 29. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 660.

¹⁷² Escher an Zürich, 26. Juli 1712, StA Zürich, A 236,14, Nr. 132. — EA VI², S. 1695.

¹⁷³ EA VI², S. 1703, Nr. 754.

Zürich wollte eine rasche Erledigung des Friedensgeschäftes, es hoffte auf eine erfolgreiche Vermittlung der Uninteressierten, wollte jedoch von einer Mediationstätigkeit des französischen Botschafters noch immer nichts wissen ¹⁷⁴. Der katholische Vorort Luzern gelangte bereits am 27. Juli mit dem Ersuchen an die neutralen Orte, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Die Uninteressierten, für deren Tätigkeit schon am 25. Juli Bern gedankt hatte, setzten nun ihre Bemühungen für Ruhe im Vaterland und Einstellung der kriegerischen Handlungen fort. Zur Generalität wurde ein Ausschuß gesandt (einer der Gesandten war der Basler Deputat Chr. Burckhardt), der sich für einen Waffenstillstand während sechs bis acht Tagen einzusetzen hatte. Dieses Handeln sowie erneute Mahnschreiben an die evangelische Partei führten langsam zum Erfolg ¹⁷⁵. Die Städte wollten allerdings zuerst noch vollkommene Sicherheit und eine gewisse Garantie für das Anhören und die Annahme ihrer Friedensvorschläge. Nach einigen Beratungen und der Einholung der Vollmachten war die Schwierigkeit überwunden und alle Orte zeigten sich zum neuen Waffenstillstand bereit.

Auch in den evangelischen Kriegslagern wurde auf raschen Abschluß eines Friedens gedrängt; die Soldaten hatten Heimweh und murrten gegen jede Hinausschiebung des Kriegsendes ¹⁷⁶. Die Kriegsräte zogen jetzt einen sicheren Frieden dem Glücksspiel des Krieges vor. Viele Soldaten und Offiziere erkrankten und die Ungeduld, nach Hause zu kehren, wuchs. Bern stand also unter schwerem Druck, dem es schließlich nachgeben mußte; vorläufig ermahnte es die Kommandanten zur Geduld ¹⁷⁷.

Der französische Botschafter beklagte sich bei den katholischen Orten über ihr Vorgehen während der letzten Kriegshandlungen; er distanzierte sich und sprach ihnen jeglichen Anspruch auf königliche Gunst ab. Du Luc hoffte aber doch, daß sie, die er sogar als geistesschwach bezeichnete, bei den Friedensverhandlungen auf ihn hören würden ¹⁷⁸. Da die katholischen Orte immer noch vom glaubensgenössischen Frankreich abhingen, konnte er sich solche scharfe Äußerungen erlauben, denn die Innern Orte waren auch weiterhin genötigt, seine Unterstützung und Hilfe zu suchen. Das ränkevolle Spiel Du Lucs kommt hier deutlich zum Ausdruck. Der Botschafter warb nämlich andererseits auch ständig um die Gunst Berns, die er durch scheinbare Distanzierung von den katholischen Orten eher zu erlangen hoffte. Ein weiterer Widerstand der Katholiken hätte einen Verzweiflungskampf ohne jede Aussicht auf Erfolg bedeutet. Die Uneinigkeit und die militäri-

¹⁷⁴ Escher an Zürich, 31. Juli 1712, StA Zürich, A 236,14.

¹⁷⁵ Die Uninteressierten an Zürich, 28. Juli 1712, StA Zürich, A 236,13. — Die Uninteressierten an Bern, 28. Juli 1712, StA Bern, Togg. D, S. 663.

¹⁷⁶ von Fischer, Die Politik des Schultheißen J. F. Willading, S. 189.

¹⁷⁷ Bernische Kriegsräte an Bern, 1. August 1712, EA VI², S. 2598, Nr. 909. — Bern an Kriegsräte, 4. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 420. — Aus dem Feld an die Obern in Bern, 4. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 417. — Bernische Kriegsräte an die Obern, 9. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 468.

¹⁷⁸ Du Luc an die katholischen Orte, 26. Juli 1712, BA. AES Supp. XII, f. 138. — Du Luc an Torcy, 29. Juli 1712, BA. AES 236, f. 123.

sche Unterlegenheit der katholischen Orte mußten den negativen Ausgang einer Auseinandersetzung zur Folge haben und sie zum Friedensabschluß zwingen. Am 30. Juli entschuldigte sich Uri wegen seines Verhaltens; seine Obrigkeit sei unschuldig, da die Untertanen von sich aus den Zugern zugezogen seien. Uri hoffte, dadurch eine Verschärfung der Friedensbedingungen verhindern zu können. Die ernerische Bitte um Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde von den Uninteressierten dahin beantwortet, daß die Gesandten Uris sofort in Aarau erscheinen sollten.

Am 6. August versammelten sich dank den Bemühungen der neutralen Orte und des französischen Ambassadors und auf Begehren der beiden siegreichen evangelischen Städte alle Parteien getrennt im Rathaus von Aarau. Tags darauf fand durch die Vermittlung der Uninteressierten eine gemeinsame, den ganzen Abend dauernde Beratung statt. Die wichtigste Frage war, ob die Sieger es bei ihren Forderungen vom 18. Juli bewenden ließen. Bereits am Tage nach der Schlacht von Villmergen kam die Unsicherheit der Städte über das alte Zugeständnis zum Vorschein; sie hatten aber bis zu diesem Zeitpunkt noch keinen klaren Bescheid erteilt. Die Katholiken stützten sich auf die alten Bedingungen, erklärten sich schon am 3. August für deren Annahme durch alle ihre Orte und baten, die Städte möchten sich damit zufrieden geben.

Die evangelischen Orte wollten nun aber doch ihren großen Sieg vom 25. Juli ausbeuten und verschärften ihre Friedensbedingungen. Zürich verlangte das zurück, was es im Alten Zürichkrieg hatte abtreten müssen, die Höfe und die Schutzherrschaft über Uznach und Gaster und dazu noch diejenige über Rapperswil¹⁷⁹. Die Berner stellten auch eigene Forderungen auf, so verlangten sie einen breiteren Streifen im Freiamt und ihre Mitherrschaft in allen deutschen Vogteien. Die Katholiken wandten sich nochmals an Du Luc, der ihnen aber den Rat erteilte, sich vorläufig zu fügen; das Übel werde nachher schon wieder geheilt. Du Luc trat jetzt nicht mehr besonders energisch für die katholischen Orte ein, denn er wollte sie unbedingt fühlen lassen, daß das Unglück ihre eigene Schuld sei, weil sie seine Ratschläge nicht befolgt hatten. Ein durchschlagskräftiges Auftreten des Botschafters wäre jetzt aber wegen der Einstellung Zürichs und Berns gar nicht möglich gewesen¹⁸⁰. Über die eigentlichen Absichten des Ambassadors war man sich im Lager der Evangelischen nicht klar; man befürchtete grundlos, seine ablehnende Haltung gegen die aufrührerischen Bauern der Innerschweiz bezwecke eine Aufhebung des demokratischen Systems und die Einführung eines aristokratischen Regimes¹⁸¹.

Es war hauptsächlich Luzern, das sich von den Innern Orten für den baldigen Abschluß eines Friedens einsetzte, denn der katholische Vorort wollte sich in keine Abenteuer mehr einlassen. Die luzernischen Vertreter und die der übrigen katholischen Orte gelangten nun an die Mediatoren, damit diese

¹⁷⁹ *Dierauer*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, II, S. 71.

¹⁸⁰ Voisin an Du Luc, 21. August 1712, BA. AES 210, f. 352.

¹⁸¹ Gesandte von Bern an Bern, 3. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 739.

sich dafür einsetzten, daß die Sieger es beim Frieden vom 18. Juli bewenden ließen und von ihren Ansprüchen abstünden. Sie unterstrichen ihren Wunsch mit einer früheren Erklärung der Städte, den katholischen Orten nichts nehmen zu wollen und die Angelegenheit nicht zu verschärfen. Da sich Luzern vor weiteren Aufständen innerhalb der katholischen Orte fürchtete, drängte es erneut ¹⁸².

Nach etlichen Beratungen stimmten die katholischen Gesandten einzelnen neuen Forderungen der Evangelischen doch zu, und die neutralen Orte ließen nun die zwei Städte auf das Rathaus kommen, um ihnen zuzureden, wegen geringfügiger Interessen doch nicht die ganze Eidgenossenschaft in die äußerste Gefahr zu versetzen und sich für diesmal zu begnügen ¹⁸³. Bern bestand auf seinen Forderungen, war aber der Meinung, daß diejenigen Zürichs zu hart seien. Es verlangte von Zürich «unlimitierte Gewalt» für die Gesandten, damit der Friede, «der uns gewisslich beydseitig höchst von nöthen» rasch und dauerhaft werden könne ¹⁸⁴. Bern versuchte alles, den Krieg in voller Einigkeit zwischen den evangelischen Orten zu beendigen. Es bat Zürich um Einsicht und Wiederherstellung der Harmonie. Die Vollmachten der Zürcher wurden in der Folge großzügiger und der Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit mit Bern hervorgehoben; in Bezug auf Rapperswil aber ließ Zürich nicht locker ¹⁸⁵. Daher gerieten die beiden evangelischen Städte in eine arge Spannung, und Bern drohte sogar mit dem Abschluß eines Separatfriedens ¹⁸⁶. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit bestimmte schließlich die beiden Städte, ihre ursprünglich weitgehenden Forderungen zu mildern und in der Hauptsache den ersten Friedensschluß beizubehalten, was auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine beschleunigende Wirkung hatte ¹⁸⁷. Jetzt hatten auch die Vermittler bei Zürich und Bern weniger Schwierigkeiten. Sie drängten, liefen im Aarauer Rathaus von Stube zu Stube und brachten am Dienstag, den 9. August, nach verschiedenen Sessionen von vier Uhr nachmittags bis um Mitternacht die mündliche Zusage eines Friedens zustande. Die vier Orte Luzern, Uri, Unterwalden und Zug nahmen die evangelischen Forderungen ohne Einschränkungen an; Schwyz versprach, innert 48 Stunden die Ratifikation der Obern einzubringen. «Der allerhöchste Gott wolle seinen heiligen Sagen zu diesem Frieden geben», meldeten die Berner noch in der gleichen Nacht erleichtert ihrer Vaterstadt ¹⁸⁸.

Zur Sicherung des eben abgeschlossenen Friedens wünschte Bern eine Garantie durch die unbeteiligten Orte. Die evangelischen Mediatoren erklär-

¹⁸² Luzern an die Gesandten, 6. August 1712, StA Luzern 691. — Am Rhyn an die Obern, 7. August 1712, Trogen, Zellwegersche Aktensammlung X, S. 93.

¹⁸³ EA VI², S. 1698 f.

¹⁸⁴ Bernische Gesandte an Zürich, 7. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 754.

¹⁸⁵ Zürich an die Gesandten, 8. August 1712, EA VI², S. 2605, Nr. 935. — Räte von Bern an Zürich, 9. August 1712, EA VI², S. 2606, Nr. 939.

¹⁸⁶ Escher an Holzhalb in Zürich, 9. August 1712, EA VI², S. 2606, Nr. 938.

¹⁸⁷ *Marbacher*, Schultheiß Am Rhyn und seine Zeit, S. 234.

¹⁸⁸ Berner Gesandte aus Aarau an Bern, 9. August 1712, StA Bern, Togg. D, S. 778.

ten sich bereit, die vorgeschlagene Garantie zu übernehmen und ihr möglichstes zur Aufrechterhaltung des evangelischen Wesens beizutragen; sie glaubten aber nicht, daß die katholischen Uninteressierten Freiburg und Solothurn die gleiche Gewährleistung übernehmen würden. Die evangelischen Vertreter, unter ihnen auch Johann Balthasar Burckhardt, waren sich im klaren, daß diese einseitige Beteiligung wenig Hoffnung für eine künftige Sicherheit bot und rieten schließlich davon ab. Sie gingen so weit, den Städten zu erklären, daß es nicht ratsam sei, als Gewähr Geiseln, die Einräumung gewisser Plätze und anderes mehr zu verlangen¹⁸⁹. Derartige Bemerkungen entsprachen ganz den Ideen und Bemühungen des Basler Bürgermeisters. Er lehnte jede Art von Gewaltmaßnahmen ab. Der Einsatz der Mediatoren lohnte sich, denn Bern ließ den erwähnten Gedanken fallen. Die Schlichtung des eigentlichen Toggenburger-Streites wurde verschoben; er sollte aber so rasch als möglich beigelegt werden. — Der Friedensabschluß wurde so zu einem großen Teil ein Werk der Uninteressierten.

Auf Freitagmorgen, den 12. August, um neun Uhr, war eine allgemeine Session anberaumt worden, an der zuerst den uninteressierten Orten für ihre Mühe und Sorgfalt nochmals gedankt und der Friede verlesen wurde. Dem französischen Botschafter wurde ein Dankeskompliment überbracht, gleichzeitig baten ihn die Gesandten, an der Tagsatzung zu erscheinen. Mit feierlichem Geleite kam er ins Rathaus, wo er die Eidgenossenschaft zu der eingetretenen Versöhnung beglückwünschte¹⁹⁰. Die Rede Du Lucs verdankte man schriftlich; Bürgermeister Burckhardt war an der Ausarbeitung der Antwort beteiligt.

Ende des Jahres 1712 sandten die beiden evangelischen Städte Burckhardt die größte goldene Medaille — sie hatte einen Wert von 50 Dukaten — und dankten erneut für seine erfolgreichen und wertvollen Bemühungen um die Aufrichtung des Friedenswerkes¹⁹¹.

Der Friede sollte den evangelischen Orten die Stellung zurückgeben, die sie im Zweiten Landfrieden von 1531 eingebüßt hatten; er sollte aber auch künftige Streitigkeiten und Anfechtungen verhindern. Der Kappelerfriede wurde ungültig erklärt und nach Bern gebracht¹⁹². Um neuen Reibereien innerhalb der Eidgenossenschaft vorzubeugen, erhielten beide Glaubensbekenntnisse in den Gemeinen Herrschaften Gleichberechtigung. Die konfessionelle Parität ging auch auf die örtlichen Vertreter über. Damit auf der Tagsatzung die evangelische Minorität nicht überstimmt wurde, entschied fortan in Glaubenssachen ein Ausschuß mit gleich viel Vertretern der beiden Konfessionen. Bei Tagsatzungsverhandlungen sollten nun ein

¹⁸⁹ EA VI², S. 1702.

¹⁹⁰ *Lüthi*, Vilmerger Krieg, S. 207 f.

¹⁹¹ Kleiner Rat, 14. Dezember 1712, StA Basel. — *Burckhardt*, H. B. Burckhardt, Archiv für Schweizergeschichte 1849. — Ratsherrenkasten Rot, I, S. 29, Privat-Archiv Carl Burckhardt-Sarasin.

¹⁹² Der Überbringer erhielt ein Goldstück, Escher Diarium, 16. August 1712, ZB Zürich.

evangelischer und ein katholischer Schreiber anwesend sein; die beiden Protokolle mußten dann gegenseitig verlesen und danach die Abschiede fertiggestellt werden. Durch diese Bestimmungen erhielt jetzt nach fast 200 Jahren das evangelische Bekenntnis die völlige eidgenössische Anerkennung. Weitere Paragraphen des neuen, Vierten Landfriedens betrafen territoriale Änderungen. Besonders hier trat eine Verschärfung des Juli-Friedens ein; die Katholiken wurden aus der Verwaltung der ganzen Grafschaft Baden und des größten Teils der Freien Ämter hinausgestoßen, nur Glarus hatte noch Teil an der Mitherrschaft. Das eigentliche Ziel der Eroberungspolitik der beiden Städte, ihre gegenseitige Landverbindung, wurde so erreicht. Den Schutz über Rapperswil und die dortige Seebrücke übernahmen jetzt ebenfalls Zürich, Bern und Glarus; die Waldstätte und Zug hatten hier nichts mehr zu sagen. Bern erhielt zudem noch einen Syndikatsanteil in den Herrschaften Thurgau, Sargans, Rheintal und im übrigen Bezirk der Freien Ämter ¹⁹³.

Für die katholischen Orte bedeutete der Friede einen schweren Schlag; es lag ja auch in der Absicht der evangelischen Städte, die Unterlegenen so zu treffen, daß ihnen der Mut zur Vergeltung vergehe. Die beiden Städte suchten auch ein geeignetes Mittel, ihre errungene Stellung behaupten zu können — sie glaubten, es in der Einführung der Parität gefunden zu haben. Zürich und Bern erstrebten dadurch etwas Wirksameres als das Edikt von Nantes, in dem die konfessionellen Rechte der Protestanten noch eingeschränkt waren ¹⁹⁴. Dieses Paritätsprinzip, das die konfessionellen Streitigkeiten beseitigen sollte, barg aber neue Gefahren in sich. Sobald in Glaubenssachen einmal keine Einigung unter den gleichwertig regierenden Parteien möglich war, konnte jederzeit der Degen wieder gezogen werden. Daneben wuchs in jedem Ort die Macht der Staatsgewalt, denn diese entschied ja auch über den Glauben der Untertanen. Eine solche Politik prägte den Charakter einzelner Orte für die nächsten 136 Jahre. Die Sorge der regierenden Orte um die Erhaltung der Parität schuf aber auch ein gemeinsames Band. In der Einführung der Parität fanden die regierenden Orte den Ausweg, um nach allen konfessionellen Reibereien mindestens nebeneinander weiter leben zu können. Sie verhütete den gänzlichen Zerfall der Bünde, bis das Staatswesen auf neuen, kräftigeren Staatsprinzipien aufgebaut wurde ¹⁹⁵.

Bei den Siegern löste der Friede große Genugtuung und Zufriedenheit aus. Der zürcherische Bürgermeister H. J. Escher war über den Erfolg ergriffen und voll Dankbarkeit gegenüber Gott. An seinen Sohn schrieb er beim Abschluß des Vertrages: «Ich bin nit werth, dass Gott mich gewürdiget ein armes Instrument zu sein zu solch grossem Gnadenwerk Gottes» ¹⁹⁶. Diese Stimmung führte auch zum Beschluß, am 25. August einen außer-

¹⁹³ Friede, EA VI³, S. 2330—2337. — *Feller*, Geschichte Berns III, S. 316 f.

¹⁹⁴ *Lasserre*, Etapes du fédéralisme, p. 118—168.

¹⁹⁵ *Pupikofer*, Geschichte der Landgrafschaft Thurgau, II, S. 367.

¹⁹⁶ *Keller*, Familie Escher vom Glas, S. 116.

ordentlichen Bet- und Danktag abzuhalten. Er sollte aber kein Tag des Schwelgens, Prassens und Verachtens der Feinde sein; tiefe Buße, Demut, Dank und Preis der großen Wunder, die Gott getan hat, sollten die Gläubigen erfüllen ¹⁹⁷. Da die Unterlegenen ja zur gleichen Volksgemeinschaft gehörten, war dieser Ton angebracht.

Die katholischen Orte zeigten über den Frieden Erbitterung, denn Bundesgenossen bereicherten sich auf ihre Kosten ¹⁹⁸. Aufzeichnungen katholischer Chronisten nennen darum den Abschluß einen «der Fryheit nachtheiligen faulen Frieden» ¹⁹⁹. Die katholischen Großmächte Oesterreich und Frankreich mißbilligten den Aarauer-Frieden ebenfalls. Eroberungen unter den Gliedern eines Bundes lehnt auch Montesquieu in seinem Werk «De l'Esprit des lois» als unnatürlich ab. Seine Darlegungen ergänzt er mit Bemerkungen über die Verhältnisse in der Schweiz nach dem Vierten Landfrieden ²⁰⁰.

Die unbeteiligten evangelischen Orte bezeugten über den Sieg ihrer Glaubensgenossen offenes Vergnügen. Basel war vom Verlauf der Verhandlungen befriedigt und erwartete sehnlich den Abschluß des Friedens ²⁰¹. Zur Sicherung vor Eventualitäten behielt die Stadt bis zum 15. August noch zwei Kompagnien unter den Waffen. Die Ausbeutung des Sieges durch die Friedensbestimmungen fand allerdings nicht die volle Zustimmung durch Basel, Schaffhausen und die Stadt St. Gallen ²⁰². Auch Bürgermeister Burckhardt war über sie nicht glücklich; er erkannte darin Gefahren für die Zukunft. Es muß an einer der letzten Sitzungen nach dem Abschluß des Friedens gewesen sein, daß er eine kurze Ansprache hielt, in der er ähnliche Gedanken darlegte wie im Konzept vom vergangenen Mai ²⁰³. Er durchging die Geschichte der Altvordern und ihren Einsatz für Freiheit und Bundesgenössigkeit. Die große Glückseligkeit der Eidgenossenschaft zeigte er an Hand des Verderbens und des Greuels der Verwüstungen vor den Toren des Landes. Überall werde die Freiheit mit Füßen getreten, die Bevölkerung verfolgt und durch Mord und Hunger hinweggerafft; demgegenüber stehe die Schweiz zur Verwunderung aller Welt da als ein gesegnetes «Theater des Friedens». Die entstandenen Mißhelligkeiten seien jedem Patrioten zu Herzen gegangen. Die Schuld an dieser Unruhe schob der Basler Bürgermeister allen Eidgenossen zu, er billigte das Vorgehen seiner zürcherischen und bernischen Glaubensgenossen keineswegs. Gott habe die Ratschläge und Gedanken «aller wahren eidgenössischen Patrioten» geleitet und geholfen,

¹⁹⁷ Schreiben des Zürcher Antistes Klingler. *Pupikofer*, Geschichte der Landgrafschaft Thurgau, II, S. 364.

¹⁹⁸ *Mémoire historique 1711 — 1723*, BA. AES Mém. et Doc. 29, f. 1.

¹⁹⁹ *Städelin*, Der 1712-Krieg. — Bericht über den Villmergerkrieg (von einem Kapuziner), 16. September 1712, StA St. Gallen, Bd. 1607, 976.

²⁰⁰ *Montesquieu*, *De L'Esprit des lois*, ed. par Gonzague Truc, Paris 1949, Livre X, Chap. VI.

²⁰¹ Basel an Gesandte in Aarau, 13. August 1712, StA Basel, Missiven.

²⁰² *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 320.

²⁰³ Vgl. Anmerkung 66.

den Frieden wiederherzustellen. Burckhardt schloß seine Darlegungen mit der inständigen Bitte, Gott möge den Frieden schützen, befestigen und dem Vaterland wieder Harmonie und Einigkeit auf unzählbare Jahre hinaus schenken ²⁰⁴. Burckhardt hoffte auf einen dauerhaften Frieden; nirgends aber finden wir einen Hinweis, daß er sich über ihn freute. Seine Bemühungen als Vermittler hatten einer Lösung gegolten, bei der beide Teile zufrieden gestellt werden sollten. Das abgeschlossene Werk war jedoch einseitig und brachte neue Schwierigkeiten, vor denen es Burckhardt bangte. Eine solche Furcht verraten die Gedanken, mit denen er seine Tagebuchnotizen schloß, nachdem er am 13. August aus Aarau weggereist und am Sonntag, den 14. August, mittags in Basel eingetroffen war: «So ist durch viel sorg, müh und arbeit innert 15 Wuchen (das heißt seit dem 2. Mai) der liebe fried durch Gottes sonderbahrer gnad in unserem vatterland wider hergestellt. Gott gebe, dass er auf lange Johr befestiget und erhalten werde.»

²⁰⁴ StA Basel, Politisches X, 3,2.

BURCKHARDTS LETZTE EIDGENÖSSISCHE TÄTIGKEIT

Mit dem Frieden von Aarau war der Streit zwischen den evangelischen Städten und den fünf katholischen Orten beendet, nicht aber derjenige zwischen Zürich, Bern und dem Fürstabt von St. Gallen. Die Angelegenheit, welche den eigentlichen Anlaß zum Krieg gegeben hatte, war also noch nicht erledigt. Ihre Bereinigung wurde von den Katholiken den am Toggenburg Interessierten überlassen; die katholischen Orte gaben den Abt also preis und lieferten ihn der Gnade oder Ungnade der evangelischen Städte aus.

Bereits während der Friedenstagsatzung vom August 1712 bat Zürich die Uninteressierten, dem Abt zu schreiben und ihn zu einer Tagsatzung nach Baden auf den 11. September einzuladen. Die Mediatoren versprachen ihre Hilfe zum Abschluß des eigentlichen Toggenburger-Geschäftes. Freiburg allerdings distanzierte sich davon, denn die verschiedenen, mit den vielen Tagsatzungen zusammenhängenden Auslagen waren ihm schon jetzt zu hoch.

An der Badener Tagsatzung im September wurde der Glarner Zwicky beauftragt, mit dem Kanzler des Abtes, Josef Anton Püntiner, zu reden. Die beiden evangelischen Vororte beklagten sich bald über diese Wahl, denn Zwickis Unparteilichkeit sei wegen des toggenburgischen Landrechtes mit Glarus in Frage gestellt und überhaupt sei er unfähig, ein solches Geschäft zu leiten¹. Am Mittag des 14. September verlangten die Vororte durch den Zürcher Ratssubstitut eine Unterredung mit dem Basler Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt. Dieser traf gleich nach dem Mittagessen auf einem abgemachten Spaziergang an den Halden die Vertreter der Städte². Sie beschwerten sich über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und baten Burckhardt, die Sache zu übernehmen und mit Püntiner zu konferieren, wie ein Vergleich aufgestellt werden könnte. Man gab dem Bürgermeister keine Instruktionen, sondern ließ ihn nach eigenem Gutdünken handeln. Bereits am kommenden Tag pflog er eingehende Erörterungen mit Püntiner. Auf katholischer Seite wurde Statthalter Jakob Gallati dazu bestimmt, sich mit der Angelegenheit näher zu befassen.

Trotz vielen Bemühungen zerschlug sich alles; der Kanzler verlangte eine kaiserliche Ratifikation, der die Städte aber niemals zustimmen wollten. An einer neuen Konferenz der evangelischen Orte betonten diese ihre

¹ J. B. B., 14. September 1712.

² «an den Halden» bezieht sich auf die Unterstadt Badens. Diese Erklärung verdanke ich Dr. P. Haberbosch, Baden.

Neigung zum Frieden. Der Vertreter des Abtes beehrte bei der nächsten Besprechung die vollkommene Restitution des äbtischen Gebietes und legte erneut dar, daß alle Beschlüsse vom Kaiser genehmigt werden müßten. In dieser hoffnungslosen Situation riet Burckhardt, die uninteressierten Orte sollten sich nochmals beraten, denn er wollte alle Vermittlungsmöglichkeiten ausschöpfen. Nachdem die Unterredung stattgefunden hatte, meldete Burckhardt dem Kanzler, es sei unmöglich weiter zu verhandeln, da der Abt noch immer die Ratifikation durch den Kaiser begehre. Zürich und Bern wollten keine Einmischung des Kaisers, ansonst von Friede und Vergleich keine Rede sein könne³. Um die Ablehnung einer kaiserlichen Einmischung zu begründen, schrieben die Städte nach Wien, daß der Kaiser auch reklamiert hätte, wenn bei der aarauischen Friedensverhandlung die angetragene Vermittlung des französischen Ambassadors angenommen worden wäre⁴. Der Basler Bürgermeister gab aber die Sache noch immer nicht verloren. Er erkundigte sich nach den Vollmachten des äbtischen Vertreters und hoffte so, wenigstens die Teile des Vertrages abschließen zu können, die dem Kaiser gefällig waren. Vollmachten waren aber gar keine vorhanden; die Äbtischen wollten sich mit der Zeit über die Bedingung einer Ratifikation hinwegsetzen, ließen dann aber aus Gewissensgründen den Gedanken wieder fallen und zogen es vor, die Verhandlungen abubrechen und heimzukehren⁵. Dies war auch den Uninteressierten recht, da man doch zu keiner Einigung kam.

Am 24. März 1714 vereinbarte man in Rorschach nach monatelangen Verhandlungen zwischen dem Fürstabt von St. Gallen und den Städten Zürich und Bern einen Friedensentwurf⁶. Der Abt verweigerte aber die Zustimmung, weil er lieber in der Verbannung sterben als ein Denkmal der Schande errichten wolle⁷. In der folgenden Zeit wurde das Geschäft, auf dessen Abschluß besonders Basel und Glarus drängten, wiederholt aufgegriffen⁸; doch erst der Tod von Abt Leodegar Bürgisser in Neu-Ravensburg im Jahre 1717 hatte die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zur Folge, die dann am 15. Juni 1718 zum ersehnten Abschluß führten⁹. Der neue Abt erhielt sein Fürstentum ungeschmälert zurück, und die Toggenburger wurden durch verschiedene Bestimmungen vor jeglicher Willkür geschützt. So wurde ihnen die teilweise Selbstverwaltung unter einem äbtischen Landvogt zugestanden.

Neben den Bemühungen vieler Orte um die Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Städten und dem Abt, beschäftigte die Restitution, das katholische Begehren auf Rückgabe der 1712 verlorenen Gebiete, die verantwort-

³ Bericht über Tagsatzung vom 12. September 1712, StGA St. Gallen, Bd. 1607, 788.

⁴ EA VII¹, S. 19.

⁵ J. B. B., September 1712.

⁶ EA VII¹, S. 52.

⁷ Feller, Geschichte Berns, III, S. 327.

⁸ EA VII¹, 15. November 1715, S. 99.

⁹ EA VII¹, S. 1381 — 1394.

lichen Behörden aller Orte. Die Katholiken zogen aus dem Krieg von 1712 ihre eigenen Folgerungen. Sie glaubten, Zürich und Bern zielten auf den völligen Ruin der katholischen Eidgenossen ab und warfen den beiden Städten Verletzung des Aarauer-Friedens vor ¹⁰. Sie festigten daher die Beziehungen zwischen ihren Glaubensgenossen durch die Erneuerung des Goldenen Bundes von 1586 am 15. Dezember 1713 in Luzern ¹¹. Ihr Begehren hofften sie durch die am Ende des verfloßenen Krieges gemachten Versprechen des französischen Königs bald erfüllt zu sehen und übergaben sich deshalb ganz dem Schutze Frankreichs ¹². Vom Papst wurde ebenfalls Hilfe zur Rettung der Katholizität und zur Wiedererlangung des Verlorenen erbeten ¹³. Große Hoffnungen setzten die katholischen Orte auch in den Friedenskongreß zwischen dem Reich und Frankreich, für den zuerst Basel, dann aber Baden als Tagungsort vorgesehen wurde ¹⁴. Du Luc schmiedete zur Zeit der Badener Verhandlungen große Pläne über die Wiederherstellung der alten Grenzen in der Eidgenossenschaft ¹⁵. Da jedoch weder der Kaiser noch der französische König etwas von Tätlichkeiten wissen wollten, erachteten sie es als ein zu gewagtes Manöver, denn wie leicht hätte sich daraus ein neuer europäischer Krieg ergeben können; beide Mächte aber hatten Frieden nötig. Eine Restitution wäre wohl von allen europäischen Mächten begrüßt worden, niemand aber wollte sich dafür einsetzen. So wurden die Katholiken durch den Kongreß enttäuscht, und der Graben zwischen den Glaubensparteien vertiefte sich noch mehr ¹⁶.

In den eidgenössischen Orten erweckte neben dem St. Galler-Geschäft und den Badener Friedensverhandlungen die Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich von 1521 und 1663 das größte Interesse. Diese Frage stand in enger Beziehung zur Restitution und gehörte dadurch in den Zusammenhang des Aarauer- und Badener-Friedens. Sie stellte sich auch wegen des hohen Alters des Königs (76jährig), da der Vertrag nur bis acht Jahre nach dem Tode des Monarchen dauerte. Der französische Botschafter versuchte im Auftrage des Königs die Erneuerung durch alle eidgenössischen Orte zu erreichen und die evangelischen Stände durch Geldgeschenke dafür zu gewinnen ¹⁷. Die konfessionellen Spannungen vereitelten jedoch ein gemeinsames Handeln. Die katholischen Orte wollten keine Erneuerung mit den Evangelischen zusammen, bevor nicht die Restitution erfolgt war. Durch eine Rückgabe der Eroberungen an die Katholiken wären diese zwar nicht

¹⁰ Trauttmansdorff an Karl VI., 20. Januar 1714, BA. Wien 144, f. 53.

¹¹ EA VII¹, S. 49 ff.

¹² Du Luc an Ludwig XIV., 7. September 1712, BA. AES 237, f. 29.

¹³ EA VII¹, S. 41, 7. September 1713.

¹⁴ J. B. B., November 1713. — Du Luc an die Kantone, 4. April 1714, StA Basel, Politisches X 2, 2d.

¹⁵ *Feller*, Geschichte Berns, III, S. 321 f.

¹⁶ Ludwig XIV. an Du Luc, 24. September 1712, BA. AES 247, f. 228.

¹⁷ Willading an St-Saphorin, 26. August 1713. Trogen, Zellwegersche Aktensammlung IV, S. 273.

stärker geworden, der Friede aber hätte den verletzenden Stachel verloren, und sie hätten mit den Evangelischen wieder eine einträchtige Eidgenossenschaft gebildet.

Die evangelischen Orte spürten den Widerstand der besiegten Stände, kannten aber auch die Gesinnung ihrer Glaubensgenossen, die im stillen oder halblaut die Eroberungen von 1712 ebenfalls mißbilligten. In einer evangelischen Konferenz vom Mai 1714 wurde die neue Lage besprochen und man wünschte zu erfahren, was die katholischen Orte begehrt. Basel erklärte sich bereit, wieder seiner Aufgabe gemäß, eine allgemeine Zusammenkunft auszuschreiben; Bern aber erachtete solche Beratungen als gefährlich, so daß die ganze Sache auf die kommende Jahrrechnungstagsatzung verschoben wurde¹⁸. An den Verhandlungen vom Juli 1714 in Zurzach und Frauenfeld wies Zürich auf die ehrliche und gerechte Einrichtung des Friedens von Aarau hin. Die katholischen Orte stellten sich über die Befürchtungen ihrer evangelischen Bundesgenossen in Bezug auf die Einhaltung des Friedens verwundert, wie ihnen Du Luc geraten hatte und bezeugten ihren Willen, den Aarauer-Frieden zu halten¹⁹. Der Freiburger Schultheiß Boccard aber ängstigte sich wegen der bestehenden Uneinigkeit, welche einen Religionskrieg abgeben werde, und es würden «alle umb unsere Freyheit kommen, man müsse sich unterreden»²⁰. Der Basler Bürgermeister zeigte auch hier wieder seine vermittelnde Einstellung. Er erwähnte seine dahin lautende Instruktion und seine stete Bereitschaft, die Begehren der katholischen Orte anzuhören. Bei den Besiegten fand diese Bereitschaft keinen Widerhall, denn sie waren erst dann wieder zu freundschaftlichen Aussprachen bereit, wenn die Restitutionsfrage einer positiven Lösung entgegenging.

Der ungeklärten Lage gemäß entstand zwischen den katholischen Orten und Frankreich lediglich ein Sonderpakt, der am 9. Mai 1715 abgeschlossen wurde. Ihm ist ein Brief, der sogenannte Trücklibund beigelegt, worin von Frankreich Hilfe für die Restitution versprochen wird²¹. Dieser Bund, den die Katholiken in ihrer bedrängten Lage von Du Luc ausgestellt erhielten, bedeutete eine Absonderung der Besiegten von Zürich und Bern und vergrößerte damit die konfessionelle Kluft nochmals.

Der Zwiespalt wurde neuerdings geschürt durch ein Schriftstück unbekannter Herkunft, das dem Berner Schultheiß Willading zustatten kam, weil er damit seinen Glaubensgenossen den bösen Willen der katholischen Orte gegen Zürich und Bern und gegen alle evangelischen Glaubensgenossen vorhalten und sie um Hilfe bitten konnte²². Das Ganze war ein Täu-

¹⁸ Instruktionen, 5. April 1714, StA Basel — J. B. B., Mai 1714. — EA VII¹ S. 56 f.

¹⁹ EA VII¹, 3.—5. Juli 1714, S. 58—60.

²⁰ J. B. B., 5. Juli 1714.

²¹ Bündnis, EA VII¹, S. 1361 — 1378. — Trücklibund, EA VII¹, S. 1379 — 1381 — *Gröbli*, Du Luc.

²² EA VII¹, S. 97. — *von Lengefeld*, Graf D. Passionei, S. 88—105. — *Gröbli*, Du Luc.

schungsmanöver, das die Orte durchschauten, es kam kein Hilfeversprechen zustande und die Anträge Berns wurden ad referendum genommen.

An die von Bern vorgebrachten Acht Artikel der katholischen Orte gegen die Evangelischen hatte auch Burckhardt nicht recht glauben können. Während seiner langen eidgenössischen Tätigkeit hatte er die katholischen Orte und ihre Vertreter genügend kennengelernt, so daß er ihnen ein derartiges Vorgehen nicht zutraute. An einer Abmachung der Katholiken gegen den Frieden von 1712 zweifelte er zwar auch nicht, und er war äußerst deprimiert, «weilen von unsern benachbarten eben auch solche discoursen gehört worden, also dass unsers bleiben in dieser welt ein end gemacht werden solle»²³.

Die Konferenz, auf welcher der unerfreuliche Zustand innerhalb der Eidgenossenschaft erörtert wurde, war die 122. und letzte, an der Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt teilnahm. Es war für ihn kein zufriedenstellender Abschluß seiner Tätigkeit auf eidgenössischem Gebiet. In diesem Jahr drohten nämlich durch den katholischen Separatbund mit Frankreich alle Bemühungen, der Eidgenossenschaft eine unabhängige Stellung und einen innern harmonischen Frieden zu geben, vernichtet zu werden. Das erfüllte den alten Mann mit tiefer Mißstimmung, die mit seiner geschwächten Gesundheit dazu beitrug, daß er von nun an den eidgenössischen Verhandlungen fernblieb. Er sah ein, daß jüngere Kräfte die neuen Aufgaben bewältigen mußten. Seine Aufgabe hatte er erfüllt, andere Richtlinien bestimmten jetzt das Verhältnis in der Eidgenossenschaft und ein anderes Vorgehen wurde für die Lösung der verschiedenen Angelegenheiten gewählt.

Ob Burckhardt für die Restitution eintrat, ist zweifelhaft; seine ganze Einstellung nach dem Frieden und zum Trücklibund zeigen aber, daß er in vielem auf der Seite der besiegten und unterdrückten Katholiken stand und stets bereit war, ihnen zu helfen.

Eine ähnliche Haltung nahm auch Basel ein, nur daß bei ihm das Bündnis und nicht die Restitution im Vordergrund stand. Die RheinStadt versuchte, die Erneuerung des Bündnisses mit ihrem Nachbarn Frankreich von sich aus zu betreiben, war sie doch mit Frankreich darin einig, daß eine Neubeschwörung stattfinden sollte. Basel wußte auch, daß zur Erneuerung die Abänderung des Diktatfriedens von 1712 nötig war. Als dann der neue Abschluß doch nicht zustande kam, bemühte sich Basel weiterhin um eine Verständigung und um die Lösung der Restitutionsfrage. Bereits 1718 sprach sich Bern gegen eine Konferenz aus, an der die Restitution behandelt werden sollte, weil es seinerseits privat deswegen in Paris sondieren ließ. Es wünschte sogar, daß durch die Vermittlung der Basler Gesandten eine solche Verhandlung abgestellt werde²⁴. Die Aarestadt wußte, daß ihre Worte im befreundeten Basel viel galten, und hoffte auf dessen Bemühungen. Die

²³ J. B. Burckhardt an J. J. Escher, 25. September 1715, StA Basel, Eidgenossenschaft K 11, Bd. 8.

²⁴ EA VII¹, S. 153 f.

Konferenz fand nicht statt; Basel aber setzte sich weiterhin zu Gunsten der Besiegten ein. An der evangelischen Konferenz vom Januar 1725 sprachen sich einige Orte für die Erneuerung des Bündnisses aus und baten die Vororte, alle Hindernisse zu beseitigen ²⁵. Basel war auch hier der Ort, der unter schärfstem französischem Wirtschaftsdruck am meisten drängte. Die beiden Städte fanden Basels Verlangen aber «unanständig, ungewohnt und schädlich» und verurteilten das Vorgehen der Rheinstadt mit der Begründung, Restitution und Bundeserneuerung ständen in keinem Zusammenhang ²⁶. Das Beispiel zeigt wieder klar, daß Basel oft seine eigenen Wege ging, zwar immer die Interessen seiner evangelischen Glaubensgenossen vertrat, aber nicht die Machtpolitik unterstützte. Weitere Vorstöße zu Gunsten einer Restitution und für eine Bündniserneuerung wurden in den folgenden Jahrzehnten ohne Erfolg vorgenommen; erst 1777 wurde das neue französische Bündnis beschworen.

Wie bereits erwähnt, gaben in Basel besonders wirtschaftliche Momente den Ausschlag, sich für eine Bündniserneuerung mit Frankreich einzusetzen. Seit dem Durchmarsch von Mercy hatte Basel Schwierigkeiten wegen seiner Zehnten und der Fruchtzufuhr aus dem Elsaß. Fast auf jeder Konferenz der evangelischen Orte und auf allgemeinen Tagsatzungen klagte die Stadt darüber. Immer wieder tauchten während der Mediationsverhandlungen baslerische Klagen auf, immer wieder legte Basel darauf großen Wert, oft größeren als aufs innereidgenössische Religionsgeschäft, ging es doch dabei um den Handel, den Lebensnerv, die Existenzgrundlage der Stadt.

Kaum waren am 12. August 1712 in Aarau die Friedensverhandlungen beendet, bemühte sich der Basler Bürgermeister noch am gleichen Tag um die Getreidezufuhr. Die Vertreter von Zürich, Bern und Basel sprachen beim Ambassador vor, dem die Not Basels geschildert wurde, Hunger, Brotmangel und hohe Preise seien in der Stadt spürbar ²⁷. Du Luc verlangte ein Schreiben, das er dann dem König schicken wollte. Dieses wurde von J. B. Burekhardt aufgesetzt und vom Vorort Zürich übergeben ²⁸. Während sich Du Luc den Tagsatzungsgesandten gegenüber eher zustimmend verhielt, berichtete er an den Hof, daß es nicht ratsam sei, den Protestanten, die es sich zur Pflicht machten, Frankreich zu hassen, Zufuhren zu bewilligen, man habe sie den Katholiken auch abgeschlagen ²⁹. Eine solche Einstellung des Bot-

²⁵ EA VII¹, S. 268.

²⁶ EA VII¹, 16. März 1725, S. 271. — Zur weiteren Behandlung der Restitution vgl. *J. Schärer*, Der französische Botschafter Marquis de Bonnac und seine Mission bei der Eidgenossenschaft. Diss. Bern, 1947. — *H. Michel*, Die Ambassade des Marquis de Paulmy in der Schweiz. Diss. Bern, 1954. — Über die positive Einstellung J. von Müllers zur Restitution vgl. *K. Henking* J. von Müller, I, S. 195.

²⁷ Chronik S. von Brunn, S. 435. — *Schwabe*, Schaffendes Basel, S. 143.

²⁸ Du Luc an La Houssaye, 15. August 1712, BA. AES 240, f. 244. — J. B. B., 12. August 1712.

²⁹ Du Luc an Voisin, 15. August 1712, BA. AG, 2391, S. 372.

schafters ergab sich aus dem im großen und ganzen eher positiven Verhalten Basels den evangelischen Städten gegenüber. Die Stadt wurde sogar einmal als Dienerin Berns bezeichnet ³⁰.

Basel drängte aber ohne Unterlaß weiter, so daß es zu einem Schreiben der evangelischen Orte an den König kam, in welchem die treuen Dienste Basels zu Gunsten des französischen Herrschers hervorgehoben wurden ³¹. Man glaubte, damit ein Entgegenkommen Ludwigs XIV. erlangen zu können. Am Hof aber herrschte eine für Basel ungünstige Stimmung, da Du Luc eben nicht die besten Informationen gesandt hatte. Er meldete auch den Zürichern, als er ihnen eine Antwort erteilen mußte, die Stadt Basel habe sich nicht immer korrekt aufgeführt ³². Der Botschafter dachte dabei an den Mercy-Durchmarsch im August 1709, wo sich in Basel eine antifranzösische Stimmung gezeigt hatte. Dieses Ereignis wurde der Stadt immer wieder vorgeworfen; ihre Rechtfertigungsversuche seien vergeblich, denn niemand werde wohl glauben, daß sich der König auf die Stadt verlassen könne ³³. Der König fühlte sich nun nicht verpflichtet, Basel zu helfen, da es dies nicht verdiene ³⁴. Frankreich verlangte, daß Basel die abgeschlossenen Verträge und eine genaue Neutralität in Zukunft treu beachte, dann würden auch der Mercy-Durchmarsch und alle damit zusammenhängenden Vorfälle vergessen. Man wolle gegen Basel streng und gerecht sein, die Stadt müsse jedoch ihre begangenen Fehler zu spüren bekommen ³⁵. Sie sollte so in allem ein williges Werkzeug in den Händen ihres westlichen Nachbarn werden.

Der wirtschaftliche Druck wurde durch Frankreich offiziell immer mit Unwettern, schlechten Ernten und damit begründet, daß das Korn für den Eigenbedarf benötigt werde ³⁶.

An der evangelischen Session während der September-Tagsatzung 1712 brachte Basel die Angelegenheit erneut vor, worauf ein weiterer Brief an Du Luc abgesandt wurde, aber auch diesmal ohne Erfolg.

Da sich Basel nun bemühte, von Frankreich eine Einfuhrbewilligung zu erhalten, zeigte die Stadt ein Entgegenkommen, indem sie einen Offizier von Hünigen, der sich hier aufgehalten hatte, an Frankreich auslieferte, denn neue Schwierigkeiten konnte man sich nicht leisten. Trauttmansdorff, der kaiserliche Botschafter, bezichtigte die Basler in der Sache der Parteilichkeit, was einer Verletzung der Neutralität gleichkomme ³⁷.

³⁰ Finalrelation von Du Luc, 13. Juni 1715, BA. AES Mém. et Doc., vol. 30.

³¹ Protestantische Orte an Ludwig XIV., 19. August 1712, BA. AES 240, f. 261.

³² Du Luc an Zürich, 24. August 1712, StA Zürich, A 240,7.

³³ Finalrelation von Du Luc, 13. Juni 1715, BA. AES Mém. et Doc., vol. 30. — Instruktion an Avary, 1. Oktober 1716, BA. AES f. 104, f. 32.

³⁴ Torcy an Du Luc, 27. August 1712, BA. AES 236, f. 171.

³⁵ Du Luc an Ludwig XIV., 16. November 1712, BA. AES 238, f. 47. — Ludwig XIV. an Du Luc, 23. November 1712, BA. AES 238, f. 54.

³⁶ Du Luc an Zürich, 24. August 1712, StA Zürich, A 240,7.

³⁷ Escher an die Obern, 16. September 1712, 25. September 1712, StA Zürich,

Der Brotmangel in Basel muß groß gewesen sein, denn bereits Mitte November und wieder im Dezember klagte Deputat Burckhardt beim Ambassador ³⁸.

Als 1713 bei Basel ein Grenzschutz wegen ausländischer Heeresbewegungen erforderlich wurde, verhiess der französische König, er werde den Neutralitätstraktat von 1702 halten und den Durchmarsch von Mercy vergessen. Der Herrscher drohte aber, daß er bei einer kaiserlichen Grenzverletzung die Basler als Feinde betrachten und keineswegs verschonen werde. Auch von kaiserlicher Seite wurde die Respektierung der Grenzen versprochen ³⁹.

Das Verhältnis zwischen Basel und Frankreich scheint sich damals vorübergehend gebessert zu haben, denn der König war mit dem Verhalten der Stadt in dieser Zeit zufrieden. Ende Juni 1713 wurde der Ambassador auf der Rückreise aus dem Heimaturlaub in Basel feierlich empfangen und reich bewirtet. Klagen über die Getreidezufuhr wurden seltener. — Im Oktober 1715 gratulierte Willading dem Basler Bürgermeister für die endlich zustandegekommene Erlaubnis für freien Handel, war es doch vor allem Burckhardt gewesen, der sich stets dafür eingesetzt hatte ⁴⁰. Die Erleichterung war aber nur von kurzer Dauer.

Als in Frankreich der Mangel an Getreide anhielt und die königlichen Magazine gefüllt werden mußten, versprach man Basel, das ihm zustehende Getreide im Elsaß zu verkaufen und ihm den Erlös dafür auszuhändigen. Nachdem der Verkauf nicht mehr notwendig war, erhielt die Stadt die Erlaubnis, ihr Getreide und noch ein bestimmtes Quantum dazu wegzuführen ⁴¹. Die Lockerung wurde als Mittel benutzt, Basel zu bewegen, die evangelischen Orte zum Abschluß eines neuen Bündnisses mit Frankreich aufzufordern. Basel setzte sich auch dafür ein, was ihm aber von den eigenen Glaubensgenossen schlecht ausgelegt wurde. Die Beschlagnahmung der Basler Güter und Zehnten wurde in den folgenden Jahrzehnten von Frankreich noch oft als Druckmittel für einen wirksamen Grenzschutz, aber auch wegen der Not und Teuerung im eigenen Lande vorgenommen, immer zum empfindlichen Schaden der Rheinstadt ⁴².

A 236,16. — Du Luc an die reformierten Orte, 21. September 1712, BA. AES Supp. XII, f. 146. — Trauttmansdorff an Karl VI., BA. Wien 143, f. 8.

³⁸ Du Luc an Ludwig XIV., 16. November 1712, BA. AES 238, f. 47. — Basel an Du Luc, 16. Dezember 1712, BA. AES 240, f. 391.

³⁹ Kleiner Rat, 17. Mai 1713, 24. Juni 1713, 5. Juli 1713, 25. November 1713, StA Basel. — EA VII¹, S. 32 f, 36 f. — Ludwig XIV. an Du Luc, 21. Juni 1713, BA. AES 247, f. 34.

⁴⁰ Willading an J. B. Burckhardt, 18. Oktober 1715, StA Basel, Eidgenossenschaft K 11, VIII.

⁴¹ Instruktion an Avary, 1. Oktober 1716, BA. AES 265, f. 104, S. 32.

⁴² Mueller, Die Eidgenössische Tagsatzung im 18. Jahrhundert, S. 203.

SCHLUSSBETRACHTUNG

BURCKHARDTS BEITRAG ZUR BASLER VERMITTLUNGSPOLITIK

Um die Wende des 17. zum 18. Jahrhundert griff Basel mit vielen Ermahnungen und teils erfolgreichen Vermittlungen oft in die eidgenössische Politik ein. Es blieb damit nach 200 Jahren Bundeszugehörigkeit und nach vielen geistigen und politischen Wandlungen seinen Verpflichtungen und der Tradition treu.

Bürgermeister Johann Balthasar Burckhardt übernahm diese Tradition und verstand es, sie den Zeitumständen anzupassen. Burckhardts Bemühungen standen seit dem Beginn seiner eidgenössischen Tätigkeit im Zeichen der baslerischen Neutralität und Mediation. Ohne langes Zuwarten und meist ohne direkte Aufforderung der Parteien, griff er in die Streitgeschäfte ein, beschwor, beschwichtigte und vermittelte. An der Tagsatzung fand er einen Rückhalt, und Basel lieferte ihm die Rechtsgrundlagen für sein Vorgehen. Mit größtem Ernst trat er an die verschiedenen Fragen heran; seine Briefe und Konzepte sind mit vielen Korrekturen durchsetzt, was zeigt, wie sorgfältig er daran feilte und ausbesserte.

Basels Stellungnahme an der Tagsatzung kann meist als eine solche Burckhardts betrachtet werden. Er erstrebte vor allem die innereidgenössische Ruhe, welche er durch ein geeintes Auftreten gegen außen zu stützen hoffte. Vereinbarungen mit dem Ausland durften nur gesamtschweizerisch geschehen; Neutralität und eine wirkungsvolle einheitliche Besetzung der Grenzen sollten das Land vor Konflikten mit dem Ausland bewahren. Seine Bestrebungen waren also die hergebrachten, die zu einer Mediation gehören, — und doch wurde sein Erfolg noch von anderen Faktoren beeinflusst.

Während der 122 Tagsatzungen und Konferenzen, an denen der Dreierherr, der spätere Oberstzunftmeister und Bürgermeister die Interessen Basels vertrat, holte er sich eine reiche Erfahrung, an der er oft alle Orte vertrauensvoll teilnehmen ließ. Hinter seinen Ansichten stand eine klare Auffassung der Neutralität. Diese faßte er bereits an der Jahrrechnungstagsatzung vom Juli 1705 folgendermaßen zusammen: Zuerst hob er die Wichtigkeit der Neutralität sowohl für Basel in der Eidgenossenschaft als auch für die Eidgenossen in der Politik dem Ausland gegenüber hervor. «Es ist einem, der sich neutral halte, wohl der sicherste weg, dass er wo nur möglich zwischen den partheyen zum friden handle, dann damit erlangt er ohr und fründschaft bey ihnen und versichert sich und sein eigen land»¹.

¹ J. B. B., Juli 1705.

Seine Worte, die mit denjenigen von Grotius verwandt sind, waren ein Aufruf zur eidgenössischen Friedensvermittlung, aber auch ein Bekenntnis des Bürgermeisters zur innereidgenössischen Mediation Basels². Die Worte «wo nur möglich» sind besonders zu beachten; jede Gelegenheit zu einer Friedenshilfe muß ergriffen werden und zwar ohne Vorbehalt der Konfession oder der Art des Streites. Im weitern trat Burckhardt dafür ein, daß der Friedenswille einer Kriegspartei unterstützt werden solle. Aufgabe des neutralen Staates sei es, den Frieden zwischen den Parteien herzustellen und zwar umso mehr, wenn der Vermittler mit den sich bekriegenden Parteien verbunden sei; im vorliegenden Fall entsprach es der Stellung Basels zu den evangelischen Städten. Burckhardts Bemerkungen kamen einer Verteidigung seiner Handlungen vor den katholischen Orten gleich.

Der Bürgermeister war auch der Ansicht, daß sich der Neutrale durch seine Handlungen Vertrauen erwerbe, welches der Freundschaft und allgemein den guten Beziehungen förderlich sei. Wohl dachte er dabei an Ehre und freundschaftliche Zuneigung für seine Person, in erster Linie aber an finanzielle und wirtschaftliche Vorteile, die seiner Stadt zugute kamen.

In Burckhardts Leben und Handlungen schimmert auch eine christliche Überzeugung durch, die tiefere Wurzeln hatte als die üblichen Zeiterscheinungen auf diesem Gebiet. Johann Balthasar achtete ebenfalls sorgfältig darauf, daß er sich in keiner Weise von der Wahrhaftigkeit entferne. Er war sich dabei auch stets seiner menschlichen Schwächen bewußt, die ihn zu manchen Fehlern verleiten könnten³.

In der Beurteilung der allgemeinen Politik wurde auch Burckhardt, wie so viele seiner Zeitgenossen, durch die Macht Frankreichs beeinflusst. Von da her war eine Bedrohung der Eidgenossenschaft und besonders seiner Vaterstadt möglich. Dieser Gefahr und einem Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich konnte am besten durch freundschaftliche Beziehungen entgegengetreten werden. Burckhardts Anlehnung an die französischen Botschafter ist nur von diesem Gesichtspunkt aus zu verstehen und zu beurteilen. Eine solche Art des Vorgehens war in den Augen des Bürgermeisters der sicherste und beste Weg. Die großen Sympathien zu einer bestimmten ausländischen Macht sind etwas grundsätzlich Neues in den Handlungen eines Mediators. Dadurch gewann Burckhardt jedoch die katholischen Orte, die damals dem Vertreter einer evangelischen Stadt wenig Vertrauen entgegenbrachten. Basels Einstellung zu Bern und Zürich, denen es durch den gemeinsamen Glauben zugetan war, ist hauptsächlich durch wirtschaftliche Momente bestimmt; Handelsschwierigkeiten wurden stets hervorgehoben. Der Rat wog trotzdem die Verpflichtungen des Bundesbriefes und des Religionsbandes gegeneinander ab, da man sich des Gegensatzes zwischen den beiden Bindungen vollkommen bewußt war. Der Erfüllung der Aufgaben von 1501 wurde jedoch der Primat eingeräumt, wohl nicht zuletzt deshalb,

² Eine Episode zwischen Demetrius und den Rhodiern, die Burckhardt in diesem Zusammenhang erwähnt, ist Grotius entnommen: Buch III, Kap. XX, § 46.

³ J. B. Burckhardt an Besenval, 11. Januar 1710, BA. AES 219, f. 17.

da so alle Unannehmlichkeiten und die Kosten einer Kriegsbeteiligung vermieden werden konnten; damit war die Stadt aus ihrem Dilemma befreit, und keine Partei konnte gegen sie einen Vorwurf erheben. Daß durch diese Entscheidung Basels keine Konflikte innerhalb der Reformierten entstanden, ist wieder ein Verdienst Burckhardts. Obgleich er nie ein Anhänger der evangelischen Politik war, wurde er stets als ihr Vertrauter geschätzt, und seine Ratschläge fanden oft Beachtung. Er war es denn auch, der Du Luc bei den siegreichen evangelischen Städten Eingang und Gehör verschaffte.

Und trotz all den Bemühungen Burckhardts und den entsprechenden Schreiben Basels scheint es auf den ersten Blick, als ob aller Aufwand wirkungslos und vergeblich gewesen sei, denn die kriegerische Auseinandersetzung konnte ja nicht verhindert werden. Das bedeutet aber keineswegs, daß Burckhardts initiatives Wirken nutzlos gewesen ist. Sein Einsatz verhinderte jederzeit Extreme und wirkte mildernd und beschwichtigend. Seine Unternehmungen wären oft von mehr sichtbarem Erfolg begleitet gewesen, wenn die hinter ihm stehende Stadt politisch mächtiger gewesen wäre, damit sie energisch auf den verschiedenen friedlichen Lösungen hätte bestehen können. Wichtig war, daß Basel, wie im Bundesbrief vorgesehen, überhaupt eingriff, ob nun ein Erfolg zu verzeichnen war oder nicht: «doch ir früntlichen mittlung, wie vorstat, ob die erschiessen mocht, unverzigen»⁴.

Johann Balthasar Burckhardt kam mit seinem Einsatz den baslerischen Bundesverpflichtungen nach und fügte zu den bisherigen Vermittlungserfolgen neue hinzu, was Basel in der Eidgenossenschaft eine angesehene und geachtete, zeitweise jedoch auch isolierte Stellung verschaffte.

⁴ Vgl. Einleitung, S. 9.

BEILAGEN

- I. Entwurf wie die streitigkeit beyder religionen im Toggenburg betreffend dem landraht in guter wahrer aufrichtigkeith durch ein fründliche unterred beyzulegen.
- II. Einladungsschreiben zur Tagsatzung vom 2. Mai 1712
- III. J. B. Burckhardt: Gruss und Compliment zu Baden, 2. Mai 1712
- IV. Einladungsschreiben zur Tagsatzung vom 22. Mai 1712
- V. Selbstbiographie von J. B. Burckhardt
- VI. Teil der Predigt von Obersthelfer N. Rippel an der Trauerfeier im Münster vom 7. Mai 1722

I.

Entwurf wie die streitigkeit beyder religionen im Toggenburg betreffend dem landraht in guter wahrer aufrichtigkeith durch ein fründliche unterred beyzulegen.

1. Soll der landraht der landlüthen im Toggenburg bestehen wie er dismohl bestellt ist bis zu austrag unser landtsstreitigkeiten.
2. So wie aber dann der landraht in den stand gebracht, wie es von alters gewesen und unsere streitige landhändel ausgemacht, so soll damithin bey den catholischen stehen, dass man auf ihr begehren, den ganzen landraht auf gliche sätz von beeden religionen bringen soll, oder von dem landraht wie er jez bestellt ist, in sachen, da sich beede religionen theilen, gliche sätz zu der streitigen sach auszuziehen, doch soll alles geschehen ohne obmann und mit ein ordenliche glichheit syn under beeden religionen.
3. So sich aber erfinden wurde, dass durch dieses oder anders, die eint oder andere religion im geringsten übervorthelt wurde oder im wenigsten ihr schaden käme, so soll der theil, der zu schaden kombt befügt syn, diese ordnung aufzuheben im fahl ihnen nicht umb den wahren schaden ordentlich nach aller billichkeit an die hand gegangen wurde.

II.

Einladungsschreiben zur Tagsatzung vom 2. Mai 1712

An gesambte lobl. orth der Eydtgnosschaft und Statt St. Gallen und Biel.

Euch unsre g. l. E. ist zur genüege bekant in was gefehrliche weitleufigkeit das obschwebende Toggenburger gescheft erwachsen, dergestalt dass darauss leichtlich die zerrüttung einer ganzen lobl. Eydtgnosschaft entstehen mögen, welches dan uns in grosse sorgen gesetzt und unumgänglich veranlasset beids an lobl. Stätt Zürich und Bern desgleichen an Ihr. fürstl. G. den herrn prelaten zu St. Gallen und anderer lobl. orth solche unsere sorgfalt zu verhuetzung aller thätlichkeit und fortsetzung schiedlicher mitlen zu erkennen zu geben und zwar gewünschet, dass dardurch ein gemein Eydtgnössische zusammenkunft veranlasset wurde, alldieweil aber solche biss dahin nicht erfolget, indessen die sachen immer schwehrer angelassen. Als sind wir gemüssiget worden, zu abscheidung fernerer weitleufigkeit und zwar nach dem exempel unserer lieben altvordern auch nach anweisung unserer obhabenden pundtpflichten zu beförderung des allgemeinen ruestandts eine gemein Eydtgnossische zusammenkunft auf montag den 2ten nachkünftigen monaths May abendts zu Baden an der herberg zu erscheinen, best Eydtgnössischer wohlmeinung auszuschreiben, solchen nach Euch unsren g. l. E. hiemit freundt eydtgnössisch und angelegenlich ersuchend, ihr geruhet diese zusammenkunft durch ewren ehrengesandtschaft mit erforderlicher instruktion besuchen zu lassen, damit nicht allein das geschefft zu gütlich handlung möglichst verleite, sondern auch alle gefehrlichen umbstend und bewegungen beratschlagt und gehoben werden mochten, wie wir nun anseithen Ewre unsre g. l. E. hierein nicht zwiflen, also bitten wir gott, dass er hierzu seinen kräftigen segen verleihen und Euch unsre g. l. E. sambt uns in beharrlicher wohlmeinung in gn. zu erhalten geruhe,

den 24. april 1712

StA Basel. Missiven A 170.

StA Bern. Togg. A S. 787. (Basel an Bern)

III.

2. Mai 1712

Gruss und Compliment zu Baden

Hochgeachte, wohledel, gestreng, ehren und nothvest, fromme, fürsichtig und weyse, hochgeehrte, gnedigste Herren g.l. Eydts- und Pundtsgenossen, wahr und allerbestę fründ.

Nachdem unsern g. H. bedauerlich zu vernemen kommen, welchermassen das bekannte Toggenburgergeschäft sich in seine gefährliche situation geworfen, haben wir sie aus sonderbahrer sorgfalt für die gemeine ruh keinen umgang nemen wollen so wohl an beede lobl. ständ Zürich und Bern, als auch Ihr fürst. G. von St. Gallen, wie nicht weniger an eint und anderer der löbl. orthen so viel in kürze der zeit beschehen mögen die nothdurft und dardurch vermeint allen schriftlich gelangen zu lassen tätlichkeiten vorzukommen, mithin eine allg. zusammenkunft zu veranlassen; In dene sie aber gesehen, wie sie zu diesem zweckh nicht gelangen mögen und mittels die sachen sich zu wahrer weitläufigkeith angelassen, als sie nicht ohnzeitig besorgten müssen, dass eine gantze lobl. Eydtgnoschaft periclitieren und die gemeine ruh perturbirt werden möchte. So haben sie eine hohe notdurft erachtet, eine allg. zusammenkunft alhero selbst zu veranlassen und auszuschreiben, nicht die meinung der übrigen lobl. orthen an ihrem vorrecht etwas zu prejudicieren, sondern einzig und allein dem exempel ihrer altvordern und obhabenden pundtspflichten nachzufolgen und ein genügen zu leisten, damit man alsdan die gemeine rahtschlag zusammentragen umb mittel und weg könnte insonderlich aber dardurch den sachen der gefährliche schwung abgeschnitten, die streitigkeiten gehoben, die in unser aller wohlfarth so nöthige harmonie und einigkeit wider gepflanzet und das gemeins vatterlands in frid und ruh gesetzt und erhalten werden möge; gestalten zu dem ende unsere g. H. uns mit solcher instruction abgefertiget vordrist aber ein befelch gegeben auch unserer hochgeehrten Herren und g.l. Eydt- und Pundtsgenossen ihren aufrichtigen diensten zu versichern; wir bitten hirauf den Gott des friedens, dass er die gedanken leiten, die rahtschläg segnen und alles zu seiner ehr und restabilisierung des gemeinen ruh- und wohlstandts ausführen wolle.

StA Basel. Eidgenossenschaft K 11: Tagsatzungsakten aus dem Besitz des Bürgermeisters J. B. Burckhardt, Mai 1712.

Einladungsschreiben zur Tagsatzung vom 22. Mai 1712

An Zürich, Bern, Lucern, Ury, Schwiz, Unterwalden, Zug und Abbt St. Gallen abgangen.

Euch v. g. l. E. und Pundtsgeossen ist von selbstn mehr als gnugsamb bekandt, in was gefährliche weiterungen wegen des bekandten Toggenburger geschäft die sachen sich in Lobl. Eydtgnoschaft angelassen haben und wie dahero von unsern g. Herren und Obern wir zu dem ende allhero abgefertigt worden, damit nach dem exempel unserer l. altvordern wir uns interponiren und trachten sollen, alles zu gütlicher vermittlung zuleiten und dardurch jenen besorgenden thätlichkeiten ihren gefährlichen schwung abzuschneiden; dieweilen wir nun wohl erachten können, dass zu dem zweckh der vorhabenden gütlichen vermittlung zugelingen ganz ohnmöglich seye, wan nicht die lobl. orth, umb mit denenselben stündlich zu conferiren, bey einanderen versamlet seyen, so haben wir nit ermanglet, so wohl mit dehnen allhier, als ausserhalb sich befundenen HH Ehrengesandten theils selbstn, theils durch einen ehrenausschuss reden zulassen, umb zu einer solchen zusammenkunft zu gelangen, das eint und andrer ihnen bekandte orth genambset, mithin eine in dergleichen fählen übliche völlige ablegung der waffen oder wenigstens einen stillstand derselbigen vorgeschlagen, nicht weniger all dasjenige, so je ein theil gegen den andren angetragen und verworfen, dem dem andren communiciert und wegen dehnen movirten und geandeten hindernussen, mit ihnen best möglich conferirt, dabey allweg, wie in dergleichen fählen und handlungen gebräuchig, denenselben ohne fernere maasgab überlassen, ihre reflexionen darüber zu machen und zu bezeugung ihrer uns bekandten friedliebenden intentionen unseren vorgehabten bestgemeinten zweckh befördern zu helfen: Nachdem aber über all angewendte müeh und sorgfalt wir zu unserem vorhaben nicht gelangen, noch die lobl. orth sich zu einem solchen zusammentritt vergleichen können, immassen dass alle unsere handlungen abgebrochen und für einmohl ohnfruchtbar gemacht worden, so haben wir gefährlich ja gegen unsern G. Herrn unverantwortlich zu seyn erachtet, bey diesen ohnedas ohntrewen misslichen und veränderlichen zeiten und läuffen die sachen in bekanter situation stehen zu lassen und dadurch die mehrere verbitterung und uneinigkeit auch daraus ertragenden gefährlichen erfolg zu erwarten, wollen dannenhero von unseren obhabenden befehl und vorhaben keineswegs aussetzen, sondern hiermit v. g. l. E. und Pundtsgeossen, wie gegen andren lobl. orthen auch geschicht, ganz angelegenlich nachsuchen, dass sie aller gefahr, weiterung und tätlichkeit vorbringen und zu vergleich und hinlegung der sachen ein andrer zusammenkunft belieben möchten, gestalten wir dan Olten und Arburg zur mahlstatt, daselbst auf sonntag den 22. dieses monaths mayen, abendts in

der herberg zu erscheinen, benambsen da alsdann wan man besser an einem andren orth allerseits beysamen zu seyn befinden wurde, man sich leichtlich vergleichen könnte, und gleichwie zu ewer v. g. l. E. und Pundtsgeossen jeweils bezeugten fridliebenden intentionen wir das beste vertrauwen sezen; also zweiflen wir umb so viel minder an der freundEydtgnössischen willfahr; erwarten hiernunmben allgemein in Baden, da wir zu verharren gesinnet, dero ohnbeschwerte förderliche anthworth, und bitten indessen den grundgütigen gott, dass er alle gefährliche trennung in unsrem geliebten vatterland in g. verhüeten und die zu allseitiger conservation so hochnötige einigkeit restabiliren und herstellen wolle. Geben und in unser aller nahmen mit unserer hochgeehrten Herrn college des hochgeachten wohledel gestrengen Johann Heinrich Zwickhy, Landammann lobl. orths Glarus angeborenen insigel verschlossen, den 11. May 1712

Die abgesandte der ohninteressierten orthen
Glarus, Basel, Freyburg, Solothurn, Schaff-
hausen, Appenzell der Inn- und äusseren roden,
Statt St. Gallen und Biel der Zeit auf dem tag
in Baden versamblet.

Auf der Rückseite der Vermerk: ich habs aufgesetzt

StA Basel. Eidgenossenschaft K 11: Tagsatzungsakten aus dem Besitz des Bürgermeisters J. B. Burckhardt, Mai 1712.

Selbstbiographie von Johann Balthasar Burckhardt

An. 1642 den 3. April bin ich Hans Balthasar Burckhardt gebohren und den 7. dito in dem Münster zur Heil. Tauff befördert worden. Mein Vater selig ist gewesen Herr Hieronymus Burckhardt, ein Sohn Herrn Christoph Burckhardts, deß Geheimen Raths, und Frauen Elisabeth Ryhinerin.

Meine Mutter, Frau Justina Ottendorffin, eine Tochter Herrn Hans Jacob Ottendorffs, deß Handelsmanns, und Frauen Catherinae Falcknerin.

Dieweilen ich meinen Vater selig bereits in anno 1646 verloren, bin ich etliche Jahr von meinem Herrn Grossvater, und nach dessen Tod von meiner lieben Mutter selig mit sonderbarer Sorg und Fleiss erzogen worden, und nachdem ich die Classes Gymnasii durchgangen, auch die einte Lauream Philosophicam davon gebracht und inzwischen die Frantzösische Sprach erlernet, habe ich in Studio Philosophico continuirt biß ad Magisterium, demnach mich auff das Studium Juris, und zugleich die Schreiberey appliciert und in die fünff Jahr bey allhiesiger Gerichtschreiberey als ein Substitut mich gebrauchen lassen, biß An. 1665 Herr Burgermeister Johann Rudolph Burckhardt, damaliger Stadtschreiber, von selbstn mich in die Cantzley und seine Kost begehrt und auffgenommen. In Diensten besagter Cantzley habe ich zehen Jahr lang benandtlich biß An. 1675 mich aufgehalten und in solcher Zeit mir von unserm Stand auch dessen und gemeiner Eydtnosschafft Geschäften und Beschaffenheit eine gute Wissenschaft acquiriert, welche mir hernacher in denen anvertrauten wichtigen Geschäften und Verrichtungen durch Gottes Beystand wol zustatten kommen.

Indessen habe ich mich An. 1674 den 16. Mertzen mich verehelichet mit Jungfrau Salome Gottfried, Herrn Johann Gottfrieds, deß Apotheckers seligen ehelicher Tochter, welche mir erst vor ungefehr einem halben Jahr, nemlich den 15. Octobr An. 1721 zu meinem empfindlichsten Leyd durch den Tod entzogen worden, nachdeme ich mit dero eine kommliche und gesegnete Ehe über die sieben und vierzig Jahr besessen und erzeugt 5 Kinder benanntlich 4 Söhn und 1 Tochter, welche ich allzumal ausser einem Sohn, der schon vor geraumer Zeit verstorben, nach meinem Willen verheurathet und von ihnen 20 Grosskinder und ein Enckelin gesehen, davon aber zur Zeit neben dem Enckelin nur noch 13 Grosskinder in leben sich finden, welche meine Kinder und Kindskinder, der ich hiemit Väterlich ermahne, dass sie fürnemlich Gott vor Augen haben in allem ihrem Thun, ihne von gantzem Hertzen lieben, fürchten und ihme vertrauen, beneben einander wolmeinend beystehen, Hülff und Rath erweisen, das wird ihnen Gottes Schutz und Segen erhalten.

Meine getragene Aemter betreffend, so bin ich

An. 1674 zu einem Sechser der Ehren-Zunft zum Schlüssel erwehlet worden

- An. 1675 Rathsherr und zugleich Oberst-Richter am Stadt-Gericht der
Mehreren Stadt, auch Zinß- und Laden-Herr
- An. 1677 Wein-Herr und Holtz-Herr
- An. 1678 Oberster Fünffer-Richter und Saltz-Herr
- An. 1679 Gesandter übers Gebürg
- An. 1680 Deputat der Kirchen und Schulen
- An. 1683 Appellations-Herr
- An. 1684 Dreyer- und Dreyzehner-Herr, auch Gesandter nacher Baden
- An. 1686 Bau-Herr
- An. 1690 Oberster Zunfftmeister und Zeug-Herr, hernach Korn- und Kauff-
hauß-Herr und endlich
- An. 1705 Burgermeister.

In dieser Zeit nun habe ich nacher Baden, Zürich, Zug, Schaffhausen, Solothurn, Arau, Arburg, Olten, Bremgarten, Langenthal, Frauenfeld etc., ohne was ausserhalb beschehen, hundert und zwey und zwantzig Gesandschafften besucht und verrichtet, darunter zwey Kayserliche, drey Königlich-Frantzösische und zween Königlich-Spanische Herren Ambassadors und Bottschaffter beneventieren, fürnehmlich neben anderm den bekandt-gefährlich lang-gewährten Toggenburger-Streit als Mediator negotieren und handeln, und An. 1712 in einer 16 Wochen lang gewährten Tagsatzung den außgebrochenen blutigen Krieg stillen und den getroffenen Friedens-Schluß durch Gottes Gnad vermitteln helfen und bey diesem allem meine Leibs- und Gemüthskräften dem Vaterland und gemeinem Wesen gantz willig auffgeopferet; da denn mein Gewissen mir Zeugnuß gibt und mein Gott weisst, wie wol und treulich ich es jederzeit gemeinet und wie ehrlich ich durchgegangen, gestalten auch solche meine Verrichtungen grösten Theils gesegnet gewesen und Meine Gnädige Herren darüber ihr Vergnügen und Zufriedenheit bezeuget haben.

In dem übrigen erkenne ich mich einen grossen und schweren Sünder und bitte Gott, daß er mir nach seiner grundlosen Barmhertzigkeit um deß theuren Verdienstes Jesu Christi willen gnädig seyn, alle meine Sünden vergeben und wie er mich von Jugend auff durch mein gantzes Leben geleitet, geführet und gesegnet, also auch biß an mein letztes End mit seiner Gnad und Heiligen Geist mich stärke und bewahren, besonders auch mein liebes Vaterland ferner schützen und in allem Wolstand gnädiglich erhalten wolle.

VI.

Teil der Predigt von Obersthelfer Niclaus Rippel an der Trauerfeier im Münster vom 7. Mai 1722.

(Nach Verlesung der Selbstbiographie)

Bißhieber deß Herrn Burgermeisters seligen eigenhändige Verzeichnuß, darauß ohnschwer zu ermessen, dass die Betrachtung deß Todes in seinem hohen Alter seine meiste und vornehmste Sorg, und er wie der weise Mann Seneca gesinnet gewesen, der da sagt: Ante senectutem curavi, ut bene viverem, in senectute, ut bene moriar. In meiner Jugendzeit hab ich gelernt recht zu leben, jetzt in meinem Alter lerne ich selig sterben. Wir könnten es hiebey bewenden lassen, bevorab da bekandter massen der wolselige Herr nach eitelem Ruhm niemaln gestrebt, wenn wir nicht der Tugend und den Verdiensten den Tribut billichen Lobs zu erstatten schuldig wären.

Bekandt ist, dass derselbe fürtreffliche und gantz ungemeine Gaben von Gott empfangen. Er hatte einen scharffen, weitaussehenden Verstand, ein sattes Judicium und fertig Urtheil, als der alsobald in den wichtigsten Geschäfften einen Ausweg finden können, eine stattliche Memori und Gedächtnuß, eine grosse Experientz und Erfahrung in den Eydgnößsischen und Vaterländischen Sachen, der die Grund-Regeln und Maximen deß Staats treflich wol verstanden und seines Standes-Interesse, Ehr und Reputation in allen seinen Negotiationen mit grosser Klugheit und Fürsichtigkeit zu erhalten und zu befördern gewußt; In den verwirrtsten Zeiten und Händlen kam er nicht auß an rath und muth. Bey dem allem hatte er eine unvergleichliche Eloquenz und fließende Wolredenheit, vermenget mit einer ungemeinen Affabilitet und Freundlichkeit.

Gegen E. Ehren-Burgerschaft hatte er eine hertzliche Liebe und Wolmeinung, wie er denn einem jeden, der es begehrt zur Zeit und Unzeit einen freyen Zutritt zu sich gestattet und nach bestem seinem Vermögen treulich und mit Freundlichkeit gerathen und geholfen, auch biß an sein End für die zu sorgen und zu beten nicht abgelaßen. Seine einige Freud massen er, wie bekandt, von anderen Ergötzlich- und Lustbarkeiten wenig gewußt, ware unserem Stand und Vaterland zu dienen, angesehen so oft dasselbe in Unruhe gesetzt worden, ihme keine Mühe noch Arbeit zu viel, kein Gefahr zu groß, keine Witterung zu rauch, keine Reiß zu beschwärllich gewesen, daß er nicht gern alles solte erduldet haben, wo er nur deme zu lieb etwas vortrügliches außzurichten vermeint. Was ist doch M. Gel. löblicher, denn solcher massen das gemeine Vaterland bedencken und desselben Auffnemen befördern?

Es hat selbiges unseren Eltern, ehe wir geboren worden, Herberg gegeben, es hat uns, da wir das erstemal diese Welt angeschauet, empfangen, uns in seinen Schooß gleichsam gewärmet, bißher ernehret, gelehrt und mit andren Wolthaten begabt. Was ist derowegen billicher, denn daß wir

uns hinwiederum gegen demselben dafür danckbar erweisen und gleichen Sinn mit Platone und jenem Atheniensischen Fürsten Timotheo führen, deren jener gesagt: Wir seyen dazu geboren, daß wir dem Vaterland nutz seyn sollen, dieser da jemand ihm zugeredt: Meinst du auch, daß wir mit unseren Thaten in unserem Vaterland werden einen danck verdienen, geantwortet: Da ligt nichts an, laß uns nur dahin sehen, dass wir dem Vaterland gebührenden Danck erweisen.

In was Credit, Reputation und Ansehen der selige Herr durchgehends in einer löblichen Eydgenoßschaft gestanden, wissen die Ehren-Häubter und vornehmste Raths-Glieder übriger hochlöblicher Ständen, welche ihn allzumal geehrt und geliebt und ein grosses Vertrauen auff ihn gesetzt, auch oft abwesend schriftlich, ohngeacht beywohnender eigenen hohen Weißheit und Erfahrung seines Raths zu begehren belieben getragen.

In Summa es werden verhoffentlich alle wolgesinnte unparteyische Ehren-Leuthe gern erkennen, daß wir an unserm Herrn Burgermeister Selig einen Hochqualificierten, frommen, getreuen, gravitetisch, klug- und Patriotischen Regenten, vere Patrem Patriae, einen rechten Vater deß Vaterlandes verloren, durch dessen klugen Rath manch trüb Ungewitter von unserm lieben Vaterland ist abgewandt worden.

Sein Christenthum belangend, so hat er Gott aufrichtig und hertzlich geliebet und gefürchtet, den öffentlichen Gottesdienst, so lang ihm Leibeskräften halben möglich gewesen, fleissig besucht, auff den Gebrauch deß Heil. Abendmahls sich immer wol praepariert und vorbereitet und selbiges mit Devotion und Andacht genossen, welches denn letztlich wegen Unpässlichkeit zu verschiedenen mahlen zu Hauß geschehen, da er es empfangen auß den Händen seines Herrn Sohnes, als seines und unser aller Seelsorger, den wir auch als ein grosses Gut in unserer Kirchen und als einen Mann Gottes seiner hohen Gnaden halben venerieren und demselben Göttliche Tröstung und langwährende Erhaltung Hertz-grundlich anwünschen sollen, um so mehr als die Welt gemeinlich ihre Augen allzuspäth auffthut nach der alten Anmerkung: Tum demum agnoscimus bona, quando ea, quae habuimus, amisimus; alsdenn erkennen wir erst das Gute, so wir gehabt, wenn wir dasselbe verlohren haben.

Er hatte sonsten täglich deß Morgens, Mittags und Abends seine richtige Stunden zum Gebet und heiligen Meditationen, auch mit eigener Hand in ein Büchlein schöne Gebete, Trost-Sprüche und Seuffzer verzeichnet, besonders die, so er in der Todes-Noth und an seinem letzten End sich wollte vorgesprochen haben. So haben auch nun bey einigen Jahren die Seinige ihn bald niemaln anderst als betend angetroffen.

In übrigem seinem Leben ware er aufrichtig, gerecht, gutmüthig, sehr mässig und freundlich, milt, barmhertzig und gutthätig, der die Armen bey allem Anlass reichlich getröstet und auch nach seinem Tod deren wol eingedenckt zu seyn die löbliche Verordnung gemacht.

Bey einigen Jahren haben die Lebenskräften bey Ihme merklich abgenommen, obwoln er seinen Verstand und Gedächtnuß biß ans End behalten.

Insonderheit hat er sint dem hinscheid seiner geliebten Haußfrauen alle Freud und Muth gleichsam verloren, auch von dieser Zeit an, obwohl Er noch ein und andermal E. E. Rath beygewohnt seinen wichtigen Amts-Geschäften nach Wunsch nicht mehr abwarten können. Sein einiges Studium in dieser Zeit war praeparatio ad mortem, die Vorbereitung zu einem seligen End. Gott hat er hertzlich gedanckt für all seinen Schutz, Beystand und Segen, so er ihm sein gantzes Leben durch so miltiglich erwiesen zuvorauß in denen oft mißlichen und gefährlichen Zeiten und Geschäften, in welche er verfallen. Da hieß es: Wie soll ich dem Herrn vergelten alle seine Woltat, die er mir thut? Ich bin zu gering aller Barmhertzigkeit und aller Treue, die du an deinem Knecht gethan hast.

Seine Vergnügung beneben hatte er in dem Umgang mit seinen Kinderen und Kinds-Kinderen, deren Gegenwart, als die er hertzinniglich geliebet, ihm jederzeit gar erquicklich und tröstlich gewesen, welche alle auch aussert dem älteren Herrn Sohn, der seiner Handlungs-Geschäften halb dißmalen abwesend und den, wenn er diese traurige Bottschaft empfangen wird oder schon empfangen hat, der liebe Gott kräfttlich trösten woll, nach möglichkeit mit Abwartung und Zuspruch biß an sein End ihm getreulich beygestanden und dannenhero wol möchten genennet werden Trost-Söhn und Liebes-Kinder, ja erwünschte Söhn und Kinder auß den Sprüchen Salom. 31. 2.

Sint wenig Tagen hat sich die Mattigkeit also vermehrt, dass er völlig zu Bett sich enthalten genöthiget worden. Gleichwie nun in seinem gantzen Leben also sonderlich in dieser letzten Schwachheit und Kranckheit hat er eine grosse Gelassenheit, Gedult und Vertrauen auff Gott von sich spühren lassen, ja eine rechte Freudigkeit und Verlangen nach einer seligen Auflösung. Die ganze Zeit über ist er meist in einem Schlaß und Schlummer gelegen, hat weder Ach noch Wehe auß seinem Mund niemaln hören lassen, im gegentheil, wenn er gefragt worden, ob ihm wehe sey? geantwortet: Ach nein, nein freylich. Wenn erwehnter sein Herr Sohn ihm befragt: wie es seinem Herten stehe? Ob er getrost sey in Gott? war wiederum seine Antwort: Freylich, ich habe Frieden mit Gott und ein gutes Gewissen, Gott wird mich nicht verlassen. Bald hieß es bey ihm: Nun Herr: weiß soll ich mich trösten, ich hoffe auff dich, wende dich zu mir und sey mir gnädig, denn ich bin einsam und elend, die Angst meines Hertzens ist groß, führe mich auß meinen Nöthen, siehe an meinen Jammer und Elend und vergib mir alle meine Sünde. Item: Gott du bist mein Zuversicht und Hoffnung von Jugend an. Auff dich habe ich mich verlassen von meiner Mutter-Leib an, du bist mein starcke Zuversicht und abermaln: Domine Deus mi, Tu me servasti juvenem; de desere Senem.

Im übrigen dieweiln die Zunge schwer und die Stimm leiß worden, hat er wenig geredt, die Gebet und Seuffzer der Seinen im Herten nachgesprochen und mit wenig Worten bezeuget, daß er ihren Zuspruch verstehe.

Der liebe Gott hat endlich sein End verwichenen Montag Morgens um 10 Uhren herbey rucken lassen, da er ohn Bewegung einigen Glieds sanfft

und selig unter dem Gebet und Thränen der lieben Seinigen in seinem Heyland eingeschlaffen und wie ein Liechtlein ausgelöscht seines Alters 80 Jahr und ein Monat, nachdeme er in einem Ehren-Regiment 47 und als ein Haupt unserer Stadt 32 Jahr löblich und ruhmlich zugebracht.

QUELLEN UND LITERATUR

I. Quellen

a) Handschriftliche Quellen

- Bern
Kopien aus dem *Bundesarchiv* (= BA).
Paris: Archives du Ministère des Affaires Etrangères (zitiert nach Nummern der Volumes).
AES Correspondances politiques: Fonds Suisse; Fonds Suisse Suppléments.
Mémoires et documents: Fonds Suisse.
AG Archives du Ministère de la Guerre. Archives historiques. Bibliothèque Mazarine vol. 1902.
Wien: Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Staatenabteilungen: B. Außerdeutsche Staaten, Schweiz (zitiert nach Faszikelnnummer).
s'-Gravenhage: Algemeen Rijksarchief.
Gewone Briefwisseling: Zwitserland.
Secrete Brieven: Zwitserland.
- Basel
Staatsarchiv (= StA Basel).
Protokolle:
Kleiner Rat.
Großer Rat.
Dreizehner-Rat.
Missiven A 167—170.
Politisches:
W 1—W 2, 1—5, Einundneunziger Wesen.
X 2 Spanischer Erbfolgekrieg, Mercyscher Durchpaß.
X 3 Zweiter Villmerger Krieg.
Eidgenossenschaft:
E Eidgenössische Abschiede.
J 2 Instruktionen zur Tagsatzung.
K 11 Tagsatzungsakten aus dem Besitze des Bürgermeisters Johann Balthasar Burckhardt (zitiert J. B. B.).
K 12 Tagsatzungsakten aus dem Besitze des Bürgermeisters Andreas Burckhardt.
Eidgenössische Herrschaften:
F 2,2 Religionsstreitigkeiten im Thurgau und in Wartau.
Historisches Grundbuch der Stadt Basel.
- Bern
Staatsarchiv (= StA Bern).
Toggenburgbücher (= Togg).
Geheimdes Missivenbuch.
Deutsch Missivenbücher 36—43.
Abscheidenbuch.
Eidgenössische Bücher: Neutralitätsgeschäfte.
Sargansbuch A.
Wehrwesen bis 1798, Nr. 321.

Basel Dr. Carl Burckhardt-Sarasin.
Ratsherren-Kasten Rot.

Greifensee Pfarrer W. Bernoulli.
Inventarium 1722.

b) Gedruckte Quellen

- Abschiede, Amtliche Sammlung der ältern eidgenössischen Abschiede (= EA).
Bd. V. 2, VI 2, VII 1. Luzern 1869 ff.
- Battier Jakob*: Kleine Kern History oder kurtze Beschreibung der fürnehmsten Begebenheiten die sich zu Basel zugetragen; Von der Statt Anfang biss auff dieses 1712te Jahr, Basel 1712. (UB Basel Falk 1419.)
- Burckhardt Johann Balthasar*: Selbstbiographie (StA Basel, Leichenreden).
- Fankhauser Johann*: Tagebuch des Venners und Oberstlieutenants Johann Fankhauser von Burgdorf über den zweiten Vilmergerkrieg, herausgegeben von Rudolf Ochsenbein, Burgdorf 1899.
- Geigy Alfred, Liebenau Theodor von*: Aus den Papieren des französischen Botschafters Franz Karl du Luc. In: Archiv des Historischen Vereins Bern, Bd. 12 (1889), S. 375—448.
- Historischer Entwurf des Burckhardtschen Stammbaums, von Zacharia Hemminger, Basel 1715 (StA Basel, Privataarchiv Burckhardt 594 A 1).
- Mémoires militaires relatifs à la succession d'Espagne sous Louis XIV, extraits de la correspondance de la cour et des généraux par François-Eugène de Vault, revus et publiés par Jean-Jacques-Germain Pelet, tome 1, Paris 1835.
- Meyer von Schauensee Franz Joseph*: Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom Jahre 1707 bis 1712. In: Helvetia III, S. 1—155, 209—250.
- Nabholz Hans, Klüwi Paul*: Quellenbuch zur Verfassungsgeschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone, 7 A. Aarau 1947.
- Oechslı Wilhelm*: Quellenbuch zur Schweizergeschichte, 2 A. Zürich 1918.
- Petri Henric*: Basel — Babel. Basel 1693.
- Planta Peter von*: Blütenlese aus den Briefen des französischen Gesandten Du Luc 1709 und 1710. Chur 1901.
- Rippel, Nicolaus*: Leichenrede auf Johann Balthasar Burckhardt (StA Basel).
- Sourches Louis-François du Bouchet Marquis de*: Mémoires sur la règne de Louis XIV, publiés par Gabriel-Jules de Cosnac et Edouard Pontal, Tome 12, Paris 1892.
- Städelin Johann Leonhard Anton*: Der 1712 Krieg. In: Der Geschichtsfreund, Bd. 14 (1858), S. 189—192.
- Urkundenbuch der Stadt Basel, Bd. 11, Basel 1910.

c) Nachschlagewerke

- Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz. 7 Bde. und Supplement, deutsche Ausgabe Neuenburg 1921 — 1934 (HBLs).
- Leu Hans Jakob*: Allgemeines helvetisches eydgenössisches oder schweizerisches Lexicon. 20 Teile; Zürich 1748—1765, mit Supplement von Hans Jakob Holzhalb, 6 Teile, Zürich 1786 — 1795.

II. Literatur

- Arx Ildefons von*: Geschichte des Kantons St. Gallen, Bd. III, St. Gallen 1813.
- Bächtold Kurt*: Zürich und Schaffhausen im Ersten Villmergerkrieg. In: «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 70, 9. Januar 1956.
- Balthasar Joseph Anton Felix von*: Helvetia. Denkwürdigkeiten für die XIII Freistaaten der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 8 Bde. Aarau 1823—1833.
- Boislisle Jean de*: Les Suisses et le Marquis de Puyzieulx 1698—1708. Paris 1906.
- Bonjour Edgar*: Die Schweiz und Savoyen im spanischen Erbfolgekrieg. Bern 1927.
- Bonjour Edgar*: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Basel 1946.
- Bonjour Edgar*: Basel im Schweizerbund. In: Basel und die Eidgenossen, von E. Bonjour und A. Bruckner, Basel 1951, S. 145—363.
- Bonjour Edgar*: Die Schweiz und Europa. Basel 1958.
- Basel im Bunde der Eidgenossen. S. 149—156.
- Basel und Bern. S. 185—202.
- Basels Vermittlung in den Sonderbundswirren. S. 203—244.
- Bourgeois Emile*: Neuchâtel et la politique prussienne en Franche-Comté 1702—1713. Paris 1887.
- Brand Ernst*: Die schweizerische Neutralität (Abhandlungen zum Schweizerischen Recht, Neue Folge Heft 294). Bern 1952.
- Brand Ernst*: Eidgenössische Gerichtsbarkeit (Abhandlungen zum Schweizerischen Recht, Neue Folge Heft 297). Bern 1952.
- Bucher Beatrice*: Abraham Stanyan 1705—1714. Diss. Zürich 1951.
- Bührer Peter*: Der Kreuzkrieg in St. Gallen 1697/98. Diss. Zürich 1951.
- Burckhardt August*: Herkunft und Heimat der Familie Burckhardt in Basel. Basel 1925.
- Burckhardt-Sarasin Carl*: Das sogenannte Condé-Zimmer im «Engelhof». In: Basler Jahrbuch 1952, S. 83—114.
- Burckhardt-Werthemann Daniel*: Anekdoten von Antistes Hans Burckhardt. In: Basler Jahrbuch 1896, S. 286—297.
- Burckhardt-Werthemann Daniel*: Häuser und Gestalten aus Basels Vergangenheit. Basel 1925.
- Burckhardt Johann Rudolf*: Bürgermeister Hans Balthasar Burckhardt von Basel 1642—1712. In: Archiv für Schweizer Geschichte, Bd. 6, Zürich 1849, S. 65—82.
- Burckhardt Paul*: Der Oberstzunftmeister Christoph Burckhardt. In: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 9 (1910), S. 11—167.
- Burckhardt Paul*: Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart. Basel 1942.
- Buxtorf-Falkeisen Carl*: Basler Stadt- und Landgeschichten. Basel 1863—1877.
- Cavelti Leo*: Entwicklung der Landeshoheit der Abtei St. Gallen in der alten Landschaft. Diss. Bern 1914.
- Dierauer Johannes*: Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bde. III, IV, Gotha 1907—1912.
- Dörfli Hedwig*: Französische Politik in Solothurn zur Zeit des Schanzenbaues 1667—1727 (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. IX, Heft 1). Diss. Zürich 1917.
- Duft Johannes*: Die Glaubenssorge der Fürstbäbe von St. Gallen im 17. und 18. Jahrhundert. Luzern 1944.
- Egger Bonaventura*: Engelberg im Kriegsjahr 1712. Sarnen 1913.
- Escher Heinrich*: Geschichte der Unruhen in Basel im Jahre 1691. In: Archiv für Schweizerische Geschichte und Landeskunde 2 (1829), S. 161—262, 329—448.

- Escher Hermann*: Die Glaubensparteien in der Eidgenossenschaft und ihre Beziehungen zum Ausland. Frauenfeld 1882.
- Fäh Franz*: Basler Festschrift 1901. Basel 1901, S. 103ff.
- Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen. Geschichte der Kämpfe Österreichs, Spanischer Successions-Krieg, herausgegeben von der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegsarchivs, Bd. 11, Wien 1886.
- Feller Richard*: Die Schweiz und das Ausland im Spanischen Erbfolgekrieg. Bern 1912.
- Feller Richard*: Geschichte Berns, Bd. III, Bern 1955.
- Fischer Hans Rudolf von*: Die Politik des Schultheißen Johann Friedrich Willading. Diss. Bern 1927.
- Flassan Jean-Baptiste Gaétan Raxis de*: Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française. Tome IV, 2 édition, Paris 1811.
- Fleiner Fritz*: Die Entwicklung der Parität in der Schweiz. In: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, 42. Bd. NF 20. Bd. (1901), S. 97—120.
- Frey Gustav Adolf*: Vom Augster Zoll und Lehen. In: Rauracher 5 (1933), S. 37—46.
- Frey Gustav Adolf*: Das Augster Lehen. Liestal 1940.
- Ganz Werner*: Französisch-eidgenössische Bündnisverhandlungen 1725—1733. In: Zeitschrift für Schweizer Geschichte XX (1940), S. 297—391.
- Gauss Julia, Stoecklin Alfred*: Bürgermeister Wettstein, der Mann — das Werk — die Zeit. Basel 1953.
- Gauss Karl*: Basilea reformata. Basel 1930.
- Gehrig Justin*: Aus Kleinhüningens vergangenen Tagen. Basel 1941.
- Gröbli Fredy*: Die Schweizer Ambassade des Comte du Luc 1709—1715. Manuskript.
- Grotius Hugo*: Drei Bücher über das Recht des Krieges und Friedens. Übersetzt von Johann Heinrich von Kirchmann. Berlin 1869.
- Grüter Sebastian*: Geschichte des Kantons Luzern im 16. und 17. Jahrhundert. Geschichte des Kantons Luzern, Bd. II, Luzern 1945.
- Guggenbühl (Johann) Gottfried*: Zürichs Anteil am Zweiten Villmergerkrieg. Diss. Zürich 1911.
- Guggenbühl Gottfried*: Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. II, Zürich 1948.
- Hüssig Johann*: Die Anfänge des Toggenburger- oder Zweiten Vilmergerkrieges 1698—1706. Diss. Bern 1903.
- Hagenbach Karl Rudolf*: Die theologische Schule Basels. Basel 1860.
- Heer Gottfried*: Der Wartauerhandel von 1695. Buchs 1917.
- Henne Otto*: Geschichte des Schweizervolkes, Bd. II, Leipzig 1865.
- Heusler Andreas*: Der Durchmarsch des Generals Mercy durch den Kanton Basel im August 1709. In: Beiträge zur vaterländischen Geschichte 2 (1843), S. 233—273.
- Heusler Andreas*: Geschichte der Stadt Basel. 5. A. Basel 1957.
- Huber August*: Geschichte Hüningens 1679—1698. Diss. Basel 1894.
- Huber Hans Camille*: Bürgermeister Johann Heinrich Escher von Zürich und die eidgenössische Politik im Zeitalter Ludwig XIV. Diss. Zürich 1936.
- Huch Ricarda*: Die Neutralität der Eidgenossenschaft, besonders der Orte Zürich und Bern, während des spanischen Erbfolgekrieges. Diss. Zürich 1892.
- Kaegi Werner*: Jakob Burckhardt, Bd. I, Basel 1947.
- Keller-Escher Carl*: Geschichte der Familie Escher vom Glas 1320—1885. Zürich 1885.
- Koelner Paul*: Die Zunft zum Schlüssel in Basel. Basel 1953.
- Knittel Alfred Leonhard*: Werden und Wachsen der evangelischen Kirche im Thurgau. Frauenfeld 1946.

- Kuratli Jakob*: Geschichte der Kirche von Wartau. Buchs 1950.
- Lasserre David*: Etapes du fédéralisme, l'expérience Suisse. Lausanne 1954.
- Lengefeld Selma von*: Graf Domenico Passionei. Diss. Zürich 1900.
- Libson Ludwig*: Entstehung und Entwicklung des Vorortes der schweizerischen Eidgenossenschaft. Diss. Zürich 1912.
- Livet Georges*: Le Sundgau — Brotkasten der Eidgenossen. In: *L'Alsace et la Suisse à travers les siècles*. Strasbourg/Paris 1952, p. 195—223.
- Livet Georges*: L'intendance d'Alsace sous Louis XIV. Strasbourg/Paris 1956.
- Löw Karl*: Die Schlacht bei Villmergen im Jahre 1712. Diss. Basel 1912.
- Lüthi Walter*: Die Haltung des Auslandes im Zweiten Vilmerger Krieg 1712. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 2) Basel 1938.
- Lutz Markus*: Die Festung Hünningen von ihren Anfängen bis zu ihrer Schleifung. Basel 1815.
- Maier Franz*: Marquis de Courteille, der französische Botschafter in der schweizerischen Eidgenossenschaft von 1738—1749. Diss. Bern 1950.
- Mantel Alfred*: Über die Veranlassung des Zwölfer- oder Zweiten Vilmergerkrieges. (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. I, Heft 3) Diss. Zürich 1909.
- Marbacher Josef*: Schultheiß Karl Anton am Rhy von Luzern und seine Zeit (1660—1714). Diss. Fribourg 1953.
- Meier Alfred*: Abt Pankraz Vorster und die Aufhebung der Fürstabtei St. Gallen. Diss. Fribourg 1954.
- Meier Markus*: Die diplomatische Vertretung Englands in der Schweiz im 18. Jahrhundert. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 40) Basel 1952.
- Meister Leonhard*: Hauptszenen der Helvetischen Geschichte. Zürich 1784.
- Mercier Henry*: Une ébauche suisse de médiation pendant la Guerre de Succession d'Espagne (1701—1714). In: *Revue d'Histoire Suisse*, Tome 7 (1927), p. 424—447.
- Mercier Henry*: Un secret d'Etat sous Louis XIV et Louis XV. La double vie de Jérôme d'Erlach. Paris 1934.
- Mercier Henry*: Une vie d'ambassadeur du Roi Soleil; les missions de Charles François de Vintimille, comte du Luc, auprès des ligues Suisses et du Saint-Empire. Paris 1939.
- Meyer Erich*: Solothurns Politik im Zeitalter Ludwigs XIV. Diss. Basel 1955.
- Meyer Johann Conrad*: Die Stellung Basels in der alten Eidgenossenschaft. Leipzig 1931
- Michel Hans*: Die Ambassade des Marquis de Paulmy in der Schweiz 1748—1752. Diss. Bern 1954.
- Müller Alfred*: Die Ratsverfassung der Stadt Basel von 1521—1798. In: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 53 (1954), S. 5—98.
- Mueller Robert*: Die Eidgenössische Tagsatzung im 18. Jahrhundert. Diss. Zürich 1948.
- Nabholz Hans, von Muralt Leonhard, Feller Richard, Bonjour Edgar*: Geschichte der Schweiz, 2 Bde. Zürich 1932—1938.
- Neuhaus Leo*: Der Matrimonial- und Kollaturstreit im Thurgau und im Rheintal. Diss. Fribourg 1954. Manuskript.
- Neuhaus Leo*: Zürichs Kampf gegen die Auswirkungen der katholischen Reform im Thurgau und im Rheintal. Manuskript.
- Neutralität und Vermittlung innerhalb der alten Eidgenossenschaft. Beiträge von David Lasserre, Walter Schläpfer, Karl Schib, Alfred Stoecklin, Bruno Amiet, Aarau 1946.
- Niethammer Adolf*: Das Vormauersystem an der eidgenössischen Nordgrenze. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 13) Basel 1944.
- Noorden Carl von*: Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert, Bd. II, Düsseldorf 1874.

- Ochs Peter*: Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Bd. VII, Basel 1821.
- Pupikofer Johann Adam*: Geschichte der Landgrafschaft Thurgau vom Übergang an die Eidgenossen bis zur Befreiung im Jahre 1798. Frauenfeld 1889.
- Rappard William Emmanuel*: Cinq siècles de sécurité collective (1291—1798). Genève, Paris 1945.
- Rodt Emanuel von*: Geschichte des Bernischen Kriegswesens. Bern 1834.
- Roth Paul*: Der kleine Rollerhof. Basel 1926.
- Rott Edouard*: Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des cantons suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés. Tome IX, Bern 1926.
- Scheiwiler Aloisius*: Leodegar Bürgisser, Fürstabt von St. Gallen. In: Monatsrosen, 69. Jg. (1924), S. 307—314, 366—374, 487—491, 569—573, 626—631.
- Scheiwiler Aloisius*: Das Kloster St. Gallen. St. Gallen 1937.
- Schollenberger Jakob*: Das Bundesstaatsrecht der Schweiz. Berlin 1902.
- Schwabe Hansrudolf*: Schaffendes Basel. Basel 1957.
- Schwarzenbach James*: Fidel von Thurns Abkehr von Frankreich. Diss. Fribourg 1940.
- Schwegler Theodor*: Geschichte der katholischen Kirche der Schweiz. Zürich 1935.
- Schweizer Eduard*: Eine Revolution im alten Basel. (Basler Neujahrsblatt 1931.)
- Schweizer Paul*: Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Frauenfeld 1895.
- Staerke Paul*: Fidel von Thurn im Lichte seines Familienarchivs. (95. Neujahrsblatt des Historischen Vereins St. Gallen, 1955.)
- Stelling Sven*: Saint-Saphorin et la politique de la Suisse pendant la guerre de Succession d'Espagne. Thèse Lausanne 1935.
- Stockmeyer Karl*: Ein Basler Antistes zu Beginn des vorigen Jahrhunderts. In: Kirchenblatt für reformierte Schweiz, IV. Jg. (1889), S. 2f, 6f, 9—11, 13—15.
- Straub Conrad*: Rechtsgeschichte der Evangelischen Kirchgemeinden der Landschaft Thurgau 1529—1792. Diss. Bern 1902.
- Sutter Hans*: Basels Haltung gegenüber dem evangelischen Schirmwerk und dem eidgenössischen Defensionale. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 68) Basel 1958.
- Thürer Georg*: St. Galler Geschichte, Bd. I, St. Gallen 1953.
- Tillier Anton von*: Geschichte des eidgenössischen Freistaates Bern, Bd. IV, Bern 1838.
- Tschamber Karl*: Geschichte der Stadt und ehemaligen Festung Hünigen. St. Ludwig 1894.
- Der Zweite Villmergerkrieg. In: Helvetische Militärzeitschrift, Jg. 5, Nr. 4—11, Jg. 6, Nr. 1—4 (1838/39).
- Vulliemin Louis*: Histoire de la Confédération Suisse dans les 16^e et 17^e siècles. Tome 3, Genève 1842.
- Waldkirch Johann Rudolph von*: Gründliche Einleitung zu der Eydgnössischen Bundes- und Staatshistorie. 2 Teile. Basel 1721.
- Wieland Johann*: Kriegsgeschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft bis zum Wiener Kongreß. Basel 1879.
- Wild Helen*: Die letzte Allianz der alten Eidgenossenschaft mit Frankreich vom 28. Mai 1777. (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. X, Heft 2) Diss. Zürich 1917.
- Winteler Jakob*: Geschichte des Landes Glarus, Bd. II, Glarus 1954.
- Wohlfender Johann Ernst*: Die Schweiz und die Unternehmungen der Verbündeten gegen die Freigrafschaft im Spanischen Erbfolgekrieg. Diss. Bern 1922.
- Zellweger Johann Kaspar*: Geschichte der diplomatischen Verhältnisse der Schweiz mit Frankreich 1698—1784, Bd. I in 2 Teilen. St. Gallen/Bern 1848—1849.
- Zesiger Alfred*: Wehrordnungen und Bürgerkriege im 17. und 18. Jahrhundert. In: Schweizer Kriegsgeschichte, Heft 7, Bern 1918.
- Zurlauben Beat-Anton-Fidel de*: Histoire militaire des Suisses au service de la France. T. VII, Paris 1752.

PERSONENVERZEICHNIS

(Weltliche und geistliche Würdenträger sind unter ihren Herrschaftsgebieten
angeführt)

- Amelot, Michel-Jean, Marquis de Gournay (1655—1724), französischer Botschafter bei der Eidgenossenschaft 1689—1698, 31
- Am Rhyn, Karl Anton (1660—1714), Schultheiß von Luzern, 105, 106A., 125A., 136A.
- Avary, Claude-Théophile de Bésiade Marquis d' (1655—1745), französischer Botschafter bei der Eidgenossenschaft 1716—1725, 147A., 148A.
- Baden-Durlach, Markgraf Friedrich Magnus von, 1677—1709, 28
- Balthasar, Johann Karl (1652—1703), Schultheiß von Luzern, 116A.
- Baron, Johann Friedrich Joseph († 1733), Sekretär-Dolmetsch der Ambassade in Solothurn, 69A.
- Basel, Bischof Johann Konrad II. von (1657—1737), 101, 127
- Beck, Albert, 16A.
- Beretti-Landi, Lorenzo Verzuso, Marchese di Castelletto (1651—1725), spanischer Gesandter bei den katholischen Orten, 46, 126A.
- Berwick, Jacques Fitz-James Maréchal-Duc de (1671—1734), französischer Heerführer, 88A.
- Besenal, Franz Joseph (1657—1710), Seckelmeister von Solothurn, 79
- Besenal, Johann Viktor Peter von (1638—1713), Schultheiß von Solothurn, 28, 37, 49, 66, 68A., 79, 109A., 150A.
- Boccard, Jean Pierre († 1727), Schultheiß von Freiburg, 144
- Bourg, Leonor-Marie du Maine, Comte du (1655—1739), französischer Heerführer im Elsaß, 59A.
- Brunn, Samuel von, Pedell von Basel, 23f., 31A., 47A., 57A., 133, 146A.
- Bürkli von Hochberg, Hans Heinrich (1647—1730), General in kaiserlichen Diensten, 42A.
- Burckhardt, Christoph (1640—1720), Bruder von J. B. Burckhardt, 15, 24
- Burckhardt, Christoph (1661—1713), Deputat, 22f., 46, 48, 66, 79f., 87, 93, 106, 117, 134, 148
- Burckhardt, Christoph (1690—1757), Sohn von J. B. Burckhardt, 26
- Burckhardt, Hieronymus (1680—1737), Sohn von J. B. Burckhardt, Antistes, 15, 24f.
- Burckhardt, Johannes (1678—1701), Sohn von J. B. Burckhardt, 26
- Burckhardt, Johann Balthasar (1676—1740), Sohn von J. B. Burckhardt, 25f.
- Burckhardt, Johann Jakob (1614—1690), Bürgermeister von Basel 1684—1690, 21
- Burckhardt, Johann Rudolf (1620—1683), Bürgermeister von Basel 1666—1683, 15f.
- Burckhardt, Justina geb. Ottendorf (1607—1681), Mutter von J. B. Burckhardt, 15
- Burckhardt, Lukas, 21, 29
- Burckhardt, Salome geb. Gottfried (1654—1721), Gattin von J. B. Burckhardt, 17, 26
- Burckhardt, Salome (1683—1740), Tochter von J. B. Burckhardt, 26
- Burckhardt, Stoffel (1490—1578), Stammvater der Familie Burckhardt in Basel, 15
- Cambiagues, 90A.
- Caraccioli di San Martino, Jacope (1672—1730), Nuntius in Luzern 1710—1716, 115, 119, 125

- Chapelle, Passera de la, Bankier in Solothurn, Finanzagent der Ambassade, 29, 66A., 75
- Des Roseaux, Gabriel Seigneur de Tannois, französischer Befehlshaber im Elsaß, 44A.
- Diesbach, Franz Augustin von (1656—1707), Schultheiß von Freiburg, 38
- Dürler, Johann Rudolf (1645—1712), Schultheiß von Luzern, 79, 88A., 92A.
- England, Wilhelm III. von Oranien, König von, 1689—1702, 17
- Erlach, Hieronymus (1667—1748), General in kaiserlichen Diensten, Schultheiß von Bern, 44, 45A., 49
- Escher, Hans Caspar (1678—1762), Sohn des Bürgermeisters, 138
- Escher, Johann Jakob (1656—1734), Bürgermeister von Zürich, 36, 79, 87, 109A., 113A., 119A., 120, 123A., 126A., 127A., 129A., 131A., 132A., 133A., 134A., 136A., 138, 145A., 147A.
- Eugen, Prinz von Savoyen (1663—1736), 55
- Faesch, Johann Rudolf (1572—1659), Bürgermeister von Basel 1635—1655, 12f.
- Faesch, Ludwig, 16A.
- Fagel, F., Kanzlist in Basel, 36A., 42A., 46A.
- Falkner, Daniel, 19
- Fatio, Johann Dr. (1649—1691), 20, 22
- Fleckenstein, Franz Laurenz (1645—1715), Schultheiß von Luzern, 79
- Frankreich, Ludwig XIV. König von, 1643—1715, 31f., 39, 45A., 50f., 52A., 57—59, 60A., 62, 65, 67—70, 75, 78A., 85f., 88A., 89—91, 106A., 108f., 113, 114A., 115, 116A., 118, 120, 122A., 124A., 125, 126A., 128f., 143, 146—148
- Galatti, Jakob (1650—1733), Statthalter von Glarus, 141
- Gernler, Johann Heinrich, Ratsherr in Basel, 25
- Gessler, Hans Georg, Lehenwirt in Augst, 43, 44A.
- Glutz, Johann Jakob Joseph (1662—1723), Seckelmeister von Solothurn, 117
- Gossweiler, Leonhard (1671—1721), Ratssubstitut von Zürich, 49A., 51A., 52A., 53A., 56A., 61A.
- Gottfried, Johann, Apotheker, 17
- Graffenried, Emanuel von (1636—1715), Schultheiß von Bern, 74, 87
- Greuth, Aegidius Baron von († 1726), kaiserlicher Subdelegierter für katholische Orte und Gesandter in Graubünden, 75
- Grotius, Hugo (1583—1645), niederländischer Gelehrter und Staatsmann, 30, 150
- Guerchois, Pierre-Hector (1670—1740), französischer Intendant der Franche-Comté, 44A., 86A.
- Hannover, Georg Ludwig Kurfürst von (1660—1727), 42, 44, 47, 49f., 60
- Harcourt, Henri Maréchal Duc d' (1654—1718), Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, 45, 128
- Harder, Johann Jakob Dr., Agent des Markgrafen von Baden, 28
- Hirzel, Johann Ludwig (1652—1710), Bürgermeister von Zürich, 28, 79
- Holländer, Tobias (1636—1711), Bürgermeister von Schaffhausen, 29
- Holzhalb, Hans Jakob (1683—1743), Stadtschreiber von Zürich, 136A.
- Houssaye, Félix le Pelletier de la (1663—1725), französischer Intendant des Elsaß, 146A.
- Huber, Johann Rudolf (1666—1739), Stadtschreiber von Liestal, 26
- Huxelles, Nicolas de Laye du Blé Marquis et Maréchal d' (1652—1730), Heerführer und Diplomat, 43
- Kaiser Joseph I. 1705—1711, 28A., 29A., 30A., 43A., 44A., 45, 50—53, 54A., 55, 57f., 75f., 78, 79A., 84, 86A., 88A., 92, 94A., 95
- Kaiser Karl VI. 1711—1740, 118, 128, 142f.
- Kaiser Leopold I., 1701—1705, 28, 68, 73
- Kempf, Franz Joseph, französischer Freischärler, 57, 69
- Klingler, Anton (1649—1713), Antistes in Zürich, 139A.

Lanthen genannt Heid, Franz Philipp von († 1713), Schultheiß von Freiburg, 35, 108

Luc, Charles-François de Vintimille Comte du (1653—1740), französischer Botschafter bei der Eidgenossenschaft 1709—1715, 43—46, 47A., 48, 50f., 52A., 54, 56—62, 67—71, 78, 79A., 83, 85f., 88, 89A., 90f., 92A., 95f., 99, 102, 106—109, 112—116, 118—126, 128f., 134f., 137, 142—144, 146—148, 151

Maine, Louis-Auguste de Bourbon Duc du (1670—1736), Generaloberst der Schweizer und Bündner Truppen, 59, 66A., 86A.

Martinière, Laurent-Corentin de la († 1731), Ambassadorssekretär in Solothurn, 44, 95A., 108

Mercy de Billels, Claudius Florimund, Graf (1666—1734), kaiserlicher General, 42—44, 46f., 49, 55, 57, 60, 62f., 68f., 84, 89, 93, 102, 146—148

Merian, Johann Jakob (1648—1724), Ratsherr in Basel, 16A., 35

Merian, Sebastian, 21

Meyer zum Hasen, Jakob (1482—1531), Bürgermeister von Basel 1516—1521, 11

Meyer von Schauensee, Franz Joseph (1672—1741), Vogt in den Freien Aemtern, 99

Mosis, Johann Konrad, 22

Müller, Johann, 22

Nabholz, Johann Ulrich (1667—1740), Ratsprokurator von Zürich, 86f., 92, 100

Noailles, Adrien-Maurice (1678—1766), französischer Heerführer, 79A., 83A.

Papst Klemens XI., 1700—1721, 114f.

Pecquet, Antoine, Premier Commis im französischen Außenministerium, 47A.

Petri, Henric Dr., 20, 22f.

Philipp von Anjou (Philipp V.), 29

Pomponne, Henri-Charles Arnauld Abbé de (1669—1756), französischer Gesandter in Venedig, 51, 60A., 88A.

Pontchartrain, Jérôme Phélypeaux Comte de (1674—1747), französischer Staatssekretär der Marine, 88A., 91A.

Püntiner, Josef Anton (1660—1748), Landammann von Uri, 79, 141f.

Puyzieulx, Roger Brûlart Marquis de (1640—1719), französischer Botschafter bei der Eidgenossenschaft 1698—1708, 28f., 39, 60, 65f., 85A.

Reboulet, Daniel, holländischer Agent in Basel, 42A., 45A.

Reding, Josef Anton (1658—1747), Landvogt im Gaster, 34

Renaud, Jean Boiteux dit, von Neuenburg, Hauptmann in kaiserlichem Dienst, 57

Runckel, Johann Ludwig, holländischer Gesandter, 28A., 29A., 46A., 56A., 57A., 104, 109A., 110A., 114A., 116A.

Sainte-Colombe de la Moinerie, Jean Rousseau Seigneur de, französischer Geschäftsträger in Solothurn, 42, 66, 70A., 82A., 83A., 85

Saint-Saphorin, François-Louis de Pesme, Baron de (1668—1737), Diplomat in kaiserlichen und bernischen Diensten, 43, 70, 143A.

St. Gallen, Leodegar Bürgisser, Fürstabt von, 1696—1717, 36, 73—77, 79, 86f., 89f., 92, 94—97, 99—103, 105, 108f., 122, 141f.

Scherrer, Heinrich, Provisor zu St. Peter in Basel, 130A., 133

Schmid, Johann Martin (1668—1747), Landammann von Uri, 79

Schorno, Gilg Christoph (1648—1747), Landammann von Schwyz, 87

Seilern, Baron, 54A.

Sinner, Johann Jakob (1666—1758), Landvogt von Lausanne, 128A.

Sinner, Johann Rudolf (1632—1708), Schultheiß von Bern, 35

Socin, Benedikt (1667—1735), Zunftmeister in Basel, 28

Socin, Emanuel (1628—1717), Bürgermeister von Basel 1683—1717, 47

Stadler, Jost Anton (1678—1708), von Schwyz, Landvogt im Toggenburg, 77

Sury von Bussy, Urs (1630—1707), Schultheiß von Solothurn, 38

Thurn, Fidel, Freiherr von (1629—1719), Prinzipalminister des Abtes von St. Gallen, 35, 38, 75A., 88A., 119A.

Tonjola, Johann (1634—1700), Pfarrer der italienischen Gemeinde in Basel, 16A.

- Torcy, Jean-Baptiste Colbert Marquis de (1665—1746), französischer Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, 29A., 42A., 45, 51A., 56A., 58A., 61A., 65A., 66A., 68A., 70A., 75A., 82A., 88A., 108A., 118, 122, 128A., 134A., 147A.
- Trauttmansdorff, Franz Ehrenreich Graf und Herr zu (1662—1719), kaiserlicher Gesandter bei der Eidgenossenschaft 1701—1715, 28—30, 42A., 43f., 49—51, 53f., 62, 70, 75A., 76A., 78, 79A., 84, 86, 88A., 90, 94A., 95, 96A., 114, 116, 119A., 122, 124, 128, 143A., 147
- Tscharner Abraham (1671—1714), Ratsherr in Bern, 79, 91, 93A., 117, 122, 133A.,
- Ulrich, Hans Jakob (1665—1723), Ratssubstitut und Statthalter von Zürich, 117, 141
- Unruh, Baron von, Vizekommandant von Rheinfelden, 46A., 47
- Valkenier, Peter (1641—1712), holländischer Gesandter 1690—1704, 36A.
- Villars, Claude-Louis-Hector Maréchal, Duc de (1653—1734), französischer Heerführer, 29, 49, 59A.
- Voisin de La Noiraye, Daniel-François (1654—1717), französischer Staatssekretär für den Krieg, 61A., 96A., 128A., 135A., 146A.
- Vonderweid, Franz Niklaus (1650—1721), Ratsherr in Freiburg, 117
- Werenfels, Peter (1627—1703), Antistes in Basel 1675—1703, 19
- Wettstein, Hans Rudolf (1659—1744), Deputat, 71, 131
- Wettstein, Johann Rudolf (1594—1666), Bürgermeister von Basel 1645—1666, 12f., 15f.
- Wilhelmine, Gattin Josephs I., 95A., 96A.
- Willading, Johann Friedrich (1641—1718), Schultheiß von Bern, 37—39, 41, 43, 62, 79, 87, 100, 124, 143A., 144, 148
- Zwicky, Johann Heinrich (1651—1733), Landammann von Glarus, 38, 106, 108, 117f., 141

CURRICULUM VITAE

Als Bürger von Basel wurde ich, Markus Fürstenberger, am 17. Februar 1929 als fünfter und jüngster Sohn des Ernst und der Klara Fürstenberger-Stoll in dieser Stadt geboren; mein Vater bekleidete hier die Stelle eines Bureauchefs. In Basel besuchte ich während vier Jahren die Primarschule, von der ich 1940 in das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium übertrat. Im Frühjahr 1948 verließ ich nach bestandener Maturität diese Schulanstalt und immatrikulierte mich am 16. April des gleichen Jahres an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel. Geschichte, Geographie und Deutsche Philologie waren meine Studienfächer. In Geschichte besuchte ich Vorlesungen und Übungen bei den Herren Professoren E. Bonjour, W. Kaegi, W. von den Steinen, A. Bruckner, B. Wyss, A. Gasser, in Deutscher Philologie bei den Herren Professoren W. Muschg, F. Ranke, W. Altwegg, W. Stammer, H. Wagner, in Geographie bei den Herren Professoren P. Vosseler, H. Annaheim, L. Vonderschmitt, A. Bühler, R. Weiss. Weitere Vorlesungen hörte ich bei den Herren Professoren J. Gantner, H. Kunz, B. Dukor und E. Salin.

Für das Sommersemester 1950 mußte ich mich wegen Militärdienst dispensieren lassen. Im Frühjahr 1954 legte ich die wissenschaftliche Mittel-lehrerprüfung in Geschichte, Geographie und Deutsch ab und 1955, nach dem einjährigen Kurs im Lehrerseminar, die pädagogische Prüfung. Die vorliegende Dissertation entstand auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Bonjour; die mündliche Doktorprüfung erfolgte am 28. April 1959.

Seit dem 1. April 1957 bin ich an der Basler Knaben-Realschule definitiv angestellt.

